

# Historische Studien

unter Mitwirkung der Herren Universitäts-Professoren: W. Andreas, O. Becker, G. Beckmann †, G. v. Below †, A. Brackmann, A. Cartellieri, F. Delitzsch †, W. Goetz, F. Hartung, A. Hasenclever, R. Holtzmann, P. Joachimsen †, G. Kallen, H. Lietzmann, E. Marcks, F. Meinecke, G. Mentz, W. Mommsen, H. Oncken, F. Philippi, A. Wahl, A. Weber, G. Wolff, J. Ziekursch u. a.  
herausgegeben von Dr. Emil Ebering.

===== Heft 255 =====

---

---

## Die mittelalterliche Kaiserpolitik in der deutschen Historiographie seit v. Sybel und Ficker

Von

**Dr. Heinrich Hostenkamp**

=====

Verlag Dr. Emil Ebering  
Berlin 1934

Nachdruck mit Genehmigung vom  
Matthiesen Verlag, Lübeck

KRAUS REPRINT LTD.  
Vaduz  
1965



## Meiner Mutter

1859 — 6. Juli — 1934.





## Inhalt.

Vorwort . . . . .	VII
Quellen- und Literaturverzeichnis . . . . .	IX
Erster Teil. Übersicht über die historiographische Behandlung der mittelalterlichen Kaiserpolitik seit v. Sybel und Ficker . . . . .	1
Erster Abschnitt. Vom Ausbruch des Streites bis zum Kriege 1870/71 . . . . .	1
Zweiter Abschnitt. Von 1871 bis zum Weltkrieg 1914/18 . . . . .	26
Dritter Abschnitt. Vom Ende des Weltkrieges bis zur Gegenwart . . . . .	35
Zweiter Teil. Die Kaiserpolitik der einzelnen mittelalterlichen Herrscher in ihrer gegensätzlichen Beurteilung . . . . .	60
Erster Abschnitt. Karl der Große . . . . .	60
Zweiter Abschnitt. Otto der Große . . . . .	68
Dritter Abschnitt. Die Nachfolger Ottos des Großen bis zu den letzten Hohenstaufen . . . . .	96
Dritter Teil. Die Beurteilung der mittelalterlichen Kaiserpolitik aus ihren Folgen . . . . .	132
Erster Abschnitt. Allgemein Grundsätzliches zu den zwei Arten der Beurteilung . . . . .	132
Zweiter Abschnitt. Die „bösen Folgen“ . . . . .	142
Dritter Abschnitt. Die „guten Folgen“ . . . . .	163
Vierter Teil. Letzte Gründe der bisherigen verschiedenen Be- wertung der mittelalterlichen Kaiserpolitik . . . . .	181
Erster Abschnitt. Vernachlässigung der Faktoren des mittelalterlichen politischen Geschehens . . . . .	181
Zweiter Abschnitt. Vorliebe für die schwierige Beurtei- lung aus den Folgen . . . . .	206
Dritter Abschnitt. Verquickung von jeweiliger politi- scher Strömung mit der Geschichtschreibung . . . . .	221
Schluß. Rückblick über den Gang der Untersuchung, Stand der Forschung, Ausblick . . . . .	234
Nachwort . . . . .	245
Exkurse . . . . .	246

Digitized by the Internet Archive  
in 2024

## Vorwort.

Immer wieder ist in den letzten  $\frac{3}{4}$  Jahrhunderten in Deutschland die Frage der mittelalterlichen Kaiserpolitik aufgeworfen worden. Und noch stehen wir nicht am Ende. Trotzdem kann es nunmehr angezeigt erscheinen, die Geschichte der Erörterung dieses wichtigen Problems seit dem Ausbruch des berühmten Sybel-Fickerschen Streites zu geben. Nicht eine auf die Führer sich beschränkende geistesgeschichtlich orientierte Darstellung der Behandlung der mittelalterlichen Kaiserpolitik in diesem dafür verhältnismäßig doch kurzen Zeitabschnitt soll versucht werden. Das Ziel ist vielmehr, eine in den Rahmen der Zeit gefügte möglichst vollständige Geschichte der hier eingreifenden Geschichtschreibung bis zum Abschluß des Jahres 1933 zu bieten. Die Gefahr einer Konstruktion wird so wohl auch eher vermieden.

Wie ist diese Aufgabe zu lösen? Soll der Einblick in die historische Behandlung sich nicht auf die Oberfläche beschränken, so ist es nötig, die zunächst zu gebende Übersicht über die Beschäftigung mit dem Problem in den einzelnen Zeiträumen dann durch eine mehr systematische Einführung in die verschiedenen Gebiete der umstrittenen Kaiserpolitik des Mittelalters zu vertiefen. Hierzu ist die Beurteilung der Politik der einzelnen Herrscher nacheinander zu betrachten und anschließend den namhaft gemachten Folgen nachzugehen, mögen auch die beiden Betrachtungsweisen sich hin und wieder berühren und gelegentlich zunächst der Eindruck einer Wiederholung entstehen. Als dritte Hauptpflicht ergibt sich eine zusammenfassende Kritik, oder um es positiver zu sagen, eine gründliche Ausschau nach den Vorbedingungen sachgemäßer Erforschung unseres Gegenstandes. Und so kann die Arbeit wohl noch etwas mehr sein als ein Beitrag zur Geschichte der Historiographie.



Sine ira et studio zu schaffen habe ich mich bemüht. Für nicht erforderlich und für nicht tunlich aber hielt ich es, das eigene Urteil über das große Thema der mittelalterlichen Geschichte zu verhüllen.

Die einzelnen Geschichtschreiber habe ich öfter mit ihren eigenen Worten angeführt. Dies mag nicht nur an sich bei der vorliegenden auf ein Kampffeld sich begebenden Arbeit mehr angebracht sein. Auch der Gesichtspunkt ihrer leichteren Verwendung wies, um so mehr als die Dinge bisweilen verwickelt sind, darauf hin, sich nicht immer auf Andeutungen im Text und die dazu gehörigen Fundstellen in den Anmerkungen zu beschränken. Die schwierige Frage nach dem historischen Erkennen im letzten Hauptteil ausführlicher zu behandeln, glaubte ich mir versagen zu dürfen und zu müssen. Die kleinen Zwischenräume innerhalb des Textes geben jeweils den Beginn eines Unterabschnitts an. Der außerdem verwandte Sperrdruck der Hauptgedanken der Unterabschnitte soll noch weiter die Übersicht über den weitschichtigen Stoff erleichtern.

Nach Fertigstellung der Arbeit darf ich schließlich auch hier den Herren Professoren Dr. Spahn, Dr. Ziekursch und Dr. Kallen in Köln für ihre gütige Beratung meinen herzlichen Dank aussprechen. Insbesondere bin ich Herrn Professor Dr. Dr. Kallen, der mich auf das reizvolle Thema wies und diesen Studien auch dann sein Wohlwollen bewahrte, als ihre Beendigung infolge widriger Umstände sich verzögerte, zu großem Danke verpflichtet.

## Quellen- und Literaturverzeichnis.<sup>1</sup>

- Aegidi, L. K.*: Der *Fürsten-Rath* nach dem Lüneviller Frieden, Berlin 1853.  
 — *Woher und wohin?* Ein Versuch, die Geschichte Deutschlands zu verstehen. Hamburg 1866.
- Aegidi*: Römisches Reich Deutscher Nation = Deutsches *Staats-Wörterbuch*, herausgegeben von I. C. Bluntschli und K. Brater, Bd. 8, Stuttgart und Leipzig 1864, 702 ff.
- Anonym*: Sybel und Klopp. Über kleindeutsche und großdeutsche Geschichtsauffassung = *DV.* 25<sub>2</sub> (1862), 3. Heft, 194 ff.
- Der deutsche Streit auf dem Gebiete der Geschichtsforschung = *HpBl.* 49 (1862) 987 ff.
- Anonym (Klopp, O.)*:<sup>2</sup> Das Kaisertum = *HpBl.* 69 (1872) 103 ff. und 72 (1873) 28 ff.
- Anonym (Zimmermann)*:<sup>2</sup> Zur Charakteristik der subjektiven Willkür Sybels = *HpBl.* 145 (1910) 958 ff.
- \*Archiv für Kulturgeschichte (AkuG.), Berlin 1903 ff.
- Aubin, H.*: Georg v. Below als Sozial- u. Wirtschaftshistoriker = *VSozWG.* 21 (1928) 1 ff.
- Baileu, P.*: Sybel = *ADB.*, Bd. 54, 645 ff.

---

1. Die nur mit einem selbständig erschienenen Werk in dieser Arbeit vorkommenden Verfasser werden in den Anmerkungen nur mit ihren Namen zitiert. Bei sonstigen Autoren ist die Abkürzungsart aus der *Kursivschrift* im Quellen- und Literaturverzeichnis zu ersehen. — Die aus den hier als Ganzes aufgeführten Zeitschriften (\*) benutzten Einzelaufsätze sind aus praktischen Gründen in diesem Verzeichnis auch einzeln jeweils unter dem Verfassernamen angegeben. Die für die Zeitschrift dabei gebrauchte Abkürzung ist leicht unter den mit \* bezeichneten Zeitschriften zu finden und aufzulösen. Hier entnommene Rezensionen sind nur in den Anmerkungen zu suchen. — Auch Zeitschriften, aus denen allein einzelne Besprechungen benutzt wurden, nämlich Deutsche Literaturzeitung (DLZ.), Mitteilungen aus der historischen Literatur (MHL.), Theologische Literaturzeitung (ThLZ.), Zeitschrift für Politik (ZPol.), Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft (ZgesStW.), Zeitschrift für Kirchengeschichte (ZKG.) sind in obiger Übersicht gar nicht, sondern nur in den Anmerkungen angeführt.

2. Die Kenntnis des Namens verdanke ich einer gütigen Mitteilung von Frau Geheimrat L. v. Jochner. Ihr Gatte, der verstorbene Herausgeber der Historisch-politischen Blätter, hat für die damals durchweg anonym erscheinenden Artikel die Verfassernamen nämlich in seinem Handexemplar zuweilen vermerkt.



- Bartels, H.*: Die mittelalterliche Kaiserpolitik im Urteil der neuzeitlichen Geschichtsschreibung, Leipzig und Berlin 1928 (2. Auflage 1930).
- Bauer, W.*: Einführung in das Studium der Geschichte, Tübingen 1928.
- Baumgarten, H.*: Historische und politische Aufsätze und Reden, Straßburg 1894.
- Baumstark, A.*: Vom geschichtlichen Werden der Liturgie, Freiburg 1923.
- Below, G. v.*: Der deutsche Staat des Mittelalters, Bd. 1, Leipzig 1914 (2. Auflage 1925).
- Die parteiamtliche neue *Geschichtsauffassung*, Langensalza 1920.
  - Deutsche *Reichspolitik* einst und jetzt, Tübingen 1922.
  - Die deutsche *Geschichtsschreibung* von den Befreiungskriegen bis zu unseren Tagen, München und Berlin 1924.
  - Vom Mittelalter zur *Neuzeit*, Leipzig 1924.
  - Die Italienische *Kaiserpolitik* des Deutschen Mittelalters, München und Berlin 1927.
  - Die Hemmnisse der politischen Befähigung der Deutschen und ihre Beseitigung = *PrJbb.* 185 (1921) 1 ff.
  - Das gute Recht der politischen Historiker = *PrJbb.* 193 (1923) 283 ff.
  - Der Streit um die politische Befähigung der Deutschen = *VgGeg.* 15 (1925) 257 ff.
  - Wie es eigentlich gewesen = *VSozWG.* 20 (1928) 452 ff.
- Below, M. v.*: Georg v. Below. Ein Lebensbild für seine Freunde. Stuttgart 1930.
- Bergsträsser, L.*: Der politische Katholizismus, Bd. 1, München 1921.
- Berney, A.*: Georg von Below = *HV.* 24 (1929) 525 ff.
- Bernhard, Fr. L. Freiherr v.*: Rom und Deutschland. Meditationen über das Kaisertum und die Beendigung des dermaligen Zwischenreiches. München 1862.
- Bernhart, J.*: *Tragik* im Weltlauf, München 1917.
- Sinn der Geschichte = *Geschichte der führenden Völker*, Bd. 1, Freiburg 1931, 1 ff.
- Bernheim, E.*: Lehrbuch der historischen *Methode* und der Geschichtsphilosophie, Leipzig 1908.
- Mittelalterliche *Zeitanschauungen* in ihrem Einfluß auf Politik und Geschichtsschreibung, Teil 1, Tübingen 1918.
- Bettelmann, A.*: Scheffer-Boichorst = Biographisches Jahrbuch und deutscher Nekrolog (BgJb.), Bd. 9, Berlin 1906, 349 ff.
- Bloch, H.*: Die Staufischen *Kaiserwahlen* und die Entstehung des Kurfürstentums, Leipzig und Berlin 1911.
- Die Sachsengeschichte Widukinds von Korvei = Neues Archiv der Gesellschaft für ältere Geschichtskunde (NA.) 38 (1913) 95 ff.
- Boehm, Guilelmus*: Quemadmodum ab Ottone I ad Heinrici IV initia ipsum imperium unitatem nationis Germanicae affecerit eiusque artes, litteras, commercium adauxerit. Berolini 1865.
- Böhmer (J. F.) — Ficker (J.) — Winkelmann (E.)*: Regesta imperii (RI) V<sub>3</sub>, Innsbruck 1901.



- Bonath, C. A.*: Das heilige römische Reich deutscher Nation, Osterburg 1868.
- Brackmann, A.*: Die Erneuerung der Kaiserwürde im Jahre 800 = Geschichtliche Studien für Albert Hauck, Leipzig 1926, 121 ff.
- Das Elsaß als politisch-deutsches Binnenland = Elsaß-Lothringisches Jahrbuch (*ElsLothrJb.*) 5, Berlin und Leipzig 1926, 17 ff.
- Die Ostpolitik Ottos des Großen = *HZ.* 134 (1926) 242 ff.
- Heinrich IV. als Politiker beim Ausbruch des Investiturstreites = *Berliner Sitzungsberichte (SB.)* 1927, Philosophisch-historische Klasse, 393 ff.
- Die politische Wirkung der Kluniazenser Bewegung = *HZ.* 139 (1928) 34 ff.
- Der Streit um die deutsche Kaiserpolitik des Mittelalters = Velhagen und Klasings Monatshefte (*VelhMonh.*) 43 (1928/29) Heft 10, 443 ff.
- Die Anfänge der Slawenmission und die Renovatio imperii des Jahres 800 = *Berliner SB.* 1931, Philosophisch-historische Klasse, 72 ff.
- Otto der Große = *Rohden* P. R. und Ostrogowsky G., *Menschen, die Geschichte machten*, Bd. 2, Wien 1931, 1 ff.
- Der „Römische Erneuerungsgedanke“ und seine Bedeutung für die Reichspolitik der deutschen Kaiserzeit = *Berliner SB.* 1932, Philosophisch-historische Klasse, 346 ff.
- Brandt, K.*: Deutsche Geschichte (*DG.*), Berlin o. J. (4. Auflage).
- Braubach, M.*: Zur Beurteilung der mittelalterlichen Kaiserpolitik = *VgGeg.* 15 (1925) 321 ff.
- Breysig, K.*: Vom deutschen Geist und seiner Wesensart, Stuttgart und Berlin 1932.
- Bryce, J.*: Das heilige römische Reich (deutsch von A. Winckler), Leipzig 1873.
- Büchner, F.*: Was ist das Reich?, Oldenburg 1932.
- Bühler, J.*: Das erste Reich der Deutschen, Leipzig o. J. (1931).
- Burdach, K.*: Vom Mittelalter zur Reformation, Bd. II, Teil 1: Rienzo und die geistige Wandlung seiner Zeit, 1. Hälfte, Berlin 1913.
- Busch, W.*: Zur Erinnerung an Wilhelm Maurenbrecher = Sonderabzug aus der Neuen Bonner Zeitung, Bonn 1893.
- Caro, J.*: Heinrich v. Sybel = Nord und Süd, Bd. LX, Breslau 1892, 32 ff.
- Cartellieri, A.*: Die staufischen Kaiser und die Auffassung ihrer allgemeinen Politik = Neue Heidelberger Jahrbücher (*NHeidJbb.*) 13 (1904) 121 ff.
- Die auswärtige Politik der Staufer = Korrespondenzblatt des Gesamtvereins der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine (*KBIGV.*) 69 (1921) Sp. 49 ff.
- Otto III., Kaiser der Römer = *Festschrift* Walter Judeich, Weimar 1929, 173 ff.
- Der Höhepunkt des alten Deutschen Kaisertums = *Zeitwende VII.* 2. Hälfte (1931) 152 ff.

- Cartellieri, A.*: Die *Weltstellung* des deutschen Reiches 911—1047, München und Berlin 1932.
- Dahlmann-Waitz*: Quellenkunde der deutschen Geschichte, Leipzig 1931.
- Dankworth, H.*: Die Entwicklung der großdeutschen Idee, M.-Gladbach 1926.
- Davidsohn, R.*: Die Vorstellungen vom alten Reich in ihrer Entwicklung auf die innere deutsche Geschichte = Münchener SB. 1917, Philosophisch-philologische und historische Klasse, 5. Abhandlung.
- Dehio, G.*: Kunsthistorische *Aufsätze*, München-Berlin 1914.
- Geschichte der deutschen *Kunst*, Bd. 1, Berlin und Leipzig 1921.
- Delbrück, H.*: Weltgeschichte, Teil 2, Berlin 1925.
- Dempf, A.*: Der großdeutsche Gedanke = Wiederbegegnung von Kirche und Kultur in Deutschland, Gabe für Karl Muth, München 1927, 207 ff.
- *Sacrum Imperium*, München und Berlin 1929.
- \*Deutsche Vierteljahrsschrift (*DV.*), Stuttgart und Augsburg 1859 sowie Stuttgart 1860—1870.
- Didolff, P.*: 870 und 1870, der deutschen Nation Jubelfeier = HZ. 25 (1871) 102 ff.
- Dierauer, J.*: Ruotger und der Aufstand von 953 (1866) = Büdinger M., Untersuchungen zur Mittleren Geschichte, Bd. 2, Abt. 1, Lpz. 1871, 1 ff.
- Dietrich, K.*: Geistliche Herrschaften und deutsche Volksentwicklung = AKuG. 15 (1923) 36 ff.
- Dittmann, A.*: Die Weltgeschichte, Bd. 3, Leipzig o. J.
- Döllinger, J. v.*: Das Kaisertum Karls des Großen und seiner Nachfolger = Münchener Historisches Jahrbuch (HJb.) 1865, 299 ff., 384 ff.
- Dopsch, A.*: Der deutsche Staat des Mittelalters = *MIÖG.* 36 (1915) 1 ff.
- Nekrolog auf Georg von Below = Akademie der Wissenschaften in Wien, *Wiener Almanach* 78 (1928) 259 ff.
- Dove, A.*: Ranke und Sybel in ihrem Verhältnis zu König Max = Ausgewählte Schriften vornehmlich historischen Inhalts, Leipzig 1898, 110 ff.
- Dümmler, E.*: Kaiser *Otto* der Große, Leipzig 1876.
- Die Römerzüge der deutschen Kaiser = *PrJbb.* 24 (1869) 296 ff.
- Ehrhard, A.*: Der *Katholizismus* und das 20. Jahrhundert im Lichte der kirchlichen Entwicklung der Neuzeit, Stuttgart und Wien 1902.
- Das *Mittelalter* und seine kirchliche Entwicklung, Mainz und München 1908.
- Eibl, H.*: Vom Sinn der Gegenwart. Ein Buch von deutscher Sendung. Wien-Leipzig 1933.
- Eicken, H. v.*: Geschichte und System der mittelalterlichen Weltanschauung, Stuttgart und Berlin 1923.
- Erben, W.*: Betrachtungen zur italienischen Kriegstätigkeit der Schweizer = HZ. 124 (1921) 1 ff.
- Erdmann, C.*: Der Heidenkrieg in der Liturgie und die Kaiserkrönung Ottos I. = *MIÖG.* 46 (1932) 129 ff.
- Falk, R.*: Italienisch-deutsche Kulturbeziehungen in der Zeit von 900—1056 = AKuG. 15 (1923) 161 ff.

- Faulhaber, R.*: Der Reichseinheitsgedanke in der Literatur der Karolingerzeit bis zum Vertrag von Verdun, Berlin 1931.
- Fehr, H.*: Deutsche Rechtsgeschichte, Berlin und Leipzig 1921.
- Ferres, M.*: Heinrich v. Sybels Stellung zu den politischen Vorgängen von 1859—1862, Berlin 1930.
- Fester, R.*: Die politischen Probleme Deutschösterreichs = Deutschlands Erneuerung (DErn.) 5 (1921) 339 ff.
- Ficker, J.*: Das deutsche Kaiserreich in seinen universalen und nationalen Beziehungen, Innsbruck 1861.
- Vom Reichsfürstenstand, Bd. 1, Innsbruck 1861.
- Deutsches Königtum und Kaisertum, Innsbruck 1862.
- Forschungen zur Reichs- und Rechtsgeschichte Italiens, Bd. 1, Innsbruck 1868.
- Finke, H.*: Weltimperialismus und nationale Regungen im späteren Mittelalter, Freiburg und Leipzig 1916.
- \*Forschungen zur brandenburgischen u. preußischen Geschichte (FBPrG.), Leipzig 1888 ff.
- \*Forschungen zur Deutschen Geschichte (FDG.), Göttingen 1862.
- Fueter, E.*: Geschichte der neueren Historiographie, München und Berlin 1911.
- Gebhardt, B.*, sieh unter Großmann und W. Schultze.
- Gierke, O.*: Das deutsche Genossenschaftsrecht, Bd. 1, Berlin 1868.
- Giesebrecht, W. v.*: Geschichte der deutschen Kaiserzeit, Bd. 1, Braunschweig 1874 (4. Auflage).
- Goetz, W.*: Die deutsche Geschichtschreibung des letzten Jahrhunderts und die Nation, Leipzig und Dresden 1919.
- Propyläen-Weltgeschichte (WG.), Bd. 3: Das Mittelalter bis zum Ausgang der Staufer 400—1250, Berlin o. J.
- Der nationale Gedanke von 1870—1914 = Kriegshefte der süddeutschen Monatshefte (SüddMonh.) 1914/15, 12 ff.
- Die deutsche Geschichtschreibung der Gegenwart = Die deutsche Nation (DNat.) 6 (1924) 193 ff.
- Grauert, H. v.*: Deutsche Weltherrschaft? = Deutsche Kultur, Katholizismus und Weltkrieg, herausgegeben von G. Pfeilschifter, Freiburg 1916, 357 ff.
- Großmann, F.*: Lothar und die Hohenstaufen = Gebhardts Handbuch (Hb.) der deutschen Geschichte, herausgegeben von R. Holtzmann, Stuttgart-Berlin-Leipzig 1930, Bd. 1, § 58 ff.
- Grottenfelt, A.*: Die Wertschätzung in der Geschichte, Leipzig 1903.
- Günter, H.*: Der mittelalterliche Mensch = HJb. 44 (1924) 1 ff.
- Deutsche Kultur in ihrer Entwicklung, Leipzig o. J. (1932).
- Das mittelalterliche Kaisertum, München 1933.
- Güterbock, F.*: Barbarossa und Heinrich der Löwe = VgGeg. 23 (1933) 251 ff.
- Haas, W.*: Das Ziel der Historie = VgGeg. 16 (1926) 257 ff.
- Hahn, L.*: Das Kaisertum = Das Erbe der Alten, Heft VI, Leipzig 1913.

- Haller, J.:* Die *Epochen* der deutschen Geschichte, Stuttgart u. Berlin 1925.
- Das altdeutsche *Kaisertum*, Stuttgart-Berlin-Leipzig o. J. (1926).
  - Kaiser Heinrich VI. = *HZ.* 113 (1914) 473 ff.
  - Heinrich VI. und die römische Kirche = *MIÖG.* 35 (1914) 385 ff. und 545 ff.
- Hampe, K.:* Der Zug nach dem *Osten*, Leipzig und Berlin 1921.
- Mittelalterliche Geschichte (*MaG.*), Gotha 1922.
  - Deutsche Kaisergeschichte in der Zeit der *Salier* und *Staufer*, Leipzig 1923.
  - Karl der Große = *Meister der Politik (MPol.)*, herausgegeben von E. Marcks und K. A. v. Müller, Bd. 1, Stuttgart und Berlin 1922, 225 ff.
  - Otto der Große = ebenda, Bd. 1, 226 ff.
  - Friedrich Barbarossa und seine Nachfolger = ebenda, Bd. 3 (1923), 221 ff.
  - *Herrschergestalten* des deutschen Mittelalters, Leipzig o. J., 2. Auflage (1933).
  - Das *Hochmittelalter*. Geschichte des Abendlandes von 900—1250, Berlin o. J. (1932). Vgl. auch Hampes Beitrag in Goetz, Propyläen WG., Bd. 3, 297 ff.
  - Kritische Bemerkungen zur Kirchenpolitik der Stauferzeit = *HZ.* 93 (1904) 385 ff.
  - Italien und Deutschland im Wandel der Zeiten = *HZ.* 134 (1926) 199 ff.
  - Kaiser Otto III. und Rom = *HZ.* 140 (1929) 513 ff.
- Hartmann, L. M.:* Geschichte Italiens im Mittelalter, Gotha, Bd. III<sub>2</sub> (1911) und Bd. IV<sub>1</sub> (1915).
- Hartung, J.:* Die Lehre von der Weltherrschaft im Mittelalter, Halle 1909.
- Hauck, A.:* Kirchengeschichte Deutschlands, Teil 3, Leipzig 1920.
- Heimpel, H.:*\* Deutschlands Mittelalter, Deutschlands Schicksal, Freiburg 1933.
- Heldmann, K.:* Das Kaisertum Karls des Großen, Weimar 1928.
- Hellmann, S.:* Das Mittelalter bis zum Ausgang der Kreuzzüge, Gotha 1924.
- Henle, R.:* Der Weg zum großdeutschen Reich, München 1927.
- Hergenröther, J. Kardinal:* Handbuch der allgemeinen Kirchengeschichte, herausgegeben von J. P. Kirsch, Bd. 2, Freiburg 1913.
- Heusler, A.:* Deutsche Verfassungsgeschichte, Leipzig 1905.
- Hintze, O.:* Staatenbildung u. Verfassungsentwicklung = *HZ.* 88 (1901) 1 ff.
- Der deutsche Staatsgedanke = *Zeitschrift für Politik (ZPol.)* 13 (1924) 114 ff.
  - Wesen und Verbreitung des Feudalismus = *Berliner SB.* 1929, Philosophisch-historische Klasse, 320 ff.
- Hirsch, H.:* Die *Klosterimmunität* seit dem Investiturstreit, Weimar 1913.
- Die hohe *Gerichtbarkeit* im hohen Mittelalter, Prag 1922.
  - Kaiserurkunde und Kaisergeschichte = *MIÖG.* 35 (1914) 60 ff.
  - Der mittelalterliche Kaisergedanke in den liturgischen Gebeten = *MIÖG.* 44 (1930) 1 ff.

---

\* Konnte noch vor dem Druck dieser Arbeit herangezogen werden.



- \*Historisches Jahrbuch der Görresgesellschaft (HJb.), München 1880 ff.  
 \*Historisch-politische Blätter für das katholische Deutschland (HpBl.), München 1859 ff.  
 \*Historische Vierteljahrsschrift (HV.), Leipzig 1898 ff.  
 \*Historische Zeitschrift (HZ.), München 1859 ff.  
 Hitler, A.: Mein Kampf, München 1933.  
 Höfler K. A. C., Kaisertum und Papsttum, Prag 1862.  
 Hofmann, A. v.: Politische Geschichte der Deutschen, Bd. 2, Stuttgart u. Berlin 1922.  
 Hofmeister, A.: Deutschland und Burgund, Leipzig 1914.  
 — Die nationale Bedeutung der mittelalterlichen Kaiserpolitik, Greifswald 1923.  
 Holtzmann, R.: Deutsche Geschichte und konfessionelle Spaltung, Halle 1928.  
 Hugelmann, K. G.: Die deutsche Nation und der deutsche Nationalstaat im Mittelalter = HJb. 51 (1931) 1 ff. und 445 ff.  
 Hurwicz, E.: Die Seelen der Völker, Gotha 1920.  
 Jacob, B.: Großdeutsch-mittleuropäisch = Allgemeine Rundschau 24 (1927) 56 ff.  
 Jahresberichte der deutschen Geschichte (JberdDG.), Breslau 1918 ff.  
 Jahresberichte für deutsche Geschichte (JberDG.), Leipzig 1927 ff.  
 Jansen, H. u. Schmitz-Kallenberg, L.: Historiographie und Quellen der deutschen Geschichte bis 1500, Leipzig u. Berlin 1914.  
 Jaspers, K.: Max Weber. Deutsches Wesen im politischen Denken, im Forsche und Philosophieren. Oldenburg o. J. (1932).  
 Isenburg, W. K. Prinz v.: Das Problem der Rassenreinheit, Langensalza 1933.  
 Jung, E.: Sinndeutung der deutschen Revolution, Oldenburg 1933.  
 Jung, J.: Julius Ficker, Innsbruck 1907.  
 Kaindl, R. F.: Österreich, Preußen, Deutschland, Wien und Leipzig 1926.  
 Kallen, G.: Der Säkularisationsgedanke in seiner Auswirkung auf die Entwicklung der mittelalterlichen Kirchenverfassung = HJb. 44 (1924) 197 ff.  
 Kampers, F.: Die deutsche Kaiseridee in Prophetie und Sage, München 1896.  
 — Rex et sacerdos = HJb. 45 (1925) 495 ff.  
 Kampschulte, F. W.: Die Kaiserkrönung Karls des Großen und das christliche Universalreich des Mittelalters = K., Zur Geschichte des Mittelalters (G. des MA.), Bonn 1864, 25 ff.  
 Kauffmann, H.: Die italienische Politik Kaiser Friedrichs I. nach dem Frieden von Constanx (1183—1189), Greifswald 1933.  
 Kaufmann, F.: Geschichtsphilosophie der Gegenwart, Berlin 1931.  
 Kaufmann, G.: Kaisertum und Papsttum bis Ende des 13. Jahrhunderts = Pflugk-Hartung, J. v., Ullsteins WG., Bd. „Geschichte des MA.“, Berlin o. J.  
 Kemmerich, M.: Die Lebensdauer und die Todesursachen innerhalb der deutschen Kaiser- und Königsfamilien, Leipzig und Wien 1909.

- Kende, O.: Neue Strömungen auf dem Gebiete der deutschen Geschichtswissenschaft, Wien-Leipzig 1928.
- Handbuch, sieh unter Schmeidler und Schneider.
- Kern, F.: Die Anfänge der französischen *Ausdehnungspolitik* bis zum Jahre 1308, Tübingen 1910.
- Der deutsche Staat und die Politik des Römerzuges = Aus Politik und Geschichte, *Gedächtnisschrift* für Georg v. Below, Berlin 1928, 32 ff.
- Zur Beurteilung der deutschen Romzugspolitik = *Forschungen und Fortschritte* 5 (1929) 63.
- Keutgen, F.: Der deutsche Staat im Mittelalter, Jena 1918.
- Keyserling, H. Graf: Deutschlands wahre politische Mission, Darmstadt 1921.
- Kienast, W.: Die deutschen Fürsten im Dienste der Westmächte bis zum Tod Philipps des Schönen von Frankreich, Bd. 1, Leipzig u. München 1924.
- Klaiber, L.: Georg von Below, Verzeichnis seiner Schriften = Beiheft 14 zur *VSozWG.*, Stuttgart 1929.
- Klippel, A.: Die völkerrechtlichen Grundlagen der deutschen Königsrechte auf Italien, Berlin 1920.
- Klopp, O.: Die *gothaische Auffassung* der deutschen Geschichte und der Nationalverein, Hannover 1862.
- Kleindeutsche *Geschichtsbaumeister*, Freiburg 1863.
- Die Bedeutung des römischen Kaisertums für den Gemeingeist der Christenheit. Opus posthumum, entstanden im Winter 1902/03 = *HpBl.* 134 (1904) 237 ff. und 317 ff.
- Knussert, R.: Die deutschen Italienfahrten 951—1220 und die Wehrverfassung, München 1931.
- Koeniger, A. M.: Grundriß einer Geschichte des katholischen Kirchenrechts, Köln 1919.
- Kötzschke, R.: Grundzüge der deutschen Wirtschaftsgeschichte bis zum 17. Jahrhundert, Leipzig und Berlin 1923.
- Krammer, M.: Der Reichsgedanke des staufischen Kaiserhauses, Breslau 1908.
- Krauß, A.: Der Irrgang der deutschen Königspolitik, die Lehren der Vergangenheit für Gegenwart und Zukunft, München 1927.
- Kriek, E.: Nationalpolitische Erziehung, Leipzig 1933.
- Krüger, J.: Grundsätze und Anschauungen bei den Erhebungen der deutschen Könige in der Zeit von 911—1056, Breslau 1911.
- Kugler, B.: Zur Beurteilung der deutschen Kaiserzeit, Stuttgart 1867.
- Lamprecht, K.: Deutsche Geschichte, Bd. 2, Berlin 1909.
- Lenel, W.: Der Konstanzer Frieden von 1183 und die italienische Politik Friedrichs I. = *HZ.* 128 (1923) 189 ff.
- Lenz, M.: Die großen Mächte = Deutsche Rundschau (DR.), Bd. 102 (1900) 4 ff., 268 ff., 422 ff.



- Leo, H.: Vorlesungen über die Geschichte des deutschen Volkes und Reiches, Bd. 4, Halle 1865.
- Levison, W.: Vom Ende der Römerherrschaft bis zum Interregnum = Geschichte (G.) des Rheinlandes von der ältesten Zeit bis zur Gegenwart, herausgegeben von der Gesellschaft für rheinische Geschichtskunde, Essen 1922, Bd. 1, 45 ff.
- Lindner, Th.: Weltgeschichte, Bd. 3, Stuttgart und Berlin 1921.
- Löher, F.: Die deutsche Politik König Heinrich I., München 1857.
- Lorenz, O.: Deutsche Geschichte im 13. und 14. Jahrhundert, Bd. 1: Die Zeit des großen Interregnums mit besonderer Rücksicht auf Österreich, Wien 1863.
- Die *Geschichtswissenschaft* in ihren Hauptrichtungen und Aufgaben, Bd. 1, Berlin 1866.
- *Kaiser Wilhelm* und die Begründung des Reiches 1866-1871, Jena 1902.
- Lortz, J.: Geschichte der Kirche in ideengeschichtlicher Betrachtung, Münster 1932.
- Maier, A.: Großdeutsche Geschichte = Behrend F., Das größere Deutschland, Leipzig 1929, 1 ff.
- Manitius, M.: Deutsche Geschichte unter den sächsischen und salischen Kaisern 911—1125, Stuttgart 1889.
- Marcks, E.: Männer und Zeiten, Bd. 1 und Bd. 2, Leipzig 1922.
- *Auf- und Niedergang* im deutschen Schicksal, Berlin 1927. Sonderabdruck aus Archiv für Politik und Geschichte 8 (1927) 1 ff.
- Maurenbrecher Guilelmus: De historicis decimi saeculi scriptoribus, qui res ab Ottone Magno gestas memoriae tradiderunt, Bonnae 1861.
- Maurenbrecher, W.: Die Kaiserpolitik Ottos I. = HZ. 5 (1861) 111 ff.
- Der ludolfinische Aufstand von 953 (Entgegnung) = FDG. 4 (1864) 587 ff.
- Das deutsche Kaisertum = *Die Grenzboten* 30 (1871), 1. Semester, 605 ff.
- *Gründung* des deutschen Reiches, 1859—1871, Leipzig 1892.
- Mayer, Th.: Deutsche *Wirtschaftsgeschichte* des Mittelalters, Leipzig 1928.
- Geschichtliche Grundlagen der deutschen *Verfassung*, Gießen 1933.
- Mayer-Pfannholz, A.: Die Wende von Canossa = Hochland 30 (1932/33), Heft 11, 385 ff.
- Meinecke, F.: *Preußen* und Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert, München und Berlin 1913.
- Romanischer und germanischer Geist im Wandel der deutschen Geschichtsauffassung = HZ. 115 (1916) 516 ff.
- Kausalitäten und Werte in der Geschichte = HZ. 137 (1928) 1 ff.
- Meisner, H. O.: Preußisch-deutsche Geschichts- und Staatsauffassung im Wandel der Zeiten, München und Berlin 1931.
- Meister, A.: Deutsche Verfassungsgeschichte (VG.) von den Anfängen bis ins 14. Jahrhundert, Leipzig und Berlin 1913.
- Grundzüge der Historischen *Methode*, Leipzig und Berlin 1923.

„Meister der Politik“ sieh unter Hampe.

*Meyer, H.*: Die Militärpolitik Friedrich Barbarossas im Zusammenhang mit seiner Italienpolitik, Berlin 1930.

\*Mitteilungen des Instituts für österreichische Geschichtsforschung (MIÖG.), Innsbruck 1880 ff.

*Mitteis, G.*: Politische Prozesse des früheren Mittelalters in Deutschland und Frankreich, Heidelberg 1927.

*Mommsen, W.*: Zur Beurteilung der deutschen Einheitsbewegung = HZ. 138 (1928) 523 ff.

*Muckermann, F.*: Vom Rätsel der Zeit. Gedanken zur Reichsidee. München 1933.

*Mühlbacher, E.*: Deutsche Geschichte unter den Karolingern, Stuttgart 1896.

*Müller, E.*: Nationalbolschewismus, Hamburg 1933.

*Muth, K.*: Das Reich als Idee und Wirklichkeit einst und jetzt = Hochland 30 (1932/33), Heft 6, 481 ff.

*Nickel, J.*: Allgemeine Kulturgeschichte, Paderborn 1907.

*Nitzsch, K.W.*: Geschichte des deutschen Volkes (DG.), herausgegeben von G. Matthäi, Bd. 1—3, Leipzig 1892.

— Das deutsche Reich und Heinrich IV. = HZ. 45 (1881) 1 ff.

*Oncken, H.*: Historisch-politische Aufsätze und Reden, München und Berlin 1914, Bd. 1.

*Ottenthal, E. v.*: Mühlbacher = Biographisches Jahrbuch und deutscher Nekrolog (BgJb.), Bd. 8, Berlin 1905, 344 ff.

*Paller, H. v.*: Der großdeutsche Gedanke. Seine Entstehung und Entwicklung bis zur Gegenwart, Leipzig 1928.

*Pfeil, E.*: Die fränkische und deutsche Romidee des frühen Mittelalters, München 1929.

*Pfennigsdorf, E.*: Christus im modernen Geistesleben, Schwerin o. J. (1926).

*Preuß, H.*: Die Wandlungen des deutschen Kaisergedankens, Berlin 1917.

\*Preußische Jahrbücher (PrJbb.), Berlin 1858 ff.

*Prutz, H.*: Staatengeschichte des Abendlandes im Mittelalter von Karl dem Großen bis auf Maximilian, Berlin 1887.

*Puntschart, P.*: Julius Ficker = ZSavStRgGA. 23 (1902) XIV ff.

*Rademacher, A.*: Wissenschaft und Leben, Bonn 1929.

*Ranke, L. v.*: Deutsche Geschichte (DG.) im Zeitalter der Reformation, München und Leipzig 1924, Bd. 1.

— Weltgeschichte (WG.), Teil 6 (Leipzig 1891) und Teil 8 (Leipzig 1898).

*Rapp, A.*: Der deutsche Gedanke, seine Entwicklung im politischen und geistigen Leben seit dem 18. Jahrhundert, Bonn und Leipzig 1920.

— Großdeutsch — Kleindeutsch, München 1922.

— Der Kampf um deutsche Einheit, Stuttgart 1926.

*Ritter, M.*: Die Entwicklung der Geschichtswissenschaft an den führenden Werken betrachtet, München und Berlin 1919.

*Rörig, F.*: Vom Werden deutscher Staatlichkeit, Kiel 1929.

— Staatenbildung auf deutschem Boden = Harms, B., Volk und Reich der Deutschen, Bd. 1, Leipzig 1929, 45 ff.

- Rommel, O.: Der Aufstand Herzog Ludolfs von Schwaben in den Jahren 953 und 954 = FDG. 4 (1864) 121 ff.
- Rosenberg, A.: Der Mythos des 20. Jahrhunderts, München 1933.
- Rosenmund, R.: K. W. Nitzsch = PrJbb. 49 (1882) 262 ff.
- Rost, H.: Die Verquickung von Religion und Politik in der preußisch-deutschen Geschichte, Augsburg 1926.
- Roth, P.: Feudalität und Untertanenverband, Weimar 1863.
- Rothacker, E.: Einleitung in die Geisteswissenschaften, Tübingen 1920.
- Rüsen, W.: Der Weltherrschaftsgedanke und das deutsche Kaisertum im Mittelalter, Halle 1913.
- Sägmüller, J. B.: Lehrbuch des katholischen Kirchenrechts, Freiburg 1909.
- Die Idee der Kirche als imperium Romanum im kanonischen Recht = Theologische Quartalschrift (ThQ.) 80 (1898) 50 ff.
- Salz, A.: Das Wesen des Imperialismus, Leipzig und Berlin 1931.
- Sawicki, F.: Geschichtsphilosophie, Kempten-München-Koblenz 1920.
- Schäfer, D.: Deutschland und Frankreich als erobernde Mächte = Aufsätze, Vorträge und Reden, Bd. 2, Jena 1913.
- Wie wurden wir ein Volk? Wie können wir es bleiben? München 1919.
- Deutsche Geschichte (DG.), Jena 1921, Bd. 1.
- Staat und Welt, Berlin 1922.
- Sind die Deutschen ein Eroberervolk? = Deutschlands Erneuerung (DErn.) 5 (1921) 65 ff., 129 ff.
- Deutschland als Wahlreich = PrJbb. 196 (1924) 227 ff.
- Bemerkungen zum Geschichtsunterricht = Nationale Erziehung (Nat-Erz.) 6 (1925) 99 ff.
- Scheffer-Boichorst, P.: Kaiser Friedrichs I. letzter Streit mit der Kurie, Berlin 1866.
- Schieblich, W.: Die Auffassung des mittelalterlichen Kaisertums in der deutschen Geschichtsschreibung von Leibniz bis Giesebrecht, Berlin 1932.
- Schmalenbach, H.: Das Mittelalter, Leipzig 1926.
- Schmeidler, B.: Mittelalterliche Geschichte = PrJbb. 188 (1922) 182 ff.
- Königtum und Fürstentum in Deutschland in der mittelalterlichen Kaiserzeit = PrJbb. 208 (1927) 280 ff.
- Niedersachsen und das deutsche Königtum vom 10. bis 12. Jahrhundert = Niedersächsisches Jahrbuch (Jb.) 4 (1927) 137 ff.
- Deutschland und Europa im Mittelalter, Erlangen 1929. Auch in PrJbb. 217 (1929) 280 ff.
- Von der Mitte des 13. Jahrhunderts bis zur Reformation, Teil 1 = Kende, O., Handbuch für den Geschichtslehrer, Bd. 4, 1. Hälfte, Leipzig und Wien 1932.
- Schmidt, L.: Die germanischen Reiche der Völkerwanderung, Leipzig 1918.
- Schmitt, C.: Der Begriff des Politischen, Hamburg o. J. (1933).
- Schmoller, G.: Gedächtnisrede auf Heinrich v. Sybel und Heinrich v. Treitschke = FBPrG. 92 (1897) 1 ff.

- Schnabel, F.*: *Deutschland in den weltgeschichtlichen Wandlungen des letzten Jahrhunderts*, Leipzig und Berlin 1925.
- *10 Jahre nach dem Kriege*, Karlsruhe 1929.
- Schnee, H.*: *Die Kaiserpolitik des Ersten Reiches im Urteil deutscher Geschichtsschreiber*, Paderborn und Würzburg o. J.
- Schneider, Fedor*: *Geschichte der Lothringischen Frage bis zum Interregnum* = Kautzsch, R. u. a., *Frankreich und der Rhein*, Frankfurt a. M., 1925, 29 ff.
- *Rom und Romgedanke im Mittelalter. Die geistigen Grundlagen der Renaissance*. München 1926.
- *Mittelalter (M.A.) bis zur Mitte des 13. Jahrhunderts* = Kende O., *Handbuch für den Geschichtslehrer*, Bd. 3, Leipzig und Wien 1929.
- *Zur Geschichte der Ottonen* = *VSozWG*. 14 (1918) 495 ff.
- Schnürer, G.*: *Kirche und Kultur im Mittelalter*, Paderborn, Bd. 1 (1927) und Bd. 2 (1926).
- Schotte, W.*: *Preußischer Partikularismus* = *PrJbb*. 185 (1921) 134 ff.
- Schramm, P. E.*: *Kaiser, Rom und Renovatio*, Teil 1, Leipzig-Berlin 1929.
- Schrod, K.*: *Reichsstraßen und Reichsverwaltung im Königreich Italien (754—1197)* = *VSozWG*., Beiheft 25, Stuttgart 1931.
- Schubert, H. v.*: *Altes und neues Reich deutscher Nation*, Heidelberg 1929.
- Schulte, A.*: *Fürstentum und Einheitsstaat in der deutschen Geschichte*, Berlin 1921.
- *Der deutsche Staat. Verfassung, Macht und Grenzen 919—1914*, Stuttgart und Berlin 1933.
- Schulte (J. F.) v.*: *Das Kaisertum des Mittelalters nach seiner sozialen und politischen Bedeutung* = *Deutsche Revue* 1905, Bd. 2, 95 ff.
- Schultheiß, F. G.*: *Geschichte des deutschen Nationalgefühls*, Bd. 1: *Von der Urzeit bis zum Interregnum*, München und Leipzig 1893.
- Schultze, A.*: *Georg von Below†* = *ZSavStRgGA*. 48 (1928) XI ff.
- Schultze, W.*: *Die sächsischen und salischen Kaiser* = *Gebhardts Handbuch(Hb.) der deutschen Geschichte*, herausgegeben von R. Holtzmann, Stuttgart-Berlin-Leipzig 1930, Bd. 1, § 47 ff.
- Schulze, A.*: *Kaiserpolitik und Einheitsgedanke in den karolingischen Nachfolgestaaten (876—962)*, Berlin 1926.
- Schweemer, R.*: *Papsttum und Kaisertum*, Stuttgart 1899.
- Schuerin, C. v.*: *Deutsche Rechtsgeschichte*, Berlin 1915.
- Seelig, F.*: *Verleihungen Ottos I. an Bistümer und Klöster und deren Zusammenhang mit der Politik des Königs und Kaisers*, Berlin 1919.
- Simons, P.\**: *Die Geschichte als Weg des Geistes*, Rottenburg 1933.
- Simonsfeld, H.*: *Jahrbücher des deutschen Reiches unter Friedrich I.*, Bd. 1, Leipzig 1908.
- Sohm, R.*: *Kirchengeschichte im Grundriß*, Konstanz, 21. Auflage.
- Spahn, M.*: *Mitteuropa und das deutsche Volk. Sonderabdruck aus Volk und Reich* 1 (1925) 2 ff.

---

\* Konnte noch vor dem Druck dieser Arbeit herangezogen werden.



- Spranger, E.*: Psychologie des *Jugendalters*, Leipzig 1924.
- *Lebensformen*, Halle 1927.
- Srbik, H., Ritter v.*: Kleindeutsch und Großdeutsch. Ein kritischer Beitrag zu Kaindls Buch: Österreich, Preußen und Deutschland = Archiv für Politik und Geschichte (*APolG.*) 7 (1926) 251 ff.
- Gesamtdeutsche Geschichtsauffassung = Deutsche Vierteljahrsschrift für Literaturwissenschaft und Geistesgeschichte (*DVLG.*) 8 (1930) 1 ff.
- Stegemann, H.*: Deutschland und Europa, Stuttgart und Berlin 1931.
- Steinacker, H.*: Geschichtliche Notwendigkeiten deutscher Politik = Historische Blätter (HBl.) 1 (1921) 31 ff.
- Steinberg, S.*: Die Geschichtswissenschaft der Gegenwart in Selbstdarstellungen: Bd. Below u. a., Leipzig 1925; Bd. Beloch u. a., Lpz. 1926.
- Steinen von den W.*: Karl der Große, Breslau 1928.
- *Otto der Große*, Breslau 1928.
- Steinhausen, G.*: Die Geschichte der deutschen Kultur, Bd. 1, Leipzig und Wien 1913.
- *Kulturgeschichte der Deutschen im Mittelalter*, Leipzig 1921.
- Stengel, E.*: Den Kaiser macht das *Heer*, Weimar 1910.
- *Regnum und Imperium*, Marburg 1930.
- Suchenwirth, R.*: Vom Ersten zum Dritten *Reich*, Leipzig o. J. (1933), 2. Auflage.
- *Zwölf Schicksalsgestalten der deutschen Geschichte*, Leipzig o. J. (1933).
- Sybel, H. v.*: Über die neueren *Darstellungen* der deutschen Kaiserzeit. München 1859.
- *Die deutsche Nation und das Kaiserreich*, Düsseldorf 1862.
- *Gedächtnisrede auf Leopold v. Ranke*, Berlin 1886.
- *Die Begründung des deutschen Reichs* (Volksausgabe), München und Berlin 1901, Bd. 1.
- Tiedemann, H.*: Der deutsche Kaisergedanke vor und nach dem Wiener Kongreß, Breslau 1932.
- Treitschke, H. v.*: Bundesstaat und Einheitsstaat = T., Historische und politische *Aufsätze*, Bd. 2, Leipzig 1871, 77 ff. (wörtlich abgedruckt aus der 2. Auflage von 1865).
- *Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert*, Teil 1, Leipzig 1909.
- *Politik*, Leipzig 1913, Bd. 1.
- Ullsteins WG. sieh unter Kaufmann G.
- Varrentrapp, C.*: Vorträge und Abhandlungen von H. v. Sybel, München und Leipzig 1897.
- \*Vergangenheit und Gegenwart (VgGeg.), Leipzig und Berlin 1911 ff.
- \*Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte (VSozWG.), Leipzig 1903 ff.
- Vigener, F.*: Bezeichnungen für Volk und Land der Deutschen vom 10. bis zum 13. Jahrhundert, Heidelberg 1901.
- Vogt, F.*: Das Königs- und Kaiserideal in der deutschen Dichtung des Mittelalters, Marburg 1908.

- Volkmar, A.*: Sind die Deutschen politisch minderbegabt? = *VgGeg.* 19 (1929) 407 ff.
- Volkmar, W.*: Otto I. und das Kaisertum = *Programm des Gymnasiums zu Blankenburg*, Blankenburg 1871.
- Waitz, G.*: *Deutsche Kaiser* von Karl dem Großen bis Maximilian, Berlin o.J.
- *Jahrbücher des deutschen Reiches unter König Heinrich I.* Berlin 1863.
- *Deutsche Verfassungsgeschichte (VG.)*, Bd. 5, Berlin 1893.
- *Gesammelte Abhandlungen*, Bd. 1, Göttingen 1896.
- Wallach, R.*: Das abendländische Gemeinschaftsbewußtsein im Mittelalter, Leipzig und Berlin 1928.
- Weber, G.*: *Allgemeine Weltgeschichte*, Bd. 6, Leipzig 1866.
- Wentzke, P.*: Die 1000jährige Jubelfeier des Deutschen Reiches = *PrJbb.* 191 (1923) 69 ff.
- Werminghoff, A.*: *Geschichte der Kirchenverfassung Deutschlands im Mittelalter*, Hannover und Leipzig 1905.
- *Verfassungsgeschichte (VG.) der deutschen Kirche im Mittelalter*, Leipzig und Berlin 1913.
- *Der Imperialismus in Gegenwart und Vergangenheit = Die Grenzboten* 76 (1917) Nr. 17.
- Wernz, F. X.*: Die Kaiseridee des Mittelalters = *Stimmen aus Maria Laach (StML.)* 10 (1876) 198 ff. und 264 ff.
- Wolf, G.*: *Wilhelm Maurenbrecher. Ein Lebens- und Schaffensbild.* Berlin 1893.
- *Dietrich Schäfer und Hans Delbrück. Nationale Ziele der deutschen Geschichtsschreibung seit der französischen Revolution.* Gotha 1918.
- Wydenbrugk, O. v.*: *Die deutsche Nation und das Kaiserreich*, München 1862.
- Zach, F.*: *Modernes oder katholisches Kulturideal?* Wien 1925.
- \**Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Germanistische Abteilung (ZSavStRgGA.)*, Weimar 1861 ff.
- Zeßschwitz, G. v.*: *Vom Römischen Kaisertum Deutscher Nation. Ein mittelalterliches Drama.* Leipzig 1877.
- *Das Drama vom Ende des Römischen Kaisertums und von der Erscheinung des Antichrists*, Leipzig 1878.
- Ziekursch, J.*: *Politische Geschichte des Neuen Deutschen Kaiserreiches*, Frankfurt a. M.: Bd. 1, 1925; Bd. 2, 1927; Bd. 3, 1930.
- Zimmermann, K.*: *Deutsche Geschichte als Rassenschicksal*, Leipzig o. J. (1933), 2. Auflage.



Diese Arbeit hat als Dissertation der Philosophischen Fakultät der Universität Köln vorgelegen. Mit ihrer Genehmigung sind die beiden ersten Abschnitte schon als Teildruck unter dem Titel „Die Kampffronten in der deutschen Historiographie bei der Behandlung der mittelalterlichen Kaiserpolitik seit v. Sybel und Ficker bis zum Weltkrieg“, Berlin 1934, erschienen.



## Erster Teil.

### Übersicht über die historiographische Behandlung der mittelalterlichen Kaiserpolitik seit Sybel und Ficker.

#### Erster Abschnitt.

#### Vom Ausbruch des Streites bis zum Kriege 1870/71.

Die Rede „Über die neueren Darstellungen der deutschen Kaiserzeit“, die der damalige aus Düsseldorf gebürtige Münchener Universitätsprofessor Heinrich Karl Ludolf von Sybel in der dortigen Akademie der Wissenschaften am 28. November 1859 hielt, begegnete alsbald weithin einem großen Interesse.

Er wies darauf hin, wie die deutsche Kaiserzeit im engeren Sinne, also die Periode von Beginn des 10. bis zum Ausgang des 13. Jahrhunderts, besonders gern bearbeitet werde. In der Zeit der französischen Unterjochung<sup>1</sup> habe man es gelernt, sich auf die Vergangenheit zu besinnen. „Mochten die alten Kaiser — so sagte man jetzt — mochten sie manches gefehlt haben, immer waren sie unsere Kaiser gewesen.“<sup>2</sup> Er erinnerte alsdann an die seitdem erschienenen Werke über das Mittelalter, auf die gestützt, der Königsberger Professor Giesebrecht letzthin ein Gesamtbild der Kaiserzeit geliefert habe. Doch soviel man sich der historischen Kritik hingabe und so sehr man voranschreite zu einer künstlerischen Form, eines fehle noch, „vielleicht die höchste und schwerste unter allen Funktionen des Historikers, die geistige Ergreifung und Verarbeitung des Stoffes nach politischen und sittlichen Prinzipien und die Gruppierung und Ver-

---

1. Über die Beurteilung des Kaiserreichs in den letzten Zeiten seines Bestandes und in der nächsten Folgezeit vgl. Davidsohn 3 ff.; Below, Kaiserpolitik 43 Anm. 1; Boehm 1 f.; Maurenbrecher in HZ. 5 (1861) 112 ff. sowie vom juristischen Standpunkt Aegidi, Fürsten-Rath § 22 ff.

2. Sybel, Darstellungen 5. Zur geschichtlichen Kontinuität des Kaisergedankens vgl. jetzt Tiedemann 3 ff. und auch 143 ff.

bindung der Tatsachen nach organischen, durchgreifenden und einheitlichen Gesichtspunkten“. Die Geschichtsschreibung bedürfe eines schärferen und politischen Blickes, eines reiferen und konsequenteren Urteils.<sup>3</sup> Brachte Giesebrecht dem alten weltbeherrschenden Kaisertum als einer echt nationalen Gewalt besondere Wertschätzung entgegen und fand damit vielfachen Widerhall, so sprach demgegenüber von Sybel es unverhohlen aus: „Ich kann nun nicht anders, als mich mit ganzer Entschiedenheit zu einer völlig entgegengesetzten Ansicht bekennen.“<sup>4</sup>

Der gleichlange zweite Teil seiner Rede galt dann dem Versuche, diese seine Meinung an den Personen der Kaiser Geschichte etwas zu erläutern. Nicht nur Karls des Großen Kaisertum, sondern auch das Ottos I. fand keine Gnade bei ihm. Es sei das Ergebnis seines Ehrgeizes, während er nur an das Erreichbare hätte denken sollen wie sein Vater Heinrich I. Die Nation habe von vornherein nichts davon wissen wollen. Widerwillig sei sie nur immer gefolgt, bis sie sich nach Heinrichs des Löwen Vorbild später ganz von den italienischen Heerfahrten losriß. Dem wirklich nationalen Interesse sei nur Schaden um Schaden entstanden. Das größte Unheil dabei sei die kirchliche Stellung gewesen, die das Königtum erhalten habe. „Mochte der Ausgang fallen, wie er wollte, so war es vorbei mit dem Ruhme deutscher Herrlichkeit und deutscher Eigenart.“<sup>5</sup> Den Schluß der Festrede bildete nach einer Hervorhebung früherer echt nationaler Bestrebungen der Wittelsbacher die Aufforderung, die wahre nationale Sache nicht zu verkennen.

Wie war die politische Lage, als dieser Vortrag gehalten wurde?<sup>6</sup> In dem auf die Bewegung von 1848/49 folgenden Jahrzehnt der Reaktion hatte sich auch in der Einstellung zur deutschen Einigung „das Schwergewicht in der Art, die Dinge anzuschauen, vom Ideenpolitischen noch etwas mehr ins Gefühlspolitische verschoben, der Gegensatz sich vereinfacht, aber auch zugespitzt“.<sup>7</sup> 1859 kam nun ein neuer Antrieb, nicht wie im

---

3. Sybel, Darstellungen 10.

4. Ebenda 12.

5. Ebenda 22.

6. Vgl. z. B. Ziekursch, Bd. 1, 24 ff.

7. Dankworth 53.

Revolutionsjahr 1848 hauptsächlich von der innenpolitischen Lage her, sondern von der außenpolitischen Gefahr. Der Krieg Frankreichs und Sardiniens gegen Österreich, der im April ausgebrochen war, gab den Anstoß, die deutsche Frage neu aufzurollen. Es handelte sich damals darum, ob Österreich vom deutschen Bunde gegen den französischen Nationalfeind zu unterstützen sei oder nicht. Hielt man dies zunächst für selbstverständlich und empfand damit mehr oder weniger großdeutsch, so kam wie 1848/49 der Rückschlag gar bald. Österreichs Mißtrauen hinderte ja ein Eingreifen Preußens, das selbstbewußt die Führung des Bundesheeres forderte. Und der österreichische Kaiser schloß im Juli bereits den Waffenstillstand von Villafranca, dem am 10. November der endgültige Friede in Zürich folgte. Aber gar manche führende Preußen hatten auch ein Eingreifen zugunsten des Habsburger-Staates nicht gewünscht, zumal seine Grenzen dem strengen Nationalprinzip widersprachen. „Der tiefere Grund der Rede Sybels lag denn auch in seinem Abscheu vor den Tendenzen Österreichs nach Italien hin und den süddeutschen Sympathien für diese un-nationale Politik.“<sup>8</sup> Überhaupt, der Vortrag des kleindeutschen Historikers über die neueren Darstellungen der Kaiserzeit, in einem politisch so bewegten Jahr gehalten, behandelte die Vergangenheit, meinte aber zum guten Teil die Gegenwart und Zukunft.

Österreichs Wunsch, ganz Deutschland an seiner Seite in den Krieg gegen den französischen Erbfeind hineinzureißen, war durch Preußen mit Erfolg verhindert worden. Hatte das geschlagene Österreich die Sympathien für sich und Großdeutschland eher verringert als vermehrt, so besserte sich damit die Lage Preußens in dem Ringen um die deutsche Führung, zumal das liberal gerichtete Ministerium Geist vom Geist der Paulskirche zu haben schien. Sollte es nun doch zu Kleindeutschland unter Preußens Führung kommen? Die Rede Sybels fand denn auch ihren Gegner nicht in dem den gleichen oder ähnlichen Gegenwartszielen zustrebenden Geschichtsschreiber

---

8. Ferres 48.

Giesebrecht, der damals an der preußischen Universität Königsberg wirkte.

Der aus Westfalen gebürtige Innsbrucker Professor Julius Ficker, im Unterschied von dem aus einer evangelischen Pastorenfamilie entstammenden v. Sybel Katholik, nahm den Fehdehandschuh auf. In seinen Studien war der um das Mittelalter sehr verdiente Forscher zu anderen Meinungen gekommen als der in München wirkende preußische Gelehrte. Ficker, dem die 1866 erfolgte Abtrennung der kerndeutschen österreichischen Lande von Deutschland immer unsympathisch blieb, der die Ausscheidung im Hinblick auf die inneren Kämpfe des auf sich gestellten Österreich nicht für ungefährlich hielt — auch nicht für das neue Reich —,<sup>9</sup> war schon damals sicher nicht zu haben für Zerreißung von Jahrhunderte alten, innigen Banden, die nur 1806 bis 1815 ganz gelöst, dann in lockerer Form geschlungen waren und wieder einer festeren Verknüpfung harrten. Er konnte und wollte „die Treue Tausender in Gewöhnung und Tradition wurzelnder Menschen dem Alten gegenüber“ auch wissenschaftlich rechtfertigen. Das zeigte sich in seinen ungefähr mit v. Sybels Rede gleichzeitig gehaltenen Vorlesungen über das deutsche Kaiserreich. Ficker gab sie mit Erwähnung und gelegentlicher Bezugnahme auf Sybels Vortrag heraus unter dem Titel: „Das deutsche Kaiserreich in seinen universalen und nationalen Beziehungen.“

Ein einleitender Abschnitt stellte die grundsätzliche Pflicht des Historikers heraus, in seiner Betrachtung von den Tatsachen auszugehen, nicht von fertigen Ansichten. Davidsohn dürfte also nicht ganz recht haben mit seiner Meinung, daß keiner der Streitenden sich und andere daran erinnerte, wie die Aufgabe geschichtlicher Darstellung in einem reinen Sinne nur gelöst werden könne.<sup>10</sup> Die Hauptaufgabe war für Ficker, „zu untersuchen, ob die Anschauungen und Bedürfnisse der Zeiten, in welchen das deutsche Kaiserreich entstand, die Ausschließung auf eine nationale Staatsgestaltung ermöglicht hätten, ob das Hinausgreifen des Kaiserreiches über die Nation den Verhält-

---

9. Puntschart in ZSavStRgGA. 23 (1902) XXVII.

10. Davidsohn 26.



nissen jener Zeiten angemessen gewesen sei oder nicht". Und weiterhin, ob es sich dabei nur um vorübergehende Bedürfnisse gehandelt habe, oder ob der ganze Charakter unserer Nation sie für die Form des reinen Nationalstaates ungeeignet erscheinen lasse.<sup>11</sup> So bot er denn weitgehende geschichtliche Darlegungen vom Zerfall des römischen Weltreiches bis zu der politischen Lage des ehemaligen deutschen Kaiserreiches in der Mitte des 19. Jahrhunderts. Lehnte er Karls des Großen Reich ab wegen seines Zentralismus, der für jugendfrische Völker nicht taue, so sah er in dem von Otto I. aufgerichteten Kaisertum nur eine Erweiterung des deutschen Königreiches. Behielten in ihm die Stammesherzogtümer ihre Eigenrechte, so konnten im Kaiserreich sich wiederum „Gebiete des verschiedensten Stammes, der verschiedensten Nationalität anschließen, ohne in freier Entwicklung mehr gehemmt zu sein, als gemeinsame Aufgaben das notwendig verlangten."<sup>12</sup> Das sei der germanische Staatsgedanke im Unterschied vom romanischen Zentralismus. Und dieses Kaisertum habe den universalen und nationalen Bedürfnissen entsprochen. Nicht nach dem Weltherrschaftsgedanken einzelner sei sein Wert zu bemessen, sondern „nach seinem tatsächlich jahrhundertlang feststehenden Bestande, welcher uns durchaus das Bild eines zu festgeschlossenen, scharf bestimmten Grenzen ausgewachsenen Staatskörpers" biete.<sup>13</sup> Habe auch die italienische Politik der Kaiser mit dem späteren Verfall des Reiches einen gewissen Zusammenhang, so bringe doch erst die Erwerbung Siziliens den Zerfall des Kaiserreiches und damit zusammenhängend der Königsgewalt. Übrigens sei das deutsche Kaiserreich nicht nur aus den allgemeinen Verhältnissen heraus, sondern mit Rücksicht auf die deutsche Nation selbst nötig gewesen.<sup>14</sup>

Über die Eigenart des alten deutschen Reiches hatte sich Ficker im 1. Band seines Werkes „Vom Reichsfürstenstand“

---

11. Ficker, Kaiserreich 14.

12. Ebenda 61.

13. Ebenda 86.

14. Ebenda 103 ff., 118 ff. Vgl. auch die Zusammenfassung bei J. Jung 318 ff. und bei Schieblieh 154 f.

schon dahin geäußert, daß es weder Weltreich noch Nationalreich gewesen sei. Ebenso hatte er in der Schützenzeitung geschrieben.<sup>15</sup>

V. Sybel, der mittlerweile an die preußische Universität in Bonn übergesiedelt war, schrieb noch im selben Jahre eine Gegenschrift, die 1862 unter dem Titel „Die deutsche Nation und das Kaiserreich. Eine historisch-politische Abhandlung“ erschien. Um seine früheren Behauptungen zu stärken, verfolgte er nunmehr in eingehenderer Weise die Kaiserzeit, und zwar den Verlauf der deutschen Geschichte von Karl dem Großen bis auf den westfälischen Frieden. Ja er kam bis zur deutschen Frage seiner Zeit und wünschte die Konstituierung eines engeren deutschen Vereins neben Österreich, darüber hinaus dann auch noch einen weiteren Bund mit ihm. „Allerdings allen Windungen der oft mühsamen und verwickelten Schilderung des Gegners“ zu folgen, lehnte er ab.<sup>16</sup>

Die heftige Polemik v. Sybels veranlaßte Ficker seinerseits zu der Entgegnung „Deutsches Königtum und Kaisertum“. Antwortete er im Eingang auf die Vorwürfe der Vorrede des Sybelschen Buches, so setzte er sich im übrigen als Ziel, den von diesem besonders befehdeten Kernpunkt zu erweisen, daß mit der beiderseits als richtig anerkannten Ablehnung der weltbeherrschenden Tendenzen des Kaisertums keineswegs das tatsächliche alte Kaiserreich mit seinen gesunden Grundlagen getroffen sei.<sup>17</sup> Darauf, die letzte Zeit des Mittelalters und die Neuzeit zu berücksichtigen, verzichtete er, zumal Sybels spätere historische Erörterungen schon von Klopp gewürdigt worden seien und wohl auch andere Entgegnungen noch darauf zurückkommen würden.<sup>18</sup> Auf die politischen Gegenwartsprobleme noch einzugehen, versagte er sich ebenfalls mit Rücksicht auf die historischen Fragen, an denen ihm vorzugsweise lag. Vielleicht finde er aber noch einmal Zeit, die politische Seite zu behandeln.<sup>19</sup>

---

15. J. Jung 317.

16. Sybel, Die deutsche Nation XI f.

17. Ficker, Königtum und Kaisertum 31.

18. Ebenda 124.

19. Vgl. auch Zusammenfassung bei J. Jung 336 ff.

V. Sybel ging in diesem Streite von der Notwendigkeit aus, zunächst in einem engeren Raum Politik zu treiben. Für Ficker hatte die deutsche Nation den höheren Daseinszweck, die einheitliche christliche Kultur des Abendlandes zu hüten. So charakterisiert G. Wolf<sup>20</sup> die verschiedene Richtung der beiden Historiker. Merkwürdigerweise hat, wie Stengel neuestens hervorhebt,<sup>21</sup> der von L. K. Aegidi bereits 1853 herausgehobene Gedanke, daß das Staatensystem des römischen Reiches, schließlich nur noch Deutschland umfaßte und so Deutschland aus einem Staat nahezu selbst ein Staatensystem geworden war, im bald anschließenden Sybel-Ficker-Streit keine Rolle gespielt. Zur Erklärung hierfür greift er eben zurück auf den rein politisch-historischen Standpunkt Sybels und auf die proimperiale Einstellung des Rechtsgeschichtlers Ficker.

Es ist heute allgemein zugegeben, daß bei diesem Streit Sybels und Fickers über die Vergangenheit sicher der parteipolitische und konfessionelle Standpunkt zu der offenen deutschen Frage des vorigen Jahrhunderts eine beachtenswerte Rolle spielte. Schieblich hat gerade wiederum darauf hingewiesen, daß sich beider Werturteil am konkreten politischen Programm gebildet habe und ihre Erörterungen deutlich pragmatisch seien. Und zwar hätten sich beide, weil das reale Ziel eine realistische Begründung forderte, um eine ganz realistische Betrachtung bemüht. Daß Ficker mehr universaleuropäischen Gesichtspunkten folgte, wird dabei keineswegs übersehen.<sup>22</sup> Mit der deutschen Frage und dem aus dem Emporwachsen der Großmacht Preußen entstandenen Gegensatz von Kleindeutsch und Großdeutsch, den jüngst H. Paller in seinem Entwicklungs-

---

20. Wolf, D. Schäfer u. H. Delbrück 125 f.

21. Stengel, Regnum 40, 27.

22. Schieblich 151 ff. Ideengeschichtlich betrachtet, habe Sybel die nationalpolitische und bürgerlich-liberale Kritik am mittelalterlichen Kaisertum fortgesetzt, während für Fickers Einstellung der alte Reichspatriotismus eine Wurzel sei und er die nationaldeutsche Kaiseridee mit der organischen verbunden habe. In der Kritik an der italienischen Kaiserpolitik schloß sich Sybel übrigens an eine etwa 80jährige Tradition an, die ihrerseits noch manche Vorgänger hat. Vgl. Schieblich 17, 44, 76, 77 f.; Rapp, Gedanke 195 f.; auch oben S. 1 Anm. 1.

gang verfolgte, hatte die mittelalterliche Italienpolitik der Kaiser an sich nichts zu tun. Indes, wie ehemals das ottonische Kaisertum sich um nichtdeutsche bekümmerte, so hatte Österreich noch immer italienischen und anderen nichtdeutschen Besitz. Und daher war die Verbindung gegeben zwischen dem antihabsburgischen kleindeutschen Standpunkt des 19. Jahrhunderts und der Ablehnung der ehemaligen Kaiserpolitik.<sup>23</sup>

Nicht nur bei den beiden Historikern — bei dem temperamentvollen und später auch als Abgeordneter politisch tätigen v. Sybel<sup>24</sup> wohl offensichtlicher als bei Ficker<sup>25</sup> —, sondern auch bei den meisten der Zeitgenossen sprachen diese Interessen mit. „In der Hauptsache schieden sich die Stimmen nach den damaligen schwebenden Fragen; die Fehde sah die Klein- und Großdeutschen im geschlossenen Aufmarsch“ (G. Wolf). Kein Wunder, wenn sich diese Gegensätze auch weiterhin auf die Wissenschaft übertrugen.

Die Massen wurden, abgesehen davon, daß die Konfession bei der Stellungnahme zur deutschen Frage oft mitsprach, mittlerweile auch für die Tagespolitik noch organisiert. Die Gründung des Nationalvereins im August 1859 zur Vertretung der Interessen des kleindeutschen Nationalliberalismus wurde ja 1862 in Frankfurt von den Großdeutschen mit dem Zusammenschluß im Reformverein beantwortet. Außer den Tageszeitungen fochten auch die Zeitschriften mit. Sybel, dessen Name unter den Gründern des Nationalvereins nicht fehlte, rief im gleichen Jahre die Historische Zeitschrift ins Leben, von der seine alten Feinde Radikalismus, Feudalismus und Ultramontanismus verbannt sein sollten. Ins kleindeutsche Lager gehören auch die Grenzböten hinein, sowie noch die 1858 begonnenen Preussischen Jahrbücher, die Sybel und seine Schriften sehr günstig beurteilten.<sup>26</sup> Sie sind die publizistischen Ergänzungen

---

23. Kern in Gedächtnisschrift 73.

24. Vgl. Bailieu in ADB., Bd. 54, 645 ff.

25. Vgl. J. Jung passim.

26. Vgl. PrJbb. 6 (1860) 540 f. und 9 (1862) 115 ff.



zur Historischen Zeitschrift. Die Belange der Großdeutschen aber wurden nach wie vor vertreten von den Historisch-politischen Blättern für das katholische Deutschland sowie von der auch im Süden erscheinenden Deutschen Vierteljahrsschrift.<sup>27</sup> Ja, „das Bild der deutschen Geschichte sahen kleindeutsche Augen anders als großdeutsche“.<sup>28</sup>

Unter den Anhängern Sybels ist hauptsächlich Wilhelm Maurenbrecher, einer seiner Schüler, zu nennen. Dieser versuchte 1861 in der seinem Lehrer gewidmeten Dissertation, die über die Historiographen Ottos des Großen aus dem 10. Jahrhundert handelte, den politischen Standpunkt der damaligen Schriftsteller zu ergründen und beurteilte danach die Glaubwürdigkeit der Werke. Wenn die ottonischen Quellen mit ihren glänzenden Überlieferungen als durch Kirche und Hof stark beeinflusst von ihm dargestellt wurden,<sup>29</sup> so war damit eben Sybel unterstützt. Denn dieser behauptete ja zum Unterschied von den Quellen, Otto I. sei schon von der guten sicheren Verfassung seines Vaters abgewichen und sei gegen den Willen des Volkes über die nationalen Grenzen hinausgegangen.<sup>30</sup> Die Ergebnisse seiner Quellenuntersuchung wandte Maurenbrecher dann in einem Aufsatz der Historischen Zeitschrift, bei deren Redaktion er überhaupt seinem Lehrer zur Seite stand, für die Geschichtsdarstellung an. „Der Schüler sprang gleichsam vor, um dem Meister zu sekundieren, die allgemeine Anschauung Sybels in einem besonderen, und gerade einem der wichtigsten Punkte zu erhärten.“<sup>31</sup> In dieser Abhandlung über die Kaiserpolitik Ottos I., auf die er übrigens schon in seiner Dissertation S. 7 hinwies, spitzte er das politische Motiv zu auf einen besonderen Fall, nämlich auf Ludolfs Empörung gegen seinen Vater. Zwar verteidigte er diese Meinung<sup>32</sup> vom Ludolfinischen

---

27. Rapp, Großdeutsch XXXVIII.

28. Ebenda XLV.

29. Guilelmus Maurenbrecher 7 ff., 64 ff.

30. Giesebrecht (Bd. 1, 813) glaubte bezeichnenderweise später, von Maurenbrecher eine weniger partiische Stellung zu den Quellenschriften selbst verlangen zu müssen. Vgl. auch Wolf, Maurenbrecher 8 f.

31. Busch 5.

32. Vgl. auch Guilelmus Maurenbrecher 65 f.



Aufstand als einer nationaldeutschen Opposition auch noch gegen den in den Forschungen zur Deutschen Geschichte 1864 erschienenen aus den Quellen gewonnenen Aufsatz von Rommel ebendort im gleichen Jahre, ließ aber doch in späterer Zeit diesen Punkt selbst fallen.<sup>33</sup> Vor ihm noch hatte sich schon Johannes Dierauer in Büdingers Untersuchungen dagegen ausgesprochen. Ebenso Giesebrecht.

Es fällt auf, wie wenig Sybels Standpunkt sonst damals in der Literatur verteidigt wurde. Von Häusser, Loebell und Jakob Grimm<sup>34</sup> weiß man wohl, daß sie seiner Auffassung von der Kaiserpolitik günstig waren.<sup>35</sup>

Rein wissenschaftlich nahm der Jurist P. Roth in der Einleitung seines Buches „Feudalität und Untertanenverband“ 1863 Stellung gegen Ficker. Zu seiner These, daß das deutsche Staatsleben von jeher durch auseinanderstrebende Tendenzen gekennzeichnet sei, stellte er sich ablehnend. Der Innsbrucker Professor beantwortete in seinem 1868 erschienenen Buch ausführlich diese Darlegungen Roths.

Nach den brieflichen Äußerungen zu urteilen, fand Fickers Auffassung im übrigen bei den Fachgenossen eine günstige Aufnahme.<sup>36</sup> Zu seiner Richtung gehören die aus den Jahren 1862 und 1863 stammenden Schriften von dem großherzoglich-sächsischen Staatsrat O. v. Wydenbrugg, von Klopp, von Freiherrn v. Bernhard und von Höfler. Davon war nur Höfler katholisch.

Während Wydenbrugg Fickers Buch im allgemeinen durchaus objektiv schien, stellte er fest, daß sich bei der Lektüre des Sybelschen Buches „der Kontrast, in welchem sich meine Überzeugungen zu der allgemeinen Beurteilung sowohl unserer geschichtlichen Vergangenheit als des Zieles einer gesunden natio-

---

33. Busch 6; Wolf, Maurenbrecher 27.

34. Varrentrapp 107. O. Gerland, Bd. 2 der Fortsetzung von Strieders Hessischer Gelehrtengegeschichte, worauf Varrentrapp fußt, war leider nicht zu erreichen.

35. Die Zeitbedingtheit des damaligen ihr feindlichen Urteils gestand der auch bei Varrentrapp genannte Baumgarten bald ein. Vgl. Baumgarten 234.

36. Vgl. J. Jung 345 ff.

nen Politik in der Gegenwart befinden", befestigte, trotz der fesselnden Darstellung, trotz der unbestreitbaren Richtigkeit einzelner Partien. Sein Buch, das sich ausdrücklich als eine „Entgegnung auf die unter demselben Titel erschienene Schrift von H. v. Sybel“ bezeichnet, folgt ihr auch im chronologischen Aufbau und Titel der Abschnitte. Da einmal die Beurteilung unserer Vergangenheit mit dem wichtigsten Anliegen der Gegenwart verbunden worden sei, fügte er am Schluß seine Anschauungen über die gegenwärtige Lage noch in einer Reihe von Sätzen bei, „der Zukunft es überlassend, ob deren weitere Begründung nützlich erscheinen könne“.

Insofern das längere grundsätzliche Vorwort Sybels durch v. Wydenbrugk übergangen war, mochte eine Ergänzung noch angebracht erscheinen. Die Schrift des Hannoveraners Onno Klopp „Die gothaische Auffassung der Deutschen Geschichte und der Nationalverein“ brachte denn zunächst wertvolle allgemeine kritische Auslassungen zu dem von Sybel im Vorwort aufgestellten Kanon der Wissenschaft, zur Frage der Objektivität und insbesondere zu den Gefahren induktiver Erkenntnis. Nachdem er alsdann darauf hingewiesen, daß v. Sybel schon in seiner Geschichte der Revolutionszeit Beweise seiner einseitig preußischen Auffassung gegeben, ließ Klopp eine kritische Übersicht über die deutsche Geschichte vom 15. Jahrhundert bis zum Jahre 1859 folgen. Den Abschluß bildete der Gedanke, für die Wissenschaft der Geschichte gebe es als haltbaren Standpunkt nur den des Rechtes, nicht den der tagespolitischen Wünsche. —Kloppls Buch „Kleindeutsche Geschichtsbaumeister“ aus dem nächsten Jahr, ist eine Berufung von einer im Abgeordnetenhaus in Berlin gegen Klopp gerichteten Äußerung Sybels „an das Rechtsgefühl und Urteil eines jeden Deutschen“. Er gab hier Aufsätze über Werke von Häusser, Droysen, v. Sybel heraus,<sup>37</sup> die er vorher, wenngleich noch Protestant, in den

---

37. An fünfter Stelle behandelte er noch den Aufsatz Bluntschlis über Samuel Pufendorf. Und daß gerade das ungünstige Urteil, das der vom Imperium Germanicum wenig erbaute Naturrechtler ehemals über die italienische Politik der Kaiser gefällt hatte, hierbei wiedergegeben ist (S. 284), mag von Interesse sein.

Historisch-politischen Blättern hatte erscheinen lassen. Überhaupt war er der Auffassung, daß das Kleindeutschtum und der Protestantismus nicht zusammenfielen. Wohl wolle das Kleindeutschtum gerade den konfessionellen Spalt auch zu einem politischen machen.

1862 kam im Süden ein weiteres Buch heraus, das trotz seiner Weitschweifigkeit Beachtung verdient, um die verschiedenen damaligen Strömungen kennen zu lernen. Sein Verfasser Freiherr v. Bernhard war Professor des Staatsrechtes a. D., bayrischer Hofrat und Ministerialreferent. Obwohl er nicht Katholik war, empfahl er doch die Wiederherstellung des kirchlich-politischen Kaisertums von früher. So gipfelte der letzte Abschnitt des ersten Buches, der das Thema „Der Friede der beiden Schwerter“<sup>38</sup> behandelt, in der optimistischen Meinung: „Die Erfahrungen, welche die Geschichte für jede der beiden höchsten Gewalten darbietet, werden eben den endlichen Friedensschluß zwischen ihnen herbeiführen, zu welchem das Mittelalter nicht gelangte“. Bernhards Einstellung ging selbst den Historisch-politischen Blättern zu weit, die unter Abrückung vom Mittelalter das neue Kaisertum ausschließlich aus politischen Gründen verlangten, erstens als eine deutsche Notwendigkeit, zweitens als ein europäisches Bedürfnis.<sup>39</sup> Drehte sich das ganze Buch von 443 Seiten auch in erster Linie um die damals brennende deutsche Frage, wie der Titel „Rom und Deutschland. Meditationen über das Kaisertum und die Beendigung des damaligen Zwischenreiches“ schon zeigte, so fanden doch in ihm eine geschichtliche Vertiefung und eine kurze Behandlung der deutschen Kaiserpolitik statt. Fiel den Deutschen nach v. Bernhard der größte Teil der zentralen Aufgabe zu, so hatten sie nach ihm doch auch den Vorzug der günstigeren Lage für die Entfaltung eines Kaisertums. Für Ficker hatte er ob der allseitigen Beleuchtung der Politik der deutschen Kaiser reiches Lob.<sup>40</sup> Die Geschichtsforscher haben — so forderte der Bayer späterhin — klar zu machen, daß es kein Fehler der Kaiser-

---

38. Bernhard 257 ff.

39. HpBl. 50 (1862) 675 ff.

40. Bernhard 60 ff.

politik war, dem italienischen Teil des deutschen Machtkreises besondere Sorgfalt zu widmen und daß daraus keine Verunstaltung der deutschen Verfassung sich ergeben habe. Die Reichsstandschaft der deutschen Fürsten sei gerade der Grundbestandteil der deutschen Verfassung, der das Kaisertum überdauert habe, um es wiederzubringen.<sup>41</sup> Nicht nur Sybel, sondern auch manche seiner Gegner verstanden nichts vom Kaisertum. Man könne kein echter Großdeutscher sein, ohne eben auf germanischen Verfassungsgrundlagen zu bestehen.<sup>42</sup>

Das Ignaz v. Döllinger gewidmete Werk von K.A.C. Höfler „Kaisertum und Papsttum. Ein Beitrag zur Philosophie der Geschichte“ behandelte im gleichen Jahre von höherer Warte aus das Entstehen und die Entwicklung der beiden universalen Gewalten des Mittelalters bis in die neuere Zeit hinein. Dieser Standpunkt konnte naturgemäß kein einseitig nationaler sein, von dem aus v. Sybel das Kaisertum betrachtete. Gegen letzteren finden sich gerade zu Anfang des Buches auch manche kritische Stellen.<sup>43</sup> Ziemlich offensichtlich ist Höflers Bestreben, der Kirche ungeachtet der Freimütigkeit seines Urteils über die geschichtlichen Vorgänge Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

Damit haben wir einen Einblick getan in die Ficker freundliche Literatur aus dem deutschen nichtpreußischen Norden und Süden und ihre zur Lösung beschrittenen Wege. Der Streit sollte ja überhaupt die Möglichkeit einer im einzelnen mannigfaltigen Einstellung bieten, wie wir immer wieder sehen werden.

In die Jahre 1862 und 1863 gehören Äußerungen von Historikern, die vermittelnd zu nennen sind. Der von Rankeschem Geist der Sachlichkeit durchdrungene Georg Waitz schränkte in einer Besprechung in den Göttinger Gelehrten Anzeigen 1862 Sybels Standpunkt ein. Auch in seinem Buch „Deutsche Kaiser von Karl dem Großen bis Maximilian“<sup>44</sup> stand Waitz auf dem Standpunkt, daß es unbillig sei, das Handeln der mittelalterlichen Kaiser nur nach dem nationalen Gesichtspunkt

---

41. Bernhard 171 f.

42. Ebenda 181 f.

43. Vgl. Höfler 8, 17 f., 24 f., 32, 48 f.

44. Waitz, Deutsche Kaiser 24 f.



zu beurteilen, da die nationalen Triebe damals doch nicht entfernt solche Kraft gehabt hätten. Das Recht zu umfassender Herrschaft hätte auch nicht außer acht gelassen werden können. Sicher hätte die Verbindung mit Italien dann manchen Nutzen für das deutsche Leben gebracht. Ebenso forderte Waitz in seinen 1863 erschienenen Jahrbüchern über Heinrich I. eine Beurteilung des Römerzugsplanes dieses Königs vom Standpunkt der Zeit aus, in der er lebte.<sup>45</sup> — Neben den Göttinger Professor ist hier der Wiener Dozent O. Lorenz zu stellen, der in seiner deutschen Geschichte des 13. und 14. Jahrhunderts in dem ersten 1862 herausgekommenen Band in der Einleitung den Untergang der kaiserlichen Macht in Deutschland behandelte. Wollte er sich wie Boehmer und Sybel, die er gerade für die Beurteilung der Stauferpolitik erwähnte, den Schattenseiten der vergangenen Jahrhunderte auch nicht verschließen, so möchte „er die Ursachen davon in den Wurzeln, nicht in den einzelnen Persönlichkeiten fassen“. „Diese können in ihrer Art groß und bewundernswert sein und bleiben, aber muß es deshalb die christlich-germanische Kaiseridee auch sein?“ So lautete seine Frage. Die Meinung, daß italienische Politik verkehrt und sträflich gewesen sei, setze sich über die Tatsache hinweg, daß die damalige abendländische Welt, wenn die Vorstellung auch abergläubisch gewesen sei, eben überzeugt war, daß der in Rom Gekrönte die höchste Würde der Menschheit habe. Durch das Kaisertum sei ja auch die deutsche Nation zu gewaltiger, wenn auch vorübergehender Größe gelangt und zugleich auf eine Stufe der Macht im Abendlande erhoben worden, die sie nie wieder erreicht habe noch erreichen werde.<sup>46</sup> War es eine sophistische Wendung, wie die Historisch-politischen Blätter sich äußerten, mit der O. Lorenz dem Streit über die Beurteilung des deutschen Kaisertums aus dem Wege gehen wollte?<sup>47</sup>

Schauen wir noch hinein in die Zeitschriften dieser Jahre. Der Aufsatz Maurenbrechers in der Historischen Zeitschrift und die günstigen Rezensionen Sybels in den Preußi-

---

45. Waitz, Heinrich I. 175.

46. Lorenz, 13. u. 14. Jahrhundert, Bd. 1, 6.

47. HpBl. 57 (1866) 538.



schen Jahrbüchern wurden bereits erwähnt. Bisher sind für unsere Frage gar nicht beachtet die Historisch-politischen Blätter und die Deutsche Vierteljahrsschrift. Sie mögen darum auch ziemlich eingehend berücksichtigt werden, zumal sie manche Kernfragen gut heraushoben. Dabei stellten sie Ficker ins Licht.

Die Historisch-politischen Blätter wiesen 1862 in einer Beurteilung von Giesebrechts Kaisergeschichte auf dessen inzwischen erfolgte Wandlung hin. Fänden sich doch bei ihm jetzt z. B. solche Sätze: „Die Deutschen scheinen eine dunkle Ahnung dessen zu haben, daß die Institution dieses Kaiserreiches, wie sie nicht im Herzen Deutschlands entstanden war, so auch dem nationalen Geist nicht durchaus entspreche“. Und: „Jene Romfahrten, die immer aufs neue Menschenleben und große Geldsummen kosteten, jene unablässigen Heereszüge über die Alpen waren keineswegs nach dem Sinn des niederen Mannes“.<sup>48</sup> Wichtiger ist der im gleichen Bande anonym erschienene Aufsatz: „Der deutsche Streit auf dem Gebiete der Geschichtsforschung“. Nach ihm hat Ficker das Verdienst, Sybel zur Demaskierung gedrängt zu haben. Dieser nach München berufene preußische Liberale, der bisher in Bayern mit seiner Ansicht zurückgehalten und vorsichtig für Preußens Interesse gearbeitet habe, könne nun sein Versteckenspielen nicht mehr fortsetzen.<sup>49</sup> Der folgende zweite Abschnitt zeigt uns Ficker und Sybel als Vertreter der großdeutschen und kleindeutschen Kaiseridee. Deutlich werden die historischen Behauptungen einander gegenübergestellt; die Fickers: weil das Kaiserreich gefallen sei, sei auch das deutsche Königreich gefallen; und die v. Sybels: weil das Kaiserreich bestanden habe, sei eben das Königreich gefallen.<sup>50</sup> Fickers Nachweis des germanischen Staatsgedankens, der nicht alles einförmig gestalten wolle und der gerade in Preußen nicht vorhanden sei, habe die Gegner besonders aufgebracht.<sup>51</sup> Sehr zu beachten sei, daß der Innsbrucker für die Gegenwart keineswegs einfach die alte Kaiserherrschaft ver-

---

48. HpBl. 49 (1862) 727 f.

49. Ebenda 987 ff.

50. Ebenda 1000.

51. Ebenda 1001 f.

lange und daß er zu dieser und ihren bisweilen maßlosen Zielen auch kritisch stehe.<sup>52</sup> Seine Forderung, der Historiker solle politische Lehren aus der Geschichte und nicht in sie hineinziehen, finden die Historisch-politischen Blätter allerdings von ihm selbst nicht befolgt. Denn er gehe von einem Kaisertum aus, das nicht von kirchlicher Bedeutung gewesen sei.<sup>53</sup> Damit sei er auch gezwungen, nicht etwa diese kirchliche Idee, sondern nur das Ausdehnungsstreben zur Erklärung des Stauferunterganges heranzuziehen.<sup>54</sup> Sybels Widerlegung galt schließlich der Hinweis auf die Widersprüche, in die er sich bei seinem Versuch, die Notwendigkeit eines Nationalstaates aus der Geschichte zu erweisen,<sup>55</sup> zu verwickeln schien. Zur rechten Beleuchtung der neueren Geschichte, so hieß es dann, solle man den markigeren und schlagenderen Klopp hinzuziehen.<sup>56</sup> Beachtung verdient auch der dritte Abschnitt, der überschrieben ist: Die Ehrenrettung unserer Kaiser durch Herrn v. Wydenbrugk. Anerkannt wird hier, daß dieser, obwohl Protestant und liberal, aufs beste Ficker und Klopp, die beide das 14.—17. Jahrhundert, die Periode vom Mittelalter zur Neuzeit, nicht behandelten, ergänze.<sup>57</sup> Mit ziemlicher Befriedigung wird sein Grundsatz festgestellt, daß die historische Forschung den Zusammenhang der Dinge der Vergangenheit mit dem in der betreffenden Zeit gewonnenen Ideenkreis erkennen und darstellen müsse und dann erst die Vergangenheit an den Ideen der Gegenwart messen möge.<sup>58</sup> Seine Erklärung des Falles des Kaisertums gerade aus dem Absterben der kirchlichen Idee, nicht aus zufälligen Umständen, wie z. B. der sizilianischen Heirat, lasse Wydenbrugk zum Verteidiger der kirchlichen Anschauung nicht nur gegen Sybel, sondern auch teilweise gegen Ficker werden.<sup>59</sup> Ein Eingehen auf den im vierten Abschnitt des Aufsatzes mit

---

52. HpBl. 49 (1862) 1005 ff.

53. Ebenda 1007.

54. Ebenda 1008 ff.

55. Ebenda 1011 ff.

56. Ebenda 1017.

57. Ebenda 1017.

58. Ebenda 1018.

59. Ebenda 1019.

drei Schriften aus dem Jahre 1862 berücksichtigten Klopp mag unterbleiben, zumal die andere damals im Süden erscheinende Zeitschrift ihn eingehend und kritisch beurteilte.

Die in Stuttgart herauskommende Vierteljahrsschrift brachte nämlich 1862 einen sorgfältig von den Wünschen der Tagespolitik Abstand haltenden, ebenfalls anonymen Aufsatz „Sybel und Klopp. Über kleindeutsche und großdeutsche Geschichtsauffassung“. Während man früher bei der Betrachtung der deutschen Geschichte wohl fast immer zwischen zwei entgegengesetzten Interessen hin- und hergeschwankt sei, was für die Wissenschaft förderlich gewesen, nicht aber für die praktische Politik, dringe man jetzt in ungestümer Hast auf ein praktisches Resultat.<sup>60</sup> Das hänge damit zusammen, daß man nicht mehr nur Gelehrter, sondern auch Staatsmann sein wolle, keineswegs aber damit, daß, wie Klopp meine, die Geschichtsschreibung in der Hand der Universitätsprofessoren liege, die natürlich auf Preußen hauptsächlich angewiesen seien.<sup>61</sup> So habe die neueste Geschichtsschreibung als Wesen einseitig politische Gedanken, als sittliches Axiom den Erfolg, als Praxis die Einspannung der Geschichte gerade für Zeitkämpfe. Der Reiz, daß die Dinge erklärt und nicht dargestellt würden, sowie die Einseitigkeit, die den Anschein der Wahrheit für sich habe, täten dabei ihre Wirkung. So sei es bei Sybel.<sup>62</sup> Sei demnach der durchaus praktische Ursprung der neuesten Geschichtsforschung erwiesen, so frage es sich, ob diese Manier für Politik und Wissenschaft mehr förderlich oder nachteilig sei.<sup>63</sup> Es sei schwerlich Gewinn, die Geschichte als trostlosen Verlauf darzustellen, wobei durch die historischen Konstruktionen die Moralität untergraben, der vernünftige Zusammenhang aufgehoben, die schlummernden religiösen Differenzen wieder aufgestört würden.<sup>64</sup> So diametral entgegengesetzt Klopp und Sybel auch ständen, so befänden sie sich grundsätzlich doch auf demselben wissenschaftlichen Standpunkt. Lege Klopp ja unberechtigt an alles den Maß-

---

60. DV. 25<sup>2</sup> (1862) 196 ff.

61. Ebenda 202 ff.

62. Ebenda 206 ff.

63. Ebenda 210.

64. Ebenda 211 f.

stab an: Übergreifen des territorialen Partikularismus und Verbindung deutscher Staaten mit auswärtigen Mächten.<sup>65</sup> Was Klopp sage, stimme, sei aber tendenziös gebraucht, wie auch seine Freunde zügäben. Der Unterschied zwischen ihm und Sybel sei nur der, daß dieser weiter ins Dunkel der Geschichte gehe und „wissenschaftliche Nebel“ mache.<sup>66</sup> Die gesamte Geschichte nach feststehenden politischen Axiomen erklären und darstellen zu wollen, das gehe über die Grenze des Erlaubten hinaus. Sybel sei allerdings gefährlicher als Klopp; nicht weil er auf entgegengesetzter politischer Seite stehe, sondern weil er die ganze deutsche Geschichte einseitig darstelle.<sup>67</sup> Kein Wunder, daß die kleindeutsche Auffassung schon deshalb bedenklicher sei als die großdeutsche.<sup>68</sup> Der Historiker habe nicht ein Moment hervorzuheben und zu sagen, danach hätte sich alles entwickeln müssen, sondern alle Komponenten und weitere Entwicklungsmöglichkeiten.<sup>69</sup> Diese Auslassungen des Anonymus — er war kaum Katholik und vielleicht ein Tübinger Historiker — zeigen wissenschaftliches Empfinden für die Schwächen der Streitenden. Ficker selbst wurde hier offenbar und beachtenswerterweise nicht zu den von der Tagespolitik aus Vorgehenden gerechnet. Eine Anerkennung für den Forscher, die wohl stärker noch wiegt als die Sympathie, die er in der katholischen Münchener Zeitschrift fand.

Wie stellte man sich denn in den weiteren Jahren bis zum deutsch-französischen Kriege einschließlich ein? Offenbar auch jetzt mehr zugunsten Fickers. Der politische Historiker Heinrich v. Treitschke, der 1865 in einem Aufsatz die Frage berührte, wollte trotz sicherer Nachteile der Kaiserpolitik diese nicht durchaus verdammen und erwartete von der Zukunft die Erkenntnis, daß beide Parteien den weiten Abstand der Zeiten nicht genugsam beobachtet und die Kämpfe der Vorzeit

---

65. DV. 25<sub>2</sub> (1862) 213 ff.

66. Ebenda 220 ff.

67. Ebenda 243.

68. Ebenda 249.

69. Ebenda 253.



einseitig mit dem Maß des gegenwärtigen Parteilebens gemessen hätten.<sup>70</sup> Aegidi, dem der erheblichste Gedanke der Weltgeschichte die Idee der Menschheit war, sprach sich gleichzeitig zum guten Teil aus dieser universalen Einstellung heraus für das alte Kaisertum aus.<sup>71</sup> In seiner Schrift „Woher und Wohin“?, die 1866 herauskam, um zur Zeit von Nikolsburg eine gesunde nationale Lebensanschauung zu vermitteln, lautet seine Ansicht ebenfalls, daß weder Otto noch die späteren Kaiser sich der ihnen gestellten Aufgabe entziehen durften.<sup>72</sup> Hierhin gehört auch die lateinische Dissertation des Berliners Wilhelm Boehm, eines Schülers aus Rankes Seminar, der 1865 den Zeitraum von Otto I. bis zu den Anfängen Heinrichs IV. unter dem Gesichtspunkte „*quae ac quanta aut commoda aut incommoda unusquisque imperatorum Germanis attulisset*“ behandelte.<sup>73</sup> Insbesondere verfolgte er dabei den Gedanken, daß das Imperium sich für die deutsche Einheit so segensreich erwiesen habe.<sup>74</sup> Andererseits betonte er als Ergebnis seiner Untersuchung, daß das Kaiserreich nicht allseits gut gewesen sei und daß es in der Zeit nach Heinrich IV. der deutschen Einheit geschadet haben könne.<sup>75</sup>

1866 wurde Österreich aus Deutschland zurückgedrängt. Aber Österreich gab seine großdeutschen Hoffnungen noch nicht auf. Und nicht nur Süddeutsche, Hannoveraner und Hessen, auch manche Preußen waren mit der von Bismarck geschaffenen Lage nicht zufrieden. So war es von vornherein unwahrscheinlich, daß sich angesichts der bisher gern mit den Tageswünschen verbundenen Einstellung zur mittelalterlichen Kaiserpolitik nun etwa eine einseitige Ablehnung ergeben würde.

Bernhard Kugler warf in dem zu Tübingen 1866 gehaltenen Vortrag „Zur Beurteilung der deutschen Kaiserzeit“ die Frage auf, wie es komme, daß selbst Sybels Gesinnungsgeossen ihm

---

70. Treitschke, Aufsätze, Bd. 2, 178 f. Vgl. auch seine kritische Äußerung an seinen Vater bei J. Jung 351.

71. Aegidi in Staatswörterbuch, Bd. 8, 703, 711, 717.

72. Aegidi, Woher 9.

73. Boehm 3.

74. Ebenda 4.

75. Ebenda 101.



zum Teil nicht zu folgen vermöchten. Der Redner glaubte zwar Sybels Darlegungen gegen die ihm gegenüber erhobenen Einwände, die Kaiser hätten gar keine Weltherrschaft angestrebt, sie hätten Deutschland und die gesamte Christenheit vor Schaden bewahrt und andererseits Deutschland durch das Kaisertum manche Vorteile gebracht, in Schutz nehmen zu sollen.<sup>76</sup> Aber damit, daß er den mittelalterlichen Herrschern, die das Imperium übernommen hätten, auch sittliche Mißgriffe vorwerfe, tue er Unrecht und treibe auch manche dazu, seine rein politischen Erörterungen abzulehnen.<sup>77</sup> Da es nicht auf den Erfolg ankäme, sondern darauf, daß „alle Kraft geübt und der Kampf um das Dasein bis zum Ende nach dem innewohnenden Sittengesetz geführt wird“, könnten wir „mit stolzer Freude und tiefer Rührung, mit der reinsten Stimmung auf die deutsche Kaiserzeit zurückblicken“.<sup>78</sup>

In dem im gleichen Jahre erschienenen Band der bekannten Weltgeschichte zeigte Georg Weber, daß er von den nationalen Vorwürfen gegen das Ausschweifen des deutschen Herrschertums in die Weite wohl wisse. Aber offenbar überwogen, obwohl er aus der populär-liberalen Schule eines Schlosser hervorgegangen war, seiner Anschauung nach die Vorteile.<sup>79</sup> Und bemerkenswerterweise kannte er als bedeutendsten Gewinn den, welchen die deutsche Kultur aus dem Bund mit Italien zog.<sup>80</sup>

Dümmler, dem es wie Waitz im Rankeschen Geist um eine objektive Geschichtswissenschaft ging, suchte 1869 in einem Aufsatz in den Preußischen Jahrbüchern „Die Römerzüge der deutschen Kaiser“ Licht und Schatten recht zu verteilen. Nicht erstaunlich, daß seine Arbeit ausklang in dem mahnenden Gedanken: „Wenn für das politische Gesamtleben der Deutschen eine neue Gestaltung auf anderen Grundlagen notwendig geworden ist, so dürfen wir darum doch nicht geringschätzen und verkennen, was einst unsere Nation zu einer großen und einheit-

---

76. Kugler 5 ff.

77. Ebenda 10 ff.

78. Ebenda 20.

79. Weber, Bd. 6, 169 f.

80. Ebenda 170 ff.

lichen bilden und festigen half.“<sup>81</sup> In den erst 1876 herausgegebenen Jahrbüchern über Otto den Großen sah denn derselbe Autor auch den Wert der Erinnerung des Kaisertums und bekannte sich zur Größe seines Gründers.<sup>82</sup>

Weiter ist noch W. Volkmar zu nennen, der als Direktor des Gymnasiums zu Blankenburg Ostern 1871 eine Abhandlung „Otto I. und das Kaisertum“ herausgab, eine „kurze hoffentlich unparteiische Darstellung“. Zurückgreifend auf die aus Antike und Christentum entstandene Idee eines christlichen Weltreiches, schilderte er, wie die Macht der Verhältnisse Otto, der „höchstwahrscheinlich von Anfang an die Herstellung des Kaisertums als die von Gott ihm gestellte Lebensaufgabe“<sup>83</sup> betrachtet habe, dann vorwärtsdrängte. Weder kleinlicher Ehrgeiz noch gewöhnliche Herrschsucht noch das Spiel des Zufalls hätten Otto 961 nach Italien getrieben. Die Wiedererweckung des Kaisertums sei jetzt eine geschichtliche Notwendigkeit geworden.<sup>84</sup> Gewiß sei die mittelalterliche Idee des Kaisertums widerspruchsvoll gewesen. Aber das habe Otto noch nicht erkennen können. Sicher möchte man das römische Kaisertum deutscher Nation nicht aus der Weltgeschichte noch aus der deutschen Geschichte weggestrichen sehen, wenn auch die Darstellung des höchsten Staates hinter der Idee zurückgeblieben sei.<sup>85</sup>

Schließen wir die Reihe der Anhänger Fickers mit ihm selbst. Er kam nämlich in dem 1868 herausgegebenen ersten Band seiner Forschungen zur Reichs- und Rechtsgeschichte Italiens in der Vorrede<sup>86</sup> deshalb noch einmal auf die Kontroverse mit Sybel zurück, weil die Ehrlichkeit seiner Polemik und die Aufrichtigkeit seiner geschichtlichen Überzeugung verdächtigt worden sei. Durch den Vorwurf der Erschleichung und seiner angeblichen kirchlichen Gebundenheit sowie durch das Totschweigen seiner und ähnlicher Literatur sah er sich dazu

---

81. PrJbb. 24 (1869) 311.

82. Dümmler, *Otto* 523 ff., 553.

83. Volkmar im Blankenburger Programm 7.

84. Ebenda 23.

85. Ebenda 28 f.

86. Ficker, *Italien*, Bd. 1, XV ff.

gezwungen. Mochte auch Bismarck die Scheidung zwischen Österreich und Preußen vollzogen haben und mochte auch Kleindeutschland immer mehr Gestalt annehmen, die wissenschaftliche Gradheit sollte man ihm nicht absprechen. Die Art und Weise seiner Befehdung durch Sybel veranlaßte Ficker auch, die auf ihn 1870 gefallene Wahl zum Mitglied der Münchener Historischen Kommission, der v. Sybel angehörte, abzulehnen und erst nach mehrfachem Drängen unter Stellung von erleichternden Bedingungen anzunehmen.<sup>87</sup>

Wie äußerten sich nun, abgesehen von der halben Parteinahme für ihn, auf die wir schon stießen, Sybels Anhänger in den letzten Jahren vor dem Kriege 1870/71?

Die Schrift „Das heilige römische Reich deutscher Nation“ von C. A. Bonath, die aus Vorträgen früherer Jahre erwuchs, sollte nun, als sie 1868 noch erschien, falsche Vorstellungen bezüglich des durch das Kaisertum geschlungenen Bandes klären. Habe das Jahr 1866 auch gezeigt, wie eine wirkliche Einheit zu gewinnen sei, so seien die alten, bösen, mächtigen Geister indessen noch zu fürchten. Schaute so auch er im Sybelschen Geiste auf die gegenwärtigen und die vergangenen Zeiten, so übersah er doch weniger als dieser die guten Seiten des alten Kaisertums und erkannte auch wenigstens die Möglichkeit einer im nationalen Sinne günstigen Entwicklung an.<sup>88</sup>

W. Maurenbrecher, der sich als Jünger Sybels, wie Below meinte, für verpflichtet fühlte, möglichst viel gegen Ficker zu polemisieren,<sup>89</sup> ergriff 1871 nochmals in einer Kaisergeburtstagsrede „Das Deutsche Kaisertum“ das Wort, um den Charakter und die Tendenzen des deutschen Kaisertums im Mittelalter zu untersuchen. Von vornherein bemerkte er, daß die gegen Sybel erhobenen Einwände seine Auffassung „entweder gar nicht zu berühren oder nicht ernstlich zu gefährden schienen“. So eingeschworen war er auf den Sybelschen Standpunkt, daß er zum Schluß betonte, daß nicht nur in den vorhergehenden Jahrhunderten, sondern „auch jetzt das Verlangen nach Herstellung

---

87. J. Jung 436 ff.

88. Bonath 37 f., 39, 67.

89. Below 8 in Steinberg (1925).

des Kaisertums eigentlich das alte deutsche Königtum gemeint" habe.<sup>90</sup>

Der Aufsatz von P. Didolff „870 und 1870, der deutschen Nation Jubelfeier“, der in Sybels Historischer Zeitschrift 1871 erschien, sprach sich auch gegen das Kaisertum Ottos und seiner Nachfolger aus.<sup>91</sup>

Die verhältnismäßig wenigen Schriften, die sich zu Sybel in seinem Kampf gegen das mittelalterliche Kaisertum deutlich bekannten, könnten die publizistische Wirkung seines gedruckten Vortrages und seines folgenden leicht lesbaren Buches fast gering erscheinen lassen. Dem war aber nicht so, wie uns Lorenz, der in seiner Einleitung zum Buche „Kaiser Wilhelm und die Begründung des Reiches 1866—1871“ darauf zu sprechen kam, belehrt. Von dem Augenblick, wo in der Literatur, selbst in der populären, das deutsche Kaisertum von den preußisch gerichteten Politikern als etwas Abgetanes, Fremdes, Antinationales, in vielem Betracht Schädliches erkannt worden sei, habe es kaum einen Schüler oder Schulmeister gegeben, der nicht mündlich oder schriftlich versicherte, daß es schwerlich Unglückseligeres und Widerwärtigeres in unserer deutschen Vergangenheit gegeben habe, als das Kaisertum.<sup>92</sup>

Erwähnt zu werden verdient nun noch das Urteil aus dem lesenswerten Werk des Engländers James Bryce „Das heilige römische Reich“, weil es 1873 auch von A. Winckler in deutscher Sprache vorgelegt wurde. Nachdem Schaden und Nutzen des Kaisertums für Deutschland kurz herausgestellt und das Gegenwartsinteresse des unter den deutschen Professoren ausgebrochenen Streites über die Kaiserpolitik hervorgehoben worden ist, wird das Zugeständnis gemacht: „Die alten Kaiser haben zweifelsohne schwer gesündigt, aber sie sündigten in dem düsteren Zwielflicht eines halb barbarischen Zeitalters, nicht in dem vollen Mittagsglanz moderner Zivilisation“.<sup>93</sup> Die Aus-  
führung der noch über den deutschen Staat hinausgehenden

---

90. Die Grenzboten 30 (1871) 609, 620 ff.

91. HZ. 25 (1871) 104 f.

92. Lorenz, Kaiser Wilhelm 32.

93. Bryce 280.



wohltuenden Wirkungen<sup>94</sup> klingt schließlich aus in dem reservierten und doch dem Kern sich nähernden allgemeinen Urteil: „Das heilige Reich ist über alle Anschauung erhaben; nicht weil es unmöglich ist, die Anschauungen zu ergründen, die dasselbe ins Leben riefen, sondern weil die Macht solcher Anschauungen nicht von Menschen recht erfaßt werden kann, deren Geist auf andere Weise gebildet worden und deren Phantasie von anderen Idealen erfüllt ist“.<sup>95</sup>

V. Sybel, der wegen der politischen Spannungen bald München verließ<sup>96</sup> und dessen zweite Schrift schon aus Bonn datiert ist, hat sich bald dagegen gewehrt, daß seine Ausführungen nur eine Frucht der damaligen politischen Bewegungen gewesen seien.<sup>97</sup> Ficker seinerseits wollte mit keinem Worte, solange er von der Gegenseite nicht dazu veranlaßt würde, auf die Angelegenheit zurückkommen. Einen Freund, der es vorhatte, hinderte er daran. So bekannte er bei einer Rezension über ein Buch von Max Handloike, der zu seinem Leide die Kontroverse „bei den Haaren herbeigezogen“ habe. Für ihn handle es sich nicht mehr um die Frage der Richtigkeit, sondern der wissenschaftlichen Ehrlichkeit.<sup>98</sup> Sybel wie auch Ficker haben in späteren Jahren ihr früheres Vorgehen auch abgeschwächt. Lehnte jener<sup>99</sup> ab, über die Nützlichkeit, Notwendigkeit oder Unvermeidlichkeit des historischen Verlaufes als solchen ein Urteil noch zu fällen, so sah auch dieser seinen Übereifer in der Polemik ein<sup>100</sup> und urteilte wenigstens zurückhaltender über den Wert des Strebens nach Italien, besonders zur Stauferzeit.<sup>101</sup> Es ist eben, wie A. Meister urteilte: „Wo politische Tendenzen dem Geschichtschreiber die Hand führen, da sind die Perspek-

94. Bryce 281 ff.

95. Ebenda 289.

96. Vgl. z. B. Ferres 51 ff.

97. Varrentrapp 99.

98. MIÖG. 5 (1884) 489 f.

99. Sybel, Begründung, Bd. 1, 4.

100. J. Jung 354.

101. Böhmer-Ficker-Winkelmann, RI V<sub>3</sub>, X f. und XII.

tiven leicht verschoben; die ganze Fragestellung war schief, sie war nicht objektiv gestellt, sondern nach den damaligen Tagesinteressen gerichtet".<sup>102</sup> Hatte nicht bei Ausbruch des Streites schon Georg Waitz, der zwar in der praktischen Politik den politischen Historikern nahe kam, aber als Geschichtsforscher mehr auf dem Standpunkt seines Lehrers Ranke stand, sich offen dazu bekannt: „Ich halte daran fest, daß diese Fragen mit der Würdigung des alten Kaisertums nichts zu tun haben und daß in aller Weise und von allen Seiten danach gestrebt werden soll, daß unsere historische Wissenschaft von den Stimmungen und Wünschen der Gegenwart unbeirrt bleibe".<sup>103</sup> Gewiß kann man mit E. Fueter darin ein Verdienst v. Sybels sehen, daß er an alles einen festen politischen Maßstab anlegte und so diese Betrachtungsweise förderte. Dabei aber muß man mit Fueter auch den Mangel hervorheben, daß gerade v. Sybel sein Urteil den politischen Kämpfen der Gegenwart entnahm.<sup>104</sup> Zu leicht werden eben statt der Betonung des Staates überhaupt<sup>105</sup> modern-nationale und parteipolitische strittige Anschauungen<sup>106</sup> für die Behandlung der ganzen Geschichte in den Vordergrund gestellt. Wartet nicht eine besondere Vorsicht, so wird der immer wieder erstrebte Nebenzweck der Geschichte, politisch zu belehren und zu beeinflussen, zum Hauptzweck. Und die möglichst tendenzlos sein sollende Wissenschaft wird dann leicht zur Förderin der verschiedenen sich bekämpfenden Tendenzen.<sup>107</sup> Stellte sich ja auch G. Schmoller in seiner Gedächtnisrede auf Sybel und Treitschke kritisch ein zu Sybels Art der Verbindung von Politik und Geschichte.<sup>108</sup> Davon hebt es sich angenehm ab, wenn es im Nachruf Puntscharts für Ficker heißen konnte: „Nationale oder religiöse Vorurteile und die dadurch

---

102. Meister, VG. 83 Anm. 3.

103. Waitz, Abhandlungen, Bd. 1, 539.

104. Fueter 539.

105. Vgl. Bernheim, Methode 92 ff.

106. Vgl. ebenda 772 ff.

107. Vgl. Grotenfelt 78 ff., 85 ff.

108. FBPrG. 9<sub>2</sub> (1897) 1 ff., bes. 35.

heraufbeschworenen Kämpfe verabscheute er aus tiefster Seele“.<sup>109</sup>

Beeinflusste auch bei den einzelnen Anhängern Sybels und Fickers damals die politische Gegenwartslage das Urteil über das mittelalterliche Kaisertum, so ist damit der Grad, in dem es jeweils geschah, noch nicht genau geklärt. Das ist wohl überhaupt selten möglich.

## Zweiter Abschnitt.

### Von 1871 bis zum Weltkrieg 1914/18.

Die Schriften zur mittelalterlichen Kaiserpolitik, die gleichsam das Echo des Sybel-Fickerschen Streites im Jahrzehnt vor der deutschen Einigung sind, wurden bereits genannt.

Auch im Kriege war der Streit nicht vergessen. Wurde doch die Annahme des Kaisertitels durch „Wilhelm den Alten“ in Erinnerung an das mittelalterliche römisch-deutsche Kaisertum und an das Kaiserreich der Bonapartes hart umkämpft.<sup>1</sup>

Durch den Krieg 1870/71 wurde nun das kleinere Deutschland unter Preußens Führung endgültig Tatsache, und zwar ohne Zugabe des weiteren Bundes, wie man 1848/49 und 1859 den kleindeutschen Gedanken formulieren zu sollen geglaubt hatte.<sup>2</sup> Und das Deutsche Reich — oder vielleicht besser der deutsche Staat — wurde Tatsache in der Form des Kaiserreichs. Daß es nicht dem Volksempfinden entsprechend als „die Wiedergeburt der alten glorreichen Kaiserzeit“<sup>3</sup> hingestellt würde, war die Sorge der Historisch-politischen Blätter. Sie brachten 1872 und auch 1873 von Klopp<sup>4</sup> einen (anonymen)

---

109. ZSavStRgGA. 23 (1902) XVIII.

1. Maurenbrecher, Gründung 253; Delbrück, Teil 2, 398.

2. Rapp, Großdeutsch XXIX und XXXV.

3. Tiedemann 159.

4. Auf die Verfasserschaft von Klopp weist schon der Vergleich mit dem Schluß seines 1904 veröffentlichten Aufsatzes hin.

Aufsatz über das Kaisertum, wo das neue Reich als die historische Konsequenz aller Bestrebungen gerade gegen das alte Imperium erschien. Es ist nicht zu ersehen, daß die in den Stimmen aus Maria-Laach 1876 gebotene Abhandlung des Jesuiten Wernz über die Kaiseridee des Mittelalters etwa eine ähnliche Tendenz hatte.

„Wer sich des literarischen Hexensabbats erinnert, den Herr v. Sybel ins Leben gerufen, mußte sich wundern, wie schnell auch hier das schlechte Gedächtnis der Menschen Heilung gebracht hat.“<sup>5</sup> Den Streit über die Beurteilung der mittelalterlichen Kaiserpolitik, der so weites Interesse gefunden hatte, in der bisherigen ganz besonders auf das Tagesbedürfnis eingestellten Form weiter zu führen, konnte auch untunlich erscheinen. Für die einen war eben das Gegenwartsziel erreicht, für die anderen verloren. „Der heiße Atem des Tageskampfes“ (Davidsohn) war verweht, so daß hüben und drüben eine unbefangene Würdigung der eigentlichen Frage möglich war. Zuerst ziemliches Schweigen infolge der deutschen Sätturiertheit seit 1871, wie K. Hampe meinte.<sup>6</sup>

Sollte die alsdann notwendig werdende Urteilsbildung, die rein wissenschaftliche Würdigung der Streitsache, wiederum vom Gegenwartsgeschehen her stark beeinflußt werden? Vielleicht dieses Mal von der Begeisterung für das neugeschaffene Kaisertum, von der auch Giesebrecht 1873 zu berichten wußte?<sup>7</sup> Die Bündnispolitik des neuen Reiches mochte nicht weniger manche Kleindeutsche veranlassen, etwas vorsichtiger zu urteilen über die Lage des alten.<sup>8</sup> Es kam ja 1879 eine gewisse großdeutsche Ergänzung durch den deutsch-österreichischen Zweibund. „Der gewaltige Zerspalter Deutschlands von 1866 schlug zu dem abgespaltenen Teile deutschen Volkstums wenigstens eine völkerrechtliche Brücke hinüber.“<sup>9</sup> Die steigende Weltgeltung Deutschlands erleichterte erst recht ein mitfühlendes Verständnis für das alte Heilige Römische Reich Deutscher

---

5. Lorenz, Kaiser Wilhelm 33.

6. Hampe, MaG. 53.

7. Nach Below, Kaiserpolitik 55 Anm. 49a.

8. Brandi, DG. 53.

9. Oncken, Bd. 1, 134; vgl. Müller 7.



Nation.<sup>10</sup> Es war die Zeit, wo die Welt ihr Antlitz veränderte, wo Weltpolitik getrieben wurde, freilich auf nationaler Grundlage.<sup>11</sup> Salz will solche Weltpolitik allerdings vom eigentlichen Imperialismus unterschieden wissen.<sup>12</sup> So zog sich denn jetzt ja sogar der Hauptrufer im Streit Sybel von seinem ehemaligen Kampf gegen deutsche Weltpolitik zurück.<sup>13</sup> Nicht wunderlich, daß Jung in seiner Ficker-Biographie feststellte: „Heinrich I. (der kleindeutsche Musterkönig) hat sich nicht bloß in bezug auf das Kaisertum eines besseren belehren lassen, sondern er treibt, um seine finanziellen Bedürfnisse zu decken, jetzt auch Kolonialpolitik im großen Stil, führt Kriege in China und Südwestafrika, geht also viel weiter als die Ottonen, der Kaiser Friedrich der Rotbart, ohne daß die seit Bismarcks Erfolgen sehr zahm gewordene Historiographie etwas dagegen einzuwenden wagte, obwohl die ganze Existenzbasis der Nation dadurch verrückt wurde.“<sup>14</sup> Schließlich mochte dadurch, daß in der Gegenwartspolitik mit der Beilegung des Kulturkampfes der konfessionelle Stachel zurücktrat und die Einheit wuchs,<sup>15</sup> bei manchen auch die Bahn freigelegt sein für eine günstigere Beurteilung des mittelalterlichen Kaisertums.

Nach diesem allgemeinen Einblick in die damaligen Zeitströmungen und ihre Bedeutung für die Kontroverse über die Kaiserpolitik des Mittelalters suchen wir die eingreifenden Arbeiten der einzelnen Gelehrten.

Zunächst aus den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts.

Während G. Waitz seinen früheren Ansichten auch bei der Bearbeitung seiner Verfassungsgeschichte treu blieb,<sup>16</sup> sprach

---

10. Vgl. J. Jung VIII f. und Wentzcke in PrJbb. 191 (1923) 83.

11. Vgl. Marcks, Männer, Bd. 2, 285 f., 303 ff.

12. Salz 33.

13. Das ist aber auch insofern zu verstehen, als er auf dem Kampffeld nunmehr als Sieger stand, wie mehrfach dazu bemerkt wurde. Dove 127 f.; ADB., Bd. 54, 665.

14. J. Jung VIII f.

15. Vgl. z. B. Rost 16 ff. und Goetz in SüddMonh. 1914/15, 14.

16. Waitz, VG, Bd. 5, bes. 124 ff.

nunmehr der preußische politische Historiker H. v. Treitschke das verdammende Urteil v. Sybels gegen die Welteroberungspolitik unseres alten deutschen Kaisertums trotz früherer Zurückhaltung mit.<sup>17</sup>

Daß Fickers Schüler P. Scheffer-Boichorst und dessen Schüler R. Schwemer den Anschauungen ihres Meisters folgten, könnte man mit v. Below zunächst als naheliegend ansehen. Scheffer-Boichorst wußte sich allerdings von politischen und religiösen Bindungen frei. Trat er doch zum Unterschied von Ficker für die Leitung der deutschen Angelegenheiten durch Preußen ein. Und seiner Kirche hat er kaum jemals mehr als äußerlich angehört.<sup>18</sup> Stellte sich nicht auch der Österreicher Mühlbacher, ein anderer Schüler Fickers,<sup>19</sup> in seiner 1896 herausgekommenen Geschichte der Karolinger, wo er die Streitfrage wenigstens streifte, mindestens skeptisch zum Kaisertum ein? Es ist nach ihm dem Deutschen Reich verhängnisvoll genug geworden.<sup>20</sup> Die Kaiserkrone hat eben „ein schweres Gegengewicht, die Schutzpflicht der römischen Kirche mit ihren Sonderinteressen.“<sup>21</sup>

Wichtig war es, daß die Führer der neuen Gelehrten-generation der Fickerschen Meinung in der Hauptsache beipflichteten. Das allenthalben auftretende größere Interesse für das Kulturgeschichtliche konnte zu den schon in dieser Richtung wirkenden Antrieben noch beitragen.

Bereits in einem 1881 aus dem Nachlaß von K. W. Nitzsch veröffentlichten Aufsatz „Das Deutsche Reich und Heinrich IV.“ war betont, es sei gar nicht wahr, daß das kaiserlich-kirchliche Regierungssystem so wertlos gewesen sei. Nicht schwer sei es nachzuweisen, warum dieses so lange erhaltene Band des Reiches im 13. Jahrhundert mehr und mehr zusammenbrach, „wenn man die Maße entweder der Antike oder des modernen Staatslebens auf diese Verfassung anwendet, die weder antik noch modern war“. Viel wichtiger sei die Darlegung, warum Ottos

---

17. Treitschke, Politik, Bd. 1, 104.

18. Vgl. Bettelmann in BgJb. 9 (1906) 349 ff.

19. Ebenda 8 (1905) 344 ff.

20. Mühlbacher 234.

21. Ebenda 659.

Politik für Jahrhunderte maßgebend blieb und der Nation eine so reiche Entwicklung ermöglichte.<sup>22</sup> Deutlicher traten die Auffassungen von Nitzsch, der für Verfassungs- und Wirtschaftsgeschichte ja besonders interessiert war, zutage in seiner Geschichte des deutschen Volkes. In der Nitzsch geltenden Abhandlung von R. Rosenmund in den Preußischen Jahrbüchern wurde zugegeben, daß seine Ausführungen über den Vorteil der Verbindung des Königtums mit der Kirche für das Königtum im wesentlichen zu bejahen seien, und daß die oft beanstandete deutsche Verfassung neben Mängeln doch auch segensreiche Wirkungen gehabt habe.<sup>23</sup>

Sybelns Anschauung weniger günstig ist auch das Wort von E. Marcks über ihn nach seinem Tod (1895): „Sein Buch war eine Waffe. In der Geschichte der historischen Erkenntnis war es eine Verirrung, aber der Geschichte unseres werdenden Staates gehört es bleibend und glänzend an“.<sup>24</sup> — Nicht minder sah der feinsinnige und geistvolle Alfred Dove in seinem drei Jahre später gehaltenen Vortrag „Ranke und Sybel in ihrem Verhältnis zu König Max“ in Sybelns Einstellung zur Kaiserpolitik ein „historisches Fehltrite“, wobei ihm ein höchst konkretes Programm für die Politik der Gegenwart den Maßstab geliefert habe.<sup>25</sup> — Und ein paar Jahre später rückte Max Lenz in seiner Abhandlung „Die großen Mächte“ ebenfalls von der politischen Geschichtsschreibung Sybelns ab.

Daß die Gegensätze nicht mehr gerade akut waren, mag auch daraus gesehen werden, daß Ficker 1893 von der Preußischen Akademie der Wissenschaften zum korrespondierenden Mitglied gewählt und von der Preußischen Regierung mit dem Orden „pour le mérite“ ausgezeichnet wurde.<sup>26</sup> Andererseits konnte Delbrück schon 1893 bei einer Besprechung einer Rektoratsrede über das Kaisertum hervorheben, daß hier nicht mehr wie früher die Frage gestellt werde, ob am alten Kaisertum

---

22. HZ. 45 (1881) 17, vgl. 33.

23. PrJbb. 49 (1882) 283 f.

24. Bailieu in ADB., Bd. 54, 659.

25. Dove 124.

26. J. Jung 546 f.

Segen oder Unsegn hatte. Die große Epoche der Neubegründung des Reiches sei vorüber, und eine neue habe begonnen.<sup>27</sup>

Steigende Weltpolitik und Weltwirtschaft ließen bei uns zu Beginn des neuen Jahrhunderts das Verständnis für universale Verbindungen noch wachsen. Die Parteinahme für Ficker wurde jetzt noch deutlicher.

Weniger offensichtlich freilich bei dem als Führer des Alt-katholizismus bekannten Bonner Juristen J. v. Schulte in seiner aus dem Jahre 1905 stammenden Abhandlung „Das Kaisertum des Mittelalters nach seiner sozialen und politischen Bedeutung“. Sein Streben war, Schaden und Nutzen des Kaisertums gegenüberzustellen, für die Frage Vergangenheit und Gegenwart zu trennen.<sup>28</sup> Insofern verließ er dabei Fickers Stellung, als er betonte, daß das Kaisertum eine starke einheitliche deutsche Staatsbildung verhindert habe, während er umgekehrt sehr großen Wert dem beimaß, daß das deutsche Volk während der Kaiserzeit eine überragende Stellung auf allen Gebieten des Kulturlebens eingenommen habe.<sup>29</sup> — Entschiedener gab seiner Ansicht gegen v. Sybel Ausdruck A. Cartellieri in seinem Vortrage „Die staufischen Kaiser und die Auffassung ihrer allgemeinen Politik“<sup>30</sup> (1904). Eine Teilbehandlung liegt auch vor in dem aus dem Winter 1902/03 stammenden und 1904 in den Historisch-politischen Blättern erschienenen opus posthumum „Die Bedeutung des römischen Kaisertums für den Gemeingeist der Christenheit“ von dem früher genannten O. Klopp. Er betonte einerseits, daß das Trachten nach der römischen Kaiserkrone, wenn es ein Irrtum gewesen, der Gesamtheit der damaligen Menschen vorzuwerfen sei. Es sei doch auch noch trotz der Erschütterung durch die Reformation der Glaube an den Fortbestand des römischen Reiches bestehen geblieben. Und andererseits, daß, wenn man von der in der Spätzeit sich zeigenden

---

27. PrJbb. 72 (1893) 156.

28. Deutsche Revue 1905, Bd. 2, 95 ff.

29. J. Jung 344 Anm. 4.

30. NHeidJbb. 13 (1904) 121 f. Sein Vortrag von 1920 im KblGV, 69 (1921) Sp. 49 ff.



geringen Tätigkeit des Kaisertums für die Gesamtheit gesprochen habe, dies sicher nicht ganz stimme und sehr dankenswerte Leistungen gerade auf kirchlichem Gebiete zu verzeichnen seien. Abschließend hieß es: „Um das Wollen unserer Vorfahren zu begreifen, müssen wir erst wieder die Grundbegriffe des politischen Lebens kennen, in das sie hineinwuchsen“.

Wirkungsvoller als die genannten Beurteilungen der Kaiserzeit waren zweifellos zwei Gesamtbetrachtungen in Handbüchern der Geschichte. Von Bedeutung für das Urteil weiter Kreise war wohl besonders die Deutsche Geschichte Dietrich Schäfers, des bekannten Berliner Historikers, dem man politische und nationale Einstellung sicher nicht absprechen konnte. Er verteidigte Ottos I. Politik in dem Sinne, daß sie eine notwendige gewesen sei. In ihrer Fortführung und in ihren Folgen sei neben dem Schaden der große Gewinn sowohl universalgeschichtlicher Art wie hinsichtlich der deutschen Entwicklung zu beachten. — Auch die von J. v. Pflugk-Harttung 1907—1910 herausgegebene Ullsteinsche Weltgeschichte berücksichtige in dem dem Mittelalter geltenden Band ziemlich eingehend unsere Frage. Jedoch stellte sich der Bearbeiter G. Kauffmann zur Kaiserpolitik Ottos einigermaßen kritisch ein. Gewiß ist das Urteil im letzten Abschnitt „Das Verhältnis von Kaisertum und deutscher Nation“ weniger absprechend. Aber eine klare Entscheidung für und wider sprang nicht heraus. Das zeigt uns schon, daß auch damals noch keine Einhelligkeit bei den Forschern hergestellt war.

Es war zuviel gesagt, wenn die Historisch-politischen Blätter 1910 schrieben: „Niemand leitet heute das Unglück der deutschen Nation aus der Gründung, sondern aus dem Verfall des Kaiserreiches her, wie schon Julius Ficker in Innsbruck gezeigt hatte“.<sup>31</sup> In diese Zeit gehört ja auch das 1913 erschienene Werkchen von Hahn „Das Kaisertum“, und zwar behandelt als das Erbe der Alten. Trotz der breiten Würdigung des römischen Weltreiches und trotz der gegen Ende<sup>32</sup> bemerkenswerterweise erhobenen Forderung nach einer neuen Universal-

---

31. HpBl. 145 (1910) 960 (anonym).

32. Hahn 111.

monarchie heißt es scharf vom ottonischen Kaisertum: „Statt sich in Deutschland, das nicht einmal einen festen Sitz der Regierung kannte, eine gesicherte Zentralgewalt gegenüber dem Partikularismus zu schaffen, jagen Ottonen und Staufer dem Wahngebilde der Weltmonarchie nach“.<sup>33</sup> Für die Einstellung des Autors ist charakteristisch seine Auffassung, daß die Reformation dem Traum von einer ewigen Verbindung des Kaisertums mit dem Papsttum, des Deutschtums mit dem Katholizismus ein Ende machte, daß aber die unglückselige und unheilvolle Idee des Zusammenhanges beider Gewalten den Anschluß der Kaiser an die nationale Reformation und die völlige Einigung des deutschen Volkes verhindert habe.<sup>34</sup>

Die Sybelschen Gedanken lebten also doch noch fort.<sup>35</sup> Daß Sybels Geist noch nicht gestorben war, beweisen besonders deutlich die ausführliche Rezension über Schäfers Deutsche Geschichte von dem Below-Schüler Fritz Kern<sup>36</sup> und das 1914 erschienene Werk „Der deutsche Staat des Mittelalters“<sup>37</sup> von seinem besonders verfassungs- und wirtschaftsgeschichtlich interessierten Lehrer, der schon 1901 und 1908 die Sybelsche These in zwei Anzeigen vertreten hatte. Gestand v. Below im Unterschied von v. Sybel dem Kaisertum auch Verdienste universaler Art zu, der Hauptthese von der großen Verderblichkeit der mittelalterlichen Kaiserpolitik blieb er treu. Sie sei nicht nur an der ungünstigen Verfassungsentwicklung schuld, was bereits Schäfer zugegeben hatte, sondern auch an der Kurzlebigkeit der deutschen Königsdynastien. Sehr einverstanden erklärte sich Meinecke mit diesen Ausführungen Belows über Sybel-Ficker.<sup>38</sup> Und der Göttinger Historiker Lehmann schrieb u. a.: „Besonders mustergültig erscheint mir die Behandlung der Kontroverse Sybel-Ficker: ich wollte (auch

---

33. Hahn 90.

34. Ebenda 98.

35. Dafür sorgten, wie es noch neuestens bei Büchner (S. 53) heißt, bei der Jugend die wilhelminischen Geschichtslehrer durch den Hinweis auf den mangelnden politischen Reinertrag des alten Reiches.

36. DLZ. 1912 Nr. 29 Sp. 1869 ff.

37. Below, Staat, Bd. 1, 353 ff.

38. M. v. Below 148.

fickerisch gesinnt) anfangs widersprechen, aber am Ende Ihrer Betrachtungen angelangt sagte ich mir: das ist, vielleicht hier und da etwas anders formuliert auch ganz deine Meinung... Kontrovers können nur Einzelheiten bleiben."<sup>39</sup> Doch an offenem Widerspruch fehlte es Below keineswegs. K. Hampe, dessen Urteil zugunsten der Kaiserpolitik schon 1908 in der ersten Auflage der „Deutschen Kaisergeschichte in der Zeit der Salier und Staufer“ zum Ausdruck gekommen war, trat v. Below in einer Besprechung mit verschiedenen Gegengründen entgegen, wohl am meisten damit, daß die heutigen nationalen Gedanken für den vorwiegend universal-historisch gerichteten mittelalterlichen Menschen kaum maßgebend waren.<sup>40</sup>

Der für die Lösung unseres Problems mit in Betracht kommenden Teilfrage, in welchem Grade die deutschen Kaiser Italien wirklich beherrscht haben, widmete sich außer Davidsohn, der sie in der schon zitierten Akademierede berührte, L. M. Hartmann in der „Geschichte Italiens im Mittelalter“.<sup>41</sup> Beide suchten die Unsicherheit und Unselbständigkeit der kaiserlichen Herrschaft darzutun. Eine heilsame Warnung an die Verteidiger der Kaiserpolitik vor einer der Wirklichkeit widersprechenden Vorstellung von kaiserlicher Machtfülle in Italien.

Der Fickersche Standpunkt erhielt, nachdem das Schicksal der deutschen Österreicher schon zu denken gegeben hatte, neue mehr außerwissenschaftliche Antriebe durch den Krieg mit seinen Notwendigkeiten und Hoffnungen, wie K. Hampe wohl mit Recht betont.<sup>42</sup> Man bejahte nun noch deutlicher den „Weltmachtwachstumswillen“ (Werminghoff), wobei Deutschlands Imperialismus gern als nur defensiv und national, nicht als universal bestimmt wurde.<sup>43</sup> Und es reizte vielleicht mehr als

---

39. M. v. Below 173.

40. DLZ. 1914, Nr. 48, Sp. 25, 42 ff.

41. Hartmann, Bd. IV<sub>1</sub>: Die ottonische Herrschaft.

42. Hampe, MaG. 55.

43. Marcks, Männer, Bd. 2, 349.

früher, ihm auch im Verlauf der Geschichte nachzugehen.<sup>44</sup> An diese Jahre mochte Fedor Schneider in erster Linie denken, wenn er sich äußerte, Fickers Meinung habe vor einiger Zeit ziemlich allgemein gegolten.<sup>45</sup>

### Dritter Abschnitt.

#### Vom Ende des Weltkrieges bis zur Gegenwart.

Das katastrophale Endergebnis des Krieges regte in gewisser Weise an, nach- und umzudenken über Staat und Welt im Sinne Fickerscher Einstellung.<sup>1</sup> Man sah das Scheitern der kleindeutschen Lösung und dachte zurück an das alte deutsche Kaisertum als Träger des großdeutschen Gedankens.<sup>2</sup> Die Ziele der Deutschen schienen doch etwas anders zu liegen, als Bismarck sie sah. Kein Wunder, daß besonders während des Krieges der Ruf nach Mitteleuropa laut wurde, der schon in den 40er Jahren erschollen war und dann wieder kurz vor dem Kriege. Das auf sich selbst gestellte Deutsche Reich erschien wirtschaftlich geradezu als lebensunfähig.<sup>3</sup> Es ist wohl zu verstehen, daß Ficker jetzt manchen nicht nur als Historiker gerechtfertigt vorkam.<sup>4</sup> Überhaupt zeigte sich in der Welt ein Streben nach einer um vieles weitergehenden Vereinigung als der nationalen, nicht ohne Widerspruch. Man denke an die sich mehrenden internationalen Vereinigungen, vorab an die Völkerbundstagungen.<sup>5</sup> V. Below selbst wies darauf hin, daß die zeit-

---

44. Werminghoff = Die Grenzboten 76 (1917) Nr. 17; Finke, Weltimperialismus (vgl. dazu K. Wenck in HZ. 118 (1917) 299 ff.); Grauert, Deutsche Weltherrschaft?

45. Schneider, MA. 8.

1. Vgl. Hampe, MaG. 55 sowie Srbik in DVLG. 8 (1930) 12.

2. Kaindl 1 ff.; Zach 107.

3. Kaindl 314; Rapp LII f.; Dankworth 66 ff.; Paller 47 ff., 79 f., 101 ff.; HZ. 121 (1920) 138 sowie Spahn.

4. Brandi 53.

5. Allerdings waren die Hoffnungen auf den Völkerbund geteilt.



gebundenen Anschauungen Fickers in freilich mannigfacher Abwandlung noch fort dauerten, wie auch Srbik in einem Aufsatz deutlich zeige.<sup>6</sup>

Andererseits aber erschien die Katastrophe der Niederlage vielen bei uns als eine Aufforderung, die bewußt und selbstbewußt nationalen Kräfte zur Rettung herbeizurufen. Begreiflich, daß man sich unter diesen Umständen dem v. Sybelschen Standpunkt, der ehemals als der nationale galt, verwandter fühlte, daß alte Gegensätze um so mehr wieder wach wurden, als manchen auch die übrigen Umwälzungen in der Bismarckschen Reichsgründung wenig genehm waren. Nur die Hälfte der deutschen Geschichtsforscher überdies, so meinte W. Goetz, habe 1918 erfaßt, daß in der Katastrophe Weltgeschichte und nicht Parteigeschichte vor sich gegangen sei.<sup>7</sup>

So dürfte denn auch den Erörterungen mittelalterlicher Kaiserpolitik in den letzten Jahren ein wohl zu beachtendes Gegenwartsinteresse beigemischt sein. Below selbst wertete Kaindls und andere Auslassungen nicht als wissenschaftlich.<sup>8</sup> Kaindls Schrift mußte sich denn auch von dem österreichischen Historiker Srbik die Beurteilung gefallen lassen: unhaltbare und tendenziöse Apologie für Österreich und Großdeutschum, ohne Ebenmaß im Urteil über preußische Verhältnisse, bei Anwendung der Bezeichnung „großdeutsch“ ohne die notwendigen historischen Differenzierungen für die verschiedensten Zeiten.<sup>9</sup> Mochte andererseits Mommsen, nachdem schon Dove von der grandiosen Einseitigkeit der Droysenschen Geschichtsauffassung abzurücken begonnen hatte,<sup>10</sup> behaupten, daß „die uns allen bekannte Einseitigkeit der kleindeutschen Geschichtsschreibung auch von reichsdeutschen Historikern seit langem überwunden ist“, so waren doch wohl nicht alle seiner Meinung, es sei das Ergebnis der heutigen Lage in der Frage „Großdeutsch und Kleindeutsch“, daß wir die Notwendigkeit der Bismarckschen Reichsgründung anerkennen und zugleich im Herzen groß-

---

6. VSzWG. 20 (1928) 456 ff.

7. DNat. 6 (1924) 194 ff.

8. Below, Kaiserpolitik 48 Anm. 18b, 154 f.

9. APolG. 7 (1926) 254.

10. Meinecke, Preußen 414.

deutsch sein können.<sup>11</sup> Wenn man auch vielfach Bismarcks Reich als notwendigen Weg oder Umweg zugesteht, dieser Versuch, die Gegensätze der nahen Vergangenheit und Gegenwart zu überbrücken, hält der Wirklichkeit nicht ganz stand, wie etwa die Besprechung Kaindls von Jacob in der Münchener Allgemeinen Rundschau 24 (1927) zeigt.<sup>12</sup>

Man kann es demnach wenigstens bezweifeln, daß v. Below in dem noch zu nennenden Buche von 1927 mit der Auffassung recht hat, in der wissenschaftlichen Literatur spiele die konfessionelle und die groß- und kleindeutsche Stellung für unsere seit den Tagen Sybels und Fickers mit der Gegenwartslage verflochtene Frage keine entscheidende Rolle mehr.<sup>13</sup> Konnte man doch jüngst in einem zu beachtenden Streitgespräch zwischen Friedrich Hielscher, Günter Dehn und Przywara über das Reich überhaupt deutlich die Fronten dreier Weltanschauungen erkennen.<sup>14</sup> Und bislang bildete der oft mit der Weltanschauung zusammenhängende Gegensatz von Großdeutsch und Kleindeutsch, wenn auch umgeformt und verschoben, teilweise den Hintergrund der wissenschaftlichen Erörterung.<sup>15</sup> Wie sehr dieser Gegensatz und der damit in der Diskussion sonst manches Mal verbundene von Unitarismus und Partikularismus (oder weniger odiös Föderalismus) auf das Problem der mittelalterlichen Kaiserpolitik noch Einfluß hat, wäre sicherer zu sehen,

---

11. HZ. 138 (1928) 542 f.; vgl. Maier in Behrend 29 ff.

12. Vgl. z. B. auch Meisner, Henle, Muth in Hochland 30 (1932/33), bes. 489 f.

13. Below, Kaiserpolitik 23 (Z. 10), 137 ff. sowie Kern in Gedächtnisschrift 73 Anm. 21.

14. Wie sie von Belang sind, darauf werfen auch die umfassenden und anregenden Gedanken zur Reichsidee von dem Dichterphilosophen Fr. Muckermann ein helles Licht. Der bisweilen geradezu religiösen Ehrfurcht der einen vor dem alten Reich (vgl. auch Büchner 70 ff., 90 ff.) steht die mehr oder weniger herbe Kritik anderer, die eben von einem anderen Ideal oder Glauben erfüllt sind, gegenüber. Daß die Gedankengänge von heutigen Geschichtsphilosophen, Theologen — geradezu von einer Theologie des Reiches konnte ja neuerdings mehrfach gesprochen werden — und Dichtern für den Historiker, der das Mittelalter behandelt, nicht maßgebend sein können, versteht sich.

15. Stengel, Regnum 7. Vgl. auch Muth a. a. O., bes. 483, 489 f.

wenn nicht bei dem ganzen mittelalterlichen Thema so mancherlei pro und contra ins Feld geführt würde und werden könnte. V. Below selbst vermutete noch, daß pazifistische Neigungen mit ihrer Ablehnung der Machtpolitik — dabei dachte er weniger an den Sozialisten Hartmann, dem das mittelalterliche Kaisertum noch zu machtpolitisch war,<sup>16</sup> als an Hampe — eine Sonderung unter den Historikern bewirkten. Aber gegen die nicht auf seiner Seite stehenden Forscher Schäfer und Haller durfte er gerade diesen Vorwurf nicht geltend machen.

Auch Friedrich Schneider hob u. a. hervor, daß mit dem wissenschaftlichen Urteil bewußt oder unbewußt zugleich ein gutes Stück der politischen Weltanschauung verknüpft sei. Ähnlich v. Voltelini und Bühler.<sup>17</sup> F. Kern gestand sogar, daß es über die Bewertung der Aufrichtung des Kaisertums eine „unaufhebbare Verschiedenheit des Urteils“ seitens der liberalen und der klerikalen Geschichtsauffassung gebe. In allem Übrigen allerdings schien ihm die Frage der Kaiserpolitik heute dem Streit der Weltanschauungen entrückt. Wollte er damit<sup>18</sup> „die Grenzen einer allgemein gültigen Urteilsbildung“ betonen, so glaubte v. Below hingegen, daß es „sich doch um Dinge handelt, die durch gründliche wissenschaftliche Erörterung geklärt werden können und deren Aufhellung wiederum das politische Urteil zu klären geeignet ist“.<sup>19</sup>

Überblicken wir zunächst die große Reihe derer, die mehr auf Grund des äußeren Geschehens und der äußeren Verhältnisse sich im letzten Dezennium günstig oder ungünstig über das mittelalterliche Kaisertum aussprachen.

Unter denen, die in den letzten Jahren das Wort gegen die mittelalterliche Kaiserpolitik nahmen, stehen wiederum v. Below und Kern an erster Stelle.

V. Below gab 1922 „Deutsche Reichspolitik einst und jetzt“

---

16. Vgl. HZ. 121 (1920) 137.

17. Ebenda 129 (1924) 346 f.; ZSavStRgGA. 48 (1928) 510 f.; Bühler 150.

18. Kern in Gedächtnisschrift 72 Anm. 20; vgl. auch Zach 99 ff.

19. Below, Kaiserpolitik 138.

heraus. Der Titel deutet schon darauf hin, daß die Frage für ihn Gegenwartsbedeutung hatte. Da mehrmals seitdem die Fickersche Ansicht verteidigt wurde, griff v. Below noch einmal zur Feder für eine eingehendere Behandlung seines Lieblingsthemas. Immer wieder berührte er es ja in seinen Arbeiten. Dieses neue Buch „Die Italienische Kaiserpolitik des Deutschen Mittelalters mit besonderem Hinblick auf die Politik Barbarossas“ war das letzte seines arbeitsreichen Lebens. Er wollte an dem Verlauf der Dinge beobachten, wie die unrichtige Politik den Zusammenbruch herbeiführte, nachdem die ungünstige Wirkung der Kaiserpolitik sich sogleich in ihren Anfängen gezeigt habe.<sup>20</sup> Der Angriff richtete sich gegen Fickers lebende Anhänger, besonders wohl gegen Hampe und Haller. Schon deshalb, weil diese Schrift Belows als einzige wissenschaftliche Monographie die Kaiserpolitik seitens der Gegner von Kaiser zu Kaiser bis zu den Hohenstaufen verfolgt, wird sie in der Einzelbetrachtung von uns immer wieder heranzuziehen sein. Ihr wurden ja auch eine ganze Reihe eingehender Rezensionen gewidmet, so die von Bonwetsch, Dopsch, Hofmeister, Holtzmann, Kienast, Pürschel, Schmeidler und v. Voltolini. Auch Below selbst bedachte sie später noch mit einer Würdigung.

Kern schrieb etwa gleichzeitig in der für v. Below geplanten Festschrift den bereits mehrmals zitierten Beitrag „Der deutsche Staat und die Politik des Römerzuges“. Diese seine Abhandlung würde er allerdings nicht geschrieben haben, wenn er das Buch des Altmeisters schon gekannt hätte.<sup>21</sup> Sein Kampf galt besonders den Ausführungen Hallers. In der Selbstanzeige seines Aufsatzes, 1929 in den Forschungen und Fortschritten erschienen, wies Kern Brackmann gegenüber noch darauf hin, daß er hierin gerade die Frage beantwortet habe, weshalb nur das deutsche Königtum am Sieg der Kluniazenser zugrunde gegangen sei.

Die uneingeschränkt absprechenden Rezensionen des Belowschen Buches durch R. Holtzmann und W. Kienast wollte Schmeidler „in keiner Weise annehmen“ und stellte ihnen eine eigene entgegen. Er selbst habe seit Jahren Anschauungen ver-

---

20. Below, Kaiserpolitik 54.

21. Kern in Gedächtnisschrift 74.



treten, die sich mit denen v. Belows in manchen Beziehungen nahe berührten, aber das Problem doch von einer ganz anderen Seite her anfaßten und weiter unterbauten.<sup>22</sup> Auf seine später zu berücksichtigenden Vorträge bzw. Aufsätze von 1927 über „Königtum und Fürstentum“ und weiterhin „Niedersachsen und das deutsche Königtum“ spielte er damit an. Hier suchte er, wie ehemals Sybel,<sup>23</sup> den Partikularismus zu verstehen und schob der imperialen Politik so größere Schuld und Pflichtversäumnis zu. Im größeren Rahmen „Deutschland und Europa im Mittelalter“ ging er 1929 auf unsere Frage genauer ein. Es sei die antike Tradition, nicht wirtschaftliche Interessen noch der Wunsch, über die Kirche zu herrschen, Antrieb für 962 gewesen. Indem Deutschland einen großen Mittelblock von Ländern zusammengefaßt, habe es das europäische Gesamtbewußtsein verstärkt und gegen sich eingestellt. Auch auf Deutschland habe das Kaisertum zerstörend gewirkt.<sup>24</sup> Diese wenig günstige Anschauung Schneidlers über das mittelalterliche Kaisertum schimmert in seinem jüngsten Buch, dem über das spätere Mittelalter erschienenen Teil 1, höchstens gelegentlich durch.

Fedor Schneider war bereits 1918 in einer Besprechung Hartmanns von Ottos Politik abgerückt. Deutlich negativ zur Kaiserpolitik eingestellt zeigte den kürzlich verstorbenen Frankfurter Ordinarius dann 1928 sein Band im Handbuch von O. Kende, der dem Mittelalter bis 1250 gewidmet ist. Gleich in der Einleitung ist zu lesen: „Das universale Imperium, um mit dem Staatensystem zu beginnen, ist eine Pseudomorphose im Sinne von Spengler.“<sup>25</sup> Nachdem die Erörterung bisher im allgemeinen vom Standpunkt der Politik geführt worden sei, war sein Bestreben, das Problem auf die allgemeinen Grundlagen der mittelalterlichen Kultur zu stellen. „Nicht eine Kette unglücklicher Zufälle, nicht Versagen im einzelnen, nein die dramatische Kausalität der Gesamtentwicklung begründet die Tragik unserer nationalen Geschichte.“<sup>26</sup> Bei den einzelnen Herrschern kommt er immer wieder darauf zurück, daß die Universalpolitik

---

22. HZ. 140 (1929) 387.

23. Varrentrapp 97.

24. Schneidler, Deutschland 5 ff.

25. Schneider, MA. 6.

26. Ebenda 8.

innerlich unmöglich gewesen. Leider sind die geistigen Grundlagen der mittelalterlichen Kultur zu wenig berücksichtigt, wie der Rezensent W. Holtzmann mit Recht hervorhob.<sup>27</sup> Und das dürfte nicht nebensächlich sein für ein gerechtes Urteil über die Kaiserpolitik. Eine scharfe Kritik an ihr sollte ihm allerdings unmöglich sein, wenn nach ihm selbst „der mittelalterliche Universalismus ein notwendiger Übergangszustand ist“.<sup>28</sup> — Schneider hatte übrigens schon 1925 in dem Aufsatz „Geschichte der lothringischen Frage bis zum Interregnum“ seiner Ablehnung der Universalpolitik der deutschen Könige deutlichen Ausdruck gegeben. Es genügt das eine Wort, Lotharingien habe kaum viel weniger subversiv gewirkt als die Italienpolitik.<sup>29</sup> Und ähnlich stellte er sich in dem im Folgejahr herausgekommenen Buch „Rom und Romgedanke im Mittelalter“ ein. Hier würdigte er zwar zum großen Teil als Grundlagen der Renaissance die ausgehende Antike und das kommende nationale Zeitalter; aber das wenigstens duldende Verständnis für den christlichen Geist des Mittelalters und auch seine politische Form fehlten.<sup>30</sup> Besprechungen verschiedenster Richtung mußten dazu Anstoß nehmen an seiner aburteilenden Ausdrucksweise.<sup>31</sup>

Sogar ein Österreicher, und zwar ein General, stellte sich 1927 der Öffentlichkeit als heftiger Gegner der Kaiserpolitik vor. Krauß wollte in seinem Buch „Der Irrgang der deutschen Königspolitik, die Lehren der Vergangenheit für Gegenwart und Zukunft“ dartun, daß die ganze deutsche Geschichte ein einziger Irrtum sei. Sein Wort sollte weite Kreise aufrütteln, da bisher noch keine deutsche Geschichte und ebenfalls keine deutsche Politik erschienen sei.<sup>32</sup> Immer wieder sieht er bei Königen und Fürsten nur Selbstsucht, wo diese neben anderem allerdings vorhanden war. Die mangelnde Sittlichkeit zeige uns, wo der Grund politischen Mißerfolgs liege. Nur die Masse des Volkes

---

27. JberDG. 5 (1929) 211.

28. Schneider, MA. 9.

29. Schneider in „Frankreich und der Rhein“ 30.

30. Vgl. Schneider, Rom und Romgedanke z. B. 97 ff., 189 ff.

31. Z. B. HZ. 135 (1927) 265, HJb. 46 (1926) 447 und ZSavStRgGA. 50 (1930) 424.

32. Krauß, Vorwort.

habe deutsches Empfinden verraten. Immer wieder heißt es, ein deutscher König sei notwendig gewesen, kein römischer. Die bei anderen Historikern für die Entwicklung gern berücksichtigte Stammeseigenart will er nicht zugeben. Für ihn gilt geschichtliche Entwicklung kaum etwas. Die unverständlicherweise übersehenen Ziele sind für ihn der Zentralismus, eine romfreie von Deutschen geleitete Kirche, die Eindeutschung des Ostens. Beachtenswert ist, daß ein Abschnitt die chronologische Verfolgung der Geschehnisse sprengt, nämlich der über Papsttum und Kaisertum, der nachweisen soll, daß diesem unmöglichen Bund alle Übel entsprungen seien. Das in den Wolken schwebende Ideal der Person eines sittlich tadellosen deutschen Königs ist ihm alles. Hofmeister nennt das Werk von Krauß „lesenswert, aufrüttelnd, von tiefem sittlichem Ernst getragen, scharf und rücksichtslos auf sein Ziel stürmend“.<sup>33</sup> Aber das Buch sei durch und durch unhistorisch.<sup>34</sup> Daß 1918 und die anschließenden politischen Bewegungen hier von Einfluß gewesen sind, ist bei Krauß besonders naheliegend. Über das Urteil, daß die römische Politik an allem Unheil schuld sei bis in die Gegenwart hinein, brauchen wir uns nicht zu wundern, da es uns doch bei Historikern von Ruf, wie Below und Kern, begegnet. Wie sich die gekennzeichnete Gesamteinstellung des Nichtfachmanns Krauß in der von ihm gegebenen Darstellung der deutschen Geschichte im einzelnen auswirkt, das weiterhin zu verfolgen, erübrigt sich wohl.

Mehr von Teilgesichtspunkten aus wandten sich noch mehrere Forscher gegen die Kaiserpolitik.

Als eine selbständige Fortsetzung der These Sybels wurde von Below gerühmt der Vortrag R. Festers „Die politischen Probleme Deutsch-Österreichs“ aus dem Jahre 1921.<sup>35</sup> Fester suchte nachzuweisen, daß die Habsburger immer wieder verderblicherweise, statt sich ganz dem Osten zu widmen, auch nach anderen Seiten ihre Interessen verfolgt hätten. „Die verwüstenden Wirkungen des habsburgischen Imperialismus er-

---

33. JberDG. 3 (1927) 753.

34. Ebenda 752.

35. Below, Staat (2. Aufl.), Bd. 1, XXXIV. Below, Reichspolitik 31 Anm. 2.

klären es, daß er seine Kulturmission im Osten nur unvollkommen erfüllen konnte." <sup>36</sup>

Im Zusammenhang seiner akademischen Rede „Vom Werden Deutscher Staatlichkeit“ nahm 1929 der Kieler Professor Fritz Rörig auch im absprechenden Sinn das Wort zur mittelalterlichen Kaiserpolitik. Er, der sich offen zur Weiterbildung der gegenwärtigen Verfassung im Sinne des Einheitsstaates bekannte, erblickte eben bei der Betrachtung des Werdens und der Entwicklung des Partikularismus in der Vergangenheit das Übel in der Hinzufügung der Kaiser- zur Königswürde. Ergänzend ist der entsprechende Abschnitt „Die Verbindung von Königtum und Kaisertum“ aus seinem gleichzeitigen Beitrag „Staatenbildung auf deutschem Boden“ zu dem von B. Harms herausgegebenen Sammelwerk „Volk und Reich der Deutschen“ (Band 1) heranzuziehen.

In der 1930 erschienenen Dissertation „Die Militärpolitik Friedrich Barbarossas im Zusammenhang seiner Italienpolitik“ von Hans Meyer, einem Schüler Fedor Schneiders, sollte unabhängig von der Frage, ob die Kaiserpolitik dem deutschen Volke genützt oder geschadet habe, die militärische Seite dieser Politik an einem klassischen Beispiel, an der Stellung Friedrich Barbarossas in Italien, betrachtet werden.<sup>37</sup> Tatsächlich lief die Arbeit dahin aus, die Stellung der Verteidiger unseres Problems zu erschüttern. Nach R. Holtzmann freilich ohne Erfolg.<sup>38</sup>

Wenn Stengel 1930 in einer akademischen Rede über das engere und weitere Staatsgebiet im alten Reich der bisher zu kurz gekommenen staatsrechtlichen Seite des Verhältnisses von Königtum und Kaisertum nachging, so nahm er in dem Streit Ficker-Sybel doch nicht Partei. Und er dürfte ebensowenig wie Aegidi, auf den er sich berief, für Sybel eintreten wollen.

Muß auch Marcks, der sich 1895 ziemlich gegen Sybel ausgesprochen, nunmehr neben Below, Kern, Fedor Schneider, Krauß, Fester und Rörig unter die wiedererstarke Anhänger-schaft Sybels eingereiht werden? So möchte man fragen, wenn man oberflächlich auf das verbindliche Urteil schaut, das im

---

36. DErn. 5 (1921) 347.

37. H. Meyer 2.

38. HZ. 143 (1931) 553.



Lebensbild Belows von seiner Gattin angeführt wird.<sup>39</sup> In seinen 1927 im Druck erschienenen Rundfunkvorträgen „Auf- und Niedergang im deutschen Schicksal“ aber suchte Marcks deutlich der Größe und Bedeutung unseres mittelalterlichen Kaisertums gerecht zu werden.<sup>40</sup> — Daß Roman und Schauspiel bisweilen für Sybels Ansicht werben, sei noch mit v. Below bemerkt.<sup>41</sup>

Größer als die Zahl der Gegner ist die Anzahl derer, die, ausgehend von den äußeren Tatsachen, im letzten Jahrzehnt in Fickerscher Richtung sich zur Kaiserpolitik äußerten.

Schäfer sprach sich hauptsächlich nochmals in seinem Buche „Staat und Welt“ 1922 im nationalen Sinne für sie aus.

1923 erschien dann von dem Tübinger Professor Johannes Haller das Werk „Epochen der deutschen Geschichte“ und 1926 in einer Reihe vaterländischer Volks- und Jugendbücher „Das altdeutsche Kaisertum“. Er unternimmt es, Kaisertum und Politik der Ottonen, Salier und Staufer gerade aus realpolitischen Beweggründen zu rechtfertigen, besonders deutlich im erstgenannten Buche. Merkwürdigerweise findet sich hier die Meinung: „Das Sybelsche Urteil darf wohl als das volkstümliche gelten, und wenn ich nicht irre, überwiegt es heute noch in der wissenschaftlichen Erörterung“.<sup>42</sup> V. Below mußte ihm — Haller — wie auch Schäfer, zugestehen, daß sie für den nationalpolitischen Gedanken energisch einträten. Er glaubte allerdings, sie widersprächen sich, wenn sie die italienische Kaiserpolitik gut hießen, obwohl sie die Schädigung der deutschen Verfassungsentwicklung zugeben mußten. Insbesondere war ihm Hallers Versuch, die italienische Politik als etwas durchaus gesund Realpolitisches zu erweisen, eine „bedauerliche Verirrung“.<sup>43</sup>

Auch die knappe unter dem Schatten des Weltkrieges verfaßte „Deutsche Geschichte“ von Brandi sowie W. Schultzes

---

39. M. v. Below 173.

40. Marcks, Auf- und Niedergang 2, 3, 4.

41. Below, Kaiserpolitik 144 Anm. 17c.

42. Haller, Epochen 42. Anders Below a. a. O. 2.

43. Below a. a. O. 139; K. Wencks Besprechung in FBPrG. 36 (1924) 125 f. billigt dagegen Haller durchaus.

Beitrag in Gebhardts Handbuch der Deutschen Geschichte, das neuerdings von R. Holtzmann herausgegeben ist, verfochten die Kaiserpolitik. Mehr Zurückhaltung zeigte sich in Hartmanns Weltgeschichte bei Hellmanns Beitrag „Frühes Mittelalter“, erstmals 1920 erschienen.

Einige Arbeiten hatten sodann als Ziel, gerade die nationale Bedeutung des damaligen Kaisertums herauszustellen.

Schäfers Schüler, Adolf Hofmeister, der 1914 bereits das auch zu berücksichtigende Buch „Deutschland und Burgund im frühen Mittelalter“ geschrieben, veröffentlichte 1923 eine Universitätsrede „Die nationale Bedeutung der mittelalterlichen Kaiserpolitik“. Sie weist insbesondere auf die Bedeutung der mittelalterlichen Politik für den Schutz Lothringens und für das Germanentum überhaupt hin.<sup>44</sup> Von dieser Rede rühmte v. Below, „sie gestehe der Gegenseite so viel zu, daß hier schon eine Einigung nahegerückt scheint“. — Ähnlich urteilte er ebendort<sup>45</sup> über den Habilitationsvortrag „Zur Beurteilung der mittelalterlichen Kaiserpolitik“ von M. Braubach. Wie bei Schäfer, so findet sich auch bei Hofmeister und Braubach eine, allerdings eingeschränkte, Anerkennung des Fickerschen Standpunktes.

Günstig blieb dann die Beurteilung der Kaiserpolitik bei A. Cartellieri und Hampe, die neuerdings auf unser Problem zurückkamen.

Sprach sich auch Cartellieri 1932 in seinem Buch „Die Weltstellung des Deutschen Reiches 911—1047“ über die Frage nach dem Wert der Kaiserpolitik nicht aus, so ist doch „die ganze Darstellung entschieden auf eine positive Beurteilung eingestellt, wobei auf die Verdienste des Kaisertums um die Ordnung der Kirche und den Frieden der Christenheit besonders Gewicht gelegt ist“.<sup>46</sup> Klar aber trat seine Einstellung im Vorjahre zutage in einem aus der Arbeit an dem genannten Werk entsprungenen Aufsatz „Der Höhepunkt des alten Deutschen Kaisertums“, der in der Zeitschrift „Die Zeitwende“ herauskam. — Konnte Cartellieri, der immer wieder die Macht als beson-

---

44. JberdDG. 6 (1923) 51 f.

45. Below, Kaiserpolitik 3.

46. HZ. 146 (1932) 541.

ders bedeutungsvoll hinstellt, damit weiterhin für die mittelalterliche Kaiserpolitik eintreten, so erst recht Hampe. Zunächst tat er seine Meinung kund in den Biographien einzelner Kaiser, die ab 1922 in den „Meistern der Politik“ erschienen. 1927 kamen sie vervollständigt unter dem Titel „Herrschergestalten des deutschen Mittelalters“ heraus. B. Schmeidler charakterisiert dies Werk von Hampe dahin: „Von der stürmisch revolutionären und verneinenden Energie eines G. v. Below in seinem Buch über die italienische Kaiserpolitik des deutschen Mittelalters ist nichts in ihm, sondern alles milde, abgeklärte, zustimmende Weisheit“.<sup>47</sup> So auch in Hampes zusammenhängenden Arbeits über das Mittelalter. Hier konnte er schon in dem ihm zugefallenen Abschnitt der Propyläen-Weltgeschichte, aber eingehender noch in dem 1932 publizierten Buch „Das Hochmittelalter, Geschichte des Abendlandes“, die Kaiser gebührend würdigen. Ohne daß die Literatur genannt wäre, findet man hier die neuesten Fragestellungen und Ausgangspunkte berücksichtigt.<sup>47a</sup>

Sobald die Darstellung nicht aus einem nur nationalen Blickfeld entsteht oder mit starkem modérnnationalem Affekt geladen ist, ist eben von vornherein nicht so leicht eine Aburteilung der Kaiserpolitik zu erwarten. Das zeigt auch Hans Delbrück, der im zweiten Teil seiner Weltgeschichte dem Kaisertum eine in die Tiefe strebende Betrachtung widmete. Den Urfehler sah er darin, daß Sybels Anhänger bei der Beurteilung von der Existenz der deutschen Nation als etwas Gegebenem ausgingen. Und sein Grundsatz war weiter der: „Nicht vom deutschen Standpunkt allein, sondern von der universalen Nachwirkung aus ist die Kaiserpolitik Ottos zu beurteilen.“<sup>48</sup> — Zu einem positiven Ergebnis kam auch der Privatgelehrte Johannes Bühler. Nachdem er bereits in 9 Quellenbänden die politischen und kulturellen Lebensmächte des Mittelalters behandelt hatte, faßte er 1931 die dazu gegebenen Einführungen in einem Bande unter dem Titel „Das erste Reich der Deutschen“ zusammen. Betont er gleich im Vorwort, daß seine bis-

---

47. HZ. 138 (1928) 566.

47a. Beachte auch in der Einleitung des Bandes S. XXXI f. die Stellungnahme des Herausgebers W. Goetz für die Kaiserpolitik.

48. Delbrück, Teil 2, 398 f.

herige Auffassung von der Bedeutung des mittelalterlichen Kaisertums für das deutsche Volk und die deutsche Kultur auch durch Belows Buch in keiner Weise erschüttert sei, so ist es klar, auf welchen Ton der ziemlich eingehende Abschnitt „Das Kaisertum. Die Italien- und Kirchenpolitik der deutschen Kaiser“ gestimmt ist. — Hermann Stegemann, der in seinem im gleichen Jahre erschienenen Werk „Deutschland und Europa“ eine geschichtliche Schau und einen politischen Ausblick geben will, bietet hier durch seine neuen Gesichtspunkte eine für uns beachtenswerte Ergänzung. Einmal, insofern er Deutschland und Europa überhaupt in Beziehung setzt, und insbesondere dann dadurch, daß er die Gesetze des Raumes an unsere Frage heranträgt.

Wenden wir uns nun auch bei den proimperialen Schriften der Sondergruppe der kleineren Spezialuntersuchungen zu.

A. Brackmann ist da an erster Stelle zu nennen. 1926 streifte er unsere Frage im Elsaß-Lothringischen Jahrbuch, indem er die Bedeutung des Elsaß für die Verbindung mit Italien, das damals immer noch der Mittelpunkt Europas gewesen sei, behandelte. Das gleiche Jahr brachte von ihm in der Historischen Zeitschrift einen Aufsatz über die Ostpolitik Ottos des Großen. Hampe gegenüber tat er hier dar, daß auch im Osten, nicht nur im Süden und Westen, eine weitreichende Politik Ottos vorlag. Nachdem Brackmann 1927 in einem Akademievortrag Heinrich IV. als Politiker gewürdigt und 1928 in einem Aufsatz die politische Wirkung der Kluniazenser-Bewegung herausgestellt und so der Klärung gedient hatte, brachten Velhagen und Klasings Monatshefte 1929 von ihm einen zusammenfassenden Aufsatz über den Streit um die deutsche Kaiserpolitik des Mittelalters. Kerns Alternative: Italienpolitik oder Ostpolitik? sei falsch. Auch der 1931 erschienene Akademievortrag über die Anfänge der Slavenmission und die *Renovatio imperii* berührte unsere Frage. Nicht weniger die gleichen Jahres gegebene kurze Darstellung Ottos des Großen im Sammelwerk „Menschen, die Geschichte machten“.

R. Holtzmann war in Besprechungen öfters für Ficker eingetreten. 1928 suchte er nun bei seinem gelegentlich der Reformationsfeier der Universität Halle-Wittenberg gehaltenen Vortrag „Deutsche Geschichte und konfessionelle Spaltung“ die



Frage zu klären, ob die mittelalterliche Kaiserpolitik für die konfessionelle Spaltung verantwortlich zu machen sei.

Aus dem Folgejahr stammt die Dissertation des Hofmeister-Schülers H. Kauffmann über die italienische Politik Barbarossas. Belows Aufstellungen werden von ihm zurückgewiesen.

Der Kirchenhistoriker H. Schubert wollte in seiner in derselben Zeit gehaltenen Rede vom alten und neuen Reich deutscher Nation überhaupt anders fragen als Ficker und Sybel. Doch ist es eher Fickers Weisheit, wenn er über die Notwendigkeit, die großen Leistungen, die Gefahren und die Katastrophe des alten Reiches seinen Weg nimmt zu des neuen deutschen Kaiserreiches Stärke und jedes künftigen Reiches Notwendigkeiten.

Von der Seite der Liturgie her glaubte Hirsch, der schon früher mehrmals die Kaiserpolitik von der Verfassung aus berührt hatte, sie neuerdings 1930 gut verteidigen zu können. Doch stellte sich Erdmann in einem Aufsatz derselben Zeitschrift 1932 dazu skeptisch ein.

Die Münchener Dissertation von Knussert (1931) untersuchte die Bedeutung der Italienfahrten für die Wehrverfassung. Im letzten Abschnitt stellt er sich dann gegen die Behauptung, nur widerwillig habe man sich an den Zügen beteiligt und der Kaiser habe deshalb Überpreise zahlen müssen.

Die 1933 gehaltene Festrede von Th. Mayer „Geschichtliche Grundlagen der deutschen Verfassung“ bietet entsprechenden Aufschluß, zumal für die Folgenbetrachtung.

Eine ganze Reihe von Autoren hielt es für angezeigt, weniger durch größere oder kleinere Untersuchungen aus dem politisch-wirtschaftlichen Blickfeld, sondern durch zusammenfassende ideengeschichtliche Betrachtungen, denen sich früher schon Burdach und Kampers gewidmet hatten, unser Problem zu klären. Solche Bemühungen paßten hinein in eine Zeit, in der weithin die Wissenschaft sich deutlicher vom Positivismus und vom Spezialistentum abwandte und unter mehr oder weniger starker Betonung der Werte eine Synthese anstrebte. Seitens der Geschichtswissenschaft selbst dürften die neuen Bestrebungen in unserer Frage mit angeregt worden sein einerseits

durch das dem christlichen Mittelalter wenig gerecht werdende bereits genannte Buch von Fedor Schneider über Rom und Romgedanken. Und andererseits durch das in den Jahren 1926-1928 gedruckte eingehende Werk Heldmanns über das Kaisertum Karls des Großen. Schneider sprach dem Imperium der fränkischen und deutschen Herrscher die Beziehung zur Romidee, wie er sie auffaßte, ab. Der Haller Professor bestritt wenigstens, daß das Kaisertum für den mächtigen Frankenkönig, wenn er auch als Kind seiner Zeit der feierlichen Handlung am Weihnachtstag des Jahres 800 sich nicht habe entziehen oder sie abstreifen können,<sup>49</sup> viel besagt habe. Er sei ja nicht einmal interessiert gewesen, es nach 801 in Reichsitalien durchzusetzen.<sup>50</sup> Und überdies habe das römische Reich im strengen Sinn nur im Osten fortbestanden.<sup>51</sup> Nahm Heldmann auch nicht ausdrücklich und unmittelbar Stellung zur Streitfrage der mittelalterlichen Kaiserpolitik, so raubte seine Grundbehauptung, die Leugnung des Fortlebens der universalistischen Romidee, der Idee des Imperium Romanum, doch das Verständnis für das Entstehen des Kaisertums.

Die Verteidiger waren auf den Plan gerufen. Der Boden war dafür vorbereitet, daß mehrere Werke erschienen, die der Klärung des Romgedankens sich widmeten und sich dabei bewußt waren, auch der Frage nach dem Sinn der Kaiserpolitik zu dienen. Erhoben ihre Gegner neuerdings wieder kräftiger ihre Stimme, die Fickersche Stellung wurde durch die Erforschung der ideenmäßigen Zusammenhänge nur weiter verstärkt.

Elisabeth Pfeil, eine Schülerin Brackmanns, behandelte 1929 „Die fränkische und deutsche Romidee des frühen Mittelalters“. Zum Unterschied von Schneider ging sie also nicht der stadtrömischen Idee nach, sondern fragte in der Hauptsache danach, was Rom für den fränkischen Menschen bedeutet habe. Karls Reich ist ihr das von der allgemeinen Idee des christlichen Imperiums durchdrungene fränkische Großreich, darum an anti-

---

49. Heldmann 337.

50. Ebenda 367 ff.

51. Ebenda 391 ff.

ken Maßstäben nicht zu messen und unmöglich als Pseudomorphose zu bezeichnen, wie Schneider wolle. Wenn auch das Karolingerreich zerfallen sei, so habe es doch das Ideal aufgestellt für die deutsche imperiale Politik.<sup>52</sup> Unmittelbar für die Frage der deutschen Kaiserpolitik kommt dann in der späteren Entwicklung, wo auf dem entstandenen Stammesherzogtum sich ein neues anderes Imperium erheben sollte, eben in Betracht die von Pfeil noch eingehend behandelte ottonische Romidee.

Der Göttinger Historiker Schramm veröffentlichte ebenfalls 1929 unter dem Titel „Kaiser, Rom und Renovatio“ Studien und Texte zur Geschichte des Römischen Erneuerungsgedankens vom Ende des karolingischen Reiches bis zum Investiturstreit. Es handelt sich hier um den Erneuerungsgedanken in römischer Ausprägung. „Mit der Feststellung, welche Rolle der Gedanke der Renovatio in der nachkarolingischen Zeit gespielt hat, soll zugleich der Geschichte der mittelalterlichen Kaiseridee gedient werden, die noch vielfacher Aufklärung bedarf.“ Sie sei zweifellos bisher zu kurz gekommen, obwohl ihre gründliche Klärung nötig sei für die Lösung des wieder einmal lebhaft debattierten Problems der mittelalterlichen Kaiserpolitik. Die Wahl des oben genannten Zeitraums erkläre sich daraus, weil er trotz Burdach, dem der Verfasser aus seinem Rienzo-Buch starke Anregung verdanke, und trotz Fedor Schneider am wenigsten aufgeklärt erscheine. Habe Schneider mehr das Fortleben der Antike in Italien verfolgt, so gehe Schramm mehr der politischen Seite der Romidee und ihren Auswirkungen im Bereich des Wirklichen nach. So stellt Holtzmann diese beiden Bücher gegenüber.<sup>53</sup> Der Rezensent in der Savigny-Zeitschrift glaubte noch hervorheben zu sollen, daß Schramm auch das religiöse Element zum Unterschied von der Bewertung durch Schneider als Simplismus in seiner Wucht und inneren Größe erfaßt und in den Erneuerungsgedanken neben der Erinnerung an alte staatliche und kulturelle Größe als Bestandteil aufgenommen habe.<sup>54</sup> Trotz der Reserve Schramms in seinem Urteil über die

---

52. Pfeil 156.

53. JberDG. 5 (1929) 212 f.

54. ZSavStRgGA. 50 (1930) 424.

Kaiserpolitik ist er wohl zu ihren Befürwortern zu zählen. Für die Erneuerung des Kaisertums im Jahre 800 und auch für die Reichspolitik der deutschen Kaiserzeit hat gerade einem neueren Vortrag Brackmanns zufolge das Idealbild des antiken römischen Staates allerdings wenig bedeutet.

In dem Werke „Deutsche Kultur in ihrer Entwicklung“ brachte dann 1932 der Münchener Professor Heinrich Günter einen sehr lesenswerten Abschnitt „Das Kaisertum als Weltanschauung und Kulturfaktor“. Nur von der Idee aus, der christlichen Idee, ist nach ihm die Frage der Kaiserpolitik zu entscheiden. Weiterer Klärung kann dienen desselben Verfassers akademische Rede aus dem Folgejahr: „Das mittelalterliche Kaisertum“. Sie geht besonders dem Werden des Reiches nach, um so zu seinem Sinn und seiner Kraft vorzustoßen.<sup>55</sup>

Faßt man wie der Wiener Philosoph Hans Eibl in seinem durch den Rundfunk verbreiteten Aachener Festvortrag vom 29. Januar 1933 „Die Sendung der Deutschen im Wandel der Zeiten“ den Inhalt der ganzen Geschichte als das Reich Gottes in seinen verschiedenen Phasen, so ist es kaum möglich, das mittelalterliche Kaiserreich als Irrweg anzusehen, zumal wenn man auch von seinem realpolitischen Nutzen durchdrungen ist und hinblickt auf seine lange Dauer und seine darüber hinausgehenden Wirkungen.<sup>56</sup> — Neben dem Gedanken vom Reich überhaupt und von der jahrhundertelangen friedlichen Vorrangstellung der mittelalterlichen deutschen Herrscher spielt dann gerade in Muths Aufsatz „Das Reich als Idee und Wirklichkeit einst und jetzt“ die Abwendung von der großen Vergangenheit infolge des Zerfalls der Glaubenseinheit eine Rolle. Den Bruch, den ehemals bereits Canossa für die Eigenheit des *Sacrum Imperium* brachte, beleuchtet gut die durch Muth schon angezeigte

---

55. Günter, Kaisertum 4.

56. Vgl. jetzt Eibl. VII und 368 ff. — Auf die von Fritz Büchner in den Münchener Neuesten Nachrichten begonnene und veranlaßte Aussprache über die Frage „Was ist das Reich?“ sei noch hingewiesen. Wohl sollte sie der Gegenwartsklärung dienen, und zwar vor einem größeren Publikum. Aber dazu mußte eben historisch auf die Zusammenhänge mit dem alten Reich, auf sein Wesen und sein Recht zurückgegriffen werden (vgl. bes. 84 ff.). Vgl. auch oben S. 37 Anm. 14.



nunmehr erschienene Studie von Mayer-Pfannholz (Freising) „Die Wende von Canossa“.

Mehr volkpsychologisch näherte sich 1932 der Berliner K. Breysig in seinem Buch „Vom Deutschen Geist und seiner Wesensart“ unserem Gegenstand. In den Abschnitten „Die Tat“ und „Das leidenschaftlich-drängende Plus Ultra“ äußerte er sich darüber. Er weiß sehr wohl von dem Schaden der mittelalterlichen Kaiserpolitik. Aber „unausdenkbar falsch und allem Geiste wahren Lebens ins Antlitz schlagend wäre es, dieses Plus Ultra einzig zu messen an den Maßstäben der nur nützlichen Tat, der nur nüchternen Zweckhaftigkeit.“ Ungerecht erscheint es ihm, etwa ein derartiges Urteil eines Zeitalters sehr wirklichkeitsnaher und auch sehr rechnerischer Staatsgesinnung als das Urteil hinzustellen. Die großdeutschen Verfechter des Dranges der Sachsen, Salier und Staufer nach Rom hätten recht gehabt, nicht ihre kleindeutschen, preußisch-nationalen Gegner.<sup>57</sup> — Insofern Breysig vom handelnden Subjekt ausgeht, insofern er dem Leben gerecht werden will, mag man hier anschließen die aus der Hochschätzung, der Ehrfurcht vor den schöpferischen Menschen und dem Streben nach Erlebnis, wie sie für die George-Schule bezeichnend sind, geborene Darstellungsreihe „Heilige und Helden des Mittelalters“ von Wolfram von den Steinen. Neben dem Bändchen über Karl den Großen kommt das ebenfalls 1928 herausgegebene über Otto den Großen in Frage, das naturgemäß hier die Hauptrolle spielt. Sein Ziel ist, künstlerisch sowie wissenschaftlich und handwerklich Giesebrecht zu übertreffen.<sup>58</sup> Das Gesamtbild Ottos, hineingestellt in die damaligen Verhältnisse, hat bei von den Steinen nicht den ausgesprochenen Zweck einer Apologie des mittelalterlichen Kaisertums, stellt aber seine Begründung tatsächlich als durchaus gerechtfertigt und auch segensreich hin.

Und nun ist noch eine Arbeit, die nicht eine Erhebung aus der Geschichte der mittelalterlichen Kaiseridee darstellt, sondern die Historiographie der Neuzeit über diesen Gegenstand geistesgeschichtlich behandelt, anzuzeigen: W. Schieblich, Die

---

57. Breysig 154.

58. Von den Steinen, Otto 150.

Auffassung des mittelalterlichen Kaisertums in der deutschen Geschichtsschreibung von Leibniz bis Giesebrecht. Das Wertvolle dieser aus der Schule Hellmanns hervorgegangenen Dissertation besteht in dem Nachweis, daß Sybel und Ficker — bei letzterem ist es nicht so durchsichtig — in eine große ideengeschichtliche Entwicklung einzureihen sind, die ihre Thesen besser verstehen läßt und unsere Vermutung zu verstärken geeignet ist, daß auch bei den weiteren Kämpfen in diesem wissenschaftlichen Streite irgendwelche zeitgeschichtliche Einflüsse vorhanden sind. Möchte der Verfasser im wesentlichen in der sachlichen Frage Georg v. Below zustimmen, wenn er sich auch von gewissen Übertreibungen nicht ganz freigehalten habe,<sup>52</sup> und erkennt er auch Sybels treffsicheres politisches Urteil an, so ist er doch für grundsätzliche Anerkennung der Fickerschen These von der historischen Berechtigung der universalistischen Kaiserpolitik.<sup>60</sup> Schieblich durfte demnach wohl schon mit einem gewissen Rechte hier seine Stelle finden.<sup>61</sup>

Die ganze aus der Zwischenzeit der Revolutionen von 1918 und 1933 aufgeführte Literatur schließe ab das Januar 1933 beendete schöne Buch von A. Schulte „Der deutsche Staat. Verfassung, Macht und Grenzen 919—1914“. Schon 1921 hatte der langjährige Bonner Ordinarius in seiner Universitätsrede „Fürstentum und Einheitsstaat in der deutschen Geschichte“ mit unserm Thema verbundene Fragen behandelt. Gilt nun auch das neue Werk in der Hauptsache nicht eigentlich dem Kaisertum,<sup>62</sup> so vermeidet er doch nicht, die mittelalterliche Kaiserpolitik zu erörtern. Ein Nein kann sich bei seinen allseitigen Darlegungen, die nicht etwa nur erwärmenden Gefühlen Raum lassen, unmöglich ergeben.

---

59. Schieblich 150.

60. Ebenda 154.

61. Insofern der Sinn des Begriffes Imperium für die Beurteilung der Kaiserpolitik nicht gleichgültig ist, mag auch die 1931 erschienene Theorie des Imperialismus von Salz genannt werden, wenngleich sie hauptsächlich auf die Verhältnisse der Neuzeit schaut. Salz will auf den Imperialismus des Mittelalters an anderem Orte noch zurückkommen (Salz 28).

62. Schulte, Staat 1 f.

Die von Kern erwartete neue, eingehende Darstellung im Fickerschen Sinne zur Widerlegung seiner und v. Belows Schrift steht noch aus. Aber vielleicht hat die unmittelbare Gegenwart uns in einen ganz neuen Abschnitt der Behandlung unserer Streitfrage hinübergebracht. Die mit der nationalsozialistischen Revolution von 1933 in Deutschland entstandenen weitgehenden politischen und allgemeinen Veränderungen werden ja die Stellungnahme zur mittelalterlichen deutschen Kaiserpolitik in etwa beeinflussen. Und zwar kann die Fickersche Grundeinstellung heute gut abschneiden.

Nicht, als ob der nationalsozialistische Staat, der national und christlich sein will, das alte Reich mit seiner Universalität und seinem mehr oder weniger engen Bunde mit dem katholischen Papsttum wiedergebracht hätte. Keineswegs. Wohl greift, wie H. Günter in einem Vortrag über die Reichsidee im Wandel der Zeiten auseinanderlegte, der neue Staat auf die mittelalterliche Idee der Reichsautorität im Führer zurück, hinweg über die Parteien und Konfessionen, und stellt wieder den sozialen Dienst an die erste Stelle. Sicher liegt in ihm auch in gewisser Weise eine größere Universalität als zunächst im „Reiche“ Bismarcks. Man besinnt sich ja stark auf die Millionen Volksgenossen, die jetzt jenseits der deutschen Grenzen wohnen und doch gleichen Blutes sind, wenn ihr Boden und Schicksal auch andere wurden als die unsrigen. Der Zusammenschluß aller Deutschen zu einem Groß-Deutschland wird ja offen im Programm gefordert.

Jedenfalls, die trotz der unvorhergesehenen augenblicklichen Trübung des Verhältnisses zu Österreich vorhandene deutliche großdeutsche<sup>63</sup> und volksbürgerliche Einstellung der Gegenwart stolpert nicht mehr über bisherige kleindeutsche Hemmungen, das mittelalterliche Kaisertum zu bejahen. Und auch die Betonung der Rasse und des völkischen Gedankens im Gegensatz zum internationalen soll, wie die vom nationalsozialistischen Reichsminister des Innern Dr. Frick herausgegebenen neuen Richtlinien für die Geschichtslehrbücher zeigen, nicht zu einer ungerechten Beurteilung des Mittelalters führen. Als

---

63. Vgl. Hitler z. B. 1, 11, 106.

größte Tat dieses Abschnittes der deutschen Geschichte wird allerdings ausdrücklich im modernen nationalen Sinn die Wiedergewinnung der ostelbischen Gebiete hingestellt. Aber das Verständnis für das damalige mehr universale Kaisertum klingt nicht nur durch in der Heraushebung, daß das Mittelalter eine Zeit größter deutscher Machtentfaltung gewesen sei, sondern auch in der Bemerkung, daß die Gründung völkischer Staaten damals in keinem einzigen Lande Europas gelang. Und unsere mittelalterlichen Kaiser ob ihrer universal-nationalen Politik und ihrer großen damit im Zusammenhang stehenden Taten zu verurteilen, würde zudem dem jetzt geforderten heldischen Prinzip widersprechen. In einer Zeit der Wehrhaftmachung unseres Volkes und scharfer Gegnerschaft gegen Pazifismus<sup>64</sup> wird das Urteil über sie schließlich nicht von vornherein durch die Kriegsfahrten gen Italien ungünstig beeinflußt.

Allerdings stießen wir in dem bereits besprochenen Buch des Nichtfachmanns Krauß „Der Irrgang der deutschen Königspolitik, die Lehren der Vergangenheit für Gegenwart und Zukunft“ (1927) auf einen großen Eifer, die mittelalterlichen Kaiser zu verdammen. Auch Alfred Rosenberg will in seinem Werk „Der Mythos des 20. Jahrhunderts, eine Wertung der seelisch-geistigen Gestaltenkämpfe unserer Zeit“ nicht viel wissen vom alten Kaisertum.<sup>65</sup> Um das zu verstehen, darf man sicher nicht den Charakter des Buches überhaupt und insbesondere sein religiöses Bekenntnis, das laut Vorwort übrigens nur ein persönliches ist, übersehen.

Eine solche scharfe Ablehnung fehlt in den kleinen Neuerscheinungen von Suchenwirth und Zimmermann. Wohl kommen auch diesem in seiner „Deutschen Geschichte als Rassen-schicksal“ die Römerzüge der deutschen Kaiser der Ostkolonisation gegenüber wie Irrwege vor,<sup>66</sup> obwohl die zweite Auflage des Buches schon die Richtlinien des Reichsministers kannte. Besonders ausgeglichen trägt Suchenwirth, der Leiter des Volksbildungsamtes der NSDAP. Österreichs und der Landesführer

---

64. Vgl. Hitler z. B. 149, 152, 315.

65. Rosenberg 85, 87, 168, 186, 457, 478 f., 523, 558 f.

66. Zimmermann 129.



des dortigen NSLB. die Gedanken der nationalsozialistischen Weltanschauung an das Mittelalter heran. Er will diese Zeit nicht etwa nach einem Gesetz, das damals nicht ins allgemeine Bewußtsein eingedrungen war, verurteilen. Schon in seiner Schrift „Vom Ersten zum Dritten Reich“ beugte er sich trotz der Schwächen des alten Reiches vor seiner Größe.<sup>67</sup> Sein Büchlein „Zwölf Schicksalsgestalten der deutschen Geschichte“, zeigt deutlich, daß er weit davon entfernt ist, die mittelalterlichen großen Kaiser zu schmähen. Er, der um den geschichtlichen Dreiklang von Idee, Masse und Persönlichkeit<sup>68</sup> weiß und wohl auch um die Tragik in der Geschichte, kann so einem Karl dem Großen, Otto dem Großen, Heinrich IV. und Friedrich Barbarossa trotz der Schattenseiten ihrer Politik die Stellung zuerkennen, die sie nun einmal tatsächlich innehatten in der Geschichte des deutschen und des abendländischen christlichen Mittelalters.

Wird bei politischen Tagesrednern oder Schriftstellern bisweilen eine andere Sprache geführt, so darf man sich daran erinnern, daß der Grund dazu nicht in der wissenschaftlichen Erkenntnis zu liegen braucht. Beachtenswert aber ist für unser Thema die wissenschaftliche Rede „Deutschlands Weg, Deutschlands Schicksal“. H. Heimpel, Schüler und Nachfolger v. Belows, hielt sie in der öffentlichen Vorlesungsreihe der Universität Freiburg „Aufgaben des geistigen Lebens im nationalsozialistischen Staat“. Er weiß um den „Chor der Schwärmer“ und den „Gegenchor der Realisten“, die neuestens ihre Stimme erhoben. Er weiß um so manche „leidenschaftliche“ und „ganz naive“ Parteinahme.<sup>69</sup> Darum hebt er von vornherein hervor, welche ganz verschiedenen Ebenen für die Lösung des Streites auseinanderzuhalten sind. Ausführlich fragt er dann nach dem allgemeinen Wesen des mittelalterlichen Staates überhaupt, dem auch seine Antrittsrede galt. Und so ist es für ihn ausgeschlossen, die deutschen Könige zu verdammen. Nur von Schicksal, nicht von Schuld sei zu sprechen. Offen und klar von eigentlicher Schuld

---

67. Suchenwirth, Reich 13, 15 ff., 76.

68. Suchenwirth, Schicksalsgestalten 3.

69. Heimpel 6 f.

zu reden, wagte man allerdings auch wenig in den letzten Jahren. Die Kaiserpolitik ist nach Heimpel insbesondere als ein ursprüngliches Handeln aus jugendlicher Kraft unter den damaligen Verhältnissen wohl verständlich. Ein Gesichtspunkt, dessen Beachtung wichtiger sei als die Wandlungen der Kaiseridee unter den einzelnen Herrschern ins Auge zu fassen oder ihre Psychologie zu betreiben.<sup>70</sup>

Die Übersicht über die historische Behandlung der mittelalterlichen Kaiserpolitik in der deutschen Historiographie seit v. Sybel und Ficker ist damit beendet.<sup>71</sup> Eine lange Zeit des hin- und hergehenden Kampfes. 1919 äußerte sich W. Goetz über unseren Streit also: „Die einen haben noch in der Gegenwart Ficker, die anderen Sybel den Kampfpriis zugesprochen, und die hohe Einschätzung der beiden Forscher sowie die Zubilligung geteilten Rechtes wird wohl das letzte Ergebnis sein.“<sup>72</sup> Wie mancher noch hat aber seitdem sich wiederum über das Thema verbreitet und in den Streit eingegriffen. Man möchte sich eben nicht mit einem non liquet begnügen bei einer Frage, von der soviel abhängt für die Auffassung der deutschen Verfassungsentwicklung, für die Vorstellung von einer gesunden Politik und von der politischen Befähigung des Deutschen im besonderen, die wie wenige bedeutungsvoll ist für die Bildung des historischen Urteils.<sup>73</sup> Was O. Lorenz gesagt hat, daß diese Kontroverse eins der bedeutendsten und epochemachendsten Ereignisse der modernen Historiographie sei,<sup>74</sup> wird immer wie-

---

70. Heimpel 27.

71. Daß die Streitfrage der Kaiserpolitik auch sonst manches Mal berührt wurde, z. B. von Dittmann, Fehr, Hauck, Heusler, Hintze, Keutgen, Lamprecht, Ritter, Schnabel, Steinacker, Steinhausen, Werminghoff wird sich aus den späteren Ausführungen noch ergeben.

Werke aber, wie das Deutsche Schicksalsbuch von Seidenfaden und die Deutsche Geschichte von Czech-Jochberg, die neuestens für weitere Kreise Geschichte gestalten, seien wenigstens noch genannt.

72. Goetz, Geschichtschreibung 15.

73. Below, Kaiserpolitik 5 f.

74. Lorenz, Geschichtswissenschaft, Bd. 1, 77 f.

der zustimmend hervorgehoben. Man sah und sieht darin das Recht, den Kampf weiter zu führen.

Zweifellos ist der Standpunkt für den Geschichtsforscher unannehmbar, die Frage fallen zu lassen, weil die mittelalterliche Kaiserpolitik ja nicht rückgängig zu machen sei. Doch dürfte die Schwierigkeit der Frage und die notwendige Gerechtigkeit gegenüber der Vergangenheit mehr eine vorsichtig unterscheidende Klugheit als stürmischen Eifer, um nicht zu sagen Leidenschaft, als Waffe in diesem Kampfe heischen. Wenn E. Bernheim betonte, daß diese Kontroverse ungemein lehrreich sei, um die Einflüsse verschiedener Standpunkte auf die Auffassung zu erkennen,<sup>75</sup> so gilt das von jeder Neuaufnahme des Kampfes. Welche Einflüsse bei der Behandlung der Frage in den drei Zeitabschnitten seit 1859 bis in die unmittelbare Gegenwart leicht mitspielten, wurde ja bereits in der bisherigen Übersicht gestreift.<sup>76</sup>

Dem weiteren Einblick in die bisherige Bearbeitung unseres Problems seien ein paar allgemeine Bemerkungen darüber vorausgeschickt, wie die Art des Vorgehens gegenüber den Zeiten Sybel-Fickers sich verschoben hat. Tritt man doch heute nicht mehr so offensichtlich mit dem modernen, rein nationalen Streben als Beweisgrund gegen die italienische Kaiserpolitik auf. Entweder operiert man seitens der Gegner von der Idee des Staates schlechthin und seinen Notwendigkeiten aus und geht kritisch vor (v. Below), oder man stellt mehr positiv die Möglichkeit einer günstigeren Politik auch für die damalige Zeit in den Mittelpunkt der Erörterung (Kern), oder man argumentiert mit den „Macht- und Verkehrsmitteln eines ganz überwiegend naturalwirtschaftlichen Staatswesens“ (Schneider). Ein mehr inhaltlicher Unterschied ist, daß man sich Darlegungen über das Weltreich Karls des Großen meist spart. Es war schon gar kein reindeutscher Staat, und er zerfiel bald durch Teilungen. Da man neuerdings jedoch auch die Karolingerzeit wieder in die

---

75. Bernheim, Methode 775.

76. Das von Bartels bei Teubner edierte Quellenheft gewährt dem Schüler der Oberstufe darin schon einen Einblick. Zu beachten ist in der 2. Auflage der Anhang über die Nachwirkung des Streites in der deutschen Politik nach 1871.

Neuestens gab Schnee ein ähnliches Heft bei F. Schöningh heraus.

Diskussion gezogen hat, so ist ein Einblick in die Auffassungen über die Stellung dieser Periode zur Kaiserpolitik nicht zu umgehen. Anders mit dem Spätmittelalter. Denn man verzichtet eben wirklich darauf, für unsere Frage das nachstauische Kaisertum zu verfolgen, da es kaum aufrief zu opfervoller italienischer Politik. Im übrigen wird der Kampf um die Hauptthesen ausgefochten, wenn man sich auch einmal gegenseitig vorrechnet, wieweit die Gegenpartei von ihrem Gründer abgerückt sei. Daran fehlt es ebenfalls nicht, daß man in der Hitze des Gefechtes unnötig die Formulierungen und Wendungen des Gegners preßt.

In der nun folgenden Einzelbehandlung der Beurteilung der mittelalterlichen Kaiserpolitik durch die deutschen Geschichtsschreiber hat uns also zunächst das Kaisertum Karls des Großen zu beschäftigen. Und alsdann die Politik der drei ersten deutschen Kaiserdynastien, darunter vorab ihre Grundlegung durch Otto I. Mit Vorzug soll dabei die Literatur berücksichtigt werden, die nicht einfach der Wiederhall der bereits eingehend herangezogenen Schriften von Sybel und Ficker aus der bewegten Zeit vor 1870 ist.



## Zweiter Teil.

### Die Kaiserpolitik der einzelnen mittelalterlichen Herrscher in ihrer gegensätzlichen Beurteilung.

#### Erster Abschnitt.

#### Karl der Große.

Die Teilung des römischen Imperiums nach dem Tode des Theodosius in ein weströmisches und oströmisches Kaisertum sollte nicht von langer Dauer sein. Die Stürme der Völkerwanderung erschütterten das westliche Kaiserreich immer mehr und rissen eine Provinz nach der anderen weg, bis schließlich 476 n. Chr. auch der letzte Träger der Kaiserkrone im Abendland von den Germanen beseitigt wurde. Mochte nunmehr der Ostkaiser sich wieder als rechtmäßiger Herrscher über das ganze ehemalige Römerreich ansehen,<sup>1</sup> tatsächlich war vom Westen nur Italien, und zwar nur zum Teil, in der Hand des Byzantiners. Der Bund der von den Langobarden bedrängten römischen Päpste mit den fränkischen Hausmeiern trug dem Rechnung. Denn er brachte den Karolingern nicht nur Königssalbung und Krönung und dem Papsttum den Kirchenstaat. Am Weihnachtstage des Jahres 800 empfing der große Frankenkönig ja auch aus des Papstes Hand in St. Peter in Rom die Kaiserkrone. So sollte den schon in den früheren Jahrhunderten einsetzenden Bestrebungen der Germanen, das römische Weltreich zu erneuern,<sup>2</sup> doch noch eine Verwirklichung folgen.

---

1. Vgl. Schmidt 36 f.

2. Ebenda 38 f.; vgl. Heusler 102 f.

Die Kritik stand also zunächst vor Karls Schöpfung. Freilich ist er und sein Geschlecht bei der Beurteilung der mittelalterlichen Kaiserpolitik von der deutschen Historiographie tatsächlich oft nicht berücksichtigt worden. Ficker lag ja nichts an der Verteidigung des Kaisertums Karls des Großen. Es hatte nach ihm nur den Charakter der romanischen Zentralisation und hätte darum schließlich zu einer despotischen Universalmonarchie herabsinken müssen.<sup>3</sup> Was er verteidigte, ist das von Otto gegründete deutsche Kaiserreich. Kein Wunder also, daß in der Weiterführung der Kontroverse Sybel-Ficker lange Zeit die Kaiserpolitik Karls des Großen keine Rolle spielte.

Wohl ist das Kaisertum Karls weiter erforscht worden. So war in Döllingers erster Abhandlung über dies Thema aus dem Jahre 1865 von besonderer Bedeutung der Hinweis darauf, wie die Quellen sich hinsichtlich der Krönung von 800 widersprächen.<sup>4</sup> Das Buch des Haller Professors Heldmann „Das Kaisertum Karls des Großen, Theorien und Wirklichkeit“, das einer Arbeit von 20 Jahren entsprungen war, schenkte uns dann 1928 eine kritische Übersicht der ganzen diesbezüglichen Forschung.<sup>5</sup>

Heldmann steht der Kaiserpolitik wohl nicht gerade günstig gegenüber, wenn er auch zum Streit über sie nicht ausdrücklich Stellung nahm. Sein Buch bot allerdings nach dieser Seite Berührungs- und Angriffspunkte. Er lehnt ja die meist vertretene universalistische Auffassung, wonach Karls Imperium das unmittelbare Ergebnis der allgemeinen Entwicklung sei, ab.<sup>6</sup> Seine Grundthese ist, daß nur im Zusammenhang aller Erscheinungen ein römisches Kaisertum gerade des Frankenkönigs entstehen konnte, nicht aber, daß dies geschehen mußte. Denn dem fränkischen Herrschaftsbereich sei die Lehre

---

3. Vgl. Ficker, Kaiserreich 26, 40.

4. Münchener HJb. 1865 S. 330 ff.

5. Neuere Stimmen gegen und für Karl bei Büchner 16, 22. — Ausdrücklich wird heute auch der Sachsenherzog Widukind einem König und Kaiser Karl vorgezogen.

6. Heldmann 6.

von der Fortdauer des universalen römischen Reiches im Abendlande keineswegs bekannt gewesen. Und man habe gar keine Sehnsucht nach Wiedererrichtung des imperium Romanum haben können, da dieses dem Rechte nach noch in Konstantinopel bestand. Ein römischer Kaiser sei damals unnötig gewesen. Universale Gedanken hätten nur bestanden auf dem Boden des weltlichen Staatswesens des großen Frankenkönigs und kirchlich in der Sphäre eines imperium Christianum.<sup>7</sup> „Die Urbs Romana und die lokalen Beziehungen zwischen Papst und Bürgerschaft sind der feste Boden, auf den man treten muß, um die Wurzeln des karolingischen Kaisertums aufzudecken“.<sup>8</sup> So ergibt sich für ihn die „lokalistische“ Theorie. Nachdem in einer Reihe von Kapiteln die Fragen nach dem Motiv der Erhebung Karls, dem formalen Hergang, der persönlichen Einstellung des Kaisers und dem Recht des Kaisertums gestellt sind, kommt Heldmann dazu, auch die mit der universalistischen Theorie zusammenhängende Auffassung, als ob durch Karl das abendländische Imperium der Zeit vor 476 erneuert worden sei, als ob eine renovatio oder restauratio imperii damals stattgefunden habe, entsprechend abzulehnen.<sup>9</sup>

Nicht mit Unrecht stellte schon der wohlwollende Rezensent Wohlhaupter heraus, daß es Karl sehr wohl liegen konnte, seiner Idee von der civitas Dei, dem imperium Christianum, eine greifbare Gestalt zu geben. Und insofern sei von einem geistlichen Universalismus zu reden.<sup>10</sup> In ähnlicher Richtung bewegte sich die Besprechung Rosenstocks,<sup>11</sup> die freilich nicht ohne Gegenwehr von Heldmann hingenommen wurde, so daß Rosenstock nochmals das Wort ergriff.<sup>12</sup> Auch sonst läßt man meist in der Literatur ein universales Imperium christlichen Gepräges zu Karls Zeiten gelten, wenn man sich auch nicht einig ist darüber, ob es römischen oder germanischen Ursprungs war.

---

7. Vgl. Heldmann, bes. 66 ff.

8. Ebenda 71.

9. Ebenda 401 ff.

10. HZ. 144 (1931) 332.

11. ZSavStRgGA. 49 (1929) 510 ff., 518 ff.

12. Ebenda 50 (1930) 625 ff., 659 ff.

Außer der eingehenden Monographie Heldmanns ist für die Zeit Karls auch das allgemeine aus dem Jahr 1929 stammende Werk von Schneider über das Mittelalter zu berücksichtigen. Denn er glaubte eben zur rechten Beurteilung der Kaiserpolitik die karolingische Zeit unbedingt heranziehen zu müssen. Schon auf den zum römischen Katholizismus übergetretenen merowingischen Frankenkönig Chlodwig geht nach seiner Meinung die „Folie“ des abendländischen Imperiums zurück, sowie auch die Verknüpfung von Staat und Kirche, auf der jenes beruhe.<sup>13</sup> Karl Martell sei darob zu loben, daß er nichts von einer uferlosen Politik habe wissen wollen.<sup>14</sup> Nachdem Bonifatius den gefährlichen kirchlichen Anschluß nach Rom gebracht habe,<sup>15</sup> sei unter Pippin die sogen. Pippinische Schenkung und zwei Jahre später im zweiten Frieden von Pavia die Gründung des Kirchenstaates Tatsache geworden.<sup>16</sup> Daß Karl nach seinen Erfolgen nun auch noch die Absicht gehabt habe, das Kaisertum zu erwerben, sei nicht verwunderlich. Der von ihm berichtete Widerspruch könne sich nur auf die Zeit und Form der Übertragung gegründet haben.<sup>17</sup> Der Frankenkönig sei eben nach dem Verhalten seines Vaters und der bonifatianischen Organisation der Reichskirche nicht mehr frei gewesen.<sup>18</sup> Daß Fedor Schneider in dieser Universalpolitik bei den mittelalterlichen Verhältnissen nun von vornherein eine Unmöglichkeit sah, wurde bereits erwähnt. Ludwigs des Frommen Unfähigkeit habe den Zerfall des Universalreiches dann noch beschleunigt.<sup>19</sup> Andererseits wäre es nach Schneider für Karls Nachfolger zu spät gewesen, seine Universalpolitik aufzugeben und gewissermaßen von vorn anzufangen. „Die Katastrophe war nicht mehr zu beschwören.“<sup>20</sup> Noch Arnulf habe das Kaisertum wenigstens als nominelle Obergewalt erstrebt und auch die Kaiserkrone erhalten. Dann

---

13. Schneider, MA. 42.

14. Ebenda 86.

15. Ebenda 85.

16. Ebenda 89.

17. Ebenda 102.

18. Ebenda 103. Nach Hellmann (59) spielt Karls Verhältnis zu Byzanz eine große Rolle.

19. Ebenda 123.

20. Ebenda 125.



allerdings habe Deutschland für mehr als ein halbes Jahrhundert die Hände von Italien abgelaassen.<sup>21</sup>

Was haben die Freunde einer universalen kaiserlichen Politik nun für Karls Tun geltend zu machen?

Zum Unterschied von Heldmann und Schneider stellte sich Hampe, der über den realen Ereignissen und Verhältnissen der Geschichte die großen ideenmäßigen Zusammenhänge nicht übersah, zu der von Karl dem Großen begonnenen universalen Herrschaft günstig ein. Und zwar in seinem Werk „Herrschergestalten des deutschen Mittelalters“, wie einige Jahre vorher schon in den Meistern der Politik. Er ist überzeugt von dem Wert der christlich-germanischen Idee und darum von der Zweckmäßigkeit des karolingischen Bundes mit der Kirche, der großen Kulturträgerin.<sup>22</sup> Gewiß weiß auch Hampe, wie Heldmann, nichts von einem Fortleben der Idee des römischen Imperiums im fränkischen Reich, und gewiß bezweifelt er Karls Interesse am Kaisertitel.<sup>23</sup> Aber der Heidelberger Historiker verteidigt durchaus Karls Reich als gewaltige Kräftezusammenfassung, als Wegbereiter der mittelalterlichen Idee einer auch staatlich umspannten christlichen Gemeinschaft und als Vermittler kultureller Segnungen.<sup>24</sup>

Ungefähr gleichzeitig mit Hampe betonte von den Steinen in seinem Heldenbuch über Karl den Großen, daß zwar nichts in seiner früheren Geschichte auf den römischen Namen hinweise, so sehr auch die fränkische Macht der altrömischen nahe gekommen sei.<sup>25</sup> Schwerlich hätte indes der Große, der auch weiterhin an den deutschen Wurzeln festgehalten habe, am Weihnachtstage des Jahres 800 der Krone sein Haupt gefügt, wenn nur diese Römer durch diesen Papst damals gehandelt hätten.<sup>26</sup> Und wenn ein H. Stegemann die Kaiserkrönung Karls

---

21. Schneider, MA. 143, 146, 148.

22. Hampe, Herrschergestalten 33 ff.

23. Ebenda 53 ff.

24. Ebenda 65.

25. Von den Steinen, Karl 43.

26. Ebenda 44.

auf der Raumbatsache fußen läßt, daß das „Obgewicht des Kontinents über das randständige Italien erkämpft“ war, wenn er dazu um die seelische Abhängigkeit von der christlichen Antike wohl weiß, so ist auch diese Einstellung, wenngleich nach ihr die Wendung zum Süden nebenbei Bedenkliches gebracht hat,<sup>27</sup> kaum Geist vom Geist der lokalistischen Theorie Heldmanns.<sup>28</sup>

Und von ihr scheiden sich erst recht die folgenden mehr oder weniger ideengeschichtlich vorgehenden Werke.

Schramm berührte in seinem Buch „Kaiser, Rom und Renovatio“ 1929 wenigstens zu Beginn das karolingische Kaisertum. Während Karl in der Idee des imperium Christianum die römischen Erinnerungen habe zurücktreten lassen und in der Kooptation Ludwigs zum Mitkaiser und in dessen Aachener Krönung den päpstlichen Wünschen eine Absage erteilt habe, hätten seine Nachfolger nicht die Kraft gehabt, um den geistigen Inhalt ihres Kaisertums so zu stärken und zu weiten, daß es die römischen Erinnerungen entbehren konnte.<sup>29</sup> Der Aufgabe des Buches entsprechend betonte Schramm später, wie der Begriff der Renovatio unter Karl zu neuer Geltung gekommen sei, nachdem schon die germanischen Eroberer den Wunsch nach einer römischen Erneuerung aufgegriffen hätten.<sup>30</sup> Bei der Kaiserkrönung Karls sei auch das altrömische Amt des Patriziats von selbst in der neuen Würde aufgegangen.<sup>31</sup>

Dempf bestritt in seinem Buch „Sacrum Imperium“ aus dem gleichen Jahr sogar ausdrücklich Karls Absicht, das augustäische oder konstantinische oder justinianische Reich zu erneuern.<sup>32</sup> Als das bedeutungsvolle Neue sah er an die unitas zwischen Kirche und Staat, die germanische Christenheit.<sup>33</sup>

In ähnlichem Geiste bewegen sich zwei neue Arbeiten aus der Schule Brackmanns, der sich selbst einmal mit der Erneuerung der Kaiserwürde im Jahre 800 in einem beachteten Auf-

---

27. Stegemann 39 ff.

28. Sie ist auch wohl für Breysig zu eng; vgl. Breysig 86 f., 150 f.

29. Schramm, Teil 1, 12 ff.

30. Ebenda 41 ff.

31. Ebenda 60.

32. Dempf, Imperium 133.

33. Ebenda 134 ff.

satz beschäftigt hatte. Nach der Auffassung von E. Pfeil lagen mit Beginn der karolingischen Zeit die Wurzeln der Romidee vor.<sup>34</sup> Karl, der von der Macht des Frankenkönigs und von der allgemeinen Idee des christlichen Imperiums durchdrungen gewesen sei, habe allerdings eine römische Rechtsnachfolge vor 800 abgelehnt.<sup>35</sup> Noch nach der tatsächlichen Übertragung des römischen Kaisertums sei er stark verwurzelt geblieben im fränkischen Ideenkreis, zu dem die Antike immer nur hinzugetreten sei. So habe man Aachen ja als ein zweites Rom betrachtet.<sup>36</sup> Auch R. Faulhaber kam in seiner Spezialstudie über den Reichseinheitsgedanken in der Literatur der Karolingerzeit zu dem Ergebnis, daß der Gottesstaat sich, basierend auf der Idee von dem christlichen Imperium, auf der Tatsache der fränkischen Weltherrschaft aufbaue.<sup>37</sup>

Fehlt auch Dempf, Pfeil und Faulhaber nicht das Verständnis für das universale Kaisertum und seinen christlichen Charakter, so sehen sie seine Wurzeln doch wohl zu sehr im Germanischen. Sein Anteil am Mittelalter ist oft überschätzt worden.<sup>38</sup> Ist man ja auch, wenn man neuestens dem Romgedanken an sich nachging, meist zur Feststellung gekommen, daß die Erinnerungen an Rom und das imperium Romanum im Mittelalter niemals ganz vergessen worden seien. Das völkerpsychologische Vorgehen von Pfeil, bei Karl die Vorstellung eines inneren Zwanges des Überlegenheitsgefühls zur Nachahmung und Vollendung des nun einmal vorbildlichen römischen Imperiums anzunehmen, ist allerdings nicht ohne Bedenken.<sup>39</sup> Und neuerdings bestreitet Brackmann, daß das antike Rom Karl und überhaupt die mittelalterlichen Politiker beeinflusst hätte.<sup>40</sup>

Deutlich spricht sich H. Günter in seinem neuen großzügigen Buch „Deutsche Kultur in ihrer Entwicklung“ sowohl gegen Heldmann als auch gegen Schneider aus: „Es war nicht schwer,

---

34. Pfeil 96.

35. Ebenda 97 ff.

36. Ebenda 119 ff.

37. Faulhaber 93 ff., vgl. 9 ff.

38. Schmalenbach 150 ff.

39. Günter, Kultur 95; Günter, Kaisertum 5, 15.

40. Berliner SB. 1932, 346 ff.

Heldmann zu widersprechen, nicht bloß gefühlsmäßig, sondern auf Grund seines eigenen Beweismaterials.“ Und er weist hierzu nicht nur auf Schramm hin, der den Kaiser wieder in den Zusammenhang der frühmittelalterlichen europäischen Romidee gestellt habe. Auch Below habe daran gedacht, wenn er von Tradition für Karl rede. Und Pfeil und Faulhaber hätten die eine oder andere Seite der universalen Auffassung zu vertiefen gesucht. Er selbst macht ganz besonders die Bedeutung der christlichen Weltanschauung als Faktor für die Entstehung des Kaisertums geltend. Mehr als literarische Wünsche sei wohl für die frühe Zeit die eminent praktische und zwingende Missionsaufgabe maßgebend gewesen. „Rom heißt Papst, nicht Antike, so wenig ihr Weiterleben in Frage gestellt werden soll.“<sup>41</sup> Karl sei offenbar auf die christliche Idee eingestellt gewesen. Das sei die eigengewachsene Grundlage seines Kaisertums. Der christliche Zwang sei der von H. v. Sybel ehemals vermißte politische und sittliche Gedanke.<sup>42</sup> Das fränkische und deutsche Imperium als Weltpatronat ist nach Günter „christliche Immanenz, Notwendigkeit“. Die Vorgänger im 8. Jahrhundert, die wir bereits oben von Fedor Schneider uns nennen ließen, hätten Tatsachen geschaffen, und die Generation Karls lebe schon ganz in der Vorstellungswelt der Translatio.<sup>43</sup> Wer die deutsche Kaiserzeit würdigen wolle, dürfe sich nicht in die Kaiserkrönung verbohren. „Das Verständnis liegt vor und in der Translatio.“<sup>44</sup> Die Schneidersche Bezeichnung des geschaffenen Reiches als „Pseudomorphose“ muß danach von Günter zurückgewiesen werden,<sup>45</sup> wie vorher sich schon deutlich Pfeil dagegen ausgesprochen.<sup>46</sup>

Mit Günter berührt sich der schon 1931 erschienene Akademievortrag Brackmanns „Die Anfänge der Slavenmission und die Renovatio imperii des Jahres 800“, insofern auch er sich dagegen wandte, daß das Kaisertum nur aus lokalen Streitig-

---

41. Günter, Kultur 94.

42. Ebenda 95.

43. Ebenda 96 f.; vgl. auch Günter, Kaisertum 5 ff.

44. Günter, Kultur 98; vgl. Schulte, Staat 12, 14 f.

45. Günter a. a. O. 99.

46. Pfeil 154.



keiten entstanden sei. Es sei mit Rücksicht auf die Slavenmission der Bund mit der römischen Kirche benötigt worden.<sup>47</sup> Durch die Kaiserkrönung sei Karl weder von der traditionellen karolingischen Aufgabe des *defensor ecclesiae* noch von der führenden Stellung, die er sich schon in einem auf die Wahlanzeige Leos antwortenden Briefe ausbedungen habe, abgewichen.<sup>48</sup>

Auch die genannten mehr ideengeschichtlichen Bücher sind den Werken Heldmanns und Schneiders also wenig geneigt. Sie alle verstehen Karls Politik, wenn sie auch verschieden darüber urteilen, welche Idee für ihn gerade die entscheidende war. Wenn die Kaiserpolitik nicht römisch-lokale, sondern universale Gründe hatte, dann wird eben, ungeachtet der Schwierigkeit ihrer Durchführung, der Stab nicht so leicht über sie gebrochen werden können. Man sieht es denn auch ein, daß die ideenmäßigen Grundlagen der Kaiserpolitik schon bei Karl dem Großen in den Vordergrund gestellt werden müssen.

Und mit dem Werk dieses „Erzkaisers des Mittelalters“ ist „die Idee proklamiert, der die folgenden Jahrhunderte huldigten“.<sup>49</sup>

## Zweiter Abschnitt.

### Otto der Große.

Den Reigen der deutschen Könige, die nach Italien strebten, eröffnete gleich nach dem Aussterben der deutschen Karolinger der erste wirkliche König Heinrich I.<sup>1</sup> Daran wird auch nichts durch die Tatsache geändert, daß der Tod ihn ereilte, bevor er an die Ausführung herangehen konnte. Freilich mein-

---

47. Brackmann in Berliner SB. 1931, 73 ff.

48. Ebenda 86; vgl. Schulte, Staat 14 f.

49. Suchenwirth, Schicksalsgestalten 8 f.

1. Vgl. z. B. Waitz, Heinrich I., 172 ff.; Schultze in Gebhardts Hb., Bd. 1, 225; A. Schulze 89 f.

ten Romantiker und kleindeutsche Historiker des vorigen Jahrhunderts, er habe bewußt auf die Universalpolitik verzichtet und nüchtern nur die nächstliegenden Pflichten erfüllt.<sup>2</sup> Waitz antwortete darauf, der Quellenbericht sei verbindlich und dürfe keinen Geschichtsforscher, der den König von dem Standpunkte der damaligen Zeit aus beurteilen wolle, veranlassen, ihm aus seinem Plan einen Vorwurf zu machen und seine Anerkennung zu mindern.<sup>3</sup> Heinrich I. wird denn auch heute nicht mehr in einen so schroffen Gegensatz zu seinem Sohne Otto gestellt. Fedor Schneider will allerdings im Plan, nach Rom zu ziehen, nur eine Fabel des Geschichtschreibers Widukind sehen. Als ob der König nicht unter dem Einfluß der vergangenen Zeiten gestanden hätte. Hat denn nicht sein Vorgänger Konrad I. in Erinnerung an die karolingischen Herrscher gelebt und regiert? Wies doch A. Schulze nach, daß er von imperialen Anschauungen erfüllt gewesen ist.<sup>4</sup> Fedor Schneider hebt ja auch selbst die Tatsache heraus, daß trotz der Verselbständigung der einzelnen Teile des Reiches Karls des Großen der Gedanke des Universalreiches nicht gestorben sei.<sup>5</sup> Und wenn es demnach leicht ist, den Beweis für den engsten Zusammenhang zwischen Otto und Karl zu führen,<sup>6</sup> kann man sich also nicht wundern, wenn wir die imperiale Vorstellung auch bei dem Sohne Heinrichs I. treffen, bei Otto dem Großen.

Wie Prophetie, Sage und mittelalterliche Weltanschauung damals die Kaiseridee überhaupt festhielten und förderten, ist nachzulesen in den Büchern von F. Kampers und E. Bernheim. Und H. Bloch tat schon vor Jahren in seiner Abhandlung „Die Sachsengeschichte Widukinds von Korvei“<sup>7</sup> dar, daß diese Vorstellung gerade in sächsischen Kreisen ziemlich stark war, wenn auch Widukind selbst vom karolingischen Kaisertum nichts

---

2. Löher 22; Sybel, Darstellungen 16; Sybel, Die deutsche Nation 30; Schneider, MA. 165. So auch neueste Stimmen.

3. Waitz, Heinrich I. 175. Cartellieri (Weltstellung 43) weist noch erklärend hin auf Heinrichs Macht und den Rat der Geistlichen.

4. A. Schulze 83 f.; vgl. auch Kampschulte, Zur G.desMA. 36 f. sowie Waitz a. a. O. 174.

5. Schneider, MA. 155.

6. Vgl. Günter, Kaisertum 5.

7. NA. 38 (1913) 130 ff.

wisse. Insbesondere lenkte er die Aufmerksamkeit auch auf die Imperator-Akklamation Ottos nach der Ungarnschlacht. Ob sie in Blochs Sinn mehr als literarische Huldigung oder nach Stengels voraufgehendem Buch<sup>8</sup> als ein Ausdruck der gewonnenen Machtstellung zu fassen ist, steht dahin.<sup>9</sup>

Wollte nun schon Heinrich gegenüber Italien mit der Politik des *laissez aller* brechen, so müßte es uns eigentlich wundern, wenn sein Sohn, der im Innern seine königliche Stellung gegenüber Aufständen behauptete und verstärkte, der in Frankreich und Burgund großen Einfluß errang, der gerade der Vorkämpfer der Christenheit war,<sup>10</sup> den Blick nicht zum Süden gewandt hätte. Doch sollte er bekanntlich noch dazu besonderen Anlaß erhalten. Zunächst 951 durch den freilich nicht ausdrücklich berichteten Hilferuf<sup>11</sup> der burgundischen Adelheid, der Schwester von Ottos Schützling Konrad, der damals bedrängten Gemahlin des 950 gestorbenen nominellen Königs von Italien Lothar. Dann noch einmal 961 durch die Bitten des von Berengar bedrückten Papstes, der jetzt Otto die Kaiserkrone geben wollte, nachdem dieser schon 951 bekanntlich ihren Erwerb angestrebt hatte.<sup>12</sup> Fedor Schneider hebt hier noch ausdrücklich hervor: „Wieder wie 754 und so oft war es der Papst, der den Anstoß zum Beschreiten des gefährlichen Weges der Universalpolitik gab“.<sup>13</sup>

Eben diese Züge Ottos werden nun verschieden beurteilt.

---

8. Stengel, Heer 11 ff., bes. 17 ff.

9. Scholz in ZPol. 7 (1914) 270 ff. — Auch der Hinweis Schramms, daß Widukinds Ausführungen uns erkennen ließen, wieviel „Trennendes zwischen den Römern mit ihrer Hoffnung auf eine Erneuerung ihrer großen Vergangenheit und den sächsischen Kaisern mit ihrem Stammesstolz und ihrer so ganz anders gearteten Auffassung der Kaiserwürde stand“ (Schramm, Teil 1, 81; vgl. auch Pfeil 202 ff.), mag hier auf sich beruhen.

10. Vgl. Heusler 124 f.

11. Dümmler, Otto 190.

12. Vgl. ebenda 199.

13. Schneider, MA. 185.

Die Gegner stellen sie als politische Fehler hin. Sybel<sup>14</sup> und Maurenbrecher<sup>15</sup> hatten in ihrer Befehdung der Kaiserpolitik auch behauptet, nach dem ersten italienischen Zuge habe sich gleich der nationale Widerwille in dem Aufstand Ludolfs Luft gemacht. Indessen fand diese These mit Recht sehr wenig Beifall. Rommel, Boehm, Dierauer, Volkmar, Giesebrecht, Dümmler, Nitzsch, Krüger und Hampe sprachen sich gegen sie aus.<sup>16</sup> Hartmann vermied eine klare Stellungnahme.<sup>17</sup> F. Schneider stellte sich offenbar, wenn auch gewunden, auf die Seite derer, die in Ludolf und Genossen Gegner einer „unübersehbaren Universalpolitik“ erkannten.<sup>18</sup>

Besonders wurde und wird der Zug von 961, der nun auch noch das römische Kaisertum an die Deutschen brachte, als unzweckmäßig bekämpft. Man macht geltend, eine gesunde Politik hätte in kluger Zurückhaltung das fremde Land jenseits der Alpen meiden müssen. Wichtige Aufgaben im Innern sowie im Osten und Norden seien dadurch nur versäumt worden.<sup>19</sup> Recht eindringlich stellt Kern mit einem Seitenblick auf andere Länder als Möglichkeiten wirklich guter deutscher Politik die anti-feudale Innenpolitik und das seiner Meinung nach geradezu überwältigend verheißungsvolle Vordringen im weiten Osten und auch im Norden heraus.<sup>20</sup> Ohne Italien und ohne die Kaiserkrone habe Deutschland übrigens schon eine Hegemoniestellung gehabt, meint v. Below. Eine glückliche Konstellation stelle das Jahr 948 dar, eine Konstellation, von der man wünschte, daß sie bewahrt worden wäre. 948 und 955 seien die Jahre, in denen wir Otto in der glücklichsten Stellung und er-

---

14. Sybel, Deutsche Nation 34.

15. HZ. 5 (1861) 140.

16. FDG. 4 (1864) 121 ff.; Boehm 12 f.; Dierauer in Büdinger, Untersuchungen, Bd. 2, 16; Volkmar in Programm Blankenburg 15 f.; Giesebrecht, Bd. 1, 825; Dümmler, Otto 211; Nitzsch, DG., Bd. 1, 345; Krüger 57 ff.; Hampe, Herrschergestalten 93 ff.

17. Hartmann, Bd. III, 251.

18. Schneider, MA. 179.

19. Below, Kaiserpolitik 8, 62, 28 ff. Bezüglich Norden vgl. auch Schmeidler in Niedersächs. JB. 4 (1927) 146 f.

20. Kern in Gedächtnisschrift 41 ff.



freulichsten wünschenswerten Tätigkeit zugleich fänden. In einer Tätigkeit, die gerade den Lebensnotwendigkeiten eines Staates gewidmet wäre. Mehr zu erlangen, als in jenen Linien ausgedrückt sei, wäre für Deutschland nicht notwendig gewesen.<sup>21</sup>

Man will — wie ehemals v. Sybel — es menschlich wohl verstehen, daß Otto weiter ging. „Die italienische Verlockung trat Schritt für Schritt in einer Form an Otto heran, daß ein sanguinischer und optimistischer Charakter mit ungebrochener Zuversicht ihr wohl erliegen konnte.“<sup>22</sup> V. Below spricht geradezu von einer Versuchung.<sup>23</sup> Nicht aus sittlichem Pflichtgefühl, sondern bestenfalls aus einem trägen Überschuß an Kraft habe Otto die italienische Frage aufgerollt.<sup>24</sup> Sein Ehrgeiz<sup>25</sup> und seine mystisch-fromme Art,<sup>26</sup> insbesondere auch die Tradition<sup>27</sup> hätten ihn dazu angetrieben. Früher hob man noch besonders hervor, es seien nur die spätkarolingischen und italienischen Kaiseraspirationen des 9. und 10. Jahrhunderts, denen es allein auf Macht angekommen wäre, auf ihn von Einfluß gewesen.<sup>28</sup> Das wird nach A. Schulzes Arbeit nicht mehr so betont. Von einer Überlieferung mit zwingender Gewalt, von der z. B. Lindner spricht,<sup>29</sup> will aber auch jetzt Kern nichts wissen. Man dürfe aus dem psychologischen Zwang weder Realpolitik noch allgemeingültigen Zwang machen wollen.<sup>30</sup> Jedenfalls sachlich notwendig und förderlich<sup>31</sup> sei Ottos Vorgehen nicht gewesen.

Hatte v. Below sich 1914 noch etwas zurückhaltend geäußert über „die schwierigste Frage bei der Beurteilung der ottonischen Politik, die nach der subjektiven Verantwortlich-

---

21. Below, Kaiserpolitik 31 f.

22. Kern in Gedächtnisschrift 52; Rörig bei Harms, Bd. 1, 50.

23. Below a. a. O. 8.

24. Kern in DLZ. 1912, Sp. 1869.

25. Kern in Gedächtnisschrift 53, 55, 61.

26. Ebenda 51, 53.

27. Ebenda 51, 52 f., 57 und Below a. a. O. 6.

28. Kern in DLZ. 1912, Sp. 1870 und Below, Reichspolitik 11.

29. Lindner, Bd. 3, 289.

30. Kern in Gedächtnisschrift 53.

31. Below, Kaiserpolitik 32; vgl. auch Kern a. a. O. 61.

keit ihres Urhebers“,<sup>32</sup> so urteilte schon damals F. Kern, und jetzt auch Rörig, schärfer über den Kaiser. Vorher und nachher habe sich die italienische Politik doch als gefährlich herausgestellt.<sup>33</sup> Man dürfe auch von Otto verlangen, daß er abschätze, was in Deutschland noch an alljährlichem persönlichem Kraftaufwand einzusetzen war, um die Grundlage des Staates zu festigen und zu verbreitern. Die militärischen Hilfsmittel hätte er nüchtern beurteilen und die voraussichtliche Wirkung einer vielleicht mehrjährigen Abwesenheit erwägen müssen.<sup>34</sup> Mit realpolitischer Überlegung könne man zu seiner Entschuldigung überhaupt nicht kommen, denn die Quellen wüßten nichts davon.<sup>35</sup>

Die Schwäche seines Heeres, die im Innern ausbrechenden Wirren und der infolgedessen erfolgte Verlust Oberitaliens hätten, so meint Kern, Otto wenigstens von dem zweiten Zug abhalten sollen. Doch bei dem neuen Ruf habe er den nötigen Kraftüberschuß gespürt und habe darum nicht ablehnen können.<sup>36</sup> Tatsächlich und unbegreiflicherweise habe er dann, als er unten war, die Verwaltung Italiens angestrebt. Die karolingische Überlieferung habe ihn auch dazu gedrängt.<sup>37</sup>

Wenn v. Below 1927 von Otto I. für das Übergreifen nach Italien fordert, sich vorher „die Frage des politisch Notwendigen, Zweckmäßigen, Möglichen, vorzulegen“,<sup>38</sup> so erscheint das nicht unberechtigt, sofern man nicht ein ganz rational bestimmtes Verhalten damit verlangen will. Die Angreifer seiner Politik werden aber schwerlich nachweisen können, daß er gar nicht darüber nachgesonnen habe.

Wir achten weiter auf ihre einzelnen Ansichten, wenn wir uns nun auch mehr der Gegenseite zuwenden.

Wie sehen die Verteidiger der Kaiserpolitik die allgemeine Lage, in der Otto handeln mußte?

---

32. Below, Staat (1914), Bd. 1, 368.

33. Kern in DLZ. 1912, Sp. 1869 f.; Rörig in Harms, Bd. 1, 50.

34. Kern in Gedächtnisschrift 53.

35. Ebenda 55.

36. Ebenda 54 f.

37. Ebenda 57.

38. Below, Kaiserpolitik 8.

Damit wir nicht mit falschen Maßen sein Tun messen, erinnert von den Steinen mit Recht daran, daß an Gunst und Haß Werke und Taten sich ehemals ungezwungener erregten, daß die Früheren der Erde viel näher standen als wir, daß Menschen solcher Prägung auch im Staate anders handelten als wir.<sup>39</sup> Haller seinerseits klagt, daß die Frage nach den Beweggründen bisher auffallenderweise vernachlässigt worden sei. Die bislang als richtig vorausgesetzte kirchliche Romantik wie den Drang nach dem Süden lehne er ab.<sup>40</sup> Seine Beobachtung stimmt wohl. Bei den Verteidigern der Kaiserpolitik findet man wenigstens keine scharfe Trennung der Betrachtung von den Folgen und von den Motiven aus. Sie mühen sich indessen, rationale Gründe verschiedener Art für Ottos damaliges Handeln aufzufinden.

Die irrationalen Einflüsse werden dabei keineswegs vernachlässigt. So sind die Freunde der Kaiserpolitik sich der Richtung gebenden Kraft der Überlieferung für das Streben nach Italien und zum Kaisertum wohl bewußt.<sup>41</sup> Auch z. B. Delbrück, Pfeil, Stengel, Schramm und Schubert betonen das Vorbild Karls des Großen als bedeutungsvoll für Ottos Entschlüsse.<sup>42</sup> K. Hampe macht dazu wahrscheinlich, daß wir in Otto auch eine stark religiös bewegte Persönlichkeit zu sehen haben.<sup>43</sup> Und das ist doch von Bedeutung für eine besondere Empfänglichkeit gegenüber der traditionellen, mit dem Religiösen eng verbundenen Kaiseridee und gegenüber der theokratischen Kaiserpraxis Karls des Großen. Mit alledem können wir rechnen, wenn auch die Quellen vor 962 für Otto fehlen, in denen die geistige Vorbereitung des Imperiums genau zu erkennen ist.<sup>44</sup> Von Ehrgeiz bei Otto I. wissen die Verteidiger der Kaiserpolitik nichts. Doch spricht K. Hampe von stark ent-

---

39. Von den Steinen, Otto 10.

40. Haller, Epochen 43 f.

41. Ebenda 46; Haller, Kaisertum 27; Hampe in MPol., Bd. 1, 294, 295, 306; Hampe, Hochmittelalter 9.

42. Delbrück, Teil 2, 393; Pfeil 187 f.; Stengel, Regnum 11; Schramm, Teil 1, 63 ff., 70; Schubert 18.

43. MPol., Bd. 1, 283.

44. Pfeil 182 ff.; bezüglich Liturgie vgl. unten S. 89, 183.

wickeltem Majestätsgefühl.<sup>45</sup> Daß sich bei Herrschern, besonders wenn sie Erfolge haben, ein mehr oder weniger ausgeprägtes Selbstbewußtsein findet, ist natürlich. Die Annahme Maurenbrechers, der König habe nach Weltherrschaft gestrebt, wurde indessen von Rösen bestritten.<sup>46</sup> Hier ist noch keine Klarheit gewonnen. Leugnet von den Steinen beim König Willkür und Eroberungssucht, bestreitet Hauck wenigstens eine klar erfaßte Richtung auf die Weltherrschaft,<sup>47</sup> so tritt nicht nur Schmeidler, sondern auch A. Hofmeister<sup>48</sup> in die Fußstapfen Maurenbrechers. Otto I. habe bewußt von vornherein nach Herrschaft in ganz Europa gestrebt.

Alle diese mehr irrationalen Momente, die auch Pfeil richtig sieht,<sup>49</sup> lassen aber den Verteidigern der Kaiserpolitik durchweg genügend Raum für die Annahme einer freien Setzung politisch-militärischer Handlungen.<sup>50</sup> Wenn Hampe meint, daß Ottos Tat überhaupt schwerlich „das Ergebnis einer ausdrücklich angestellten politischen Erwägung und logischen Schlußfolgerung“ gewesen sei,<sup>51</sup> so schlägt er bei dieser Formulierung die politische Seite doch wohl gar zu gering an. Oder anders gesagt: in dieser Zuspitzung ist das Wort Hampes richtig, aber nicht schlechthin. Nennt er ja selbst, wie wir noch hören werden,<sup>51a</sup> einen realpolitischen Grund und Antrieb für die Errichtung des Kaisertums. Welches sind denn die rationalen und realpolitischen Gründe für die Kaiserpolitik Ottos I., die ihre Anhänger zu nennen wissen?

Neben einem mehr irrationalen, naturhaften Drang zu Eroberungen, wie ihn J. Haller für den altdeutschen Kriegerstaat betont,<sup>52</sup> spricht man von der tatsächlich vorhandenen Kraft.<sup>53</sup>

---

45. MPol., Bd. 1, 283.

46. Rösen 32.

47. Von den Steinen, Otto 53 ff., 142 f.; Hauck, Teil 3, 217; vgl. auch v. Hofmann, Bd. 2, 87.

48. Schmeidler, Deutschland 9; Hofmeister, Burgund 105.

49. Pfeil 187.

50. Vgl. Breysig 151; Heusler 83.

51. MPol., Bd. 1, 306.

51a. Vgl. unten S. 83.

52. Haller, Epochen 52 f.

53. Vgl. Below, Kaiserpolitik 25 ff.



Gesammelte Kraft, so meint Schäfer, wolle sich betätigen. Macht gleiche der Natur selbst, sie dulde keinen leeren Raum.<sup>54</sup> Dabei bestreitet er durchaus, daß die Deutschen ein Eroberer-volk seien.<sup>55</sup> M. Braubach will sogar die beste und durchschlagendste Verteidigung von Ottos Vorgehen in dieser Machtüberlegung erblicken.<sup>56</sup> Auch K. Hampe berücksichtigt unter den Motiven den „Ausdehnungsdrang der deutschen Vormacht“; ähnlich Bonwetsch.<sup>57</sup> Ja, Haller sieht, offenbar übertreibend, in der Einrichtung des Kaisertums nur „eine höchst nüchterne, ganz realpolitische Sache, eine Frage der Macht und weiter nichts“.<sup>58</sup>

Doch zahlreiche Gründe macht man noch geltend zugunsten der Kaiserpolitik. Zu ihr konnten den damaligen deutschen Staat zunächst einige Motive allgemeiner Art veranlassen. Man weist da selbstverständlich auf die an Otto ergangenen Bitten hin und sagt, seine Zeitgenossen würden ihn nicht verstanden haben, hätte er anders gehandelt.<sup>59</sup> Schubert erinnert daran, daß „die Langobarden, doch auch ein westgermanisches Volk mit einer karolingischen Verfassung und eigener Königskrone, deren Besitz mit dem der Kaiserkrone nächstverbunden war, mit ihrem Regnum Italiae bis nach Toskana hin eine Brücke bildeten, die unmittelbar nach Rom führte“.<sup>60</sup> Und nach Haller wäre es ein bißchen viel verlangt von den ersten deutschen Kaisern, daß sie die lombardische und die römische Krone und alle Schätze Welschlands fahren lassen sollten.<sup>61</sup> In den Augen seiner Zeitgenossen habe er nur getan, was sich von selbst verstand.<sup>62</sup> Es ist die einfache staatliche Notwendigkeit gewesen,

---

54. Schäfer, DG., Bd. 1, 163; Schäfer, Staat 136; Schäfer, Aufsätze, Bd. 2, 432.

55. Schäfer in DErn. 5 (1921) 65 ff., 129 ff.

56. VgGeg. 15 (1925) 333 f.

57. HZ. 134 (1926) 202; Bonwetsch in MHL. 17 (1929) 3 f

58. Haller, Epochen 45.

59. Schäfer, DG., Bd. 1, 163.

60. Schubert 16.

61. Haller a. a. O. 52; Bonwetsch a. a. O. 17 (1929) 4.

62. Haller, Kaisertum 34.

so meint F. Schnabel, die die Kaiser über die Alpen geführt habe.<sup>63</sup>

Für die italienische Politik werden dann näherhin innenpolitische Interessen angeführt. So hätte nach Lamprecht Otto die Initiative jenseits der Alpen nicht mehr, wie sein Vater, den süddeutschen Herzögen überlassen können, mochten sie seine Verwandten sein oder nicht.<sup>64</sup> Hofmeister macht besonders nachdrücklich unter Berufung auf einen neuen Fund auf die Tatsache aufmerksam, daß die Bayern- und Schwabenherzöge sowohl früher als auch zur Regierungszeit Ottos ihr Auge nach Italien wandten und ihre Hand danach ausstreckten. Und das sei eine große Gefahr gewesen für die Einheit der unter dem deutschen Königtum zusammengeschlossenen Stämme.<sup>65</sup> Die Entgegnung v. Belows, daß ein süddeutscher Herzog mit der Beherrschung Italiens recht trübe Erfahrungen gemacht haben würde, entbehrt eines wirklichen Beweises. Ob sich das deutsche Stammesgebiet, wie er sagt, einfach von einem Herrscher, der den Schwerpunkt nach Italien verlegte, losgelöst hätte, ist insbesondere noch die Frage.<sup>66</sup> War demnach Otto gezwungen einzugreifen, so schiebt sich, wie W. Erben hervorhob, die Verantwortung für den Beginn der italienischen Politik vom Königshof auf die süddeutschen Herzogtümer.<sup>67</sup> Man darf damit jedoch kaum sagen wollen, daß ohne diesen dringlichen Anlaß Otto nie zum Süden gegangen wäre. Dagegen sprechen gerade seine karolingischen Tendenzen.<sup>68</sup> Andererseits möchte man als unwahrscheinlich ansehen, daß das Vorgehen der süddeutschen Herzogtümer gar keine Stelle in den Beweggründen zu Ottos italienischem Zug gehabt hat.

Darüber hinaus tut Stegemann dar, daß Otto, da die Herzogtümer Schwaben und Bayern schon von drei Seiten umfaßt waren und Franken sowie Sachsen gegen Westen und Osten

---

63. Schnabel, Deutschland 3.

64. Lamprecht, Bd. 2, 150.

65. Hofmeister, Nationale Bedeutung 8 f.; vgl. auch A. Schulze 88 f., 93 f.; Waitz, Heinrich I. 171, 173; Dümmler, Otto 190, 193, 209.

66. Below, Kaiserpolitik 22 f.

67. HZ. 124 (1921) 17 ff.

68. Vgl. MPol., Bd. 1, 293 f.

zugleich Front machen sollten, einfach nach Süden ausbrechen mußte. Den Brenner, den Septimer und die Osttore Italiens hätte er nicht in fremde Hand kommen lassen dürfen. Politische und strategische Interessen hätten ihn gezwungen zu marschieren.<sup>69</sup>

Andere realpolitische Erwägungen knüpfen die Verteidiger noch an den Westen. Brackmann legt in seinem Aufsatz über das Elsaß dar, wie Schwaben mit dem Elsaß das starke politische Reichszentrum gewesen sei, dadurch eben, daß es der Ausgangspunkt der von Otto I. begonnenen kräftigen italienischen Politik geworden wäre.<sup>70</sup> Hofmeisters Überlegung geht von Lothringen aus. Sie würde allerdings von vornherein wegfallen, wenn man mit Fedor Schneider aus nationalen Gründen der Erwerbung dieses Landes mit seiner Mischbevölkerung ablehnend gegenübersteht.<sup>71</sup> Erst unter Heinrich I. war das für die deutsche Selbständigkeit und Kultur so wichtige Lothringen gewonnen worden.<sup>72</sup> Doch es war nicht von Frankreich endgültig aufgegeben. W. Levison z. B. setzt auseinander, wie Frankreich immer wieder nach der linksrheinischen Erbschaft Karls des Großen greifen wollte.<sup>73</sup> Lothringen ist aber nach Hofmeister wirksam zu schützen gewesen nur dadurch, daß Otto der Große nicht an den Alpen halt machte, sondern mit Burgund auch Italien und das Kaisertum in seine Politik einbezog.<sup>74</sup> Daß Otto sich in diesem Sinne um Burgund kümmerte, ist leicht zu glauben. An einem deutschen Interesse für dieses Land nimmt zum Unterschied von v. Sybel<sup>75</sup> auch v. Below übrigens keinen Anstoß. Bemerkenswert ist allerdings sein mehr nationaler Grund, wo er doch von der Idee des Staates aus die Dinge beurteilen wollte.<sup>76</sup> Ob Otto nun zum Schutze Lothringens das weit abliegende Italien für nötig hielt? Das wäre von vornherein wohl

---

69. Stegemann 64 f.

70. ElsLothrJB. 5 (1926) 20 f.

71. Schneider in „Frankreich und der Rhein“, bes. 30, 37.

72. Haller, Epochen 30 ff.; Wentzke in PrJbb. 191 (1923) 77 ff.

73. Levison in G. des Rheinlandes, Bd. 1, 73 ff.

74. Hofmeister, Nationale Bedeutung 15 f.

75. Vgl. dazu auch Hofmeister, Burgund 65 ff.

76. Below, Kaiserpolitik 46, Anm. 12.

abzuweisen, wenn nicht im Süden ein französischer Herrscher sich die Kaiserkrone und damit eben einen gefährlichen Vorrang und Einfluß hätte holen können. Gewiß werden an dieser Stelle noch von Hofmeister als Grund zum Eingreifen Ottos die bekannten westfränkischen karolingischen Ansprüche auch auf das Kaisertum genannt. Doch dürfte v. Below insoweit recht haben mit seinem Einwand, daß d a m a l s Frankreich nicht gar ernstlich an Italien denken konnte und darum von Otto in dieser Beziehung auch nicht zu fürchten war.<sup>77</sup> Nicht zu verwundern übrigens, daß Fedor Schneider, ebensowenig wie von Italien, dem abendländischen Kaisertum und Lothringen, von einer Bevormundung Frankreichs durch Ottos Bruder Brun etwas wissen will.<sup>78</sup>

Eigentlich außenpolitische Überlegungen sollen dartun, daß Deutschland nicht nur mit Rücksicht auf einzelne gefährdete Teile, sondern überhaupt im allgemeinen Selbstinteresse zur Kaiserkrone greifen mußte. So heißt es bei Hofmeister: „Ob Kaisertum oder kein Kaisertum, war nicht die Frage, sondern ob das Kaisertum deutsch oder nicht deutsch sein würde“,<sup>79</sup> Oder wie Steinacker sagt: „Otto mußte die Kaiserkrone nehmen, weil sie sonst in andere Hände gekommen wäre, die früher oder später feindliche Hände geworden wären“.<sup>80</sup> Wie gefährlich und katastrophal für die deutsche Einheit das gewesen wäre, meinte bereits Boehm, würde der einsehen, der die Aufstände der Herzöge unter Otto berücksichtigt.<sup>81</sup>

Ein italienisches Großreich, ein geeintes Italien, wäre unter Berengar in der Bildung begriffen gewesen, macht Haller geltend. Und diese zweite abendländische Großmacht hätte unfehlbar binnen kurzem ein fühlbares Übergewicht erhalten und auf und in Deutschland einen Druck ausgeübt.<sup>82</sup> Doch Hampe wie Hofmeister bezweifeln überhaupt, daß Italien damals sich hätte einigen können. Außerdem hält Hofmeister ein

---

77. Below, Kaiserpolitik 50 Anm. 30a.

78. Schneider in „Frankreich und der Rhein“ 35.

79. Hofmeister, Nationale Bedeutung 15.

80. HBl. 1 (1921) 42; vgl. Heusler 125 und Hellmann 116.

81. Boehm 11.

82. Haller, Epochen 46 f.



selbständiges Italien mit einer ungestörten deutschen Entwicklung für vereinbar.<sup>83</sup> So auch der Gegner der Kaiserpolitik v. Below, und zwar „vom Standpunkt der kleindeutschen politischen Historiker“ aus.<sup>84</sup>

Daß mit Italien Burgund sich nicht verbinden konnte, war schon Ottos Sorge gewesen, als sich diese Gefahr zeigte.<sup>85</sup> Er hatte sie fürs erste ziemlich beseitigt. Burgund und die Normannen werden heute auch nicht mehr geltend gemacht als damalige Anwärter für das römische Kaisertum. Wohl glaubt Brackmann, Otto sei 951 gezwungen gewesen, Oberitalien wieder in Besitz zu nehmen, weil seine Vereinigung mit Burgund drohte und Deutschland so von den großen Alpenpässen abgesperrt worden wäre.<sup>86</sup>

Byzanz wird von Hofmeister noch als Rivale für Otto genannt. „Die griechische Politik sei seit dem Ende des 9. Jahrhunderts wieder wirksam in Italien vorgedrungen.“<sup>87</sup> Doch läßt sich nicht als sicher erweisen, daß Byzanz in den politischen Entschlüssen Ottos vor seinem Romzuge eine Rolle spielen mußte oder gespielt hat.

Auch mit Rücksicht auf die Macht der Kirche, die ja in Rom ihren Mittelpunkt hatte, soll es für Otto einfach notwendig gewesen sein, nach Italien zu gehen. Wie hätte er sich den Bitten des Papstes und der italienischen Bischöfe versagen sollen? Die Verbindung mit der Kirche habe über den deutschen Episkopat hinaus das Papsttum selbst in ihren Kreis ziehen müssen. So Schäfer.<sup>88</sup> Haller macht ähnlich geltend, der deutsche König, der auf die deutschen Bischöfe angewiesen gewesen sei, habe unmöglich dulden können, daß der Papst von

---

83. MPol., Bd. 1, 316; Hofmeister, Nationale Bedeutung 17, 16. — Anders z. B. A. Meister (VG. 83).

84. Below, Kaiserpolitik 23; Below in PrJbb. 193 (1923) 289.

85. Vgl. W. Schultze in Gebhardts Hb., Bd. 1, 228 f. oder MPol., Bd. 1, 292.

86. Brackmann in VelhMonh. 43 (1928/29) 446; Brackmann in Els-LothrJb. 5 (1926) 19 f.

87. Hofmeister a. a. O. 16.

88. Schäfer, DG., Bd. 1, 163, 182; vgl. auch Aegidi in Staatswörterbuch, Bd. 8, 712 ff.

einem italienischen Kaiser abhängig war.<sup>89</sup> Auch nach Steinacker können wir heute leicht sehen, daß diese Herrschaft in der deutschen Kirche die Herrschaft in der allgemeinen Kirche erforderte.<sup>90</sup> Und Schwemer formuliert es so, daß das sogenannte ottonische System mit unentrinnbarer Notwendigkeit die Kaiserpolitik Ottos und seiner Nachfolger eingeschlossen habe.<sup>91</sup> Lamprecht hat auch ein Auge dafür, daß die Kirche Trägerin reichster Ideen war und neben ihrem Vermögen auch den Verwaltungsapparat dem Herrscher zur Verfügung stellte.<sup>92</sup> Daß das Papsttum nötig war, um die deutsche Kirche zu beherrschen, vertreten weiter noch Bühler, Delbrück, Hampe, Hauck und W. Schultze.<sup>93</sup>

Gegenüber solcher Einstellung hatte schon Maurenbrecher zu zeigen gesucht, daß es eben falsch gewesen sei, das Reich auf die Kirchendiener zu stützen.<sup>94</sup> Kaufmann, der überhaupt daran zweifelt, daß Otto in der Kirche den Königen eine starke Stütze gegenüber den weltlichen Großen habe schaffen wollen, hält, wenn einmal die Richtigkeit angenommen würde, seine Kirchenpolitik dann für erst recht unbegreiflich, da er sich hätte sagen müssen, daß der Einfluß des Königs auf die deutsche Kirche durch die Steigerung des päpstlichen Einflusses geschwächt werde.<sup>95</sup> Und Fedor Schneider, nach dessen Ansicht schon die bonifatianische Organisation der Reichskirche Karl den Großen zwang, feste Beziehungen zu den Päpsten zu schaffen,<sup>96</sup> nennt die ottonische Kirchenpolitik ähnlich einen inneren Widerspruch.<sup>97</sup> Gewiß, sie war nicht unbedenklich, da auch der hohe Klerus meist adlig und dem Papst untertan war. Aber das tatsächlich nur in gewissem Maße, da der einer alten mero-

---

89. Haller, Epochen 45, 47.

90. HBl. 1 (1921) 43, vgl. 36.

91. Schwemer 45.

92. Lamprecht, Bd. 2, 155.

93. Bühler 154 f.; Delbrück, Teil 2, 395, 391; Hampe, Salier 5; Hauck, Teil 3, 219; Schultze in Gebhardts Hb., Bd. 1, 233.

94. Die Grenzboten 30 (1871) 615 ff.

95. Ullsteins WG., MA. 154 f., 326.

96. Schneider, MA. 103, vgl. auch 7.

97. Ebenda 183 f.

wingisch-karolingischen Tradition entsprechende Grundsatz der Eigenkirche nicht zum wenigsten unter Otto I. deutlich den König zum Herrn der Kirchen seines Landes machte.<sup>98</sup> Und andererseits: gerade weil, gibt Schubert zu bedenken, die das Reich stützende kirchliche Beamtenschaft zur universalen Kirche gehörte, Rom eigentlich oboedientia schuldete und sich ihrer freien geistlichen Stellung bewußt werden konnte, habe es schon den deutschen Staatsgründern naheliegen können, „den Gefahrenpunkt Rom selbst zur Reichskirche“ zu machen.<sup>99</sup> Daß dies sich empfahl, entwertet Below keineswegs mit dem Hinweis, daß schon Heinrich I. mit der ottonischen Politik begonnen habe und daß andere abendländische Monarchen über ihre Bischöfe verfügt hätten, ohne die Kaiserkrone zu besitzen.<sup>100</sup> Wenn Deutschland an ihr besonders lag, war es etwa nicht infolge seiner Lage dem römischen Einfluß mehr ausgesetzt als die anderen Länder?

Geradezu die Notwendigkeit, das Imperium durch Rom zu erneuern, tat bereits Nitzsch dar aus der Tatsache, daß der Sachsenkönig mit kirchlichen Plänen Schwierigkeiten gehabt habe. Ohne Einfluß auf den römischen Stuhl hätte das deutsche Königtum überhaupt nie so sicher über die kirchlichen Gewalten verfügen können, wie die Nachfolger Ottos.<sup>101</sup> Von den Steinen betont speziell, daß Friedrich und Wilhelm von Mainz sich dem Wunsch des Kaisers, den Osten kirchlich abzutrennen, widersetzen.<sup>102</sup> Auf die Bedeutung Roms für Ottos Ostpläne hatten auch Dümmlers Jahrbücher den Blick gelenkt.<sup>103</sup> Neuestens war es Brackmann, der hervorhob, es sei ein Widerspruch anzunehmen, Otto, der so klug im Osten vorgegangen sei, habe unüberlegt nach der Kaiserkrone gegriffen. Brackmann wies vielmehr nach, wie nötig ihm ein ausschlaggebender Einfluß in Rom gegenüber den frondierenden deutschen Bischöfen gewesen sei, um Eroberungspolitik im Norden und Osten Europas treiben zu

---

98. Vgl. z. B. Mayer-Pfannholz in *Hochland* 30 (1932/33), Heft 11, 390.

99. Schubert 14 f.; vgl. Suchenwirth, *Schicksalsgestalten* 12.

100. Below, *Kaiserpolitik* 20 f.; vgl. auch Schmeidler, *Deutschland* 9.

101. Nitzsch, *DG.*, Bd. 1, 353, 359.

102. Von den Steinen, *Otto* 65, 71 f., 107 f.

103. Dümmler, *Otto* 270 ff., 333, 419.

können.<sup>104</sup> Hampe erklärt in dieser Beziehung, daß Otto den Papst mehrmals vor seinem Romzuge für seine Bistumspläne in Anspruch genommen habe. Der König sei wegen nördlicher und östlicher Interessen auf die Mithilfe des Papsttums angewiesen gewesen.<sup>105</sup> Demnach war Otto doch auch nach Hampe nicht ohne politische Überlegungen, als er nach Italien ging. Und Brackmann konnte wieder aufmerksam machen auf die Bestätigung des Erzbistums Magdeburg unmittelbar nach der Kaiserkrönung.<sup>106</sup>

Mögen mehrere Forscher von derlei Motiven nichts wissen wollen und mit Recht davor warnen, damals die päpstliche Machtfülle späterer Zeiten, die auch für die Herrscher eine große Rolle spielte, anzunehmen,<sup>107</sup> so mußte doch gerade an der Reichsgrenze die Unterstützung der königlichen Gewalt durch das gewissenbindende, päpstliche Wort von vornherein als wünschenswert, wenn nicht als nötig, zur Bistumsumschreibung erscheinen.<sup>108</sup> Und auch das darf man sagen, daß es dem deutschen König, wenn auch im allgemeinen nicht nötig, so doch lieber sein mußte, direkten Einfluß auf den Papst zu haben, um sich im Innern noch besser auf die Kirche stützen zu können.<sup>109</sup> „Die engere politische Verbindung mit der hohen Geistlichkeit mußte ihn in verstärktem Maße darauf hinweisen.“<sup>110</sup> Hampe, von dem diese Worte stammen, hebt an anderer Stelle noch ausdrücklich hervor, daß der König sich das für den Zusammenhalt der Stämme nötige Gegengewicht der deutschen Kirche durch die Beherrschung des Papsttums sichern mußte.<sup>111</sup> Damit stimmt überein ein Gedanke von Nietzsche. „Er wurde Kaiser aus unmittelbarer Not — darum, um in Deutschland selber Herr zu

---

104. Brackmann in *VelhMonh.* 43 (1928/29) 444 ff.; Brackmann in *Rohden, Menschen*, Bd. 2, 5 ff.

105. Hampe in *MPol.*, Bd. 1, 294; Hampe in *DLZ.* 1914, Sp. 2543.

106. *Berliner SB.* 32 (1927) 411; Heimpel 25 f.

107. Below, *Kaiserpolitik* 20 f., 57 Anm. 52a; Braubach in *VgGeg.* 15 (1925) 332.

108. Günter, *Kultur* 102.

109. Dopsch in *MIÖG.* 36 (1915) 29.

110. Hampe in *MPol.*, Bd. 1, 306; Hampe, *Hochmittelalter* 16

111. Hampe, *Salier* 5; vgl. Suchenwirth, *Reich* 16.



sein.“<sup>112</sup> Otto legte ja auch später Wert darauf, das Papsttum tatsächlich möglichst unter seinem Einfluß zu haben. Es läßt sich also nicht nur allgemein sagen, daß der Vormachtstaat sich mit der kirchlich-imperialen Idee auseinandersetzen mußte, sondern auch, daß Deutschland die römische Kirche nötig hatte im Interesse seiner Ost- und Innenpolitik.<sup>113</sup> Das Kaisertum mußte ein römisches sein. Ja, „man konnte am Sachsenhof die Welt nicht denken ohne Rom“.<sup>114</sup>

Alle diese realpolitischen Gründe, die auf der großen Bedeutung des Papsttums fußen, konnten es dem deutschen König nahelegen, das *praevenire* zu spielen. Diese Antriebe treten hinzu zu den rationalen Motiven, den Herrschbereich weiter auszudehnen, den eigenen Staat vor Absplitterungen zu bewahren und mehr oder weniger dringliche Gefahr von außen fernzuhalten, sowie zu den noch früher aufgezählten irrationalen Impulsen, die der Tradition, der Religiosität und dem Selbstbewußtsein entsprangen.

J. Haller hat dazu neue Beweggründe für die italienische Kaiserpolitik angenommen. Verkehrs- und Handelsinteressen hat er geltend gemacht. Um die Verbindung mit dem Osten sich zu sichern, habe man auf Venedig besonderen Wert gelegt. So auch Kaindl.<sup>115</sup> Aber der von Haller beigefügte Beweis findet bei Kern eine bittere Kritik.<sup>116</sup> Auch v. Below, Fedor Schneider, Schmeidler und ebenso Braubach haben diese modernen Gedanken als damals in Betracht kommende Motive abgelehnt.<sup>117</sup> Brackmann indessen äußert sich unter Anführung mehrerer Gründe, es bleibe dabei, daß wirtschaftliche Momente für die Herrschaft über Oberitalien gesprochen hätten.<sup>118</sup>

Den bedeutenden kulturellen Einfluß Italiens auf Deutsch-

---

112. HZ. 45 (1881) 13 ff.

113. Pfeil 190 ff.

114. Schubert 17.

115. Haller, Epochen 47 ff.; Kaindl 5.

116. Kern in Gedächtnisschrift 56.

117. Below, Kaiserpolitik 24; Schneider, MA. 8; Schmeidler, Deutschland 9; Braubach in VgGeg. 15 (1925) 333.

118. Brackmann in VelhMonh. 43 (1928/29) 446; Brackmann in Els-LothrJb. (1926) 20. Vgl. auch Stegemann 64 f.

land hervorzuheben, dürfte nach Cartellieri deshalb nicht geeignet sein, weil erst nachzuweisen wäre, inwiefern er als Triebfeder der Kaiser wirkte.<sup>119</sup>

Auch der für den Politiker nicht naheliegende, altruistische Gedanke der sittlichen Hebung des Pasttums, der von Ranke und neuestens Delbrück für Ottos Fahrten nach Italien geltend gemacht wurde,<sup>120</sup> ist als Beweggrund nicht ganz sicher. Ähnlich wie Ranke denkt H. Prutz, der da meint, daß die reformfrohen Kluniazenser den deutschen König zum Zuge angespornt hätten.<sup>121</sup> Der ehemals genannte Wert Italiens für die Gesamtinteressen des Abendlandes und seine Bedrohung werden heute als Antrieb für Ottos Entscheidung nicht mehr erwähnt.

Haller trägt betreffs Ottos Ziel die besondere Ansicht vor, ihm sei es hauptsächlich um Oberitalien zu tun gewesen. In Rom und Kaisertum habe er nur den unentbehrlichen Flankenschutz erblickt.<sup>122</sup> Auch Brackmann ist der Ansicht, daß Pavia auf die Dauer nicht zu halten war ohne Flankendeckung durch Rom.<sup>123</sup> Gewiß, Ottos und seiner Nachfolger Stellung gegenüber dem Kirchenstaat und Oberitalien ist eigentlich nicht die gleiche. Aber die Kaiserkrone hat sicher nicht nur periphere Bedeutung für ihn gehabt. Suchte er, der in der Tradition der Kaiseridee lebte, doch auf dem ersten Romzuge schon Erbe des römischen Kaisertums zu werden,<sup>124</sup> Und strebte er nicht sogar danach, in Unteritalien Fuß zu fassen?

Wissen die Verteidiger der Kaiserpolitik viel zu sagen zur Rechtfertigung der Bemühungen Ottos um die Kaiserkrone, so sind sie auch nicht verlegen um eine Antwort auf die ihm von den Gegnern insbesondere zur Innen- und Ostpolitik vorgeworfenen Versäumnisse.

Zur Innenpolitik. Es ist bekannt, wie gerade Otto die Königstellung dadurch stärkte, daß er die Macht der Herzöge

---

119. Cartellieri in NHeidJbb. 13 (1904) 124.

120. Ranke, WG., Teil 62, 214; Delbrück, Teil 2, 391.

121. Prutz 213.

122. Haller, Epochen 49.

123. Brackmann in Rohden, Menschen, Bd. 2, 6.

124. Vgl. z. B. Hampe in MPol., Bd. 1, 295; Dümmler, Otto 199.

zu brechen suchte durch Verwandtenbevorzugung und später durch die Ausstattung der Kirchenfürsten. „So war für das deutsche Königtum eine neue Machtgrundlage geschaffen, auf der sich selbst bei weiterer Auflockerung des weltlichen Beamtenkörpers noch immer im zentralistischen Sinn regieren ließ.“<sup>125</sup> Ja, eine Dissertation der letzten Jahre von einem Schüler D. Schäfers suchte sogar nachzuweisen, daß Otto gerade nach und infolge des Unternehmens von 951 das für die Zentralgewalt des Reiches vorerst so wichtige System der Förderung der deutschen Einzelkirchen gepflegt habe.<sup>126</sup> Die These hat wohl ihre schwachen Seiten, wie v. Below dartut. Dieser muß freilich auch die Herkunft der zunächst so wertvollen innerdeutschen Politik der Ottonen aus den italienischen Beziehungen ablehnen.<sup>127</sup> Gegen die Trefflichkeit der angeblich an dem Süden orientierten ottonischen Kirchenpolitik hat denn auch v. Below gerade einzuwenden, daß die Weiterbefestigung des deutschen Hauses damit verhindert worden sei.<sup>128</sup> Ob es freilich möglich und nötig gewesen wäre, die von ihm geforderten verfassungsmäßigen Festlegungen in den letzten Jahrzehnten Ottos I. zu tätigen? Daß das Bestreben des Königs, die hohe Prälatur zum Dienst in der Reichspolitik stark heranzuziehen, damals von Wert gewesen sei,<sup>129</sup> wagt doch auch F. Schneider wohl nicht zu leugnen, wenn er auch dafür ist, daß man die gerade hier schlummernden Gefahren für den Staat und die Religion schon damals hätte erkennen sollen.<sup>130</sup> Otto brauchte überhaupt kaum in erster Linie und auf alle Weise

---

125. Hampe, Hochmittelalter 16; Fehr 81 f.

126. Seelig 1 ff.

127. Below, Kaiserpolitik 61 f.

128. Ebenda 62 f.

129. Vgl. z. B. Nitzsch, DG., Bd. 2, 11.

130. Daß die von Schneider (Mittelalter 184) als Einwand gegen eine Zentralgewalt und gegen das Reichskirchensystem geltend gemachten naturalwirtschaftlichen Grundlagen nicht als unbedingtes Hindernis anzusehen sind, ergibt sich wohl auch nach Kern. Denn diesem schweben ein nur „möglichst nicht naturalwirtschaftlich besoldetes Beamtentum“ und großzügige Ostpolitik mit einer „weiträumigen Zusammenfassung“ gleichzeitig als Ideale vor (Kern in Gedächtnisschrift 40, 47).

unmittelbar die von Kern<sup>131</sup> nahegelegte antifeudale Innenpolitik zu treiben, wenn es stimmt, daß eine zentrale Verwaltung Deutschlands sich im 10. Jahrhundert gar nicht durchführen ließ und er sich andererseits um die Schwächung der Stammesherzogtümer schon mehr bemüht hat als gut war.<sup>132</sup> Und wenn die Verhältnisse auch nicht so lägen, durfte der König, den mehrere Aufgaben riefen, wirklich nicht die zunächst weniger dringlichen einfach seinem Nachfolger überlassen?<sup>133</sup>

Und die Grenzpolitik? Otto hat dem Osten ein besonderes Interesse zugewandt.<sup>134</sup> „Gerade Otto I. ist es gewesen, der durch den Sieg an der Recknitz (955) die deutschen Linien weit nach Nordosten vorgetragen hat“ (Braubach).<sup>135</sup> Hampe, der wohl darum weiß und es versteht, wie „die universalen Gesichtspunkte den erst in langsamer Entwicklung begriffenen nationalen Empfindungen übergeordnet waren“,<sup>136</sup> betont doch, daß Otto seine deutschen Ziele auch in Italien nie ganz aus dem Auge verlor. Er weist darauf hin, wie der Kaiser sich um den Norden und Osten Deutschlands immerfort kümmerte.<sup>137</sup> Und Brackmann hob noch in seinem Aufsatz über die Ostpolitik Ottos besonders hervor, wie weitreichend sie gewesen sei. In seinem Essay über Otto den Großen heißt es entsprechend, die Grabstätte zeige an, wo nach Ottos Meinung in Zukunft die großen Aufgaben lägen. Seine Schuld sei es nicht, daß die Entwicklung anders verlief.<sup>138</sup> Auch Stengel glaubt, in dieser Beziehung reden zu können von einem „Imperialismus vom reinsten Wasser“.<sup>139</sup> Der Satz Kerns, „es wäre nichts falscher, als

---

131. Kern in Gedächtnisschrift 43 f.

132. Heimpel 23, 49.

133. Hofmeister (Nationale Bedeutung 6) gibt den auf das Ausland als Vorbild hinweisenden Gegnern die Antwort: „Was Deutschland im 10. Jahrhundert wurde, das ist Frankreich allmählich bis zum Ende des 13. Jahrhunderts geworden.“

134. Vgl. Brackmann in HZ. 134 (1926) 242 ff.

135. VgGeg. 15 (1925) 334.

136. MPol., Bd. 1, 306.

137. Ebenda 317 ff.

138. Hampe in Rohden, Menschen, Bd. 2, 8.

139. Stengel, Regnum 15.



eine Vernachlässigung der wichtigsten Königsaufgaben anzunehmen, solange Ottos Herrschaft noch nicht mit der römischen Hypothek belastet war“, gibt demnach ein falsches Bild.<sup>140</sup> Ob sich ohne die italienische Politik im Osten damals mehr hätte erreichen lassen, wie v. Below denkt?<sup>141</sup> Nach Kern konnte allmählich dort das gesamte Land bis zur Weichsel und Düna deutsch werden, ja noch sehr weit darüber hinaus.<sup>142</sup> Diese mit Liebe und Phantasie hingeworfene Möglichkeit dürfte allerdings kaum als versäumte Möglichkeit der realen Dinge zu erweisen sein. Wenn Haller andererseits einmal — wiederum übertreibend — von Sümpfen und Sandbüchsen im Osten redet,<sup>143</sup> so liegt darin auch trotz Kerns Kritik ein Körnchen Wahrheit. Vor allem aber hat schon Schäfer geltend gemacht, es sei nicht richtig, wenn man Otto derlei Aufgaben zuweise, die erst die Folgezeit als wichtiger und wertvoller erkannt habe. Die Zeit, im großen Stile zu germanisieren, sei noch nicht dagewesen, weil die Ansiedler fehlten.<sup>144</sup> Auch nach Hampe fehlten damals alle Voraussetzungen in wirtschaftlicher und bevölkerungsmäßiger Hinsicht.<sup>145</sup> Ja, selbst daran war nach Heimpel nicht zu denken, daß die nichtsächsischen Stämme bereit gewesen wären, einen ewigen Slavenkrieg zu führen.<sup>146</sup>

Wie richtig Ottos Ostpolitik war, geht auch aus dem schon erwähnten Nachweis Brackmanns hervor, daß die Ostpolitik nur auf dem Boden konsequenter Rompolitik zu verfolgen gewesen sei. Ihm gilt: „Die Alternative Ostpolitik oder Italienpolitik ist moderne Konstruktion“.<sup>147</sup> Neuestens gibt er auch zu bedenken, wie durch den Bund mit Rom die fränkische und ottonische Ostpolitik aus dem Bereich einer engbegrenzten Eroberungspolitik in die höhere Sphäre der universalen Aufgaben eines abend-

---

140. Kern in Gedächtnisschrift 52, vgl. 58.

141. Below, Kaiserpolitik 64.

142. Kern a. a. O. 46 ff.

143. Haller, Epochen 52.

144. Schäfer, DG., Bd. 1, 164; vgl. auch Hofmeister, Nationale Bedeutung 19 und Braubach in VgGeg. 15 (1925) 334.

145. Hampe, Hochmittelalter 19 f.

146. Heimpel 24.

147. VelhMonh. 43 (1928/29) 446.

ländischen imperium Christianum erhoben worden seien.<sup>148</sup> Hirsch, der schon früher in einem Vortrag darauf hingewiesen, daß die Sorge für den Osten und das Kaisertum etwas miteinander zu tun haben,<sup>149</sup> ging in seinem Vortrag von 1929 von der Liturgie her weiter der ideengeschichtlichen Verbindung von Kaiser- und Ostpolitik nach und kam zu dem Ergebnis, daß von den kirchlichen Gebeten starke Antriebe zur Christianisierung im Osten ausgingen und daß die gezeitigten Erfolge Otto, wie das Interesse der Liturgie für ihn zeige, geeignet erscheinen ließen für den tatsächlichen Empfang der Krone, die den Großen geziert hatte, der 1½ Jahrhunderte früher mit dem Papsttum an der Spitze der Welt stand. Ob sich die Verhältnisse im Osten auch dann für Christentum und Deutschtum so günstig gestellt hätten, wenn der deutsche Herrscher bloß König und nicht auch Kaiser gewesen wäre, soll noch einmal von Hirsch und Pfitzner untersucht werden.<sup>150</sup> Daraus aber, daß Rom Ottos Wünsche nicht ganz befriedigte, wird man kaum mit Kern dem Kaiser einen Vorwurf für seine Politik machen können.<sup>151</sup>

Gegner und Verteidiger der Kaiserpolitik sind ausführlich zu Wort gekommen. Wie muß nun das zusammenfassende und abschließende Urteil über Ottos Kaiserpolitik lauten?

Auf ihn wirkten die von Pippin und Karl herkommenden Traditionen. Die Frage, die Hampe einmal stellte, ob Otto I. also überhaupt die ganze Verantwortung für die Anbahnung und Festlegung der Kaiserpolitik zu tragen habe,<sup>152</sup> wagt heute niemand zu bejahen. G. v. Below will sogar noch in seinem letzten Buch das Thema der persönlichen Verantwortung ausschalten und den Zwang der Tradition als schlechthin wirksam

---

148. Berliner SB. 1931, 87.

149. MIÖG. 44 (1930) 1 f., 18 f.

150. Ebenda 19 f.; vgl. unten S. 144.

151. Kern in Gedächtnisschrift 58.

152. DLZ. 1914, Sp. 2544.

annehmen, wenigstens für die eigentliche Romfahrt.<sup>153</sup> Eine solche Wucht der Tradition lehnt Kern mit Recht, wie wir hörten, ab. Die zum Teil haltbaren realpolitischen Gründe, die als Motive für Otto außerdem in Frage kommen konnten, erkennen ihm mehr zu als mildernde Umstände. Er war Politiker auch dem Süden gegenüber, wenn auch irrationale Momente mit-schwangen.

Allerdings stimmt es, was Maurenbrecher sagte, daß alle gleichzeitigen Berichte über die Regierung Heinrichs und Ottos nur wenig Aufschluß über die politischen Ziele und Motive ihrer Helden brächten.<sup>154</sup> Und ebenso betont ja Kern, daß nichts in den Quellen darauf hinweise, besondere Berechnungen hätten den Entschluß zur Romfahrt gereift.<sup>155</sup> Ob dieser Mangel in unseren wenigen Quellen — „unsere mittelalterlichen Überlieferungen sind mehr zufälliger als planmäßiger Natur“ —<sup>156</sup> denn wohl gegründete Kombinationen verbietet? Wir müßten nach B. Schmeidler jedes Bestreben, die mittelalterliche politische Geschichte sachgemäß aufzufassen und zu verstehen, aufgeben, wenn wir nur das annehmen wollten, was ausdrücklich quellenmäßig bezeugt ist und auf jede Interpretation des Geschehens aus dem Sachzusammenhang verzichten wollten.<sup>157</sup> Und ist es nicht wohl begründet anzunehmen, daß Otto, der sich sonst als Politiker zeigt, nicht apolitisch gewesen ist, als der Ruf zum Süden an ihn erging?

Warum sollte der Beherrscher der germanischen, durch ihre krieglerische Tüchtigkeit ausschlaggebenden Völker, der naturgemäß dem Kaisertum am nächsten stand (A. Cartellieri),<sup>158</sup> damals ohne wirkliche, triftige, ihm erkennbare Gründe Italien fernbleiben? Diesbezüglich wendet allerdings v. Below gegen Hampe allgemein ein, daß Otto ein Empfinden hätte haben können und müssen für den Gegensatz zwischen Steigerung der

---

153. Below, Kaiserpolitik 8 f.

154. HZ. 5 (1861) 119; vgl. Schultheiß, Bd. 1, 173.

155. Kern in Gedächtnisschrift 55.

156. Klippel 9.

157. PrJbb. 208 (1927) 289.

158. NHeidJbb. 13 (1904) 123.

Thronrechte, Erhebung über den Sondergeist der Stämme, Ausweitung zur mitteleuropäischen Vormacht und Aufstieg zur christlich-universalen Weltstellung des Kaisertums.<sup>159</sup> Indessen dürfte hier weniger ein Gegensatz vorhanden sein als eine Schwierigkeit, allen diesen Anforderungen gleichzeitig zu entsprechen. Aber sie sind nun einmal an Otto herangetreten. Und sie lagen nach Hampe für Otto auf einer Linie.<sup>160</sup> Heimpel, der wirklich in der Italienpolitik eine Überanstrengung für das Königreich sieht,<sup>161</sup> muß doch auch gestehen, daß ein seiner selbst gewisses Königtum sie auf sich nehmen konnte. Sei nicht der Schritt zum deutschen Staate schon, national genommen, eine zu große Anstrengung gewesen. Der Feudalstaat sei eben zwar schwach und doch von überschüssiger Kraft erfüllt.<sup>162</sup>

Der „luftleere Raum des chaotisch zersplitterten Italiens“ und der Ausdehnungsdrang der deutschen Vormacht, die fortwirkende imperiale Idee, der Hilferuf des bedrängten Papstes und das Interesse Ottos, diese höchste kirchliche Autorität schon im Hinblick auf den für den Staat notwendigen deutschen Episkopat, der von ihr abhing, nicht unter fremden Einfluß geraten zu lassen, alles das wirkte nach Hampe auf Otto ein. Die gleichen Motive wie ehemals hätten 962 „fast“ zwangsläufig zur deutschen Erneuerung des Imperiums geführt.<sup>163</sup> Können wir es Otto wirklich zumuten, die Früchte seines ersten italienischen Zuges, weil er im Inneren nachher mehrmals mit Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, endgültig fahren zu lassen? Sollte der Kämpfer probte sich da, der Vorteile nicht achtend, zurückhalten wegen neuer möglicher Gefahren? „Der Schiffer sucht den Hafen, wenn der Sturm droht, aber sollte er deshalb nicht ausfahren?“<sup>164</sup>

Noch immer mag übrigens die Mahnung von Nitzsch gelten, die ottonische Politik mit den Maßen ihres eignen Zeitalters zu

---

159. MPol., Bd. 1, 316. Dagegen: Below, Kaiserpolitik 79 Anm. 2a.

160. Hampe, Hochmittelalter 19; Hampe in Goetz, PropyläenWG., Bd. 3, 314.

161. Heimpel 14, 18 f., 23 f.

162. Ebenda 23 f., vgl. 22.

163. HZ. 134 (1926) 202; vgl. Hampe, Hochmittelalter 17.

164. Schultheiß, Bd. 1, 166.



messen und das Urteil darüber nicht zu bilden unter dem Eindruck des späteren Auftretens eines Gregor VII.<sup>165</sup> Ebenso wenig kann man von Otto, der auch schon vom karolingischen Universalismus her beeinflußt war, erwarten, daß für ihn das Nationale im modernen Sinn bindend ist. Nach Hintze ist überhaupt eine Mehrzahl von gleichberechtigten Staaten in der Geschichte keineswegs normal, sondern selten.<sup>166</sup> Und die weltgeschichtliche Konstellation war damals doch so, daß einerseits ein Übergang von einer lockeren Stammesverfassung zu einer festeren Staats- und Gesellschaftsordnung stattfand und andererseits ein Kontakt mit der absterbenden Kultur des römischen Weltreiches. Daraus ergab sich eben nach Hintze als Aufgabe die plötzliche schicksalhafte Aufbürdung des Imperialismus.<sup>167</sup> Das ist im Geiste Rankes, der da sagte: „Das Innerlich-wachsende wird schon in demselben Augenblick berufen, sich nach außen auszubreiten.“<sup>168</sup>

Darf es uns wundern, daß Otto noch einen dritten Zug zur Sicherung seiner Herrschaft in Italien unternahm? Nach L. M. Hartmann, dessen Buch allerdings eine etwas verschiedene Beurteilung erfahren hat,<sup>169</sup> war die ottonische Herrschaft ja keineswegs ein *rocher de bronze*. Wie Ottos Reich räumlich viel beschränkter war als das Karls des Großen, wie es in der Mitte steht zwischen dem universalen Weltreich Karls und dem begrenzten Nationalstaat,<sup>170</sup> so war auch in Italien seine Gewalt viel geringer.<sup>171</sup> Und daheim lockerte sich unterdessen — auch Hampe bedauert, daß Otto von den 12 letzten Jahren seines Lebens nahezu 10 auf italienischem Boden verbrachte —<sup>172</sup> wohl etwas das straffe Regiment. Aber es dürfte doch gewagt sein, von einem „Keim des krankhaften Zurückbleibens der

---

165. HZ. 45 (1881) 5.

166. Ebenda 88 (1901) 7.

167. Berliner SB. 1929, 333 f.; vgl. auch Heimpel *passim*.

168. Zitiert bei Dove 124 und Schieblisch 159.

169. Uhlirz in MIOG. 37 (1917) 659 ff.; Fedor Schneider in VSozWG. 14 (1918) 459 ff.; Holtzmann in HZ. 121 (1920) 135 ff.; Hampe, MaG. 53 f.

170. MPol., Bd. 1, 279.

171. Ebenda 315.

172. Ebenda 316.

deutschen Politik schon in der Spätzeit Ottos I." zu reden, wie Kern es tut.<sup>173</sup> Ebensoviel Vorsicht dürfte andererseits angebracht sein gegenüber Hallers Schlagwort von Italien als dem Land des geringsten Widerstandes und größten Gewinns.<sup>174</sup> Daß die italienische Politik Ottos weithin in der Volksseele Hemmungen begegnete,<sup>175</sup> erscheint mir auch bei den geringen Anhaltspunkten, die Schultheiß beibringt, fraglich. Boehm hatte es schon bestritten.<sup>176</sup>

Will man trotz der vorhandenen Schwierigkeiten eine Bilanz über Ottos Regierung ziehen — nach Hampe wird hier das Urteil immer auf moderne Gesichtspunkte eingestellt, und es gehört nach ihm ein Stück Herrgott dazu, die Bilanz richtig abzuschließen —,<sup>177</sup> so ist doch wohl nicht kurz und bündig mit Kern zu sagen: Die Kaiserpolitik war „1. nicht nützlich, 2. vermeidbar“.<sup>178</sup>

Otto hat für die Deutschen ein Imperium universalen Charakters aufgerichtet. Das lag eben im Geiste seiner Zeit, wie es im Geist der Neuzeit liegt, mehr oder allein das Nationale zu sehen. Gewiß wurde das Reich für jene Zeit ziemlich ausgedehnt.<sup>179</sup> Gegen ein Imperium nur im weiten Osten, das auf Eindeutschung bedacht ist, hätte Kern, ähnlich wie Sybel, bezeichnenderweise nichts einzuwenden, obwohl nach ihm „der frühmittelalterliche Staat beschränkte Ziele verlangt“ und obwohl nach ihm „Otto wissen mußte, daß er nicht gleichzeitig in Italien und Deutschland sein und regieren konnte“.<sup>180</sup> Als ob er gleichzeitig in Mitteleuropa und im weiten Osten hätte sein können. Otto wurde von dem kulturell höher stehenden Westen und Süden gerufen und angezogen und hatte Rom auch nötig im Interesse des Ostens. Hier winkte die noch nicht vergessene Kaiserkrone. Und daß sie, daß damals „das Imperium

---

173. Kern in Gedächtnisschrift 62.

174. Haller, Epochen 53.

175. Schultheiß, Bd. 1, 173; vgl. auch Dümmler, Otto 525 und oben S. 71.

176. Boehm 22 f.

177. MPol., Bd. 1, 316.

178. Kern a. a. O. 61.

179. Schäfer, DG., Bd. 1, 181.

180. Kern a. a. O. 60, 47; vgl. ZSavStRgGA. 48 (1928) 511.

die Herrschaft über einen großen Teil Italiens zur Voraussetzung hatte, darüber besteht kein Zweifel".<sup>181</sup> Die Macht der universalen Idee war übrigens zu groß, als daß man sich auf einen Mittelstaat hätte beschränken können.<sup>182</sup>

Nur Italien mußte er erobern, um zur Kaiserkrone zu gelangen.<sup>183</sup> Italien, nach Dümmler ein mit verhältnismäßig geringen Opfern an Gut und Blut erkaufter Gewinn.<sup>184</sup> Und hier glaubten die deutschen Kaiser auch nach v. Below, mit ihrem Walten nicht bloß eine ihnen willkommene Herrschaft, sondern auch eine durch die Idee des Kaisertums gegebene Pflicht auszuüben.<sup>185</sup> Und umgekehrt wurde durch das Kaisertum das dem ostfränkischen Reich vererbte Anrecht auf Italien gestärkt.<sup>186</sup> Ein Weltimperium hat Otto nicht erstrebt.<sup>187</sup> Beansprucht wurde nur eine Geltung in der ganzen Welt, soweit sie damals im Gesichtskreis des Abendlandes lag.<sup>188</sup>

Nicht nur Italien führte er durch seine Herrschaft zur größeren Ruhe,<sup>189</sup> nicht nur dem Abendland überhaupt schenkte er wieder ein Ordnungszentrum, sondern in dem größeren Staat diente er auch seinem ursprünglichen Staat und Volk. So erhielt dieses den Gedanken der Einheit.<sup>190</sup> „Ein jugendkräftiger Aufschwung, ein nationaler Zug ging unter Kaiser Otto durch die Herzen des Volkes".<sup>191</sup> Und er brachte es als einheitliche Macht an die Spitze der abendländischen Christenheit. Den Deutschen war das Kaisertum jetzt vorbehalten. Durch die geschaffenen Beziehungen zum Papsttum schien die auf die Kirche sich stützende königliche Zentralgewalt gesicherter.<sup>192</sup> A. Dopsch weist auch darauf hin, daß Otto es so gelang, zu Leb-

---

181. Davidsohn 35; v. Schulte in „Deutsche Revue“ 1905, Bd. 2, 97.

182. Pfeil 194.

183. Manitius 154.

184. Dümmler, Otto 524.

185. Below, Kaiserpolitik 26.

186. Dümmler a. a. O. 523.

187. So auch Dümmler a. a. O. 524 sowie Braubach in VgGeg. 15 (1925) 334.

188. Schramm, Teil 1, 77.

189. Below a. a. O. 26; Hartmann, Bd. III, 261.

190. Schäfer, DG., Bd. 1, 167; Schäfer, Volk 19.

191. Dümmler a. a. O. 553.

192. So auch Meister, VG. 83.

zeiten noch den Sohn zum König wählen zu lassen.<sup>193</sup> Unter ihm haben wir sogar 967 bis 973 ein Doppelkaisertum, das einzige Mal in der Geschichte.<sup>194</sup> Und dies Doppelkönigtum und Doppelkaisertum war nicht unwichtig für die Bewahrung der deutschen Einheit,<sup>195</sup> nicht unwichtig für die Befestigung der Nachfolge.<sup>196</sup> Durch die Verbindung mit Italien wurde, wie R. Holtzmann betont, auch der damalige naturalwirtschaftliche Aufbau erheblich gemindert.<sup>197</sup>

Otto I. war wirklich ein Großer. Das wird man sagen müssen, wenn man ihn aus seinen mehr oder weniger wahrscheinlichen Motiven und aus seinen Taten beurteilt und nicht unbedingt mit heutigen extremen Maßstäben mißt. Sieht man Aufgaben, die damals auch mehr oder weniger möglich waren, ohne Rücksicht auf die gesamte kulturelle und politische Lage als die Aufgaben an, so dürfte das trotz Kerns Zweifel<sup>198</sup> ein Einstellen des Urteils auf moderne Gesichtspunkte sein. Und man kann auch von Otto nicht verlangen, daß er damals schon die Gefahren erkannte, die die Verbindung mit Italien unter bestimmten Verhältnissen im Laufe der Zeiten bringen konnte. „Er hätte Prophetengabe besitzen müssen“ (Kienast).<sup>199</sup>

„Die Aufgabe, vor die Heinrich und Otto im 10. Jahrhundert gestellt wurden, war eine so schwere, daß man umgekehrt wohl bewundern könnte, daß sie so Großes daraus machten.“ So Schubert.<sup>200</sup> Und Dümmler sprach sich schon vor Jahrzehnten für die hohe Bedeutung aus, die Otto der Große, der erste wahrhaft deutsche Kaiser als zweiter Stifter des Deutschen Reiches für die Entwicklung unseres Volkes gehabt habe.<sup>201</sup> W. von den Steinens poetische Worte mögen demnach doch zu Recht bestehen: „Der Mann, der dies Jahrtausend des Zusammenhangs

---

193. MIÖG. 36 (1915) 30.

194. Dümmler, Otto 429; Werminghoff, VG. 45.

195. Boehm 24 f. und 26 f.

196. Dümmler a. a. O. 525.

197. HZ. 121 (1920) 139.

198. Kern in Gedächtnisschrift 60.

199. FBPrG. 40 (1927) 380.

200. Schubert 6. Etwas zurückhaltender Cartellieri, Weltstellung 119 f., 168 f.

201. Dümmler a. a. O. 525.



begonnen und endgültig begründet hat, war weise, wie die Helden weise sind; er gehorchte der Stimme, die ihn trieb, der Stunde, die ihn rief. Doch er kam in eine Stunde der Schöpfung, in ihm klang die Stimme eines Volkes, Und er gewann sich die Braut in Italien, und 20 Kaiser zogen ihm nach. Er trug seine Herrenmacht über die Elbe, und heute wohnen wir dort. Er tat das jeweils Nächste, und alle Zukunft war in ihm.“<sup>202</sup>

### Dritter Abschnitt.

## Die Nachfolger Ottos des Großen bis zu den letzten Hohenstaufen.

Wird die Kaiserpolitik von Ottos I. Nachfolgern beurteilt, so liegt die Gefahr wohl noch näher als bei diesem, die Folgen der 951 und 962 schon begonnenen Südpolitik und die Beweggründe der Fortsetzung in der Betrachtung zu vereinen.

Es erscheint zumal überflüssig, sie zu trennen, wenn die Tradition für die Nachfolger als zwingender Beweggrund angesehen wird. Nach Kern konnten „sie das teuer errungene Nebenland und das Kaisertum nicht mehr fahren lassen“.<sup>1</sup> Darum erscheint es ihm in seiner der Politik des Römerzuges gewidmeten Abhandlung auch als unnötig, die Erben der ottonischen Politik im einzelnen zu mustern und für sie wie für Otto I. eine Bilanz zu ziehen. Er sieht die Lage so: „Nachdem einmal das Herkommen des deutschen Römerzuges geschaffen war, handelten die Nachfolger wie Söhne, die ihrem Geschäft die nötigen Mittel entziehen, um die Schulden des Vaters zu bezahlen, weil es gegen die Familienehre ginge, die Erbschaft abzulehnen“.<sup>2</sup> Dieser Vergleich berückt leicht durch seine Gleichsetzung von privaten und öffentlich-politischen Erbschaften sowie durch die falsche Voraussetzung, daß Otto I. eigentliche Schulden hinter-

---

202. Von den Steinen, Otto 11; vgl. Suchenwirth, Schicksalsgestalten 13, 14.

1. Kern in Gedächtnisschrift 59.

2. Ebenda 60, 71 Anm. 19.

lassen habe. Es dürfte so mehr verwirrt als geklärt werden. Übrigens läßt Kern die Tradition doch nicht gerade ganz zwingend sein. Denn nach ihm stehen die Nachfolger vor der Wahl, Italien oder Deutschland zu vernachlässigen.<sup>3</sup> V. Below geht zwar in seiner der italienischen Kaiserpolitik gewidmeten Arbeit die einzelnen Herrscher durch. Aber nach seinem Zugeständnis, den Zwang der Tradition als schlechthin wirksam anzunehmen,<sup>4</sup> darf er die Frage weiterer Motive und der Verantwortlichkeit nicht stellen. Sicher ist natürlich, daß Ottos Nachkommen mehr festgelegt waren auf die Südpolitik, als er. Dabei bleibt gerade die damalige, „Macht idealer, ja überidealer Ziele“ beachtenswert.<sup>5</sup>

Aber es ist zu warnen vor dem Fehler, „aus dem Walten und Herrschen der Tradition und Theorie heraus nun die geschichtlichen Vorgänge allein erklären zu wollen. Der Kampf um die reale Macht war zu allen Zeiten das Wesen der Politik“.<sup>6</sup> Breysig will auch kaum so verstanden sein, als ob nur romantische Lockungen den deutschen Königen Hand und Sinn gelenkt hätten. Wohl erscheint ihm das Festhalten am Macht-drang ins Weite als Kennzeichen der deutschen Art.<sup>7</sup> Dagegen, daß die Kaiserpolitik durchaus zwingend war, hat übrigens auch v. Below im tiefsten Grunde Bedenken,<sup>8</sup> wie er denn nach Holtzmann überhaupt das Fortwirken der Tradition stärker betonen mußte.<sup>9</sup> Machte Below ja auch ehemals darauf aufmerksam, daß Ottos Nachfolger ein verschiedenes Interesse für die italienischen Angelegenheiten gezeigt hätten. Und hielt es dabei für zulässig, bei ihnen eine Vorstellung von der Entbehrlichkeit oder Gefährlichkeit der Italienfahrt vorauszusetzen.<sup>10</sup> Schwer ist es allerdings, die Ansichten und Beweggründe der Herrscher zu ihrer jeweiligen Politik zu erfassen. Denn darüber berichten,

---

3. Kern in Gedächtnisschrift 59.

4. Below, Kaiserpolitik 8.

5. Schulte, Staat 26.

6. Scholz in ZPol. 7 (1914) 270.

7. Breysig 87 f., 151 ff.

8. Below a. a. O. 9.

9. KblGV. 75 (1927) Sp. 138.

10. Below, Staat (1925), Bd. 1, 369.

wie bei Otto I., zum lebhaften Bedauern aller die Quellen kaum. So sagt A. Brackmann über die Zeit Heinrichs IV.: „Leider lassen uns die zeitgenössischen Geschichtschreiber bei der Entscheidung wie bei den meisten Fragen nach den Motiven der politischen Persönlichkeiten jener Zeit im Stich“. <sup>11</sup> A. Cartellieri meint ähnlich für die älteren Zeiten, daß die bekannte Dürftigkeit der Überlieferung es so unendlich schwer mache, die Motive der handelnden Personen zu erkennen. <sup>12</sup> Schmeidlers entsprechende Ansicht wurde schon früher angegeben. <sup>13</sup>

Es erscheint demnach nicht als überflüssig, wenn auch als schwierig, noch die neben der Tradition wirkenden politischen Motive der kaiserlichen Herrschaft zu erforschen. Und in diesem Sinne glaubt denn wohl Fr. Schneider, das abschließende Urteil in unserem Problem dürfte erst dann möglich sein, wenn die Frage der italienischen Politik für jeden einzelnen deutschen Herrscher untersucht sei und von der persönlichen Politik Ottos des Großen losgelöst werde. <sup>14</sup> Diese besondere Arbeit ist auch jetzt noch wenig geleistet. Man hält sich bei den gemachten Anfängen ziemlich an die äußeren Tatsachen und fragt gern gleichzeitig, in welchem Verhältnis eintretende Ereignisse zur einmal begonnenen Südpolitik stehen.

Es kann sich für uns also hauptsächlich nur darum handeln, in Kürze einen Überblick zu gewinnen über die Beurteilung der Politik der Kaiser aus ihren Taten, unter möglichster Beiseite-lassung der Folgen der Südpolitik überhaupt. Die voraussehbaren Folgen der Handlungen der einzelnen Herrscher sind natürlich für ihre Politik mit heranzuziehen. Von vornherein sei gesagt, daß selbst Schmeidler meint, die Politik der zehn Kaiser könne überhaupt nicht mit einem solchen Durchblick, wie Below es tue, erledigt werden. <sup>15</sup> Daß dieser sich tatsächlich auch nicht ganz an seine Konzession der vollen Traditionsgebundenheit der Herrscher hält, zeigt sein Satz, die Nachfolger

---

11. Berliner SB. 32 (1927) 395.

12. KblGV. 69 (1921) Sp. 49; vgl. Pürschel in HJb. 48 (1928) 495.

13. Oben S. 90.

14. HZ. 129 (1924) 346.

15. Ebenda 140 (1929) 389.

seien ohne umfassendere Erwägungen vornehmlich dem Beispiel Ottos I. gefolgt.<sup>16</sup>

Der speziellen Arbeit des Gegners v. Below und dem auch in dieser Richtung vorgehenden Werke Fedor Schneiders über das Mittelalter dürften von den Verteidigern der Kaiserpolitik insbesondere die über die Kaiser und ihre Regierung handelnden Schriften von Schäfer, Hampe und Haller gegenüberzustellen sein. Welcher Kampffront wenigstens die Genannten angehören, kann im Folgenden nicht jedes Mal wieder ins Bewußtsein gerufen werden.<sup>17</sup>

Und nun zu den einzelnen Kaisern.

Wie stellen sich die Geschichtschreiber zur Politik der sächsischen Herrscher, die Otto I. nachfolgten?

Unter Otto II. erregen das Eingreifen und die Niederlage in Süditalien das Mißfallen der Gegner der Kaiserpolitik. Die Einigung Italiens, das alte Programm der Langobarden und Karolinger, sei das Endziel gewesen, dessen Gefahren der Kaiser in jugendlicher Überstürzung und unreifer Selbstüberhebung unterschätzt habe.<sup>17a</sup> Und so sei dann die Schlappe im Osten möglich geworden. Jedoch haben die Slaven erst aus dem Unglücksfall, nicht aus der falschen Politik Ottos, wie Braubach hervorhebt, Nutzen gezogen.<sup>18</sup> Den Tod des Kaisers im folgenden Jahr, das Zurücklassen eines erst dreijährigen Kindes als Nachfolger und den Kampf um die Regentschaft für das junge König- und Kaiserreich sollten alle als einen harten Schicksalsschlag kennzeichnen und nicht daraus etwa Kapital zu schlagen suchen gegen die italienische Kaiserpolitik. Diese kann nicht so verderblich gewesen sein. Die Einheit der Nation blieb er-

---

16. Below, Kaiserpolitik 26.

17. Der Name der verschiedenen Kämpfer ist jeweils im Text genannt, oder er ergibt sich aus den Anmerkungen. Wer, ob Verteidiger oder Gegner der Kaiserpolitik, die betreffende Einstellung hat, läßt sich also immer erkennen.

17a. Schneider, MA. 196.

18. VgGeg. 15 (1925) 334.



halten.<sup>19</sup> Selbst Schneider muß zugestehen, daß trotz des Ausganges im Süden in Deutschland sich kein Widerstand gegen die Universalpolitik gezeigt habe. Auch der dynastische Gedanke war so stark, daß nach des Kaisers Tod die Rechte des Kindes gewahrt blieben.<sup>20</sup>

Seit der Erweiterung des Kaisertitels zu „Imperator Romanorum“ durch Otto II. sieht man nun das Kaisertum auf immer mit den Schwierigkeiten verbunden, die für das Mittelalter an dem römischen Problem hafteten.<sup>21</sup> Brackmann indes will von einer wachsenden Belastung durch die römische Tradition unter Otto II. wenig wissen. Er möchte dem geistesgeschichtlich bedeutungsvollen Römischen Erneuerungsgedanken auch unter Otto III. und fernerhin eine praktisch-politische Bedeutung nicht beilegen.<sup>22</sup>

Otto III. und seiner Art wird es vor allem gelten, wenn Hampe ehemals klagte, Ottos I. Nachfolger hätten es nicht verstanden, sein Werk auch nur mit annähernd gleicher Kraft des Geistes fortzusetzen.<sup>23</sup> Wie so viele, glauben Haller und Schneider sagen zu können, nicht Deutschland, sondern das Universalreich der alten römischen Imperatoren sei das Ziel Ottos III. gewesen.<sup>24</sup> Eine trostlose Alternative habe er vor sich gehabt: entweder Universalpolitik, die freilich innerlich unmöglich gewesen sei; oder Beschränkung auf starke nationale Politik, die deshalb schwierig war, weil die deutsche Regierung schon seit 40 Jahren zu tief sich in die süditalienischen Verhältnisse eingelassen habe.<sup>25</sup> In polemischem Eifer und unter Verkennung des deutschen Kaisertums möchte v. Below Ottos III. Vorgehen als eine folgerichtige Anwendung des Gedankens des Kaiser-

---

19. Boehm 26 ff.

20. Schneider, MA. 198, 199.

21. Schramm, Teil 1, 83 f. — Nach Stengel (Regnum 11) entstand jetzt erst an der Stelle des nachlebenden fränkischen Reichsbegriffs aus dem wieder erwachenden Romgedanken eine neue Form für den Machtbereich der Ottonenkaiser, ein Romanum imperium.

22. Berliner SB. 1932, 351 ff.

23. MPol., Bd. 1, 322.

24. Haller, Kaisertum 47; Schneider a.a.O. 203. Vgl. noch Hellmann 123 f.

25. Schneider a. a. O. 209.

tums überhaupt hinstellen.<sup>26</sup> Bis zu dem Sizilianer Friedrich II. hat allerdings keiner mehr an Ähnliches gedacht.

Doch auch Otto III. will vorsichtiger beurteilt sein, als man es lange getan hat. Er ist nicht der Romantiker im Königsmantel, wie ihn noch Breysig,<sup>27</sup> der ja überhaupt diese Seite des deutschen Menschen etwas stark herausstellt, sieht. Gewiß hat nach Schramm der Römische Erneuerungsgedanke den jugendlichen Kaiser beeinflußt. Um ihn recht zu verstehen, müsse man berücksichtigen, daß die Probleme seines Lebens letztthin die Probleme seiner Zeit waren, z. B. der Wille, die Welt nach einem Plan zu gestalten, statt aus ihr selbst die Erfahrung zu sammeln, durch die sie sich bezwingen ließe.<sup>28</sup> Geradezu bewundernswert sei es, wie er Römisches, Karolingisches, Ottonisches und Christliches zu geschlossener Einheit zusammengefügt und Entgegengesetztes wie das ganze System der kaiserlichen Schenkungen mit scharfsinnigen Argumenten aus dem Wege geräumt habe.<sup>29</sup> Von einem Gegensatz in Deutschland gegen seine eigentliche Italienpolitik kann nach Cartellieri keine Rede sein.<sup>30</sup> Darin dürfte aber Hampe recht haben, daß selbst vom universalen und christlich-augustinischen Standpunkt ein verhängnisvoller Fehler in Ottos III. Idealpolitik bleibt, nämlich, daß er vor allem die erforderliche Machtgrundlage in Deutschland nicht zusammenhielt.<sup>31</sup>

Das läßt sich seinem Nachfolger Heinrich II. keineswegs vorwerfen. Und doch wissen die Gegner der Kaiserpolitik ihn zu treffen. V. Below erkennt an, daß er „mit ernstem kirchlichem Eifer festes staatliches Wollen vereinigt habe“. Aber seine zwei Ziele, die italienische Frage und die Auseinandersetzung mit Polen, seien einander widersprechend. Das durch die Tradition bestimmte Pflichtgefühl, vielleicht verbunden mit Ehrgeiz, hätten ihn, da er sich die Frage nach der Be-

---

26. Below, Kaiserpolitik 66.

27. Breysig 152.

28. Schramm, Teil 1, 186.

29. Ebenda; vgl. auch Brackmann in Berliner SB. 1932, 366.

30. Cartellieri in Festschrift Judeich 192, 202.

31. HZ. 140 (1929) 582 f.

rechtiung und Zweckmäßigkeit der Kaiserpolitik doch gestellt haben müsse, gelockt.<sup>32</sup> War Heinrich II., der heidsiche Slaven ruhig als Bundesgenossen nahm, der die Klöster reformierte und schröpfte,<sup>33</sup> so sehr ein Mann der Tradition? Spricht es für unklugen Ehrgeiz, wenn er an Italien seine Kräfte nicht ins Ungemessene verzettelte? Wandte er sich nicht besonders gern dorthin, wo sein Eingreifen neuen, dringlich wahrzunehmenden Erfolg versprach, nach Burgund? Warum sollte er, der aufzubauen hatte, sich gerade nur dem Osten, dem schwierigen polnischen Terrain zuwenden und dort seine Kräfte erschöpfen?<sup>34</sup> Daß eine kraftvolle Herrschernatur nicht leichten Herzens ererbte (italienische) Rechte preisgibt, daß ein deutscher König nicht ohne wirklichen Zwang seine europäische universale Kaiserstellung fahren läßt, ist doch wohl nicht nur zu begreifen, sondern als richtig anzusehen. Verlangt man etwa auch vom Großen Kurfürsten und vom Preußenkönig Friedrich II. bei ihren mutigen, verhältnismäßig weit ausgreifenden Unternehmungen weitgehendste, alles sicherstellende Überlegungen?

Fedor Schneider rechnet es Heinrich II., wenn er auch erfolglos wie die Vorgänger sich durch den Bund mit dem Papsttum in die ottonische Italienpolitik habe hineinziehen lassen, zum Verdienst an, daß er den *circulus vitiosus* der Reichskirchenpolitik erkannt habe, wie sich in seinem grundsätzlich bedeutungsvollen Versuch zeige, seinen Einfluß auf den Papst auszunutzen, um die Reform der deutschen Kirche autonom durchzuführen.<sup>35</sup> Wäre das gelungen, so hätte es nach Cartellieri weder Investiturstreit noch Reformation noch Aufklärung gegeben.<sup>36</sup> Diese Folgenableitung in fernste Zukunft kann man mit R. Holtzmann<sup>37</sup> gewiß ähnlich bezweifeln wie die noch zu besprechende derer, die die mittelalterliche Kaiserpolitik haftbar machen für alle Geschehnisse bis in die jüngste Gegenwart.

32. Below, Kaiserpolitik 67 f.

33. Below a. a. O. 67; Schneider, MA. 215; Kallen in HJb. 44 (1924) 203 f., 207.

34. Vgl. Haller, Kaisertum 48 ff.

35. Schneider a. a. O. 222.

36. Zeitwende VII<sub>2</sub> (1931) 153 f.

37. HZ. 146 (1932) 541.

Aber hätte nicht Heinrich wenigstens damals, wo die deutschen Bischöfe und besonders Erzbischof Aribio gegen den römischen Papst standen, die Gelegenheit benutzen sollen, die deutsche Kirche unter dem von ihm selbst eingesetzten Mainzer Metropolit zu verselbständigen und so die Macht über kirchliche Dinge zu erhalten, die er vorher unter manchem Nachteil für Deutschland durch die kaiserliche Würde erlangt hatte? Doch Boehm, der diese Möglichkeit erwägt, gibt gleich zu, daß an ein solches Verfahren wegen der damaligen allgemeinen Überzeugung von der *una ecclesia* und Heinrichs Auffassung von seiner kaiserlichen Stellung und Aufgabe im Ernst nicht zu denken war.<sup>38</sup>

Wir kommen zu den Saliern, bei denen sich, wie Breysig empfindet, aller Ehrgeiz kaiserhaften Trachtens in den heißen Kampf mit den Päpsten geworfen, in dem der Erfolg noch fragwürdiger und unbeständiger gewesen sei als in dem um Italien.<sup>39</sup> Sehen wir zu!

Ein kraftvoller Herrscher war der erste Salier, wenn v. Below auch kritisiert, seine und seines Nachfolgers Macht seien zum Teil nur scheinbar imposant gewesen. Sie hätten eben keinen machtvollen Gegner gehabt.<sup>40</sup> Dagegen glaubt W. Schultze, ein politisch geschulter Historiker würde Konrad II. als einen Staatsmann ersten Ranges schätzen.<sup>41</sup> Und auch nach D. Schäfer gehört er zu den tatkräftigsten und erfolgreichsten Inhabern deutscher Königs- und Kaisergewalt.<sup>42</sup> V. Below hätte lieber gesehen, daß Konrad sich dem Norden zugewandt und die seit einiger Zeit aufgegebene Mark Schleswig nicht an Dänemark abgetreten hätte. Und die Erwerbung Burgunds andererseits schätzt er deshalb, weil die zum Teil

---

38. Boehm 60 f.

39. Breysig 152.

40. Below, Kaiserpolitik 68.

41. Gebhardts Hb., Bd. 1, 258.

42. Schäfer, DG., Bd. 1, 177.



germanische Westschweiz ans Reich kam.<sup>43</sup> Das aber sind offenbar nationale, späterer Erfahrung entnommene Maßstäbe, die wenig für die damals einzuhaltende deutsche Politik in Frage kommen können. Wie wenig scharf sieht er hier auch insofern, als er gegen Hampe sich auflehnt, der sich Konrad II. etwas vorsichtiger wünscht gegenüber dem Erwerb Burgunds, der Hauptstätte der kirchlichen künftig gefährlichen Reformpartei. Widerlegt er sich nicht in etwa selbst damit, da er doch entsprechend fordert, daß die Kaiser wegen der künftigen Ausichts- und Zwecklosigkeit der italienischen Politik sich dem Osten hätten zuwenden sollen.<sup>44</sup> Vielleicht hielt es Konrad für dringlicher und wichtiger, durch Burgund die Machtentwicklung Frankreichs einzudämmen und es von Italien abzusperren, wie Hampe wohl annimmt.<sup>45</sup> Bezüglich des Entgegenkommens gegenüber den damals mächtigen Dänen sei auch hingewiesen auf einen Gedanken Hofmeisters, Deutschland sei nicht frei gewesen in seinem Entschluß, schon damals habe seine Mittellage ebenso Gefahren in sich geborgen wie später. Für Deutschland sei es auch damals darauf angekommen, die Nachbarn auseinander- und zu diesem Zwecke sich selber möglichst stark zu halten.<sup>46</sup>

Und was ist über Italien selbst zu sagen? Wenn auch Hallers Ausdruck von dem damaligen Beginn der klassischen Zeit der deutschen Herrschaft in Italien<sup>47</sup> vielleicht etwas zu voll ist, so ist doch auch Davidsohns entgegenstehende Darstellung der Lage der Herrschaft der Kaiser über Italien nicht unbeanstandet geblieben. Hofmeister wendet gegen ihn ein, daß er zum guten Teil an den Staatsbegriff Anforderungen stelle, die dem Mittelalter seinem Wesen nach fremd waren und daß er auf zu wenig Material fuße.<sup>48</sup> Jedenfalls dürfte aus allem kein triftiger Grund

---

43. Below, Kaiserpolitik 69. — Übrigens kam auch durch den Erwerb des Königreichs Italien in einzelnen Tälern der Alpen deutscher Volksboden hinzu (vgl. Schulte, Staat 8).

44. Dopsch in ZgesStW. 85 (1928) 594.

45. Hampe, Salier 13. Vgl. auch Cartellieri, Weltstellung 415.

46. Hofmeister, Nationale Bedeutung 16; vgl. Stegemann 77 f.

47. Haller, Epochen 40.

48. HZ. 121 (1922) 519.

für Konrad II. zu finden sein, Italien fahren zu lassen. Bei seinem Bemühen, den niederen Adel und die Bischöfe stark heranzuziehen und seinen Sohn zu des Vaters Lebzeiten zum Nachfolger zu bestellen, gab ihm die Kaiserstellung gerade den nötigen Rückhalt, wie Boehm betont.<sup>49</sup> Beachtenswert ist auch das Urteil Cartellieris, dem niemand den Sinn für Macht absprechen wird, daß man die Regierung Konrads II. als einen Höhepunkt des deutschen Kaisertums bezeichnen könnte, wenn nicht eine enge Beziehung zum Papsttum fehlte. Denn nur in der Verbindung oder im Gegensatz der beiden Gewalten der Christenheit offenbare sich das volle Gesicht der Zeit.<sup>50</sup> Je sorgfältiger wir die Zeitverhältnisse prüfen, desto klarer müsse es werden, daß der Höhepunkt unter Konrads Nachfolger liege.<sup>51</sup>

Heinrich III. hatte denn, zumal er das Papsttum ganz und gar beherrschte, auch wohl wenig Anlaß, auf die italienische Politik zu verzichten. Wie faßte er das Kaisertum auf? Schramm sieht in dem unter ihm neu aufkommenden Titel „Rex Romanorum“ einen weiteren Schritt zur Romanisierung der Reichs- und Kaiseridee. Dabei leugnet er nicht, daß von dem Herrscher in der Zeit von Sutri das Imperium überhaupt und nicht Rom in das Zentrum seiner Wünsche gestellt worden sei.<sup>52</sup> Über die politische Fähigkeit Heinrichs III. sind sich die Forscher nicht einig. Redet Schäfer von „Stimmungen und Augenblickseinfällen“ und Hampe von Fehlern seiner Politik, so Haller mehr von den Fehlern des Vaters, mit denen er zu ringen gehabt habe.<sup>53</sup>

Man mag es heute mit Stegemann<sup>54</sup> bedauern, daß infolge der nun einmal festgelegten Nordsüdrichtung das Reich sich im Westen und Osten etwas bescheiden mußte. Das ist nur nicht entscheidend für die von Heinrich III. damals zu befolgende Politik. Und ob man gerade von diesem erfolgreichen Herrscher fordern kann, Italien den Päpsten gegenüber politisch ganz zu

---

49. Boehm 67 f.

50. Zeitwende VII, (1931) 155.

51. Ebenda 159; vgl. Cartellieri, Weltstellung 485.

52. Schramm, Teil 1, 227 f., 254 f.; vgl. Stegemann 66.

53. Schäfer, DG., Bd. 1, 188; Hampe, Salier 30; Haller, Kaisertum 70, 72.

54. Stegemann 80 f.

sichern und in Deutschland die Lösung der Krone von den Kirchenfürsten in die Wege zu leiten,<sup>55</sup> ist auch fraglich.

Am meisten gehen die Urteile darüber auseinander, ob es richtig von ihm war, als König und Kaiser die Reformidee zu fördern, ein reformiertes Papsttum zu schaffen. „Daß Heinrich III. der strengeren Richtung innerhalb der Kirche selbst Vorschub leistete, ohne die Möglichkeit zu erwägen, daß diese sich selbst zu bestimmen und unabhängig zu machen streben werde, zeigt wenig Scharfblick.“ So Schultheiß.<sup>56</sup> Ähnlich äußern sich außer Hampe noch W. Schultze, M. Braubach und H. Brunner. Auch Schäfer und Hauck sind offenbar der Meinung, daß Heinrich III. nicht vorsichtig genug war.<sup>57</sup> So urteilen diese Verteidiger der Kaiserpolitik. Es fehlen aber auch nicht solche, die die Lage anders sehen. War die Reform denn noch zu verhindern? Brackmann in seinem gleich zu nennenden Aufsatz über die politische Wirkung der Kluniazenser-Bewegung und Th. Mayer<sup>58</sup> verneinen es. Und der Gegner v. Below möchte die Reformfreundlichkeit an sich nicht nur als wertvoll, sondern auch als politisch gesund und notwendig hinstellen. Die Schwierigkeiten des deutschen Investiturstreites hätten ja nur mit der italienischen Kaiserpolitik zusammengehangen. Sagt er damit im Grunde zunächst nicht dasselbe, wie die Erstgenannten, nämlich, daß italienische Kaiserpolitik und Reformförderung zu vereinigen politisch unklug war?

Diese Ansicht beruht m.E. aber nicht auf der wirklichen Einsicht in die innere Unvereinbarkeit der beiden damaligen politischen Forderungen, sondern ist aus dem tatsächlichen Verlauf erst abgelesen. Dieser aber lag Heinrich III. noch nicht vor, um danach sein politisches Handeln einzurichten. Übrigens wünscht v. Below selbst, daß Heinrich III. länger gelebt oder ein ihm gleichartiger (reformfreundlicher) Nachfolger

---

55. Bühler 160.

56. Schultheiß, Bd. 1, 196.

57. Hampe, Salier 20; Schultze in Gebhardts Hb., Bd. 1, 236; Braubach in VgGeg. 15 (1925) 335; Brunner 88; Schäfer, DG., Bd. 1, 195; Hauck, Teil 3, 592.

58. HZ. 144 (1931) 307.

gefolgt wäre, weil das für Deutschland von Vorteil gewesen sein würde.<sup>59</sup> Danach müssen Kaiserpolitik und Reform an sich doch wohl nicht unverträglich sein, wenn auch nicht ohne Schwierigkeit zu handhaben. Daß die deutschen Könige in dieser Beziehung als Kaiser eine exponiertere Stellung denn Frankreich und England hatten, ist allerdings zuzugeben.<sup>60</sup> Kann man aber von dem Päpste beherrschenden Heinrich III. verlangen, daß er für die Gestaltung seiner Politik hiermit und außerdem mit seinem frühen Tod, der Unmündigkeit und Reformfeindlichkeit seines Nachfolgers rechnen mußte? Konnte er die Herrscherpersönlichkeit eines Gregor VII. und seine infolge der eingetretenen Lage so weit und zu weit gehenden Ansprüche<sup>61</sup> und die sich an ihn anknüpfende Entwicklung voraussehen? Konnte er wissen, daß das unter ihm so schwache Papsttum sich so bald auf die Reform einstellen und sie rücksichtslos durchführen, sie „autonom ohne Rücksicht auf das System der Reichskirche“ organisieren werde?<sup>62</sup> Boehm gibt in seiner Dissertation auch dem Gedanken Raum, daß Heinrich die kaiserliche Würde nicht fahren lassen konnte, gerade weil der Einfluß der Kluniazenser so stark geworden sei. Kirchliche Machtmittel hätten ihm in seiner Eigenschaft als Kaiser eher zur Verfügung gestanden. Auf die Hilfe der Bischöfe habe er so auch eher rechnen können.<sup>63</sup>

Das politische Urteil Heinrichs III. konnte nach alledem<sup>64</sup> wohl nur dahin gehen, daß es möglich und gut sei, die traditionelle Kaiserpolitik mit der immer lebhafter ihr gutes Recht fordernden Reform zu verbinden, davon abgesehen, daß ihn sein religiöses Interesse wohl schon auf diese Fährte brachte. Diejenigen Verteidiger aber, die da meinen, die italienische Politik sei mit dem reformfreudigen Kaiser notwendigerweise ein Unheil geworden, da nun Kirche und Papsttum sich selbständig zeigten, weichen natürlich von dieser Betrachtungsweise ab.

---

59. Below, Kaiserpolitik 72 ff.

60. Vgl. Kern in Gedächtnisschrift 69; Below a. a. O. 13.

61. Vgl. z. B. Koeniger 34.

62. Schneider, MA. 7.

63. Boehm 71 ff.

64. Vgl. noch Bühler 159 f.



Und nach einer anderen Seite der Gegner Schneider. Er schildert, wie Heinrich die alte Reichspolitik mit eiserner Energie habe festhalten, aber auf zeitgemäße Grundlage stellen wollen.<sup>65</sup> Die Leitung der Reform habe er geglaubt in der Hand behalten zu können, indem er sittlich unanfechtbare Männer der deutschen Reichskirche zu Päpsten machte.<sup>66</sup> Es sei das ein ewig denkwürdiger Versuch. Aber er habe scheitern müssen, weil das System mit der Idee der Kirche als transzendentaler Macht von vornherein im schroffen Widerspruch gestanden habe.<sup>67</sup> Eigenwert und Eigenrecht des Kirchlichen, die auch Below sieht, mußten allerdings in einer gewissen Weise berücksichtigt werden. Und darum eben kann man mit Recht bestreiten, daß die zeitweilig angezeigt erscheinende gutgemeinte Omnipotenz des Kaisers in kirchlichen Dingen der *modus vivendi* bleiben durfte. Das war aber ja auch gar nicht nötig. Das rechte Verhältnis hätte sich allmählich schon ergeben können. Mag es Schneider wahr haben wollen oder nicht, es war wohl ein Unglück, daß der Thronfolger bezüglich seiner Einsicht und Einstellung gegenüber dem Reformproblem zu wünschen übrig ließ.

Die staatsmännischen Fähigkeiten Heinrichs IV., zumal in seiner Frühzeit, stehen bei Freunden und Feinden der Kaiserpolitik nicht außer Zweifel. A. Brackmann ist für den König besonders eingetreten in der Abhandlung „Heinrich IV. als Politiker beim Ausbruch des Investiturstreites“.<sup>68</sup> Aber einen Fehler hat der Herrscher, wie v. Below ja andeutet, wohl gemacht, nämlich, die Bedeutung der Reformbewegung unterschätzt, was von unseren Forschern zu wenig berücksichtigt wird. Es fragt sich nur, ob dieser Fehler ihn bei seiner Erziehung und Jugend subjektiv sehr belastet. Oder war die Reform, wie A. Brackmann gegen die bisher geltende Meinung Sackurs vom unpolitischen Charakter der Kluniazenser dann dartat, von vornherein stark politisch interessiert?<sup>69</sup> Daß man also auf den Gedanken

---

65. Schneider, MA. 232 f.

66. Ebenda 237.

67. Ebenda 246, vgl. 184.

68. Berliner SB. 32 (1927) 393 ff.

69. HZ. 139 (1928) 34 ff.

kommen könnte, Heinrich IV. habe als Politiker gerade recht daran getan, sich ihr zu widersetzen. Die frühe spezifisch politische Tätigkeit der Reformen angenommen, aber nach den Anhaltspunkten A. Brackmanns noch nicht zugegeben,<sup>70</sup> blieb es immerhin politisch gefährlich, die religiösen Reformgedanken zu mißachten und nicht zu versuchen, sie von den politischen zu sondern und so ungefährlich zu machen. Der Sohn treibt eine dem Vater und einer starken Zeitströmung<sup>71</sup> entgegengesetzte Kirchenpolitik. Falsch wie sein Ziel war auch die erste Art seines Vorgehens gegen Gregor VII.

Daß das Verhältnis von Kirche und Kaisertum sich schwer trübte, daran war ebenfalls Rom nicht unschuldig.<sup>72</sup> Das Verbot der Investitur verbunden mit dem Bannstrahl und der Absetzung Heinrichs IV. sowie die Nichtwiedereinsetzung in Canossa, kurz der Versuch des Papstes, das sakral verwurzelte König- und Kaisertum seines heiligen Charakters zu entkleiden, diese gefährliche unerhörte Neuerung erschütterte ja schon die Zeitgenossen gewaltig.<sup>73</sup> In den späteren Jahren, wo die Leidenschaft hüben und drüben den Kampf überaus schürte, ist an eine die wahren Interessen von Staat und Kirche berücksichtigende Politik in den strittigen Fragen erst recht kaum zu denken. Daß der König es immer rein negativ mit reaktionärer Machtpolitik ohne Verständnis der Ideen der Kirchenreform versucht habe, tadelt auch Schneider.<sup>74</sup>

Jedenfalls hat der lange Kampf Heinrichs IV. dazu beigetragen, daß der deutsche Episkopat noch ein volles Jahrhundert unter dem Einfluß der Krone blieb. Es drängt sich die Frage auf, ob dazu ein solcher Kampf gerade nötig war bei allseits kluger Politik. Richtig ist, wenn Hampe dem König das andere Verdienst zuweist, den Fürsten gegenüber den Boden nicht verlassen zu haben, auf dem in besseren Zeiten eine Rückbildung

---

70. Vgl. z. B. Schnürer, Bd. 2, 181 ff.

71. Vgl. Hirsch, Klosterimmunität 19 ff.; Schneider, MA. 275.

72. Vgl. Bühler 161 ff.

73. Vgl. Mayer-Pfannholz in Hochland 30 (1932/33), Heft 11, 387 ff., 398 ff.

74. Schneider a. a. O. 289 f.

der königlichen Rechte erfolgen konnte.<sup>75</sup> Jedenfalls die italienische Kaiserpolitik konnte Heinrich IV. nicht als in ihrem Wert und ihrer Durchführbarkeit fragwürdig erscheinen. Denn wenn er sie auch fallen ließ, auf die unter den deutschen Verhältnissen besonders wichtige Reform hätte man von der Gegenseite sicher nicht verzichtet.

Ebensowenig brauchte Heinrich V. daran zu denken, Italien und das Kaisertum fahren zu lassen. Zeigte doch der vergebliche Vertragsversuch in Sutri, was in Wirklichkeit die deutsche Reform und den Frieden mit der Kirche für Deutschland besonders schwierig machte. Seit 150 Jahren hatte der deutsche König seinen Staat zum guten Teil aufgebaut auf den hohen Prälaten, die sich in ihrer geistlich-weltlichen Doppelstellung wohl gefielen. Und der Staat konnte sie so ohne weiteres nicht preisgeben, zumal der König sich entsprechend dem germanischen Eigenkirchenrecht als Herr fühlte. Hier vor allem, gewiß auch in der Kaiserpolitik als solcher, aber nicht so sehr,<sup>76</sup> dürfte der Grund zu suchen sein, daß der deutsche Investiturstreit von vornherein mehr Schwierigkeiten bringen konnte, als der anderer Länder, auch wenn Heinrich IV. der Reform mehr Verständnis entgegengebracht hätte.<sup>77</sup>

Die anderen Staaten können nur mit Vorsicht zum Vergleich herangezogen werden, da ihre Struktur eben eine andere war. Daß der Hinweis auf diese Länder nicht stichhaltig ist, betonen nach Lorenz auch Kienast, Pfeil, Schubert sowie Brackmann, die ja der Kaiserpolitik wohlwollen.<sup>78</sup> Kern scheint das nicht recht zu würdigen.<sup>79</sup>

Insbesondere hält noch Fedor Schneider dafür; „Auch in Frankreich hat es einen Investiturstreit gegeben; aber da hier die Bischöfe nicht wie im Reiche zu weltlicher Macht und staat-

---

75. Hampe, Salier 74 f.

76. Vgl. noch Bühler 158 und Heimpel 16 f.

77. Vgl. Die Grenzboten 30 (1871) 617 f.

78. Lorenz, 13. u. 14. Jahrhundert, Bd. 1, 7; FBPrG. 40 (1927) 383; Pfeil 191; Schubert 16; Brackmann in Berliner SB. 1932, 368.

79. Schäfer, DG., Bd. 1, 214. Vgl. Hergenröther, Bd. 2, 313; Schulte, Fürstentum 9 sowie Kern in Gedächtnisschrift 64.

lichen Befugnissen gelangt waren, also letzten Endes, weil man frei vom Gift der Universaltheorie war, hatte die Staatsgewalt kein Interesse am alten System.<sup>80</sup> Gewiß die sogenannte ottonische Kirchenpolitik mochte in Zukunft ihre Schattenseiten haben. Aber darum läßt sich doch nicht ohne weiteres die nicht mit ihr identische italienische Politik oder Universalpolitik als Ursache für die Schwere des deutschen Investiturstreites hinstellen. Zu eng dürfen diese Dinge nicht verknüpft werden. Hat denn nicht Otto schon vor seinen italienischen Zügen weltliche Macht an Kirchenfürsten verliehen? Und erscheinen sie nicht auch später, ganz abgesehen von der Universalpolitik, als wünschenswerte Stützen des deutschen Königs. Auf das Kaisertum kann also nicht einfach die Hauptschuld an der Schärfe des deutschen Investiturstreites abgewälzt werden.

Wohl mag es sein, daß dieser durch die deutsche Herrschaft über Italien in gewisser Weise noch verschärft wurde.<sup>81</sup> Der Hinweis von Stegemann (82) freilich, daß das „römische Reich“ keine deutsche Kirche habe aufkommen lassen und so eben Deutschland durch den Investiturstreit erschüttert worden ist, dürfte sich kaum erhärten lassen. Aber vielleicht glaubte man, wofür Lorenz eintritt, daß bei dem ungeklärten Verhältnis zwischen Papst und Kaiser dieser besonders leicht zu verwunden wäre?<sup>82</sup> Die zerrüttenden Wirkungen des Investiturstreites gerade aus der Italienpolitik herzuleiten, ist indes — so jetzt wieder Kienast — stark übertrieben.<sup>83</sup>

Die italienische Kaiserpolitik, wie v. Below will,<sup>84</sup> kann man auch nicht ohne weiteres dafür verantwortlich machen, daß nicht schon vorher ein anderes Mittel als Ersatz für die schwankende ottonische Stützung des Reiches gesucht wurde. War doch bis dahin keineswegs des Königs Einfluß auf die Reichsbischöfe ernstlich gefährdet. Wohl haben die Forscher, die die Quellen der ottonischen und ersten salischen Periode als vertrauens-

---

80. Schneider in „Frankreich und der Rhein“ 38; Rörig in Harms, Bd. 1, 50. Vgl. dagegen noch Hellmann 380.

81. Vgl. FBPrG. 40 (1927) 380.

82. Lorenz, 13. u. 14. Jahrhundert, Bd. 1, 7 f.

83. Vgl. FBPrG. a. a. O. 383.

84. Below, Kaiserpolitik 75.



würdig erachteten und die Ursachen und Symptome des Verfalls des Kaisertums nun später ansetzen mußten, seine unter den letzten Saliern im Kampf mit dem Papsttum erfolgende Schwächung mit als den wunden Punkt angesehen. Aber auch jetzt, wo die Teile und Leistungsfähigkeit der Verfassung sich klarer darstellten als unter Otto I., jetzt, wo genug Reibungen entstanden, muß man sie wohl nicht als schlecht haben einschätzen können, da man sich, wie Nietzsche heraushebt, bewußt den neuen Bedürfnissen des Volkes entsprechend weiter an sie band.<sup>85</sup>

Nachdem man gelernt hatte, die beiden Bestandteile der Investitur, die geistliche Amtsgewalt und die weltlichen Hoheitsrechte, begrifflich zu unterscheiden, war ein Ende des verderblichen Kampfes möglich. Auch beim Abschluß des Konkordats, das für Deutschland nach dem langen Unfrieden nötig war, erscheint Heinrich V. als ein mit den Tatsachen rechnender und sein Recht wahrer Politiker. Meint Haller doch: „Das Konkordat bot ihm, was er brauchte: die Verfügung über die Kirchen Deutschlands wie bisher.“ Ähnlich D. Schäfer.<sup>86</sup> V. Below, der der Reform ja nicht unfreundlich gegenübersteht, darf das Konkordat natürlich auch nicht verdammen. In bezug auf die Bischöfe, auf die sich die ottonische Politik so wesentlich gestützt hatte, habe das Wormser Konkordat dem König die Anerkennung seiner Oberhoheit über die weltliche Seite des Bistums gesichert und einen gewissen Einfluß auf die Bestellung des Bischofs, für die grundsätzlich freie Wahl gefordert wurde.<sup>87</sup> Auf die Beherrschung des Papsttums wurde allerdings verzichtet, nicht aber auf den Einfluß gegenüber den Bischöfen und nicht darauf, das in den Kämpfen stärker gewordene Laienfürstentum einzudämmen. Indes die kurze Spanne Zeit, die ihm noch vergönnt war, gestattete ihm zu dem letzten nicht viel mehr als einige Ansätze.<sup>88</sup>

Die Salier sind an unseren Augen vorübergegangen. Waren

---

85. HZ. 45 (1881) 42.

86. Haller, Kaisertum 118; Schäfer, DG., Bd. 1, 253 ff.

87. Below, Kaiserpolitik 77; vgl. Sohm 93 ff.

88. Hampe, Salier 85 f.

sie nicht viel nüchterner, als Breysig die nach ihm „romantischsten unter den von Romantik, von Sehnsucht und Traum gelockten Königen unseres Volkes“ sieht?<sup>89</sup> Von ihnen wurde keineswegs, wie er vorwirft, Reichseinheit und Osten übersehen. Daß die Lage unter ihnen allerdings schwieriger geworden ist, kann nicht geleugnet werden. Die unbedingte Herrschaft über die Kirche war ja dahin. Und bei den Fürsten war infolge der Reform der Wunsch nach dem in einem reinen Wahlrecht liegenden Einfluß wach geworden. Ein Nachteil für den König, während die Fürstenmacht sich hob.<sup>90</sup> Überhaupt die große geistige religiöse Veränderung, die im Abendland unter den letzten drei Kaisern eingetreten war, machte die Politik sicherlich nunmehr dorniger. — Ob jeder von den salischen und von den ihnen vorangegangenen sächsischen Herrschern selbst ein Kaisertum neu gegründet hätte, ist sehr zu bezweifeln. Und das mag besonders gelten für Lothar<sup>91</sup> und Konrad III.<sup>92</sup> Bei der Besprechung ihrer nicht so wichtigen Regierungen sind die Urteile der Anhänger und Gegner der Kaiserpolitik übrigens weniger gegensätzlich. — Die Nachfolger Ottos des Großen waren durch den Ahnherrn wie jeder Erbe in etwa festgelegt. Italien und das Kaisertum fahren zu lassen, dazu wären die deutschen Könige ja auch nur dann verpflichtet gewesen, wenn eintretende ernstliche Schwierigkeiten offenbar stark mit der Südorientierung zusammengehangen und nennenswerte Vorteile sich nicht aus der Kaiserkrone ergeben hätten. Das aber war nicht der Fall. Die Opfer für Italien im ersten Jahrhundert, gemessen an anderen Grenzkämpfen, sollen ebenfalls gar nicht außerordentlich gewesen sein.<sup>93</sup> Darum konnten die deutschen Herrscher und ihre Mitwelt das Imperium nicht als eine Bleikugel, die ihnen ans Bein gebunden war — das ist eine von Kerns an-

---

89. Breysig 90.

90. Vgl. z. B. Hauck, Teil 3, 923 und Schneider, MA. 328.

91. Vgl. Schäfer, DG., Bd. 1, 258 ff.; Haller, Kaisertum 135; Hampe, Salier 93 ff.; Hampe in HZ. 93 (1904) 407; Below, Kaiserpolitik 79; Schneider a. a. O. 351.

92. Vgl. Haller a. a. O. 150; Schneider a. a. O. 363; Below a. a. O. 79.

93. Haller, Epochen 50.

schaulichen Wendungen gegen die Kaiserpolitik —,<sup>94</sup> betrachten. Ihnen war das Kaisertum mehr als ein Stück Blei und wertvoller als ein Hemmnis. Und sie können doch wohl mehr Autorität beanspruchen als die heutigen Gegner der Kaiserpolitik, die bei jedem Herrscher von Otto II. an wegen der Wendung zum Süden, wenn nicht politische Unfähigkeit, so doch politische Schlappen nachweisen wollen. Geradezu wohltuend war es, wenn sie statt kleinlich anmutender Vorwürfe bei den letzten fränkischen Herrschern tiefere Dinge, wie Reform und Investiturstreit, in die Diskussion hineinziehen konnten.

Die gleichen Fehler wie die Salier sollen die Hohenstaufen begangen haben, freilich in noch schicksalsvollerer Zeit. Dabei hebt Breysig hervor, daß ihre Staatskunst viel sacherfüllter und wirklichkeitsnäher gewesen sei als die des vorangegangenen Hauses.<sup>95</sup> Weniger ist hierbei wohl an den ersten Hohenstaufen gedacht, an den eben schon genannten Konrad III.

Gerade der, der in der Erinnerung unseres Volkes so sehr als großer Herrscher festgehalten wird, wenn er auch nicht wie Karl und Otto den Titel eines Großen erhalten hat, Friedrich Barbarossa, erblickte alles andere in der Kaiserkrone als eine Last. V. Below in seiner scharfen Gegnerschaft gegen die Kaiserpolitik mußte es natürlich als seine Aufgabe ansehen, besonders auch die Politik dieses deutschen Herrschers der Schwächen zu zeihen. Auf ihn wollen wir nach Belows Vorgang, auf den auch Schneider hier verweist,<sup>96</sup> näher eingehen als auf die anderen deutschen Könige. Natürlich schauen wir danach aus, wie die italienische Frage seine allgemeine Politik beeinflusst hat

Gewiß scheine dieses Kaisers Stellung groß. Das sei aber eben doch Schein. Tatsächlich habe sie nur auf einem Bündnis mit einem Teil der Fürsten beruht. Daher auch seine Bereitwilligkeit zu weitgehenden Privilegien. V. Below betont dabei

---

94. Kern in Gedächtnisschrift 60.

95. Breysig 90.

96. Schneider, MA. 367.

eigens, daß Friedrich die Fürsten zu Freunden haben wollte auch wegen seiner auswärtigen Politik.<sup>97</sup> Daran stimmt, was auch Schäfer hervorhebt: „Nur mit den Fürsten, schwer gegen sie konnte er auf Erfolg rechnen.“<sup>98</sup> Übertrieben ist aber die Abhängigkeit, in die Friedrich I. ganz und gar so den Fürsten gegenüber gekommen sein soll, wie schon Ficker gegen v. Sybel mit Beispielen belegte.<sup>99</sup> Es muß wohl keine schlechte deutsche Innenpolitik gewesen sein, wenn auch nach v. Below „die Bündnisse mit den Fürstengruppen die königliche Stellung im Verhältnis zu seinem Vorgänger entscheidend verbessert“ haben. Mehr noch. Wie die Verteidiger der Kaiserpolitik, so rechnet auch er dem Könige zum Verdienst an, daß er sich eine kräftige Hausmacht geschaffen, weiter, daß er „den alten königlichen Einfluß auf die Erhebung der Bischöfe und ihre Verwendung als königliche Organe und Beamte im alten Stil erneuert“ habe. Und durch die von ihm eingeschlagenen Wege seiner allgemeinen Politik habe er seine tatsächliche Machtstellung so verbessert, daß die Äußerung des kräftigeren staatlichen Bewußtseins nur die andere Seite der gewandelten tatsächlichen Verhältnisse bedeuteten. Das alles sei seine politische Tat, wenn auch vielleicht nicht sein politisches System.<sup>100</sup>

Sollte denn ein solcher Herrscher Italien und das ihm überkommene Kaisertum preisgeben? Und andererseits: ist er der Mann, der nur aus Tradition „die Bleikugel“ weiterschleppt? Zeigen seine fünf Züge nach Italien und seine späteren Bemühungen dort nicht aufs deutlichste, daß er mehr wollte, als der Tradition genügen? In ihr liegt allerdings nach v. Below das Motiv für die italienische Politik.<sup>101</sup> Hampe indes meint dazu, wegen der Art Doppelherrschaft in Deutschland, die er ja fürs erste nicht antasten konnte, wäre die Richtung nach Süden und Südwesten ihm von vornherein gewiesen gewesen.<sup>102</sup> Auch neuestens erklärt er, bei dem Vorwurf, Bar-

---

97. Below, Kaiserpolitik 85 ff.

98. Schäfer, DG. Bd. 1, 274; vgl. a. Güterbock in VgGeg. 23 (1933) 252 f.

99. Ficker, Königtum und Kaisertum 98; Hampe, Salier 124, vgl. 125 f.

100. Below a. a. O. 88, 89 ff., 92 ff., 95 f.

101. Ebenda 104, 132.

102. MPol., Bd. 3, 225.



barossa habe die Italienpolitik kräftig wieder aufgenommen, übersehe man einmal die damals herrschenden Ideale mit dem Universalgedanken des Abendlandes. Außerdem aber habe er Geld nötig gehabt für das Vordringen in Süddeutschland, für die große Politik, für sein Staatsbeamtentum und Söldnerwesen.<sup>103</sup> Auch Schäfer ist der Ansicht, daß „die Lage, in der Friedrich das Reich antrat, ihn bis zu einem gewissen Grade dazu zwang“. Ob ihm auch der Gedanke vorschwebte, von dem in Italien gewonnenen Boden aus in Deutschland die Königsmacht wieder zu mehren, könne vermutet, durch manches auch wahrscheinlich gemacht, aber nicht bewiesen werden.<sup>104</sup> Wie gewöhnlich, spricht Haller noch kategorischer: „Wer in Deutschland wirklich König sein wollte, mußte die Mittel dazu auswärts suchen“.<sup>105</sup> Er wie Hampe weisen auf die in Italien lockenden Einnahmequellen hin.<sup>106</sup> Wenn v. Below dazu dann behauptet, Kaiser Friedrich habe aus Italien doch keine bedeutenden Geldmittel geholt, so nennt das Dopsch verwunderlich nach den vorliegenden Arbeiten.<sup>107</sup> Und Kienast meint, wenn Barbarossa über genügende Geldmittel verfügt habe, um ein ausgedehntes Krongut zusammenzukaufen, so sei es schwer zu glauben, daß seine italienischen Einnahmen daran so ganz unbeteiligt gewesen seien.<sup>108</sup> Da Friedrich I. dort anfangen mußte, wo ein Heinrich V. aufgehört habe, so war er sogar nach der Ansicht Fedor Schneiders gezwungen, hauptsächlich in Italien neue materielle Grundlagen der Herrschaft zu suchen. Freilich will Schneider das nur dann als einigermaßen aussichtsreich betrachtet wissen, wenn Barbarossa an die Exponenten des neuen Geistes angeknüpft hätte, an Geldwirtschaft, Städte und Bürgertum, gegen die Mächte einer versinkenden Periode, Universalkirche und Fürstentum. Konnte er damals wirklich die engnationalen Anschauungen

---

103. Hampe, Hochmittelalter 189 f.

104. Schäfer, DG., Bd. 1, 273, 276.

105. Haller, Kaisertum 160; Haller, Epochen 95.

106. Haller, Kaisertum 161 f.; MPol., Bd. 3, 234 f.

107. ZgesStW. 85 (1928) 596 f.

108. FBPrG. 40 (1927) 384.

haben und ein universales Erbe preisgeben? Wie wirkte es in Deutschland, wenn er sich einseitig auf die Städte stützte?<sup>109</sup>

Müßten eigentlich die Gegner der Kaiserpolitik es bei Friedrich I. überhaupt hoch einschätzen, daß er mit geschickter und straffer Hand die seit der Zeit des Investiturstreites sich für das deutsche Königtum zeigenden Mängel beseitigt hat, so wird ihnen das günstige Gesamturteil doch gerade erschwert durch sein besonderes reges Interesse für Italien und das Kaisertum. Schmerzlich bewegt stellt v. Below fest, daß die Kräfte Deutschlands überwiegend nicht für seine Zwecke, sondern für Zwecke Italiens auf dieses Land und Rom verwendet worden seien.<sup>110</sup>

Indessen haben doch Friedrich I. und sein Sohn letzten Endes für das deutsche Interesse, für ihren Staat, nicht für den Deutschen fremde Zwecke die gefährlichen Kämpfe auf sich genommen. Daß sie dabei deutsche Kräfte zeitweilig stark anspannten, ist durchaus begreiflich. Fehlerhaftes Vorgehen im einzelnen kann damit allerdings verbunden gewesen sein. Wie verständnisvoll und mit welchem Stolze diese über Deutschlands Grenzen hinausgehenden Bestrebungen auch vom deutschen Nationalgefühl aufgenommen wurden, zeigt besonders deutlich der in Barbarossas Zeit entstandene *ludus paschalis de Antichristo*.<sup>111</sup> Freilich, mit den heutigen nationalen Gewichten gewogen, mag der große Herrscher zu leicht befunden werden.

Die Gegner, Below voran, werfen Barbarossa im einzelnen nun drei Fehler vor, die mit der Kaiserpolitik eben zusammenhängen.

Zunächst grämt es v. Below, daß seiner Ansicht nach der Bruch mit Heinrich dem Löwen um Italiens willen erfolgte. Dabei habe Friedrich I. für Deutschland aus der Niederwerfung keinen Vorteil gezogen. Schon Heinrichs Widerstand gegen seinen kaiserlichen Vetter blickt er mit ganz anderen Augen an als die Verteidiger der Kaiserpolitik.<sup>112</sup> Sprechen diese von

---

109. Schneider, MA. 8, 366; vgl. Nitzsch, Bd. 2, 278 ff.

110. Below, Kaiserpolitik 97.

111. Vgl. die zwei Schriften von Zezschwitz.

112. Below a. a. O. 97 ff.

Partikularismus,<sup>113</sup> von Leidenschaft und von Gleichgültigkeit gegen das Reich,<sup>114</sup> so sieht er in dem „Löwen“ fast nur den Vorkämpfer in dem allerdings tatsächlich für die Zukunft bedeutungsvoll gewordenen Osten. V. Below, der gerade den Partikularismus im Reich sonst so bedauert, scheut sich nicht, hier zu schreiben: „Ein Glück, daß Friedrich nicht alle Kräfte zur Verfügung standen“.<sup>115</sup> Ein gewisser Selbstwiderspruch, auf den auch A. Dopsch hinweist.<sup>116</sup> Nach v. Belows Ansicht über die Notwendigkeit, die Zentralgewalt zu stärken, müßte er dieses im Interesse des deutschen Königs liegende Moment auch beim Sturze des Löwen positiv mitwürdigen. Sucht er das mehr durch einen Scheingrund zu meiden,<sup>117</sup> so gilt dennoch Fickers Wort: „Es gab keinen deutschen Fürsten, welchem der Kaiser nicht schon als bloßer Territorialherr weit überlegen gewesen wäre, keinen Fürstensprengel, welcher den Umfang des jetzigen Bayern erreichte, den anderer Mittelstaaten wesentlich überschritt“.<sup>118</sup> Der dauernde Zwist der anderen Fürsten mit dem übermächtigen Herzog hatte nun auch ein Ende.

Unvoreingenommen ist wohl kein anderes Urteil möglich, als das Hallers, daß es für den Kaiser unmöglich gewesen sei, die Großmacht des Herzogs zu dulden, wenn das frühere Einverständnis zwischen ihnen nicht mehr bestand.<sup>119</sup> Oder wie Hampe sagt: „Eine Einschränkung der herzoglichen Machtstellung wurde zur zwingenden Notwendigkeit, wenn sie dem Ansehen des Reiches so schweren Schaden brachte“.<sup>120</sup> Wenn v. Below die Meinung hegt, als Könige hätten sich ebenfalls die Welfen um Italien gekümmert,<sup>121</sup> so sollte er von seinem Lieblingsfürsten doch auch etwas praktisches Verständnis für die

---

113. Hampe, Salier 161.

114. Haller, Kaisertum 211, 219.

115. Below, Kaiserpolitik 97.

116. ZgesStW. 85 (1928) 596.

117. Below a. a. O. 101.

118. Ficker, Königtum und Kaisertum 100.

119. Haller a. a. O. 219.

120. Hampe, Herrschergestalten 264.

121. Below a. a. O. 78, 99; vgl. Hampe, Salier 168 und Braubach in VgGeg. 15 (1925) 335 f. sowie Bühler 195 und Heimpel 30.

Lage des Reiches und des Kaisers, der ihm überdies nicht nur Verwandter, sondern auch schützender Freund gewesen, erwarten. Barbarossas Erkennen in Chiavenna, „daß eine Fortsetzung des bisherigen deutschen Gleichgewichtssystems bei solcher Eigensucht des Vasallen untunlich und dessen Macht nach Möglichkeit einzudämmen sei“ (Hampe),<sup>122</sup> war kein Verkennen seines Veters.

Trotz dieser Verurteilung können die Verteidiger der Kaiserpolitik bedauern und tun es auch, daß Heinrichs Kraft durch den notwendigen Urteilsspruch dem Osten entrissen wurde.<sup>123</sup> „Aus dem Auf- und Abstieg des Welfen klagt deutscheste Geschichte.“ Sie wissen eben damalige Vergehen und die späteren ungünstigen Teilfolgen der Strafe zu sondern, weil sie nicht so ungehemmt die Vergangenheit nach modernnationalen Gesichtspunkten beurteilen. Übrigens müssen alle zugestehen, daß auch Barbarossa für den Osten etwas tat. Selbstverständlich hat v. Below daran auszusetzen, daß es zu wenig war.<sup>124</sup> Der Fortschritt ist aber auch bei ihm als Gegner der Kaiserpolitik zu verzeichnen, daß er ausdrücklich ablehnt, Heinrich etwas von nationalpolitischer Idee zuzuschreiben, wie man es früher gerne tat,<sup>125</sup> wenn auch Sybel sich schon in dieser Hinsicht zurückzog.<sup>126</sup>

Daß der König selbst bei der Niederwerfung Heinrichs gar nichts erhalten hat, wie Below sagt, entspricht übrigens nach Kienast nicht den Tatsachen. Dieser tut auch dar, wie wenig es berechtigt ist, zu verlangen, Friedrich I. hätte gegen den „Löwen“ ebenso vorgehen müssen, wie der französische König gegen Johann ohne Land. Er kann hierfür nicht nur auf den

---

122. MPol., Bd. 3, 256. — Zur angeblichen Zusammenkunft in Chiavenna vgl. noch Güterbock in VgGeg. 23 (1933) 263, 266 f.

123. Hampe, Herrschergestalten 275; Haller, Kaisertum 219; Großmann in Gebhardts Hb., Bd. 1, 340; Stegemann 84; Güterbock a. a. O.

124. Below, Kaiserpolitik 101 f.; vgl. Großmann a. a. O. 334.

125. Below a. a. O. 98; vgl. Hofmeister, Nationale Bedeutung 13 und Schultheiß, Bd. 1, 247; Schulte, Staat 43. — Auch neuerdings hört man Stimmen, die den „Löwen“ gegen Barbarossa ausspielen, wie sie sich für Heinrich I. und gegen Otto I., für Widukind und gegen Karl den Großen erklären. Vgl. aber Heimpel 30 und Güterbock a. a. O. 267 f.

126. Varrentrapp 100.



seiner Ansicht nach damals schon durchgedrungenen Satz vom Leihezwang, sondern auch auf das Allod hinweisen, das nicht ohne weiteres mit dem Lehen verlorenging. Und vor allem auf die zufällige und momentan günstige Lage, die es dem französischen König erlaubte, die Machtmittel der großen Baronien zusammenzufassen und sich nicht durch sie hindern zu lassen.<sup>127</sup>

Das zweite auf der fehlerhaften italienischen Politik beruhende Versäumnis Barbarossas soll sein, die Reichsgewalt nicht fortschreitend gestärkt und ein bodenständiges Königtum nicht wieder geschaffen zu haben. Kern verzichtet darauf abzuwägen, wieviel etwa zur Zeit Barbarossas für die Wiederherstellung der Staatsgewalt noch zu retten war und erst damals endgültig versäumt wurde, da die Beurteilung der Fehler des 12. und 13. Jahrhunderts und andererseits des 10. Jahrhunderts grundsätzlich zusammenhängen.<sup>128</sup> V. Below aber malt aus, was Barbarossa alles hätte tun können, um die Königsmacht zu stärken. Indessen muß er selbst in etwa die Ansicht von Verteidigern der Kaiserpolitik wie Ficker, Hirsch, Hampe als richtig anerkennen, daß damals die deutsche Verfassung noch gesund und entwicklungsfähig war.<sup>129</sup> Und wer mit Heimpel an die Ministerialen als neuen deutschen Beamtentyp, an die Gesetzgebung von Roncaglia und an den neuen Fürstenstand denkt,<sup>130</sup> wird kaum behaupten können, daß Friedrich nicht auf eine zeitgemäße Entwicklung der Verfassung bedacht gewesen sei. Im ganzen muß er doch wohl nicht mehr Konzessionen gemacht haben, als ein mit den Verhältnissen und den Aufgaben seiner Zeit statt mit Grundsätzen einer fernen Zukunft rechnender Politiker verantworten konnte. Mit einer billigen Verachtung seiner „Kompromißpolitik“ ist nichts entschieden.<sup>131</sup> Es war wohl „eine gewagte Politik, die nur ein Mann von sicherstem Kraftgefühl beginnen konnte“. Das fehlte ihm ja nicht, und außerdem war er bereit hinzuzulernen.<sup>132</sup>

127. FBPrG. 40 (1927) 384 f. — Das Übergewicht der Fürsten entstand erst aus der Katastrophe von 1197, wie Güterbock in VgGeg. 23 (1933) 266 betont.

128. Kern in Gedächtnisschrift 71 Anm. 19.

129. Below, Kaiserpolitik 121 ff.; vgl. Schäfer in NatErz. 6 (1925) 100.

130. Heimpel 52.

131. Below a. a. O. 137.

132. Schäfer, DG., Bd. 1, 276; Güterbock a. a. O. 260 f., 264 f.

Aber auch Friedrichs italienische Politik an sich ist noch im einzelnen Gegenstand der Diskussion. Selbst Haller gibt im Anschluß an den fast allgemeinen Abfall in Italien Anfang 1168 zu, die Frage dränge sich auf, „ob die Politik nicht von Anfang an verkehrt und der Mißerfolg vorauszusehen war“. Wenn er nun auch Mißgriffe der kaiserlichen Beamten anerkennt, so ist es nach ihm doch zweifelhaft, ob ohne diesen Fehler der Ausgang letzten Endes ein anderer gewesen sei. Barbarossas Versuch, das Kaisertum in Oberitalien als unmittelbare Landesregierung aufzurichten, sei letzten Endes an der Kirchenspaltung und an der Gegnerschaft der außerdeutschen Kirche des Abendlandes gescheitert.<sup>133</sup> Nach Schäfer ist es nicht der Papst gewesen, an dessen Feindseligkeiten damals die kaiserliche Politik zerbrach, sondern die lombardischen Kommunen.<sup>134</sup> Hätte nun Friedrich einfach bei solchem Widerstand das Kaisertum fahren lassen sollen? Aber seine Feinde kämpften ja nicht gegen das Kaisertum selbst, sondern gegen die Art, wie er es ausübte (Haller).<sup>135</sup>

Der Gegner Fedor Schneider muß überdies anerkennen, daß die italienische Politik auf einem kühnen und folgerichtig durchdachten Programm beruhte. Dies jedoch habe, so meint er, auch unter günstigeren Umständen in den letzten Konsequenzen am Gegensatz des aufkeimenden Nationalgefühls der Italiener gegen jede Fremdherrschaft scheitern müssen.<sup>136</sup> Aber ertrug nicht Italien noch Jahrhunderte die Herrschaft Fremder? Und galt denn der Kaiser wirklich als ein ganz Fremder? Richtiger ist wohl, daß der feudale gewaltsame Charakter des staufischen Imperiums bei den Städten auf große Schwierigkeiten stieß.

Der Gegner v. Below geht noch schärfer ins Gericht. Er sieht in dem großen Programm von 1158 über die Wiederherstellung der Reichsgewalt in Italien, die nie bestanden habe, reine Phantasie.<sup>137</sup> Dopsch als Rezensent weist demgegenüber

---

133. Haller, Kaisertum 200 f.

134. Schäfer, DG., Bd. 1, 287.

135. Haller a. a. O. 205.

136. Schneider, MA. 366 f.

137. Below, Kaiserpolitik 104 ff.

auf Fedor Schneiders Schrift „Die Entstehung von Burg- und Landgemeinden in Italien“ hin zum Erweis, daß der deutsche König vorher wohl wahre unmittelbare Staatsgewalt in Italien besessen habe.<sup>138</sup> Allerdings sein Ziel hat Friedrich nicht ganz erreicht, wie Fedor Schneider zu verstehen gibt.<sup>139</sup> Und es war auch wirklich gar weit gesteckt. Was Friedrich in Konstanz 1183 schließlich erlangt habe, so fährt Below fort, entspreche gar nicht seinen früheren Plänen. Die Gründung einer Hausmacht von Mittelitalien her, die alsdann erstrebt worden sei, habe dazu notwendig mit dem Papst Feindschaft bringen müssen. Tatsächlich sei also der Konstanzer Friede nicht ein kaiserlicher Erfolg, wie Ficker gemeint habe. Ebensowenig sei Friedrichs Politik gegenüber der Kurie so glücklich, wie es Fickers Schüler Scheffer-Boichorst in seinen betreffenden Untersuchungen hingestellt habe. Hampe und Haller betonten also zu Unrecht den Erfolg der Politik Friedrichs I. in seinen letzten Jahren.<sup>140</sup> Für diese Behauptung stützt sich v. Below vorzüglich auf W. Lenel „Der Konstanzer Friede von 1183 und die italienische Politik Friedrichs I.“<sup>141</sup>

Bezüglich der Lenelschen Kritik zu der umgestellten Politik Barbarossas im letzten Jahrzehnt seines Lebens kann schon von einer ganz unbesehenen Annahme die Rezension von Stimming warnen. Nach ihm bringen die beiden ersten Kapitel des Aufsatzes wenig Neues, ja die Ausführungen des zweiten Kapitels scheinen ihm sogar in ihrer unbestimmten Formulierung einen Rückschritt gegenüber Scheffer-Boichorst zu bedeuten.<sup>142</sup> Über das Thema „Die italienische Politik Kaiser Friedrichs I. nach dem Frieden von Konstanz (1183—89)“ ist letzthin eine neue Arbeit in den Greifswalder Abhandlungen zur Geschichte des Mittelalters erschienen. Der Verfasser Kauffmann<sup>143</sup> steckt hier doch andere Lichter auf als Lenel. Auch die Spezialarbeit über die Militärpolitik Friedrich Barbarossas von Hans Meyer

---

138. ZgesStW. 85 (1928) 597.

139. Schneider, MA. 381.

140. Below, Kaiserpolitik 107 ff.

141. HZ. 128 (1923) 189 ff.

142. JberdDG. 6 (1923) 55 f.

143. Kauffmann, vgl. z. B. 160 ff., 1.

gesteht, wenn er auch der kaiserlichen Politik nicht günstig ist, zu, daß Lenel die territoriale Seite an Friedrichs Politik etwas einseitig betont und die militärische nicht genügend berücksichtigt habe.<sup>144</sup> Wenn weiterhin nach Lenel, wie v. Below betont, Ficker in der Verteidigung der mittelalterlichen Kaiserpolitik sich maßvoller gezeigt hat als die neueren Verfechter seiner These, so muß v. Below doch auch zugeben, daß Hampe in seinem Aufsatz „Friedrich I. und seine Nachfolger“ schon der Lenelschen Kritik wenigstens einige Rechnung getragen habe.<sup>145</sup>

Mögen die Gegner ruhig bestreiten, daß die Politik der letzten Jahre Barbarossas glänzende Erfolge gezeitigt haben. Selbst wenn auch die Verteidiger hier zuviel behauptet hätten, das Recht der Kaiserpolitik ist damit noch nicht in Frage gestellt.<sup>146</sup> Nach den durch mancherlei Unglück, nicht durch Unfähigkeit erlittenen Mißerfolgen braucht kein einzigartiger Gewinn erwartet zu werden. Haller glaubt trotz allem von Friedrich I. sagen zu können: „Da er starb, stand er nicht mehr weit vom Ziele“.<sup>147</sup> Doch sei dem, wie ihm sei. Man kann durchaus heute die Meinung hegen, wie Ficker in der späteren Zeit, daß die Staufer allzusehr nach Italien gestrebt hätten.<sup>148</sup> Das Grundstreben war jedenfalls richtig, insofern sie endlich einmal die Verhältnisse in Italien klären wollten und mußten.

Wie ist nun also Barbarossas Werk einzuschätzen? Nein, die Verteidiger brauchen ihn nicht zu verhimmeln.<sup>149</sup> Aber wenn sie für das gute Recht seiner italienischen Politik eintreten, scheinen sie uns auf besserer Fährte zu sein als die Gegner, besonders als Below, der die Größe der Unternehmungen Friedrichs I. auf alle Weise zu kleinern sucht. Stegemanns Ausführungen, daß Barbarossa außer seinen Kämpfen mit den Welfen um die Königsmacht und mit den Italienern um die Kaisermacht noch eine Auseinandersetzung mit den

---

144. H. Meyer 116 ff.

145. Below, Kaiserpolitik 115, 149 Anm. 37.

146. Scheffer-Boichorst (vgl. Vorwort) hat übrigens als erster die letzten Lebensjahre Friedrichs I. dargestellt.

147. Haller, Kaisertum 232; vgl. Stegemann 85.

148. Böhmer-Ficker-Winkelmann, RI, V<sup>a</sup>, XII.

149. Vgl. zuletzt Suchenwirth, Schicksalsgestalten 29.



Deutschland umdrängenden Gewalten zu bestehen hatte, lassen uns wohl noch besser verstehen, daß er die italienischen Karten nicht aus seiner Hand gab. Wie sagte übrigens Lorenz gegenüber rascher Kritik an Barbarossas italienischer Politik: „Wenn jemand Napoleon I. im Jahre 1804 geraten hätte, er möchte aufhören, Kaiser der Franzosen zu sein, so wäre der Mann nicht lächerlicher gewesen, als wenn ein anderer dem Rotbart gesagt hätte, er möchte sich die Mühe um die Kaiserkrone sparen und sich auf das deutsche Reich zurückziehen“. <sup>150</sup> Wie wenig Below mit seiner Behandlung Friedrichs I., des Hauptthemas seines Buches, maßgebend ist, zeigen auch die mehrfachen großen Ausstellungen seines wohlwollenden Rezensenten Schmeidler, die er dem Lob sehr deutlich hinzufügt. <sup>151</sup>

Auf die spezielle Frage, wie das Streben Barbarossas und seiner beiden Nachfolger gerade nach Sizilien von Freund und Feind der Kaiserpolitik beurteilt wird, muß wegen ihrer Wichtigkeit näher eingegangen werden. Das soll später in einem eigenen Exkurs geschehen. <sup>152</sup>

Unter Heinrich VI. wurde die von seinem Vater Friedrich I. vorbereitete Vereinigung Siziliens mit dem Kaiserreich bekanntlich Tatsache. Da einerseits Heinrich der Löwe eidbrüchig aus seiner Verbannung wieder heimgekehrt, andererseits der bisherige sizilische König gestorben war, „hatte König Heinrich einen Entschluß zu fassen, ob er in Deutschland Meister bleiben oder versuchen wollte, in Unteritalien Herr zu werden“. So formuliert Schäfer. <sup>153</sup> Allerdings lag es doch wohl nicht so fern, sich fürs erste mit dem schwachen deutschen Gegner unter Bürgschaft zu verständigen, um die gefährdete und ersehnte wichtige Erbschaft im Süden in Besitz zu nehmen. Zunächst holte sich der König die ihm schon seit Jahren zugesagte Kaiserkrone. Und wovon redet der Gegner v. Below jetzt, da unter Heinrich VI. das Ziel, Italien fest in der Hand zu halten, erreicht ist? Er sieht die italienische Kaiserpolitik in ihrer „klassi-

---

150. Stegemann 84 ff.; Lorenz, 13. u. 14. Jahrhundert, Bd. 1, 6.

151. HZ. 140 (1929) 389 f.

152. Vgl. hier schon Hellmann 116, 299.

153. Schäfer, DG., Bd. 1, 300.

schen Fehlerhaftigkeit". Heinrichs Tod bedeutet nach ihm für Deutschland nicht viel.<sup>154</sup> Er, der wenig davon wissen will, wenn die Verteidiger sonst von unglücklichen Zufällen reden, betont hier geflissentlich, daß der Herrscher durch einen außerordentlichen Glücksfall unterstützt wurde, Sizilien mit dem Reich tatsächlich zu vereinigen.<sup>155</sup> Nach Haller dachte der Kaiser sein neues Königreich durchaus als eine Herrschaft der Deutschen. Sein Kaisertum war ein deutsches.<sup>156</sup> Und er habe bei den deutschen Fürsten versucht, die deutsche Königs- und Kaiserkrone erblich zu machen. Ja, er strebte darüber hinaus, vielleicht nach der Weltherrschaft, wie es auch D. Schäfer für wahrscheinlich hält.<sup>157</sup> Eine imponierende Erscheinung! „Gewiß“, so hält Hofmeister Einwänden vom nationalen Standpunkt entgegen, „wäre das Reich Heinrichs VI. kein deutsches geworden, aber die Deutschen hätten in ihm auf lange die Führung gehabt“.<sup>158</sup>

Wie oft hat man seinen frühen Tod beklagt! Ich nenne nur Hampe,<sup>159</sup> der das Todesjahr des Kaisers 1197 nächst 1918 als die größte Katastrophe der deutschen Geschichte bezeichnet — Worte, die übrigens auch ein Fedor Schneider übernimmt —,<sup>160</sup> und Haller, der hier einen „Machtspruch des blinden Fatums, keine logische Notwendigkeit“ sieht.<sup>161</sup> Schneider allerdings betont auch hier: Die Katastrophe „war unvermeidlich, weil das Weltkaisertum innerlich unmöglich war“. Nur daß sie damals eintrat, sei Zufall gewesen.<sup>162</sup> Wieder ist mit den üblichen „nationalen Staatsnotwendigkeiten“ gerechnet. Dopsch aber gibt zu bedenken, daß vielleicht gerade die Verbindung mit Italien eine feste Zentralgewalt auch in Deutschland wieder hätte aufrichten lassen, wenn Heinrich VI. nicht vorzeitig ge-

---

154. Bonwetsch in MHL. 17 (1929) 4.

155. Below, Kaiserpolitik 119.

156. Haller, Kaisertum 246, 272.

157. Schäfer, DG., Bd. 1, 179, 303.

158. Hofmeister, Nationale Bedeutung 18 f.

159. MPol., Bd. 3, 286.

160. Schneider, MA. 398.

161. HZ. 113 (1914) 494; vgl. auch Hellmann 280, 305.

162. Schneider a. a. O. 398.

storben wäre.<sup>163</sup> Doch ist kein sicheres Urteil über das angeblich Günstige, was bei längerer Lebensdauer Heinrichs VI. gekommen wäre, möglich, wie auch Schäfer und Hampe mit beachtenswerten Gründen behaupten.<sup>164</sup>

Friedrich II., das unmündige Kind bei des Vaters Tod, kam erst nach langen Kaiserwirren unter Philipp von Schwaben und Otto zur Kaiserkrone. Er hatte die Oberlehnshoheit des Papstes für Sizilien anerkannt und auf dies Land zugunsten seines Sohnes verzichtet. Dies dem Papsttum wichtige Versprechen hat Friedrich II., der in erster Linie Sizilianer war, kaum gehalten und so die endgültige äußere Katastrophe heraufbeschworen. Wohl hat er sich trotz weitgehender Preisgabe der Thronrechte, die übrigens nach Hirsch den Aufstieg der Landeshoheit beschleunigt, nicht aber eigentlich herbeigeführt hat,<sup>165</sup> noch um Deutschland gekümmert und in verschiedener Richtung seine Macht zu wahren gesucht, ja von Italien aus die königliche Gewalt in Deutschland einmal wiederherstellen wollen, wie auch v. Below zugibt.<sup>166</sup> Fedor Schneider aber legt Nachdruck darauf, daß Friedrich durch die Zugeständnisse an die weltlichen und geistlichen Fürsten alle Absicht aufgegeben habe, jemals wieder einen nationalen Staat zu schaffen.<sup>167</sup> Haller betont dann seinerseits, daß wir unter Friedrich II. eigentlich kein deutsches Kaisertum mehr haben.<sup>168</sup> Und Hampe meint darum auch, Deutschland habe vom nationalen Standpunkt aus schwerlich Grund zu wünschen, daß er gesiegt hätte.<sup>169</sup> Die engen Interessen des deutschen Königtums und die weiten des römischen Kaisertums beginnen, wie er sich ausdrückt, jetzt auseinanderzuklaffen.<sup>170</sup> Recht kühl soll besonders nach Schäfer der Geschichtsforscher dem Sturz dieses Staufers gegenüber-

---

163. MÖG. 36 (1915) 30.

164. Schäfer, DG., Bd. 1, 304; MPol., Bd. 3, 286 ff.

165. Hirsch, Gerichtsbarkeit 237.

166. Below, Kaiserpolitik 98, 122, 146 Anm. 18, 150 Anm. 45; vgl. Schulte, Fürstentum 12.

167. Schneider, MA. 423.

168. Haller, Kaisertum 274; MPol., Bd. 3, 287 f.; Stegemann 91.

169. Hampe, Salier 279.

170. Hampe, Hochmittelalter 299.

stehen. Friedrich habe längst, bevor seine Macht zu sinken begann, aufgehört, im Mittelpunkt deutscher Geschichte zu stehen.<sup>171</sup> Dieser „deutsche“ Kaiser wird denn auch mit Recht von den Geschichtschreibern für die Beurteilung mittelalterlicher Kaiserpolitik wenig beachtet. Hier fehlt der scharfe Gegensatz in der Bewertung, ähnlich wie bei Lothar und Konrad II.<sup>172</sup>

Blicken wir nunmehr kurz auf die Politik der Staufer zurück. Ohne Zweifel haben sie die imperiale Idee in ihrem Sinne entfaltet.<sup>173</sup> Für unsere Kontroverse können wir uns hier auf die Tatsache beschränken, daß sie praktisch mit aller Energie die traditionelle italienische Politik — sogar bis Sizilien —<sup>174</sup> betrieben. Der dauernde Erfolg war ihnen allerdings versagt. Wenn über die Gründe des Untergangs wohl kaum jemals volle Übereinstimmung des Urteils zu gewinnen ist, wird man nur von unerreichten Zielen und Absichten, nicht, wie Lorenz es tut,<sup>175</sup> von unerreichbaren Plänen sprechen dürfen. Nehmen wir einmal an, mit Brackmann ließe sich die geschichtliche Erkenntnis gewinnen, daß die Italienpolitik damals, als die Weltanschauung Clunys sich durchzusetzen begann und die Staufer trotzdem an universalen Aufgaben festhielten, tatsächlich ein Verhängnis wurde. Daß es aber unter allen Umständen so kommen mußte, läßt sich auch heute noch, wo wir den Ausgang kennen, bestreiten. Freilich, der sakrale und damit auch der universale Charakter des Imperiums hatte durch den Investiturstreit gelitten.<sup>176</sup> Das war ein bemerkenswerter Verlust für das Kaisertum. Aber dennoch durften die Staufer wohl noch das Vertrauen hegen, eine Macht in Schranken halten zu

---

171. Schäfer, DG., Bd. 1, 325.

172. Ausdrücklich sei noch hervorgehoben, daß es sich in diesem Abschnitt nur um einen Überblick über die Beurteilung der Politik der einzelnen Kaiser nach Otto I. handelt. So brauchten zu Friedrich II. die Werke von von den Steinen und Kantorowicz nicht berücksichtigt zu werden. Vgl. auch oben S. 98.

173. Vgl. den 2. Exkurs am Ende der Arbeit.

174. Vgl. den 1. Exkurs am Ende der Arbeit.

175. Lorenz, 13. u. 14. Jahrhundert, Bd. 1, 4.

176. Mayer-Pfannholz in Hochland 30 (1932/33), Heft 11, 403.



können, deren universale Politik, um 1300 schon vom französischen Staat sehr geschwächt, immer mehr dahinsinken sollte. Und wenn auch wegen der Teilung der deutschen Kräfte, wegen des Aufkommens der Westmächte und Italiens selbst und wegen der ständig wachsenden Verbreiterung Europas die Wiederherstellung des römischen Kaisertums in nordsüdlicher Richtung unsicher war,<sup>177</sup> politische Größe jedenfalls ist den Staufern kaum abzusprechen. „So fest waren sie von dem Heil ihrer Sache überzeugt, daß selbst unter stark veränderten Verhältnissen keiner von ihnen eine wesentlich abweichende Bahn einschlug.“<sup>178</sup> Ähnlich wie hier Hampe, so betont auch Haller, daß weder Friedrich I., der doch als der Klügsten einer gerühmt werde, noch die vielen bedeutenden Männer, die ihn umgaben, an den Aussichten des Erfolges gezweifelt. Friedrich I. und sein Sohn hätten auch ihr Volk hinter sich gehabt, als sie darauf ausgingen, ihm die verlorene Hegemonie zurückzuerobern.<sup>179</sup> Anders fällt der Akzent bei den Gegnern. Wenn Friedrich staatsmännischen Blick bewährt habe, indem er diejenigen Mittel ergriff, die zu seiner Zeit geeignet gewesen seien, die königliche Gewalt in Deutschland wieder herzustellen, so hat nach v. Below sein Anschluß an die traditionelle italienische Politik verhindert, daß seine Regierung Bleibendes hinterließ.<sup>180</sup> Dahin zielt auch das Urteil Schneiders, daß das staufische System in seiner Verknüpfung mit der Universalpolitik sich als *circulus vitiosus* erwiesen habe.<sup>181</sup> Und Rörig unterstützt beide durch seine Ansicht, daß man wenigstens in einer Zeit werdender nationaler Kulturen und Staatenbildungen das Kaisertum hätte fahren lassen müssen, weil sonst Deutschland zu einer partikularstaatlichen Mißbildung wurde.<sup>182</sup> Gewiß sahen die Stauer den drohenden Partikularismus. Aber konnten sie nicht hoffen, seiner Herr zu werden, ohne die führende Stellung im Abendland preiszugeben? Mit Simonsfeld müssen wir „nicht

---

177. Stegemann 89.

178. MPol., Bd. 3, 223.

179. Haller, Epochen 84.

180. Below, Kaiserpolitik 132.

181. Schneider, MA. 423.

182. Rörig 10.

etwa nur eine persönliche Laune Friedrich Rotbarts annehmen, sondern eine politische und kulturelle, ich möchte sagen, eine ethische Notwendigkeit, das Kaisertum bei der deutschen Nation zu erhalten und es in seinem alten Glanze wieder herzustellen".<sup>183</sup> Das gilt von den Staufern überhaupt.

Die ganze Reihe der deutschen Kaiser, deren Politik von Otto I. an, wenn auch bei einigen weniger ausgeprägt,<sup>184</sup> zum Süden ging, ist an unseren Augen vorübergezogen. Ihre Handlungen und die Beweggründe, die wir neben der Tradition bei ihnen annehmen konnten, ließen uns mit den Verteidigern ihre italienische Politik nicht als töricht erscheinen. Ja unmöglich, wenn — so Cartellieri — jeder König zu ihr durch Weltanschauung, Kirchen-, Finanz- und Außenpolitik veranlaßt war. Es geht nach Schubert überhaupt nicht an, im hochmütigen Bewußtsein einer Erfahrung, die nach Jahrzehnten rechnet, auf eine historische Erscheinung herabzublicken, die drei Jahrhunderte mit höchsten Ehren bestand, und mit der Klugheit unserer Tage oder auch aus modernem Schmerz den Führern jener Tage vorzuhalten, was sie eigentlich hätten tun sollen, und die Lösung in der einfachen Formel zu finden: Vor allem hättet ihr nicht nach Rom gehen dürfen.<sup>185</sup> Wir verstehen es darum, wenn Kienast und Bonwetsch sich wundern, daß ein Historiker wie Below drei Jahrhunderte deutscher Geschichte verketzert, ihrer Grundstimmung nur eine schlechte Zensur entgegenzusetzen vermag.<sup>186</sup> Führt nicht beispielsweise Heimpel gerade wieder aus, daß „die deutschen Könige seit Heinrich I. im Osten das Menschenmögliche getan haben“.<sup>187</sup> V. Below will sein Urteil allerdings eigentlich so aufgefaßt wissen, daß er nur den politischen Schaden für die Verfassungsgeschichte herausstellen wollte, dabei aber Verständnis dafür zeige, wie die Könige auf diesen Weg gelangt seien.<sup>188</sup> Wenn man den

---

183. Simonsfeld, Bd. 1, Vorwort.

184. Vgl. noch Büchner 84 f.

185. Cartellieri in NHeidJbb. 13 (1904) 123 f.; Schubert 5 f.

186. FBPrG. 40 (1927) 380; MHL. 17 (1929) 2.

187. Heimpel 19 ff.

188. VSozWG. 20 (1928) 456.

Herrschern vorhält, sie hätten andere Politik machen sollen, so ist, wie schon einmal angeführt, „der Urfehler, daß man ausgeht von der Existenz einer deutschen Nation als etwas Gegebenem“.<sup>189</sup> Man vergesse zudem nicht, daß das deutsche Regnum als Inhaber des Imperiums getragen wurde von der Einheit der Jugend und des Anfangs, wie derselbe Heimpel sich ausdrückt. Die wirklichen Gefahren waren zunächst nicht klar zu sehen. Und alsdann davor zurückzuschrecken, sei eben nicht die Art der Jugend.<sup>190</sup> Dabei mag man außerdem noch wie Breysig, nach dem die deutschen Könige aus ihrem Kaisertum viel Traum und wenig haltbare Wirklichkeit geschöpft haben, zur Erklärung des Festhaltens der deutschen Königsgeschlechter an den Römerzügen hier ein Kennzeichen deutscher Art vermuten,<sup>191</sup> oder auch wie Dümmler in Berücksichtigung der Tradition und der zwangsläufigen Geschichte davon reden, daß die Ereignisse „wie ein unabweisbares Verhängnis die persönliche Verantwortung der Mitwirkenden gleichsam aufzuheben scheinen“.<sup>192</sup> Nur Teile der ganzen Wahrheit, nicht die Lösung darf man hier suchen, wenn die Autoren auch nicht so sehen sollten.

Wann war denn das Aufgeben dieser Politik nötig?<sup>193</sup> Leicht war es ohne Zweifel nicht. Selbst Lorenz, der ja, wenn er hinsichtlich der Entwicklung der menschlichen Dinge Wünsche aussprechen könnte, sagen möchte, daß es dem weit in deutsche Rechte hineingreifenden Innocenz III. gegenüber die einzig richtige deutsche Politik gewesen wäre, sich gänzlich von Italien zu lösen, gesteht zu, daß „wohl keine Macht der Welt sich aus solchen bloß theoretischen Überlegungen hätte entschließen können, von einer durch Jahrhunderte vorgezeichneten Bahn abzugehen. Denn das eben gehört zum Wesen der

189. Delbrück, Teil 2, 398.

190. Heimpel 27 f. Den großartig germanisch-unbekümmerten Anfang will und kann allerdings Heimpel (29 f.) nicht mehr für Barbarossa zustehen. Dem Stauferreich fehle dazu der frühere Adel des Ordens. Und dennoch, Heimpel weiß auch hier um das Heldentum des Wagens und Kämpfens bis zum Ende.

191. Breysig 107, 151.

192. Dümmler in PrJbb. 24 (1869) 309.

193. Nach Stegemann (65) war der Zwang, nach Italien zu gehen, so lange wirksam, als der nordische Kontinent nicht aus sich leben konnte. Zur Veränderung im Staatsgefüge vgl. noch Schulte, Staat 66 ff.

Geschichte, daß an solchen Wendepunkten nicht die Berechnung, sondern die Logik der Tatsachen entscheidet. Das Kaisertum ist erst durch eine Reihe ungeheurer Ereignisse zu Grabe gebracht worden, die kein menschlicher Genius voraus zu berechnen imstande war".<sup>194</sup> Nach Hofmeister war der Zeitpunkt für ein Abbrechen der Kaiserpolitik vielleicht doch nicht vor dem 13. Jahrhundert gekommen. Vielleicht hätte es sich, wie er meint, von selbst ergeben nach dem Tode Heinrichs VI., wenn nicht die ruchlose Ermordung Philipps von Schwaben den natürlichen Gang der Entwicklung abermals gestört hätte.<sup>195</sup>

Wir brauchen also nicht, um Hallers scharfen Ausdruck zu nennen, anzunehmen, daß acht Generationen von Deutschen politische Narren gewesen sind, daß der politische Irrsinn einmal 250 Jahre gedauert hat.<sup>196</sup> Auch Kern, der Gegner der Kaiserpolitik, ist weit davon entfernt, die deutschen Herrscher als unfähig und untüchtig anzusehen.<sup>197</sup> Aber sie lagen seit Otto I. seiner Anschauung nach, wie wir hörten, in den Fesseln der Tradition. Wenn das auch übertrieben ist, so hat er doch darin recht, daß ihnen manches Mal ein Kraftüberschuß fehlte. Und daß sie nicht für Deutschland unmittelbar so sorgen konnten, wie etwa Frankreich für sich.<sup>198</sup> Darum allein aber ist ihr politisches Handeln nicht als falsch zu bewerten. Das große Spiel, das sie spielten, war leider nicht vom Glück begünstigt, während bei anderen Ländern die kleineren Aufgaben mit von der Fortuna gelöst wurden.<sup>199</sup> Mußten die Deutschen wirklich vernünftigerweise selbst unanfechtbare Ansprüche preisgeben, weil sie schon vorläufige Schäden sahen, die sie aber auszuwetzen hoffen konnten? Wir erst vermögen, belehrt durch den Vergleich mit der Geschichte anderer Staaten und den Ausgang, einigermaßen klar zu blicken. Und auch dieses Lernen aus den Folgen ergibt, wie wir noch sehen werden, keineswegs eine zweifelsfreie Grundlage zur Beurteilung der mittelalterlichen Kaiserpolitik.

194. Lorenz, 13. u. 14. Jahrhundert, Bd. 1, 17.

195. Hofmeister, Nationale Bedeutung 19; vgl. auch unten S. 160.

196. Haller, Epochen 43.

197. Kern in Gedächtnisschrift 59, 65.

198. Ebenda 63 ff.

199. Vgl. Heimpel 48.



### **Dritter Teil.**

## **Die Beurteilung der mittelalterlichen Kaiserpolitik aus ihren Folgen.**

### **Erster Abschnitt.**

## **Allgemein Grundsätzliches zu den zwei Arten der Beurteilung.**

Nach der Betrachtung über die politischen Entschlüssen und Unternehmungen der einzelnen mittelalterlichen Herrscher im zweiten Teil könnte man meinen, die Behandlung der mittelalterlichen Kaiserpolitik in der Historiographie genügend kennengelernt zu haben. Dem ist nicht so. Zur Beurteilung dieser geschichtlichen Frage sind nämlich immer wieder und nicht in letzter Linie auch die Folgen herangezogen worden, die sich ergaben. Leider ist man sich aber oft nicht darüber klar geworden, daß es sich hier um zwei verschiedene Betrachtungsweisen handelt, wenn es auch an mehr oder weniger deutlichen Hinweisen hierzu nicht fehlte. Ich denke z. B. an Ficker, Hauck, Brackmann und neuestens an A. Schulte und Heimpel.<sup>1</sup> Ganz klar spricht sich Kern darüber folgendermaßen aus: „Die rückschauende Beurteilung der Folgen ist natürlich nicht mit einer Beurteilung der ehemaligen Beweggründe und der Handlungen selbst zu verwechseln, die sinngemäß nur aus ihrer eigenen Zeit verstanden werden können. Der Streit um die deutsche Kaiserpolitik des Mittelalters kann aus dem Zustand des Aneinander-vorbeiredens nur dann herausgeführt werden, wenn von allen

---

1. Ficker, Königtum und Kaisertum 14; Hauck, Teil 3, 216; Brackmann in VelhMonh. 43 (1928/29) 443; Schulte, Staat 26; Heimpel 2.

Beteiligten jene beiden durchaus verschiedenen Beurteilungsweisen scharf auseinandergehalten werden.“<sup>2</sup> Gewiß, die Historiker mußten, um das Gebäude des Kaisertums und seiner Politik ganz kennenzulernen, die Hinterseite des Hauses gleichsam mit hinzunehmen. Aber diese Ansicht durfte mit der der zunächst entstandenen Vorderseite nicht ohne weiteres vermengt werden. Die Fragestellung, die sich nur um das, was gefolgt ist, kümmert, ist durchaus zu unterscheiden von der bisher erörterten Beurteilung der für Gegenwart und nächste Zukunft gefällten politischen Entscheidungen der deutschen Herrscher in ihrer konkreten Lage. Wenn auch die wissenschaftlichen Einzeluntersuchungen dies bisher praktisch kaum durchgeführt haben, wir wollen die Betrachtungsweisen deutlich auseinanderhalten. Darum tun wir gut daran, hier im dritten Teil gesondert uns damit zu beschäftigen, wie sich die Kaiserpolitik, von den Folgen aus gewürdigt, in unserer Geschichtschreibung bislang darbot. Eine Wiederholung ist das offenbar nicht. Es kann wohl bisweilen zunächst so scheinen.

Bevor wir uns nun den dunklen oder hellen Folgen im einzelnen zuwenden, ist es angebracht, uns hier wenigstens kurz darauf zu besinnen, auf welche Gefahrenpunkte bei Beurteilung des Kaisertums und seiner Politik wir im zweiten Teil bereits aufmerksam geworden sind.

Zu erkennen war da insbesondere, daß die Verhältnisse des Mittelalters nicht oder ungenügend in Rechnung gestellt wurden, während die der modernen Zeit stark zutage traten. Immer wieder ist denn auch gerade gegenüber den Gegnern der Kaiserpolitik die Forderung erhoben worden, die frühere Zeit doch mit ihrem eigenen Maßstab zu messen.

V. Below wendet diesbezüglich gegen Haller ein, man könne unmöglich das immer als richtig ansehen, was eine Zeit erstrebt habe.<sup>3</sup> Er hat mit diesem Satz an sich recht. Es fragt sich nur, ob solch eine allgemeine Sentenz hier ein stichhaltiger

---

2. Kern in Gedächtnisschrift 32

3. Below, Kaiserpolitik 10.

Einwand ist. Handelt es sich doch darum, festzustellen, ob unter den damals gegebenen Verhältnissen klüger, zweckentsprechender, richtiger gehandelt werden konnte. Und danach hat der Geschichtsforscher sein Urteil über die Kaiserpolitik zu bilden. Auch dann, wenn er von den Folgen ausgeht. Denn einmal können die vorausgesehenen Wirkungen oder sollten sogar bei der Entschließung der Herrscher zur Tat eben eine Rolle mitspielen. Und auch dann, wenn „über nichts der Mensch so wenig Gewalt hat als über die Folgen seiner Handlungen“,<sup>4</sup> werden diese Folgen natürlich nicht ohne weiteres nur von moderner Einstellung her recht belichtet.

Gegenwartsverhältnisse dürfen also nicht einfach, sei es offen oder versteckt, zur Grundlage der Verdammung alter Zeiten gemacht werden. Der Forscher möge aber ruhig Verbindungslinien ziehen zur Gegenwart und sein Urteil vom heutigen Standpunkte aus noch zufügen. Diese sekundäre Aufgabe wird von Below jedoch als eigentlich maßgebende Beurteilung hingestellt.<sup>5</sup> Sehr mit Unrecht.<sup>6</sup> Bonwetsch zufolge zeigen Belows Ausführungen, wie weit ihn die einseitige Betonung des historischen Richteramtes von der wahren Aufgabe des Historikers abgelenkt habe. Bei seinem Verhalten fehle das Merkmal der geschichtlichen Leistung, die der Geschichtsforscher in erster Linie zu würdigen und in ihrer Wirkung zu verstehen habe.<sup>7</sup> Daran mangelte es ja schon bei Sybel, wie noch neuestens Schieblich bekennt.<sup>8</sup>

Besser als die erst in zweiter Linie in Betracht kommende Bewertung auf Grund von gegenwärtig geltenden Maßstäben wäre natürlich eine Beurteilung auch unserer Frage vom Boden unzweifelhafter, absoluter, also überzeitlicher Wahrheiten und Werte. Doch darüber besteht ja keine Einigkeit, heute weniger denn je. Bernheim empfahl in der Zerrissenheit unserer grundlegenden Anschauungen bekanntlich mit Nachdruck die An-

---

4. Hauck, zitiert bei Below, Kaiserpolitik 11.

5. Below, Reichspolitik 12 ff.

6. Vgl. Grotenfelt 194 ff.

7. Bonwetsch in MHL. 17 (1929) 3.

8. Schieblich 150.

wendung der sogenannten relativen Wertmaßstäbe, d. h. die Methode, die einzelnen Ergebnisse mit dem Maßstab ihrer eigenen Entwicklung zu messen und aufzufassen.<sup>9</sup> Innerhalb dieser Betrachtungslinie hat natürlich die Kritik ihr gutes Recht.

Hemmungsloses Miterleben der eigenen Zeit bringt für die Wissenschaft die zu subjektive Einstellung, die wir bei den Forschern der Kaiserpolitik ja wohl auch antrafen. Seinen Befund braucht der Geschichtschreiber darum nicht nüchtern und trocken wiederzugeben, wie v. Below fürchtet. Das tun nach seiner eigenen Feststellung auch die Verteidiger der Kaiserpolitik nicht.<sup>10</sup> Dem sich rechtfertigenden v. Below<sup>11</sup> kann man sogar zugestehen, es sei nicht sehr zu beanstanden, wenn ein Historiker einmal schilt, obgleich Ranke zum Unterschied von Sybel bei der Geschichte von Richten und Gefühlsbetonung und Belehrung für die Gegenwart wenig wissen wollte.<sup>12</sup>

Ist das subjektive Element in der ganzen Auffassung und Darstellung niemals vollständig zu meiden nötig und auch nicht möglich,<sup>13</sup> so wird es aber doch wohl schlecht gelingen, zu dem wünschenswerten möglichst objektiven Resultat zu kommen, wenn man dem Subjektiven für die Geschichtswissenschaft eine so starke Rolle zuweist, wie etwa v. Below.<sup>14</sup> Man denkt da zurück an das Sybelsche Programm, zu arbeiten cum ira et studio.<sup>15</sup> „Mit Rankes stiller Größe, weltumspannender Weitherzigkeit verglichen, lag in Sybels Natur ein einseitig folgerechter leidenschaftlich energischer Zug“, gibt Dove denn auch zu.<sup>16</sup> Kann man sich da wundern, daß auch heute starke Ge-

---

9. Bernheim, Methode 768 ff.

10. Below 47 bei Steinberg (1925).

11. VSozWG. 20 (1928) 456.

12. Sybel, Gedächtnisrede 11; Dove 117; Bailieu in ADB., Bd. 54, 651.

13. Meister, Methode 31. Vgl. Grotenfelt 124 ff., 173 ff., 208 ff.; Kaufmann, Geschichtsphilosophie 15 ff.; Simon 7.

14. Below, Geschichtschreibung, z. B. 114.

15. Bailieu a. a. O. 647. Rankes Objektivität aber gründete nach Sybels eigenen Worten (Gedächtnisrede 11) in dem Nebeneinander des Studiums des Forschers, der künstlerischen Gestaltung und der philosophischen Betrachtung.

16. Dove 121.



fühlsbetonung in Darstellungen gerade gegen, aber auch für die Kaiserpolitik, sich findet. Es geht da leicht mehr um Widerhall oder Weckung von politischem Leben in der Gegenwart als um Wahrheit über die Vergangenheit. Nicht als ob dem echten Geschichtschreiber etwa das Lebendige fehlen dürfte. Nein, er soll es verstehen, hineinzuführen in das wirkliche Leben der Vergangenheit und braucht dabei auch die lebendige Gegenwart keineswegs auszuschalten.

Darf denn etwa der politisch-nationale Antrieb, wie er uns begegnete,<sup>16a</sup> dem Historiker die Feder führen? Eine schwierige Frage. Es ist wohl angebracht, sich ihr schon hier näher zu widmen. Wie hat man sie denn beantwortet?

Die großdeutsche Publizistik wurde von den universalistischen Interessen bewegt. Sie fürchtete vor allem, daß im Strom des Nationalismus, wie er in einem von Preußen her gewünschten Zentralstaat notwendig mit der Zeit sich bilde, die deutsche Objektivität und der deutsche wissenschaftliche Geist versinken würden.<sup>17</sup> Gerade Sybel hat denn auch seinerseits schon in seiner Dissertation den Gegensatz, den er später zu einer bestimmten Weltanschauung ausbauen sollte, berührt, den der Nationalität zur Universalität.<sup>18</sup>

Und die kleindeutschen politischen Historiker waren ganz und gar im Bann des Nationalismus. Sie betonten ja nicht nur die Polis, den Staat im allgemeinen, und seine gerade in der Außenpolitik sich zeigende Macht. Und sie bekannten sich nicht nur insbesondere zum deutschen Staat und Volk. Nein, sie wollten für den Nationalismus und bestimmte politische Parteiideale werben. Unsere Geschichtschreibung hat sich nach 1870 mehr und mehr von dieser letzten Tendenz grundsätzlich abgewandt.<sup>19</sup> Sie sah meistens weniger als v. Below<sup>20</sup> hier ein gutes Recht, sondern vielmehr bei L. v. Ranke, der sich ja zu

---

16a. Vgl. oben besonders S. 24 f.

17. Dankworth 27.

18. Caro in Nord und Süd 60 (1892) 38.

19. Lenz in DR. 102 (1900) 80.

20. PrJbb. 193 (1923) 283 ff.

wünschenswerten universalhistorischen Gesichtspunkten<sup>21</sup> erhob und wenigstens mehr nach Objektivität strebte.<sup>22</sup>

Below zufolge hat Ranke seinen berühmten programmatischen Satz, er wolle bloß sagen, wie es eigentlich gewesen, nur im Gegensatz zu der rationalistisch-aufklärerischen Art, über die Vergangenheit zu Gericht zu sitzen, formuliert.<sup>23</sup> Das ändert aber daran nichts, daß der große Geschichtschreiber selbst gegenüber den damaligen politischen Historikern Reserve hielt.<sup>24</sup> Die ganze grundsätzlich objektive Einstellung Rankes wird sicher auch nicht damit entwertet, daß v. Below die Befürchtung geltend machte, „unter der Firma, man wolle nur zeigen, wie es eigentlich gewesen sei“, könnten tatsächlich „bestimmte zeitgebundene Anschauungen von der Vergangenheit“ vorgetragen werden. Gewiß, Fehler können auch bei dem vorkommen, der die Gefahrenzone meiden will. Aber bei dem anderen doch vielleicht eher. Ob in neuerer Zeit etwa ein v. Below „viel unbefangener, mit weniger Vorurteilen an die Dinge herantritt“,<sup>25</sup> wie er wohl meint, stehe vorläufig dahin. Mußte nicht schon der leidenschaftliche v. Sybel, als gegen ihn ob seiner stark nach politischen Prinzipien vorgehenden Arbeitsweise Bedenken laut wurden, selbst seinen Standpunkt vorsichtiger formulieren als in seiner Akademierede.<sup>26</sup>

Der kurze geschichtliche Rückblick auf die großdeutsche, kleindeutsche und Rankesche Art der Geschichtschreibung stellt es deutlicher in Frage, ob schlechthin nur das politisch-nationale Interesse der jeweiligen Gegenwart die Führung beim Historiker übernehmen dürfe. Die Dinge scheinen vielmehr so zu liegen, wie der Österreicher Srbik sie sieht. Das Ziel für die Geschichtsauffassung müsse sowohl ein wissenschaftliches als ein national-politisches sein. Jedoch: „Das Primäre muß das von jedem

---

21. Bernheim, *Methode* 772.

22. Vgl. z. B. Grotenfelt 129 ff.; Below, *Geschichtschreibung* 56 f.

23. VSozWG. 20 (1928) 455.

24. Diese glaubten freilich, den Meister mit ihrer Art zu verbessern und auch im Publikum entsprechend gewertet zu werden. Vgl. Lenz in DR. 102 (1900) 79.

25. VSozWG. 20 (1928) 455.

26. Varrentrapp 100.

politischen Wunschbild freie Bemühen sein, die Vergangenheit in ihrer zeitlichen Bedingtheit zu verstehen und genetisch den Gang der deutschen Geschichte bis zur Gegenwart zu verfolgen."<sup>27</sup> Wie er in einer Besprechung der Schrift Belows „Die parteiamtliche neue Geschichtsauffassung“ bekennt, betrachtet auch er Ranke als den besten Leitstern für die Frage des Verhältnisses von Politik und Geschichte, nicht etwa die kleindeutschen Realisten.<sup>28</sup>

Wäre es denn nicht besser, das politische Interesse bei der Geschichtschreibung ganz auszuschalten? Warf doch Moriz Ritter bei seiner Berührung des Sybel-Fickerschen Streites allgemein die Frage auf, ob das Betonen der rein politischen Seite der Geschichte nicht die Versuchung zu einseitiger Behandlung ergebe und ob im Hervorheben bestimmter oberster politischer Zwecke und Verfahrungsweisen nicht die Gefahr entstehe, die Tatsachen dem vorausgesetzten Gang der Aufgaben und Methoden der Politik gewaltsam anzupassen. Wenn er gerade in letzter Beziehung als Gegenmittel die Ausbildung der methodischen Kritik und die damit verbundene Schärfung des Gewissens nannte, so fehlte doch nicht die etwas lakonische Bemerkung: „Wie weit es sich wirksam erwies, hing sehr ab von der Eigenart des Geschichtschreibers.“<sup>29</sup> Es mag auch beachtet werden, daß Maurenbrecher, der politisch-historische Mitkämpfer Sybels, sich später geflissentlich von politischen Parteikämpfen des Tages zurückhielt, gerade um in seinem Urteil Historiker bleiben zu können.<sup>30</sup> Kein Wunder, wenn unter Hinweis auf die zur Ergründung der geschichtlichen Wahrheit notwendige vollste Unparteilichkeit der Geschichte ein Goetz 1919 sogar schlechthin urteilte, daß ihr die Loslösung von allen Tagesfragen nur von Vorteil sei.<sup>31</sup> Ohne Zweifel, die Verbindung von Geschichte und Tagespolitik kann das Urteil trüben. — Oder ist noch mehr zu behaupten als diese Möglichkeit? Die persönliche Stellung des

---

27. Srbik in DVLG. 8 (1930) 4.

28. MIOG. 39 (1923) 253.

29. Ritter 426 ff.

30. Busch 27.

31. Goetz, Geschichtschreibung 22.

Erkennenden zu seiner Gegenwart überhaupt ist sicher für sein Geschichtsbild ein Schlüssel und Leitfaden, wie heute, ohne einen Tadel damit aussprechen zu wollen, scharf betont wird.<sup>32</sup> Aber die Gegenwartseindrücke geben doch wohl nicht ohne weiteres das geschichtliche Urteil. Man darf ja nicht vergessen, daß der Wissenschaftler gerade auch die Korrekturen, die sich ihm aus seinem Überblick über die weite Vergangenheit und seinem tiefen Einblick in die verschiedenen Einstellungen seiner Zeitgenossen nahelegen, anwenden kann und soll. Von der Politik braucht also für ihn kein vergewaltigender Einfluß auszugehen. Sie kann wohl das Bild verzerren, muß es aber nicht. Das beweist sogar der Sybel der späteren Zeit.<sup>33</sup> Von seinem Werke „Begründung des deutschen Reiches“ kann ja ein Dove sagen, es sei „ein glänzender Beweis, daß selbst politisch durchdachte Historie der Gegenwart in glücklicher Stimmung sich nahe zur Objektivität zu erheben vermag“.<sup>34</sup> — Die Politik überhaupt ganz zu meiden aus einer Überspannung des Strebens nach Objektivität, wie sie Hitler öfter tadelt,<sup>35</sup> würde den Historiker wenig zum wirklichen Objekt, besonders wenn es in der Gegenwart liegt, führen. Aus zu großer Vorsicht würde er ja an manchen Wirklichkeiten vorübersehen. Auch dann, wenn der Forscher sich vom eigentlichen politischen Getriebe zurückhält, ist er übrigens nicht der allgemeinen Pflicht enthoben, an seiner Stelle der Nation zu dienen, ihr zu nützen, natürlich ohne die Wahrheit zu verletzen. So hat sich denn selbst Ranke von der Politik niemals ganz ausgeschlossen. Mit seiner Zeitschrift gedachte er in großzügiger Weise außer der Förderung der Wissenschaft gleichzeitig dem Fortschritt der nationalen Idee dienen. Der Anblick der Historie sollte seine Landsleute „zu einer maßvollen Auffassung der deutschen Politik und ihrer

---

32. Krieck 7.

33. Die Erklärung dafür gibt Lenz — DR. 102 (1900) 82 f. — in seiner wichtigen allgemeinen Beobachtung: „Solange die Nation im Kampf für ihre höchsten Güter stand, mußte die objektive Historie zurücktreten; als der Sieg erfochten war, kam sie von selbst hervor.“

34. Dove 127 f.

35. Hitler 120, 201, 727; vgl. Krieck 165.



Aufgaben erziehen“.<sup>36</sup> Was Ranke in der Hinsicht tat, ist den politischen Temperamenten zu wenig.<sup>37</sup> Jedoch der Historiker ist nun einmal nicht Politiker im Hauptberuf, und es ist auch „für die Geschichte als Wissenschaft nicht die höchste Aufgabe, in den einzelnen Völkern Denkmäler nationalen Stolzes zu errichten“.<sup>38</sup>

Mit den Gefahren, die sich aus der Politik bisweilen für das möglichst objektive geschichtliche Urteil allerdings ergeben können, wird man sich noch eher versöhnen, wenn man sich andererseits die von hier entspringenden Vorteile deutlich vor Augen hält. Schauen wir also auf die Gründe, weshalb der Historiker die Verbindung seiner Wissenschaft mit der Politik gerade zu suchen hat. Oft genug ist schon hingewiesen worden auf die für ihn sich so ergebenden Anregungen.<sup>39</sup> Die Politik bezieht sich zunächst stärker als die Geschichte auf Gegenwart und Zukunft. Dann schärft sie allgemein den Blick gerade für die Bedeutung der politischen Gebilde. Auch die Politik als Kunst, die zum Handeln treibt, und zwar vorwiegend zum Interesse eines Staates, heute des nationalen Staates, nicht nur die wissenschaftliche Politik ist von Bedeutung für den Historiker. Von der praktischen Politik, von der nationalen Aufgabe her kann er ja Art und Richtung der Fragestellung und einer vielleicht sogar für weitere Kreise fruchtbaren Behandlungsweise empfangen, natürlich nicht etwa von vornherein das Ergebnis.<sup>40</sup> Aber selbst in dem Falle, daß dauernde politische Aktivität seine wissenschaftliche Forschung merklich trübte, ist ein gewisser fördernder Impuls für die historische Ergründung oft nicht zu bestreiten. Es ist ja auch wahrscheinlich, wie wir schon berührten, daß eine solche Einseitigkeit später verbessert wird. Freilich diese Umwege erhöhen nicht den Glanz der Wissenschaft, die möglichst unbeirrt zur Wahrheit streben soll.

Ist so im allgemeinen eine von der Politik ausstrahlende fördernde Anregung für die Geschichtswissenschaft nicht zu

---

36. Lenz in DR. 102 (1900) 75; vgl. Below, Geschichtschreibung 133 f.

37. Rothacker 160.

38. Oncken, Bd. 1, 223.

39. Vgl. z. B. ebenda 208 ff. und Bauer 36 ff.

40. Vgl. Krieck 164.

verkennen, so auch nicht in unserem Problem. Hieß es doch bei Brackmann ausdrücklich, daß erlebte Ereignisse und politische Gegenwartsfragen hier zu neuer Fragestellung geführt hätten.<sup>41</sup> Ja, Anstöße von der Tagespolitik her können zur Lösung wissenschaftlicher Fragen günstig sein. Von Übel ist ein unerleuchteter Eifer, ein unkritisches Verhalten, ein blindes Folgen gegenüber den von der Gegenwarts politik ausgehenden Antrieben. Die beinahe 75jährige Geschichte der Aufrollung der Kaiserpolitik seit v. Sybel und Ficker macht denn auch die Gefahr deutlich, daß infolge des Einflusses der sich ändernden jeweiligen politischen Einstellung das Auffinden einer endgültigen Lösung verlangsamt werden kann. Der politische Wille muß sich bisweilen eben doch wohl mehr dem wissenschaftlichen Logos unterordnen. Und insofern, aber auch nur insofern, ist die Forderung zu verstehen: „Unsere Betrachtung muß in erster Linie historisch sein, nicht politisch“.<sup>42</sup>

Nach diesem allgemeinen Einblick in die Erfordernisse für eine sachgemäße Beurteilung einer Vergangenheitsfrage, die ihre Beziehung zur Gegenwarts politik hatte und hat, ist eine fruchtbare Betrachtung der zweiten Art und Weise, an die mittelalterliche Kaiserpolitik heranzutreten, natürlich eher möglich.

Es wird dabei bald auffallen, wie besonders die Gegner die rückschauende Würdigung aus den Folgen immer wieder eindrucksvoll zu verwenden wissen. Gegen die Trefflichkeit der italienischen Kaiserpolitik werden gerade von ihnen eine Reihe schlechter Folgen ins Feld geführt, während die Verteidiger bestrebt sind, auf gute aufmerksam zu machen. Und noch eins. Da die Folgen zum Teil als voraussehbar mit in der Berechnung der deutschen Könige standen und stehen mußten, da sie andererseits schon zu nennen notwendig waren, um die Lage für weitere Entschließungen des betreffenden Regenten und seiner Nachfolger zu schildern, sind einzelne Tatsachen, die nunmehr

---

41. VelhMonh. 43 (1928/29) 443.

42. Gebhardts Hb., Bd. 1, 293 ff.

zur Sprache kommen, unter den genannten Gesichtspunkten bereits gestreift worden. Hier im dritten Teil aber sind die zu unserem Problem geltend gemachten Folgen einmal zusammenfassend als solche zu sehen und zu würdigen.

## Zweiter Abschnitt.

### Die „bösen Folgen“.

An erster Stelle sei über die schlechten Folgen, die man der Kaiserpolitik vorwirft, berichtet, und zwar von ihren Feinden. Beachten wir dabei, wie die uns bekannten Kaiserfreunde, mag ihr Name nun im Text selbst oder in den Fußnoten genannt sein, hier die Angriffe der Gegner parieren.

Diese stellen allgemein heraus, nicht nur durch die jeweilige Erwerbung der Kaiserkrone, sondern auch durch den Widerstand in Italien seien die deutschen Herrscher immer wieder von den nationalen Aufgaben abgezogen worden. Und umgekehrt durch die deutschen Sorgen von der Niederwerfung der italienischen Erhebungen. Die Flanken Deutschlands seien wieder und wieder dem Gegner zum Todesstoß entblößt worden.<sup>1</sup>

Durch die Wendung zum Süden sei besonders der Osten in sträflicher Weise vernachlässigt worden.<sup>2</sup> Wohl haben Schäfer und nach ihm manche andere darauf hingewiesen, daß für den Osten zunächst die Ansiedler fehlten.<sup>3</sup> Demgegenüber behauptet Kern freilich: „Daß Deutschland dazu nicht die Kraft besessen hätte, ist einfach nicht richtig. Die Kraft entsprach der Aufgabe“. Und v. Below, dem v. Voltolini sich anschließt, weist darauf hin, daß das Vordringen der Deutschen im Südosten, in den österreichischen Alpenländern, gerade damals

---

1. Schneider, MA. 186 f., 188, 7; Bühler 153.

2. Vgl. z. B. Below, Staat, Bd. 1, 366 f.; Kern in Gedächtnisschrift 45 ff., 67 f.; Breysig 89, 154; auch Suchenwirth, Reich 18 f.

3. Schäfer, DG., Bd. 1, 164; Hofmeister, Nationale Bedeutung 19; Braubach in VgGeg. 15 (1925) 334.

stattgefunden habe.<sup>4</sup> Ob das nun dafür beweiskräftig ist, daß gleichzeitig eine ungeheure Ausdehnung nach anderer Seite stattfinden konnte? Übrigens handelte es sich im Südosten um eine schwache Kolonisation, wie Kienast bemerkt.<sup>5</sup> Bevölkerungsüberschuß, der nach neuem Siedlungsland drängte, sei in Norddeutschland im 12. Jahrhundert erstmalig in Erscheinung getreten. Außerdem hebt Bonwetsch hervor, es sei überhaupt methodisch falsch, die Zeit vom 10.—12. Jahrhundert als eine Einheit zu betrachten, wie Below es tue.<sup>6</sup>

Soviel darf man allerdings wohl zugeben, daß die Kaiser, wenn sie nicht im Süden beschäftigt gewesen wären, sich später, obgleich das deutsche Königtum bald durch die oberrheinische Tiefebene<sup>7</sup> stark bestimmt wurde, für den Osten tatkräftiger interessiert haben würden.<sup>8</sup> Die geographische Lage Deutschlands mit der offenen Ostflanke spielte ja auch damals schon eine ziemliche Rolle. Und damit war es nicht genug getan, daß die partikularen Mächte die nationale Kraft in Einzelstößen verpufften, wie Schubert noch hinzufügt.<sup>9</sup> Unberechtigt ist aber eben die Annahme, als ob die Kaiser selbst diese Aufgaben gänzlich vernachlässigt hätten.<sup>10</sup> Schade genug, daß die Germanenstämme der Völkerwanderungszeit durch ihren Drang zum Süden den Osten entvölkerten und nun die Slaven dahin drangen. Die Kaiser des 10. u. 11. Jahrhunderts aber verdienen keinen Vorwurf. Denn sie konnten nach Heimpel mehr als das System der Marken und das weitgehender Bündnisse im östlichen Neuland damals gar nicht leisten.<sup>11</sup> Und es ist auch nicht sicher, ob man für die Zeiten des Kolonistenmangels und des

---

4. Kern in Gedächtnisschrift 48 Anm. 7; Below, Kaiserpolitik 28; ZSavStRgGA. 48 (1928) 512. — Die Herrschaft über die Ostalpenländer hat nach Stegemann (102) übrigens aus raumpolitischen Gründen gerade den Besitz Oberitaliens von jeher gefordert.

5. FBPrG. 40 (1927) 383.

6. MHL. 17 (1929) 3 f.

7. Dopsch in MIOG. 36 (1915) 27; Stegemann 102.

8. Vgl. Schulte, Staat 36.

9. Schubert 6 f.

10. Vgl. z. B. Hampe, Osten 20 f., 31.

11. Heimpel 19 ff.



Feudalstaates, mit Stegemann<sup>12</sup> entscheidend raumpolitische Bedenken dagegen, sich mit der Huldigung im Osten entstehender Mächte zu begnügen, erheben kann. Allerdings mögen die Kaiser und wohl auch das Volk, sich nie so zu diesen heidnischen, unkultivierten Gegenden hingetrieben gefühlt haben, wie die an Germanisierung denkenden modern-nationalen Kritiker. Ob der weite Osten denn wirklich die „Richtung des geringsten Widerstandes und des größten Gewinnes“ war, wie Kern glaubt?<sup>13</sup> Mußte unbedingt die ganze Kraft dahin geworfen werden? Zu der vom Landesfürstentum vollbrachten Leistung der inneren Kolonisation wäre, wie A. Dopsch hervorhebt, übrigens eine Zentralgewalt kaum ebenso befähigt gewesen.<sup>14</sup> Dabei ist aber auch hierzu das Verdienst der Kaiser sicher nicht zu leugnen, daß sie den lokalen Grenzfürsten den Rücken gestärkt.<sup>15</sup> Vielleicht, daß man sich überhaupt von dem Gedanken weithin leiten ließ, man müsse deshalb das Siedlungswerk im Osten fördern, weil der deutsche Herrscher als Kaiser gerade Schützer und Förderer des Glaubens war. Während dies Hirsch seit langem betont und in einem Vortrag von 1929 noch besonders aus dem in den liturgischen Gebeten sich findenden Kaisergedanken zu belegen sucht,<sup>16</sup> steht aber Erdmann dazu skeptisch, daß von Kaisertum und Kaiseridee Impulse zu Heidenkrieg und Kolonisation ausgegangen seien.<sup>17</sup> Wie eigentlich die ganze Kulturmission nach Osten durch die von den Kaisern angestrebte enge Verbindung mit der abendländischen Kirche möglich war, daran erinnert wieder A. Schulte.<sup>18</sup>

Hofmeister sucht dem Vorwurf, der verheißungsvolle Osten sei vernachlässigt worden, noch mit dem ernstesten Hinweis die Spitze abzubringen, daß dabei an eine Gefahr gar nicht gedacht wird. Diejenigen Deutschen, die etwa zur Zeit Ottos des Großen gen Osten gezogen wären, ohne das nur mit Lothringen und da-

---

12. Stegemann 78, 80, 89.

13. Kern in Gedächtnisschrift 68.

14. MIOG. 36 (1915) 29.

15. Braubach in VgGeg. 15 (1925) 334.

16. MIOG. 44 (1930) 2 ff.; vgl. Bühler 167 f.

17. Ebenda 46 (1932) 137 ff.

18. Schulte, Staat 6 f. Vgl. oben S. 68, 83, 88 f. und unten S. 155, 197.

mals nicht ohne das Kaisertum mögliche Reich zu bauen, hätten, ähnlich wie die Warägerfürsten, leicht verslavisiert werden können.<sup>19</sup>

Auch die deutsche Westgrenze soll durch die Fesselung, die die Italienpolitik dem deutschen König brachte, gelitten haben.<sup>20</sup> Das eine Beispiel des Grafen Baldwin von Hennegau bei W. Kienast, auf das v. Below sich bezieht,<sup>21</sup> dürfte allerdings ein unzureichender Beweis sein, zumal Hennegau nicht unmittelbares Reichslehen war. Wer durch die mangelnde Unterstützung Flanderns fehlte, „war nicht Kaiser Friedrich, sondern Heinrich II.“ von England. So glaubt überdies Kienast zum Streit abschließend sagen zu sollen.<sup>22</sup> In seiner Besprechung des Belowschen Buches erhebt er auch ausdrücklich Einspruch dagegen, daß der Verfasser ihn zum Zeugen anrufe. Und er wendet sich gegen die Überlegung, daß etwaige Grenzverschiebungen lediglich auf der selbständigen Stellung der Grenzfürsten beruhten.<sup>23</sup> An der Behauptung in Belows Schrift „Deutsche Reichspolitik einst und jetzt“, daß die nationalen Verluste infolge des Versagens der Zentralgewalt namentlich in den neueren Jahrhunderten eingetreten sind,<sup>24</sup> ist dann wenigstens zu beanstanden, daß sie den Zusammenhang mit der mittelalterlichen Kaiserpolitik nicht aufzeigt. Auch Schneiders einschlägiger Vorwurf muß hier noch genannt sein, daß der deutsche König und Kaiser dem westlichen Nachbarn, den Franzosen, zweifach als Feind erschien. Einmal, weil er in Lothringen Herr von altkarolingischen Landschaften war; dann aber, weil er sich die Kaiserkrone wider das Recht angeeignet hätte.<sup>25</sup> Gewiß, dem Licht folgt auch Schatten. Deshalb wird man aber noch nicht auf das Licht verzichten.

Im Süden selbst habe man eine wirkliche Beherrschung nicht erreicht, sondern nur mit Hilfe ergebener Parteien regiert.

---

19. Hofmeister, Nationale Bedeutung 15.

20. Below, Kaiserpolitik 30.

21. Below, Staat, Bd. 1 (1925), XXXIV.

22. Vgl. Kienast, Bd. 1, 7, 113, 118.

23. FBPrG. 40 (1927) 383.

24. Below, Reichspolitik 19.

25. Schneider in „Frankreich und der Rhein“ 40.

Die Italienpolitik habe stets nur stoßweise gewirkt.<sup>26</sup> Deutsche Rassekraft sei für fremde Belange vergeudet worden.<sup>27</sup> Von einer ruhig stetigen Reichsverwaltung in Italien, so gibt auch Hampe zu, könne kaum je die Rede sein. Nur durch stoßweises, persönliches Eingreifen, im Durchschnitt alle sechs Jahre einmal, hätten die Deutschen Kaiser die schlimmsten Auswüchse der Friedlosigkeit beseitigt, die wichtigsten Reichsrechte wahrgenommen. Um die Besitzungen der römischen Kirche habe sich oft der Streit gedreht. Und die Kräftigung der Stadtstaaten Oberitaliens und des Normannenreiches im Süden hätten zu Beginn des 12. Jahrhunderts dazu geführt, daß der mediterranische Okzident begonnen habe, sich wieder vom nördlichen Kontinent zu lösen.<sup>28</sup> Dennoch darf die deutsche Schwäche in Italien nicht übertrieben werden, wie bereits bei Otto I. berührt wurde. Außerdem ist derlei Vorwürfen gegenüber betont worden, daß der dauernde Besitz Italiens, wenn die Deutschen ihn auch erstrebt hätten, gar nicht als der Kern des Kaisertums anzusehen sei.<sup>29</sup> Man habe auch die Einigung des Landes gehindert, ist ein weiterer Einwand.<sup>30</sup> War sie damals denn möglich?

Aber noch bleibt außenpolitischer Schaden zu nennen. Bei den anderen Völkern Europas habe uns die gewaltige politische Überlegenheit der Deutschen, die gerade im Kaisertum gefestigt wurde, überhaupt nicht beliebt gemacht. Indem Deutschland einen großen Mittelblock von Ländern zusammenfaßte, habe es das europäische Gesamtbewußtsein verstärkt und gegen sich eingestellt. Bei den Kämpfen zwischen Kaiser und Papst habe deshalb das übrige Europa keinen endgültigen Sieg des Kaisers, der sie ja dann durch den Papst noch mehr hätte bevormunden können, gewünscht.<sup>31</sup> Daran ist Wahres.<sup>32</sup> Dem

---

26. Schneider, MA. 7.

27. Zimmermann 129.

28. Hampe in HZ. 134 (1926) 203 und Hampe, Hochmittelalter 19; Schulte, Staat 28 f., 33 ff.; Stegemann 82; vgl. Dümmler in PrJbb. 24 (1869) 303 ff. und Bonwetsch in MHL. 17 (1929) 4. Vgl. auch die einschlägige Untersuchung Schrods.

29. Böhler 154.

30. Kern in Gedächtnisschrift 73; Below, Kaiserpolitik 23.

31. Schmeidler, Deutschland 11 ff.

32. Böhler 198, 213; Stegemann 86 f.; Heimpel 10.

Mächtigen erwachsen eben stets Neider. Soll er darum seine Macht ungenutzt lassen oder abstreifen?

Aus der Südpolitik insbesondere, so führen in erster Linie die Gegner der Kaiserpolitik aus, erkläre es sich, daß „das Papsttum als die nunmehr leitende Macht von Europa nicht nur in das internationale Kaisertum, sondern auch in den nationalen deutschen Staat und seinen Bestand aufs tiefste eingriff“, daß das Papsttum gerade den deutschen Herrscher kraftvoll im verderblichen Investiturstreit bekämpfte.<sup>33</sup> Auch Schäfer spricht von der schädlichen Rivalität zwischen Kaisertum und römischem Papsttum.<sup>34</sup> Bei der naheliegenden Überschreitung der Befugnisse der Herrscher gegenüber der Landeskirche wie der römischen Zentrale war der Kampf, als das Papsttum gehoben wurde, im ganzen Abendland, besonders freilich bei den deutschen Verhältnissen, leicht möglich. Daß die tatsächliche Schärfe dieses Kampfes mehr aus der eigenartigen, auf den geistlichen Fürsten beruhenden deutschen Verfassung als aus der Verbindung Deutschlands mit dem Kaisertum zu verstehen ist, ist uns nicht mehr neu. Und davon, daß auf kirchlichem Gebiet schon das System der Reichskirche, die durch die ottonische Kirchenpolitik zum stärksten Regierungsinstrument gemacht war, das Königtum in Gegensatz zum universalen Papsttum brachte, weiß auch Schneider, obwohl er tatsächlich ohne weiteres statt Königtum das Wort „Kaisertum“ setzt.<sup>35</sup> Dabei darf man mit Kienast, v. Below und Schmeidler durchaus zugeben, daß entsprechend die deutsche Herrschaft in Italien für die Beziehungen zur Kurie eine ständige Belastung darstellte.<sup>36</sup> Das Papsttum suchte und fand dann noch in seinem Kampfe, wie neben Kern, Schneider und Rörig auch Schäfer betont, Hilfe bei den territorialen Gewalten. Und kurialer Einfluß habe das Reich auf der Bahn zum reinen Wahlreich vor-

---

33. Below, Kaiserpolitik 35, 73; Below in VSozWG. 20 (1928) 459 f.; Kern in Gedächtnisschrift 69; Schmeidler, Deutschland 12; Rörig in Harms, Bd. 1, 51.

34. Schäfer, DG., Bd. 1, 164.

35. Schneider, MA. 7.

36. FBPrG. 40 (1927) 382.



wärts gedrängt.<sup>37</sup> So sei es zur inneren Auflösung des Deutschen Reiches in Territorien und zur Gefährdung seines Bestandes gekommen.

Besonders eingehend, kaum ganz ohne Ressentiment, verbreitete sich v. Schulte (Altkatholik) über die mit dem universalen Kaisertum gegebene engste Verbindung mit dem römischen Papst und den daraus quellenden Konflikt, über den großen geistlichen Einfluß in Deutschland selbst, über so entstandene scharfe Gegensätze in Italien und Deutschland, über den Einfluß des Wahlkaisertums auf das Königtum, über den Machtschwund des Reiches.<sup>38</sup> Man muß wohl fragen, ob ohne Romzüge innerhalb Deutschlands der geistliche Einfluß infolge des ottonischen Systems nicht auch sehr stark gewesen wäre, wie man auch Schultheiß<sup>39</sup> gegenüber bezweifeln kann, ob ohne Kaiserpolitik lateinische Sprache und Bildung merklich weniger einflußreich gewesen wären.

Diese letzten Gedanken führen im übrigen schon hinein in die angeblichen Schäden der Kaiserpolitik für die innere politische Entwicklung Deutschlands, auf die die Gegner immer wieder hinweisen.

Ein Vorwurf, den man hier mit besonderem Nachdruck erhebt, ist, daß infolge der italienischen Reichspolitik die Zentralgewalt den Weg bergab genommen habe.<sup>40</sup> Daß, außer in der Ostpolitik, in dieser Hinsicht die nationalen Interessen gewaltig geschädigt worden seien, ist das „ceterum censeo“ gerade des letzten Below-Buches. Die nötigen verfassungsmäßigen Festlegungen seien dauernd gehemmt worden. Den verheißungsvollen Anfang, den deutschen Staat zu kräftigen, habe man darum nicht fortgesetzt.<sup>41</sup> Da der König die Mannschaften nicht über gewisse Zeit hinaus bei der Fahne halten

---

37. Schäfer, DG., Bd. 1, 227; Kern in Gedächtnisschrift 70 f.

38. Deutsche Revue 1905, Bd. 2, 98 ff.; vgl. Kaufmann in Ullsteins WG., MA. 326.

39. Schultheiß, Bd. 1, 166 ff.

40. Below, Reichspolitik 31; vgl. Breysig 89.

41. Below, Kaiserpolitik 62 f.

konnte, ohne die Dienste mit vielen Gütern und Rechten aus dem Besitz des Reiches zu belohnen, sei die Macht der Vasallen sehr gewachsen.<sup>42</sup> Den weltlichen Einfluß der Bischöfe habe man auch nicht beseitigt. Die kariöse Weichheit des ganzen Lehnrechtes sei entstanden. Die nationalstaatliche Entwicklung der Deutschen sei so um 600 Jahre in Rückstand gekommen. Habe sich ja der mächtig gebliebene Adel mit der Kirche in der Zeit der Gefahr verbinden können.<sup>43</sup> So sei der erste aussichts-volle Versuch der Salier, einen Landbezirk zu schaffen, an den die mit der Zeit ledig werdenden Kronlehen angegliedert werden konnten, vereitelt worden.<sup>44</sup> Und darauf, das frühmittel-alterliche Thronerlangungsrecht in die richtigen Bahnen zu lenken, wurde auch nicht geachtet.<sup>45</sup> Als schlimmste Folge habe sich dann schließlich die Entstehung der Landesherrschaft in Deutschland ergeben.<sup>46</sup> Die imperiale Politik habe undankbar das deutsche Königtum entleert, betonte Below unter Berufung auf v. Schubert nochmals ausdrücklich in seinem Verteidigungsartikel „Wie es eigentlich gewesen“.<sup>47</sup> Und wie würde er sich gefreut haben, wenn es ihm noch vergönnt gewesen wäre, die unbedingte Billigung zu lesen, die Schmeidler und Rörig dieser Auffassung geben.<sup>48</sup> Die Rede, in der Rörig ja so glatt den Partikularismus auf die mittelalterliche Kaiserpolitik zurückzuführen sucht, in ihm die Wurzel für alle möglichen Schäden sieht und überdies noch betont, wie die Spaltung der Staatlichkeit in Vergangenheit und Gegenwart auf die deutsche Seele schädlich gewirkt habe, würde ihm aus der Seele gesprochen sein.<sup>49</sup>

Grundsätzlich muß zunächst gesagt werden, daß, so wertvoll ein Vergleich der mittelalterlichen deutschen Verfassung mit der anderer Länder sein kann, doch hierbei große Vorsicht

---

42. Ullsteins WG., MA. 325.

43. Kern in Gedächtnisschrift 63 ff., 69.

44. V. Voltolini in ZSavStRgGA. 48 (1928) 512.

45. Kern a. a. O. 70.

46. Below, Kaiserpolitik 119; Schneider, MA. 328; Bühler 217 f.

47. VSozWG. 20 (1928) 460.

48. Schmeidler, Deutschland 14 f.; Rörig in Harms, Bd. 1, 51 ff.

49. Rörig 9 ff., 12, 16 ff., 21; vgl. Rörig in Harms, Bd. 1, 59.

gefordert werden muß, damit kein ungerechtes Urteil gefällt wird. So hat man neuerdings mehrmals erwiesen, daß Frankreich von vornherein für seine Verfassungsentwicklung aus verschiedenen Gründen günstiger gestellt gewesen sei. Anscheinende Gleichheit der Elemente bedeute auch nicht Gleichheit der Entwicklung.<sup>50</sup> Man muß sich also, wenngleich erst seit 1200 die Wege der Verfassungsentwicklung Deutschlands und der westlichen Reiche scharf auseinandergehen,<sup>51</sup> doch unbedingt hüten, für die ungünstige Entwicklung in Deutschland ohne weiteres und allein die italienische Politik als schuldig heranzuziehen.

Die Verfassung stellt allerdings einen wunden Punkt in unserer Entwicklung dar. Auch der Verteidiger der Kaiserpolitik, Hirsch, äußerte sich ja dahin, daß das Deutsche Reich die Zeit, in der der große Entscheidungskampf seinen Fortgang nahm, eigentlich zu einer ruhigen Entfaltung seiner inneren Kräfte nötig gehabt hätte. Den deutschen Herrschern des 12. Jahrhunderts habe es dabei keineswegs an Einsicht gefehlt, auf welchem Wege die Ausgestaltung einer zentralistischen Monarchie wie in Frankreich möglich gewesen wäre.<sup>52</sup> Haller gibt ebenfalls zu, daß etwas Wahres daran sei, man habe erst im eigenen Lande die Macht ausbauen sollen, ehe man an auswärtige Aufgaben heranging. Ist er ja doch auch der Meinung, daß um 1200 schon die innere Auflösung des Reiches längst im Gange war.<sup>53</sup> Ähnlich Bonwetsch und Kienast, die Rezensenten des Below-Buches,<sup>54</sup> sowie Heimpel.<sup>55</sup> Einer der Gegner Belows gab diesem ja auch zurück: „Ich glaube, kaum einer der von Ihnen Angegriffenen hat je bezweifelt, daß die Italien- und Papstpolitik der deutschen Kaiser vom modernen, eng nationalen Standpunkt aus gesehen, für die deutsche Verfassungsentwicklung — neben anderen Faktoren

---

50. Vgl. Mayer, Verfassung 5 ff.; Heimpel 42 ff.; Schulte, Staat 65.

51. Schulte a. a. O. 70 ff.

52. MIÖG. 35 (1914) 87.

53. Haller, Epochen 94, 89.

54. MHL. 17 (1929) 4; FBPrG. 40 (1927) 381.

55. Heimpel 17 f.

— ungünstig gewirkt hat“.<sup>56</sup> Nach allen diesen Forschern ist die italienische Kaiserpolitik doch wohl, wenigstens in gewisser Weise, Ursache für ein innerpolitisches Versäumnis.

Allerdings ist Dopsch<sup>57</sup> jüngst gar nicht so sicher, daß die deutschen Kaiser, wenn sie nicht nach Italien gegangen wären, unter allen Umständen eine einheitliche starke Zentralgewalt dauernd hätten behaupten können. Er kann dazu auf England hinzeigen, das im Anfang des 13. Jahrhunderts den Sieg der Feudalgewalten über das starke Königtum erlebte, obwohl es keine italienische Politik betrieben hatte, sondern im 11. und 12. Jahrhundert im Osten, in Frankreich, sehr expansiv war. Und Kienast weist darauf hin, daß noch im Frankreich des 13. Jahrhunderts die dortige Zentralgewalt sehr wenig verfassungsmäßig gesicherte Macht hat. Im wesentlichen komme es immer auf Persönlichkeit und tatsächliche Macht des Herrschers an.<sup>58</sup>

Sicher ist mindestens, daß man nicht nur die italienische Politik verantwortlich machen darf für die ungünstige Entwicklung der deutschen Verfassung. Sind nicht schon vor Otto I. die Stammesgewalten bedrohlich für die Zentralgewalt, wie auch v. Below entgegen Sybelscher Übertreibung einst zugab.<sup>59</sup> Bedeutete nicht das zu Ottos Zeit wertvolle System, das Reich auf geistliche Größe zu stellen, späterhin leicht eine Minderung der Zentralgewalt zugunsten des Adels? Stärkte nicht der gegen die Zentralgewalt des Königtums gerichtete Investiturstreit das nun der starken Oberhand entbehrende Fürstentum? Dazu kamen andere unglückselige Umstände, von denen noch die Rede sein wird. In seinem „Deutschen Staat des Mittelalters“ kannte v. Below selbst für die Ausbildung selbständiger lokaler Gewalten neben der italienischen Politik der staufischen Kaiser noch andere Gründe.<sup>60</sup> Und in seinem Werke „Die Deutsche Geschichtschreibung“ zitiert er auch aus einem Briefe von M. Ritter an ihn u. a. dessen Bedenken, „ob nicht für die zer-

---

56. VSozWG. 20 (1928) 452.

57. ZgesStW. 85 (1928) 593.

58. FBPrG. 40 (1927) 383 f.

59. Below, Staat, Bd. 1, 363 f.

60. Ebenda 365 f.



fahrene Gestaltung des deutschen Staatswesens die Kaiserpolitik zu ausschließlich verantwortlich gemacht wird".<sup>61</sup> Nicht zu verwundern, daß ausgesprochene Verteidiger unsere Kaiser hier noch günstiger sehen. So ist für H. Steinacker ja „die Sache nicht so, daß die Kaiserpolitik den Sieg des Partikularismus bewirkt hat, indem sie ihm das Papsttum als Bundesgenossen zuführte, sondern so, daß ohne diese Politik der Partikularismus von vornherein gesiegt hätte, und zwar viel vollkommener".<sup>62</sup> Und nach Hofmeister ist der Partikularismus, an dem das alte Reich zugrunde gegangen sei, nicht, wie man wohl gemeint habe, erst durch die Kaiserpolitik hervorgerufen oder wesentlich verstärkt worden.<sup>63</sup> Ob das letzte freilich stimmt?

Zum Verständnis unserer deutschen mittelalterlichen Verhältnisse gilt es heute als besonders wichtig, daran zu denken, daß der hohe Adel weitgehende Herrschaftsrechte auf Grund und Boden hatte, die nicht vom König hergeleitet waren, und sie eifersüchtig wahrte.<sup>64</sup> Unser Staat wurde dazu nicht durch kriegerische Eroberung von einer starken Zentralgewalt gebildet, sondern ging hervor aus freiwilligem Zusammenschluß der Stämme. Diese einzelnen Teile konnten deshalb leichter ihre Sonderrechte wahrnehmen, als es sonst möglich gewesen wäre. Wie wichtig der Stammesgegensatz für die Auflösung des deutschen Reiches in zahlreiche Sonderstaaten ist, unterschätzen die Gegner, z. B. Kaufmann<sup>65</sup> und neuestens Krauß immer wieder in seinem Buch. Dadurch, daß zu diesem inneren Spalt die durch die Verbindung mit Grund und Boden gegebene Neigung des Lehnsystems, des Feudalismus, zur Vererblichung hinzutrat, erhöhte sich für die deutsche Zentralmacht die Gefahr noch. Daß die Kaiserpolitik diesen Föderalismus und Feudalismus allerdings eher förderte, ist nicht zu bestreiten. — Man darf aber andererseits nicht, wie v. Schulte und Below, die Bedeu-

---

61. Below, Geschichtschreibung 198 (zu S. 62).

62. HBl. 1 (1921) 43.

63. Hofmeister, Nationale Bedeutung 21.

64. Mayer, Verfassung 12 ff.

65. Ullsteins WG., MA. 326.

tung der ganzen feudalistischen Entwicklung zu schwarz sehen.<sup>66</sup> A. Schulte hält mit Recht dafür, daß das Elend des Reiches nicht in einem völlig ausgebildeten Lehnswesen seine stärkste Wurzel hatte, da es ja doch noch ganz unabhängigen Besitz gegeben habe, nämlich das Allod, und außerdem ja das in Frankreich viel radikaler durchgedrungene Lehnswesen eine starke Zentralgewalt nicht unmöglich gemacht habe.<sup>67</sup> Daß die deutschen Fürsten gerade den Satz vom Leihezwang<sup>68</sup> ihrem König gegenüber durchsetzten, mag zusammenhängen mit der italienischen Kaiserpolitik. Aber bewiesen ist das nicht, auch nicht in der Abhandlung von Mitteis, von der Below ausgeht.<sup>69</sup> Ebenso wenig scheint die auffallenderweise partikularistisch orientierte Ansicht Schmeidlers geklärt, daß infolge der italienischen Kaiserzüge die Zufriedenheit der Fürsten mit dem Reich und seiner Politik sowie der Ausbau ihrer berechtigten Interessen gestört worden sei.<sup>70</sup>

War die Kaiserpolitik dem Föderalismus oder dem Partikularismus immerhin einigermaßen förderlich, so wird man sie jedoch kaum nennen können als eigentliche und direkte Ursache für das Entstehen der territorialen Gewalten. Diese entwickelten sich vielmehr deshalb, weil man es versäumte, die von Otto geschaffenen geistlichen Stützen des Reiches rechtzeitig durch eine andere Verfassung zu ersetzen.<sup>71</sup> Im Investiturstreit wurden nicht nur sie selbständiger, sondern auch die weltlichen Fürsten gewannen in dieser Zeit gar sehr an Macht und Bedeutung innerhalb des Reichsgefüges. Das letzte be-

---

66. Deutsche Revue 1905, Bd. 2, 97 f.; Below, Neuzeit 31; vgl. auch Büchner 85 f.

67. Schulte, Fürstentum 10; vgl. neuestens Schulte, Staat 48 f. und Mayer, Verfassung 9 ff.

68. Vgl. Below in VSozWG. 20 (1928) 454 sowie Schubert 11.

69. Wie es für den staatlichen Aufbau Frankreichs ein Glück war, daß die Könige starke Gegner hatten, und wie in England der koloniale Neuanfang sich als ein günstiger Umstand für die Entfaltung zu erkennen gibt, das muß man nach Heimpel (46 ff.) mit beherzigen, wenn man Vergleiche anstellen will.

70. Schmeidler, Deutschland 15. Vgl. aber Schulte, Staat 50 und Mayer a. a. O. 18, 30.

71. Dopsch in MIÖG. 36 (1915) 29.

tonen scharf v. Below und Schneider.<sup>72</sup> Aber auch der Verteidiger Hirsch gibt es zu.<sup>73</sup> Man denke nur an den vergeblichen Versuch Heinrichs V. in Sutri, den geistlichen Fürsten die weltliche Macht zu nehmen. Ein Jahrhundert später sind die ausgesprochenen Landesherren schon vorhanden. Insbesondere ist noch aufgefallen, daß sich, zum Unterschied von England und Frankreich, die Gerichtshoheit, die gerade so wichtig war für ein starkes Königtum, bei uns im territorialen Sinn entwickelt hat. Aber Hirsch wendet sich gegen die kleindeutsche Auffassung, die es nur der Sorge um Italien und Burgund zur Last legt, daß die deutschen Herrscher hierin den Forderungen des Adels entgegenkamen. Die Hauptfrage sei doch, ob die nationale Zusammensetzung des deutschen Volkes damals eine zentrale Lösung überhaupt zugelassen habe. Dies aber sei bestimmt zu verneinen, wie die Stärke des Stammesbewußtseins noch im 13. Jahrhundert zeige.<sup>74</sup> Und noch schwieriger wird eine zentrale Lösung dann erscheinen, wenn man mit Stegemann und Schulte die Natur der deutschen Lande, die wohl genügend Sperren, aber keinen natürlichen Mittelpunkt aufweisen, in Rechnung stellt.<sup>75</sup>

Gewiß kann man auch die Kaiserpolitik mit der Entstehung der Territorien in Zusammenhang bringen, insofern nämlich, als sie partikularistische Tendenzen eher gefördert als gehemmt hat. Dann ist es aber recht und billig, gleichfalls das Gute zu nennen, das diese Entwicklung der Dinge mit sich bringen sollte. Weltgeschichtlicher Art sind die Leistungen der alten italienischen und deutschen Städte, wie auch v. Below zugibt. Man denke an Venedig und Genua, an die Städte der Hansa.<sup>76</sup> Hat unsere eigene geistige und wirtschaftliche Kultur damals nicht angefangen, sich glänzend zu entwickeln, wie Breysig neuestens wieder dartut?<sup>77</sup> Auch A. Dopsch betont ausdrücklich, daß man in der Wandlung des Deutschen Reiches vom Zentralismus

---

72. Below, Kaiserpolitik 75 ff.; Schneider, MA. 327.

73. Hirsch, Klosterimmunität 117; vgl. Bonwetsch in MHL. 17 (1929) 2.

74. Hirsch, Gerichtsbarkeit 237.

75. Stegemann 101; Schulte, Staat 9, 65.

76. Below a. a. O. 38.

77. Breysig 112 ff.

zum Territorialismus nicht nur ein großes nationales Unglück sehen dürfe. Das deutsche Landesfürstentum habe auch positiv ungeheuer viel geleistet und zum Teil jene Aufgaben gelöst, die das Königtum selbst nicht durchzuführen vermochte.<sup>78</sup> Ist nicht in den geistlichen Territorien das für die Volkswirtschaft so wichtige Bauerntum am meisten geschützt worden, so daß Nitzsch gerade deswegen das Bündnis der deutschen Kirche mit dem Königtum preist?<sup>79</sup> Und „ohne die Mittelstellung des Landesherrn zwischen dem Reich und der in Ständen gegliederten Bevölkerung wären die großen Aufgaben, die die Kolonisation des Ostens dem gesamten deutschen Volke stellte, gar nicht durchführbar gewesen“.<sup>80</sup> Auch dann, als der dynastisch gewordene Partikularismus Reichsadel und Reichsstädte immer mehr zurückdrängte, hat sich durch die Fürsten über Deutschland ungemein viel Segen verbreitet. Deutschland hat vor anderen Ländern den Vorzug, daß ihm eine große Mannigfaltigkeit des Lebens eigen ist. Daß der innere seelische Reichtum unseres Volkes zum guten Teil eben ein Werk des deutschen Fürstenstandes ist, der die vielen Kulturzentren schuf, das bekennt auch der mit heißer Seele für den Einheitsstaat eintretende A. Schulte.<sup>81</sup>

O. v. Gierke gibt A. Schulte gegenüber in einer eingehenden Rezension überdies zu bedenken, ob der eigentliche Einheitsstaat nötig und besser sei.<sup>82</sup> Ähnlich neuestens Breysig und Mayer.<sup>83</sup> Wer nicht einfach von diesem Axiom ausgeht, wird für eine die partikulären Gewalten vorläufig gewähren lassende Kaiserpolitik allerdings am letzten Vorwürfe haben. Hatte übrigens Nitzsch sich nicht auch dahin geäußert, die modernen Kategorien von Zentralgewalt und Selbstverwaltung zerstörten überhaupt den Eindruck der Tatsache, daß die Verfassung sich in drei Jahrhunderten trotz der großen Verwirrung unter Hein-

---

78. MIOG. 36 (1915) 29.

79. Nitzsch, DG., Bd. 1, 360 ff.; vgl. K. Dietrich in AKuG. 15 (1923) 62 f.

80. Hirsch, Gerichtsbarkeit 236. Vgl. auch oben S. 144.

81. Schulte, Fürstentum 29 f.; vgl. Below, Neuzeit 22 f.; Stegemann 101.

82. ZSavStRgGA. 42 (1921) 484 ff.

83. Breysig 114; Mayer, Verfassung 22; vgl. Büchner 73 f.



rich IV. behauptet habe. Dieser Verfassung sei die Spannung zwischen dem dominierenden Klerus und dem Laientum sowie die von der Kirche immer wieder dem Kaisertum gespendete Lebenskraft zu danken. Nicht umsonst hätten die größten Staatsmänner der Nation daran festgehalten und so unsere Stellung nach außen gesichert.<sup>84</sup>

Weniger gut hat man wohl die Vorwürfe der Gegner bezüglich des Partikularismus mit der fragwürdigen These abgewehrt, daß die Germanen keinen Sinn für den Zentralismus hätten.<sup>85</sup>

V. Voltolini als Vertreter der Rechtsgeschichte nennt weiter noch als schlimme Folge der Kaiserpolitik die hohe Wertung und die Rezeption des römischen Rechtes in Deutschland. Die Rechtsentwicklung in England, Frankreich oder der Schweiz, wo man das römische Recht zwar wissenschaftlich als Muster ansah, aber es nicht als geltendes Recht angewandt habe, sei vernünftiger und einfacher gewesen als in Deutschland.<sup>86</sup> Brunner aber unterstreicht, daß in England und Frankreich die Aufnahme römischer Rechtsgedanken früher erfolgte und daß sie in Deutschland deshalb nur so intensiv wirkten, weil sie so spät sich durchsetzten.<sup>87</sup> Ob man für die späte Zeit und die Art der Rezeption die Kaiserpolitik verantwortlich machen kann? Zudem warnt v. Schwerin, daß man sich den Erfolg der Rezeption nicht zu groß vorstellen dürfe.<sup>88</sup>

So suchen die Gegner mit Eifer außen- und innenpolitische Schwächen, die in der Kaiserpolitik ihren Grund hätten, im einzelnen aufzuweisen. Nach alledem verstehen wir es, wenn einer von ihnen schmerzlich bewegt von dem eigentümlichen Verhängnis spricht, das die deutschen Könige mit der eisernen und bald darauf mit der Kaiserkrone belastete. Diese Herrschaft habe die Macht der deutschen Könige nicht gehoben, sondern

---

84. HZ. 45 (1881) 17 ff.

85. Vgl. den 3. Exkurs am Ende der Arbeit.

86. ZSavStRgGA. 48 (1928) 512.

87. Brunner 263 ff.

88. Schwerin 9.

im Gegenteil sei sie verderblich gewesen.<sup>89</sup> Das habe sich schon sehr früh gezeigt. Und noch immer sei des Verderbens kein Ende.

Ja, recht früh lassen die Gegner das Unheil der schlechten Folgen anfangen. Wenn Hampe ihnen vorhält, sie richteten ihren Blick meist auf den späten Verfall mit seinen Wirkungen,<sup>90</sup> so antwortet v. Below, seine Kritik setze mindestens schon bei Otto II. ein.<sup>91</sup> Kern will den Keim des krankhaften Zurückbleibens der deutschen Politik schon in der Spätzeit Ottos I. finden.<sup>92</sup> Ein paar Jahre vor der eben genannten Äußerung Belows hatte dieser vorsichtiger gemeint, mindestens seit dem Investiturstreit seien die Wirkungen der italienischen Kaiserpolitik sehr greifbar hervorgetreten. Das stimmt eher mit Maurenbrechers Ansicht überein, daß etwa von 960—1060 sich neben dem Glanze der Bedeutung des deutschen Kaisertums auch für das deutsche Königtum blühende Macht und kräftiges Leben finde.<sup>93</sup> Kienast kommt ja auch dahin Below entgegen: „Vielleicht kann man ihm soweit zustimmen, daß in der späteren Salier- und Stauferzeit, soll schon durchaus eine Bilanz gezogen werden, der Schaden überwog.“<sup>94</sup> Erinnern wir uns aber auch an die Ansicht, daß in der Zeit des Investiturstreites von einem Verfall der Kräfte, wenn auch das Reich und das Königtum geschädigt wurden, keine Rede sein könne. Die Verfassung des deutschen Reiches sei bis zum Ausgang des 12. Jahrhunderts noch gesund und entwicklungsfähig gewesen.<sup>95</sup>

Freilich die Meinung ist sogar von einem Verteidiger ausgesprochen worden, daß der Kampf mit dem Papsttum früher oder später und dann auch die Niederlage unvermeidlich wurden (Steinacker).<sup>96</sup> Welches sind die inneren

---

89. Dittmann, Bd. 3, 223.

90. MPol., Bd. 1, 316 f.

91. Below, Kaiserpolitik 80 Anm. 4.

92. Kern in Gedächtnisschrift 62, 64.

93. Below, Reichspolitik 5; vgl. die Grenzboten 30 (1871) 612.

94. FBPrG. 40 (1927) 380.

95. Hampe, Salier 87; Aegidi in Staatswörterbuch, Bd. 8, 716; Hirsch, Gerichtsbarkeit 237; Schäfer, DG., Bd. 1, 239 f.; Schulte, Staat 22, 43 f.

96. HBl. 1 (1921) 43.

Gründe dafür? Ein gefährlicher Punkt war von vornherein, daß das von Otto neu errichtete Kaisertum sich nicht wie das Karls des Großen auf eine den größten Teil des Abendlandes tatsächlich umfassende Herrschaft stützen konnte. Für universale Ansprüche mußte es sich ja an die universale Kirche anlehnen, die ihrerseits „mit einem Fuß außerhalb des Imperiums“<sup>97</sup> stand. Dazu hatte das Kaiseramt kirchlichen Charakter, war in dieser Beziehung aber sicher mit der hohen kirchlichen Hierarchie, von der auch Salbung und Krönung ausgingen, an Macht nicht zu vergleichen.<sup>98</sup> War nicht die Idee des Papsttums von vornherein der des Kaisertums überlegen? So fragt Pürschel, sich dafür auf Ranke berufend.<sup>99</sup> Sobald als das Papsttum nun tatsächlich reformiert wurde, mußte es da nicht kaiserlichen Übergriffen wehren?<sup>100</sup> Nachdem die Kaiser ehemals die Kirche durch das Schwert aus elementarer Not gerettet, erschien jetzt ihre Herrschaft über die Bischofskirchen als eine unerträgliche Bedrohung der notwendigen kirchlichen Freiheit.<sup>101</sup> Und als der Pontifex für sich die Gewalten zu bannen, vom Eide der Treue zu lösen, der Regierung zu entsetzen<sup>102</sup> in Anspruch nahm, welche innerlich bindenden Machtmittel hatte da ein mit dem Papsttum haderndes Kaisertum dem entgegensetzen? Sicher damals keine gleichwertigen. Die entscheidenden Mittel waren eben, wie Kienast bemerkt, andere als militärisch-politische.<sup>103</sup> Auf den ganzen Ernst dieser Lage warf erstmalig ein grelles Licht der Investiturstreit. Hat man auch die Bedeutung dieses Kampfes nicht verkannt,<sup>104</sup> wie Brackmann zugibt, so

---

97. Schneider in „Frankreich und der Rhein“ 37.

98. Vgl. Bernheim, *Zeitanschauungen*, Teil 1, z. B. 156, 172, 186 ff., 194.

99. HJb. 48 (1928) 495; vgl. auch Hauck, Teil 3, 231 u. Ehrhard, MA. 43.

100. Vgl. noch Heimpel 13 f. — Die Absicht, daß die Päpste sich dem Einfluß der deutschen Kirche, deren hoher Klerus infolge seiner weltlichen Inanspruchnahme literarisch und dogmatisch zurückblieb, habe entziehen wollen, brauchen wir dabei nicht einmal, wie Nitzsch (DG., Bd. 1, 359) es tut, zu vermuten.

101. Heimpel 15 f.

103. Vgl. Schäfer, DG., Bd. 1, 232 f.

103. FBPrG. 40 (1927) 382.

104. Vgl. z. B. Maurenbrecher in *Grenzboten* 30. (1871) 617.

schoben die Kritiker der Italienpolitik doch dieser den Zusammenstoß mit Rom erst als spätere Folge zu. Ausschlaggebend nach Brackmann aber ist der innere Gegensatz zwischen kaiserlicher und päpstlicher Auffassung über das Verhältnis dieser beiden obersten Gewalten. Und diese Differenz sei deutlich sichtbar geworden beim Auftreten der Kluniazenser. Als die theokratischen Anschauungen Clunys und Gregors VII. gesiegt hätten, sei dann die Rolle des Kaisertums ausgespielt und sein Wert als Institution dahin gewesen. Die Kirche, auf deren Seite aber das höhere Recht stehe, trage übrigens keine Schuld an der Tragödie Deutschlands.<sup>105</sup> Sosehr nun auch alles das die schwankende Lage des Kaisertums zeigt, so scheint mir doch der Schluß zu weit zu gehen, daß die Niederlage im Investiturstreit unvermeidlich war.<sup>106</sup> Ganz gleich, ob dieser Schluß sich klar und deutlich bei den Gegnern findet oder bei dem Freund der Kaiserpolitik nur vorsichtig angeklungen ist. Man muß in einem tatsächlichen Unterschied der Meinungen und Interessen der beiden Gewalten ja nicht einen unversöhnlichen Gegensatz sehen. Und wenn auch der gerade neuestens in seiner Bedeutung für die mittelalterliche Welt herausgestellte Anschlag Gregors VII. gegen die sakrale Stellung des deutschen König- und Kaisertums dieses an seiner Wurzel getroffen hat,<sup>107</sup> die eigentlich hierokratischen Tendenzen sind im Wormser Konkordat keineswegs zum Ziele gelangt. Daß, wie die selbständig gewordene Kirche, so ebenso die Verselbständigung der christlichen Nationen für die Macht des Kaisertums eine wachsende Gefahr bedeutete,<sup>108</sup> stimmt zweifellos. Aber auch deswegen braucht Kanossa noch nicht „Ende und Wende für unser Urteil“ zu sein. Besaßen doch die Kaiser damals noch die für sie notwendige Macht. Und es handelte sich bei ihnen in der Folgezeit nicht einfach um ein mehr oder weniger langsames Sterben. Holtzmann redet denn auch nur von einer ersten Schwächung

105. Brackmann in HZ. 139 (1928) 34 ff., 46 f. und in VelhMonh. 43 (1928/29) 446 ff.; vgl. Schneider in „Frankreich und der Rhein“ 36 sowie Kern in Forschungen und Fortschritte 5 (1929) 63.

106. Vgl. dagegen Steinacker selbst in HBl. 1 (1921) 36.

107. Vgl. Mayer-Pfannholz in Hochland 30 (1932/33), Heft 11, 385 ff.

108. Heimpel 10 ff.; Stegemann 75 ff.; Goetz in Propyläen WG., Bd. 3, XXVI ff.



durch den Investiturstreit. Die Entscheidung sei erst weitere 100 Jahre später bei einem neuen konzentrischen Ansturm aller Gegner auf das Kaisertum gekommen. Der Zusammenbruch kam. Aber ob er im 13. Jahrhundert kommen mußte? War, wie Goetz meint, jede Art mittelalterlicher Bindung schon unmöglich?<sup>109</sup>

Gegenüber der unberechtigten Forderung auf Dauerbestand des Kaisertums, hinter der sich der Glaube an unbegrenzten Fortschritt bisweilen verbergen mag,<sup>110</sup> erinnert Braubach daran, daß es keine geschichtliche Bildung gibt, die für alle Zeiten unverändert gelten könne. Die Geschichte sei überhaupt auf fortlaufende Entwicklung und Wechsel eingestellt.<sup>111</sup> Die Beschränktheit ist nun einmal das Kennzeichen alles menschlichen Tuns. „Keine geschichtliche Schöpfung kann ewige und allgemeine Geltung beanspruchen, keine ist die restlose Lösung aller Schwierigkeiten“ (Hofmeister).<sup>112</sup> Kann und muß ja nach Kern der Freund des mittelalterlichen Papsttums auch zugeben, daß die Kurie im Kampf gegen das Kaisertum jenes Übermaß an Politik und weltlicher Organisation ausgebildet habe, das ihr selbst zum Verhängnis wurde.<sup>113</sup>

Nicht nur recht früh vor der schließlich eingetretenen Katastrophe läßt man die zahlreichen schlechten Folgen der Kaiserpolitik anfangen, sondern auch über sie hinaus sollen sie sich nachher bis in die spätesten Zeiten mehrend erstrecken. So schließt Schneider mit den lapidaren Worten sein Buch über das Mittelalter: „Längst war auch die Rückkehr zu den Wegen des nationalen Königtums endgültig verschlossen, da dessen Grundlagen der Italienpolitik geopfert waren. Man kann nicht zweimal in denselben Fluß steigen“.<sup>114</sup> Ausführlicher ist Kern. Er schreibt: „Die nähere Betrachtung führt zu der Einsicht, daß mit den großenteils unscheinbaren und geräuschlosen Leistungen des französischen oder englischen Königtums im 12.—13. Jahrhundert die machtvolle Gegenwart ihrer Länder in ähnlichem Zusammenhang steht, wie mit dem

109. Holtzmann 16; Goetz, Propyläen WG., Bd. 3, XXXI.

110. Vgl. Grotenfelt 95 ff., bes. 109.

111. VgGeg. 15 (1925) 335.

112. Hofmeister, Nationale Bedeutung 18; vgl. Goetz a. a. O. XXV ff.

113. Kern in Gedächtnisschrift 72 Anm. 20.

114. Schneider, MA. 441.

Setzling der Baum, daß die totgeborene deutsche Kaiserpolitik dagegen keinen organischen Zusammenhang mit irgend etwas noch Lebendigem zeigt, wohl aber dem deutschen Volk so viel Schutt auf den Bauplatz seines Staates gehäuft hat, daß für Jahrhunderte nicht einmal an ein Wegräumen, geschweige denn an ein Bauen zu denken war, zumal der Bauherr selbst unter den Trümmern erstickt war".<sup>115</sup> Und an anderer Stelle: „Nachdem einmal die Zerstörung der Staatsgewalt unwiderruflich entschieden war, folgte ein Übel aus dem anderen, Entfremdung unersetzlicher Volksteile im Westen und Süden, gewaltsame Abreibungen durch Feinde ringsum, Glaubensspaltung, Verkümmern auf jedem Gebiet“. Noch weiter sollen die Folgen der mittelalterlichen Kaiserpolitik reichen. Die seelische Eigenart, der politische Instinkt unseres Volkes seien verdorben. Der Lebensraum zu eng geworden und zerstückt. Auch das Ungleichgewicht Europas und die ungesund gesteigerten Ansprüche Frankreichs seien so entstanden. Der Weltkrieg ging verloren. Und es sei wohl noch nicht die letzte Nachzahlung geleistet.<sup>116</sup> Ähnlich v. Below, der besonders „die Fermente der nationalen Dekomposition“ in der mittelalterlichen Kaiserpolitik begründet sieht,<sup>117</sup> sowie Krauß und Rörig.<sup>118</sup>

Für eine solche Betrachtung der Weltgeschichte gibt es im Laufe von 700 Jahren keine entscheidenden Leistungen und keine entscheidenden Fehler mehr außer dem einen entscheidenden Faktor, der Kaiserpolitik der Vergangenheit. Zu Beginn des Streites um unsere Frage meinte G. Waitz, das ganze Verfahren, das Kaisertum für alles verantwortlich zu machen, scheine ihm im hohen Grade einseitig.<sup>119</sup> Und wieder fällt heute ein Forscher, dem man eine vermittelnde Stellung nachsagt,<sup>120</sup> Dopsch, über den Gegner der Kaiserpolitik in seinen Tagen, G. v. Below, das Urteil, es sei merkwürdig, daß er, dessen Hauptstärke Verfassungs- und Wirtschaftsgeschichte war, alle

115. Kern in Gedächtnisschrift 67.

116. Ebenda 72 f.

117. Below, Reichspolitik, z. B. 31 f., 43, 47, 53.

118. Krauß, Abschnitt VII und auch III; Rörig 13 ff.; vgl. Breysig 91 f., 153.

119. Waitz, Abhandlungen, Bd. 1, 539.

120. Hampe, MaG. 53 Anm. 2.

spätere Entwicklung in Deutschland auf diese eine Ursache zurückführe.<sup>121</sup> Und Holtzmann fordert, nachdem er mehrere Stellen Kerns über die mittelalterliche Kaiserpolitik als Wurzel alles Übels zitiert hat: „Verlassen wir dieses seltsame Luftschloß, um uns zu den Menschen auf die Erde zu begeben.“<sup>122</sup>

Eine gern geltend gemachte böse Spätfolge, die konfessionelle Zersplitterung Deutschlands, möchte Holtzmann dann gerade in seiner Rede etwas klären. Nicht die Reformation sei ihr eigentlicher Grund. Hier seien vielmehr anzuführen die territoriale Zerrissenheit des deutschen Landes und die verschiedene Stellungnahme der weltlichen Obrigkeit sowie letztlich die mittelalterliche Kaiserpolitik. Diese habe den deutschen Herrscher an übernatürliche Ziele und an den Papst gebunden und durch ihren selbstverschuldeten Zusammenbruch die Territorialfürsten emporwachsen lassen. Der Grund für diesen Sturz des mittelalterlichen Kaisertums, für die Ausbildung der territorialen Landeshoheit und auch für die konfessionelle Spaltung liege in der mächtig angewachsenen Kirchlichkeit des hohen Mittelalters. Ebenso wenig wie der Kaiserpolitik gegenüber sei aber hier eine Anklage angebracht, sondern Ehrfurcht, die man der Geschichte überhaupt schulde.<sup>123</sup> Wenn alle Komponenten für die konfessionelle Zerrissenheit in entsprechender Stärke berücksichtigt würden, verliert der von hier aus erhobene Vorwurf gegen die Politik der Kaiser vielleicht noch mehr seinen Stachel.

Und Ähnliches mag auch gelten für die gegnerische Behauptung, die politische Begabung der Deutschen sei durch die Römerzüge sehr beeinträchtigt worden.<sup>124</sup>

Von Anfang an und bis jetzt hinzu, so sahen wir, ist die Kaiserpolitik für ihre Gegner der Quell alles Bösen. Die Verteidiger haben immer wieder die Zusammenhänge klären und die Vorwürfe auf das richtige Maß zurückschrauben müssen.

---

121. ZgesStW. 85 (1928) 593.

122. Holtzmann 14.

123. Ebenda 10 ff.

124. Vgl. den 4. Exkurs am Ende der Arbeit.

Nicht ohne Erfolg leisteten sie diese Kleinarbeit. Überzeugender können sie noch für ihre Ansicht wirken, wenn sie ihrerseits auf manche gute Wirkungen der mittelalterlichen Kaiserpolitik hinweisen.

### Dritter Abschnitt.

#### Die „guten Folgen“.

Nach den namhaft gemachten schlechten Folgen der Kaiserpolitik mögen uns nunmehr die besonders von den Verteidigern vorgebrachten guten beschäftigen.

Es handelt sich hier in erster Linie darum, ob die Kaiserpolitik dem eigenen Volk genutzt habe, und zwar zunächst politisch. Gab doch Ficker selbst zu, daß, so schön auch die Aufopferung für das Allgemeine sein möge, niemand es den Söhnen verargen werde, welche mit sehr gemischten Gefühlen der rühmlichen Verdienste des Vaters gedächten, wenn dieselben durch die Zerrüttung und Zersplitterung des eigenen Erbteils erkauft worden wären.<sup>1</sup>

Immer wieder ist als das wichtige und wohl wichtigste politische Ergebnis der Kaiserpolitik die Sicherung der noch schwachen *nationalen Einheit* gefeiert worden.

Ficker konnte sich seinerzeit dafür auf den politisch von ihm ganz verschieden gerichteten Droysen berufen.<sup>2</sup> Bei Schäfer hieß es dann: „Nichts hat die Deutschen der verschiedenen Stämme, die fortdauernd im Reiche nebeneinander bestanden, so oft und so nachdrücklich zu gemeinsamen Anstrengungen vereinigt wie die Aufrechterhaltung der Stellung in Italien.“ Er wies ferner darauf hin, daß nur für den Romzug eine anerkannte, allgemeine Verpflichtung zur Heerfahrt sich ausgebildet habe. Damals gerade habe man auch im Auslande den Deut-

---

1. Ficker, Königtum und Kaisertum 53.

2. Ebenda 55 f.; vgl. Weber, Bd. 6, 169.



schen besondere Aufmerksamkeit geschenkt, und es sei ein einheitlicher Volksname aufgekommen.<sup>3</sup> Vorher betonten schon Dümmler, Schultheiss, Kampers, Vigener und Heusler, daß der Besitz des Kaisertums, dann aber auch vornehmlich die Römerzüge, das Gefühl der nationalen Zusammengehörigkeit gestärkt hätten.<sup>4</sup> Ihnen folgte noch A. Schulte und sein Schüler und Nachfolger Braubach.<sup>5</sup> Und auch der Kulturhistoriker Steinhäuser bekennt, daß, wenn man auch das Undeutsche der Kaiserpolitik beklagt habe, die Volkserinnerung zeige, daß ein so stolzes und großartiges Gebilde wie das Reich, welches gegenüber der damaligen Zerrüttung des übrigen Europas eine wirkliche Errungenschaft war, doch das nationale Gefühl unheimlich anfeuern und wachhalten mußte.<sup>6</sup> Nach Below allerdings entbehrt die Behauptung, das Kaisertum habe das Verdienst gehabt, die deutschen Stämme zu einigen, ganz der Begründung.<sup>7</sup> Tatsächlich aber läßt uns doch Widukind, wie Bloch anmerkt, trefflich erkennen, daß erst unter dem Einfluß der ottonischen Politik das deutsche Gesamtbewußtsein langsam heranreife.<sup>8</sup> An die von nationalem Selbstbewußtsein getragene Literatur der Stauferzeit könnte man hier ebenfalls erinnern.<sup>9</sup> Daß tatsächlich nur im stählenden Kampf der Energien eine kräftige Staatsgewalt erwachse, belegt Kienast auch mit den Beispielen der Anglo-Normannen, der Kapetinger und dem von Kastilien-Aragon.<sup>10</sup>

Kern wies in seiner berühmten Rezension des Schäferschen Buches nun darauf hin, daß das Nationalgefühl nicht gerade durch Züge zum Süden gestärkt werden mußte. Ein Gedanke, der von Below zustimmend aufgegriffen wurde.<sup>11</sup> Bleibt damit

---

3. Schäfer, DG., Bd. 1, 166 ff.

4. PrJbb. 24 (1869) 310 f.; Schultheiß, Bd. 1, 170 ff.; Kampers, Kaiseridee 47; Vigener 253; Heusler 126.

5. Schulte, Fürstentum 11; VgGeg. 15 (1925) 329.

6. Steinhäuser, Kultur, Bd. 1, 130; vgl. Günter, Kaisertum 14.

7. VSzWG. 20 (1928) 454.

8. NA. 38 (1913) 129 Anm. 2.

9. Vgl. auch Bloch, Kaiserwahlen 14 Anm. 2.

10. FBPrG. 40 (1927) 381.

11. Below, Staat, Bd. 1, 359.

etwa der gute Charakter dieser Folge der Kaiserpolitik nicht bestehen, wenn der Gewinn auch auf andere Weise hätte erzielt werden können? Überdies läßt sich zweifeln, ob das mit dem Süden verbundene Kaisertum die Gefühle des Selbstbewußtseins und der Zusammengehörigkeit bei allen zu wecken nicht doch besser imstande war. Und wurden insbesondere nicht die von Rom abhängigen Erzbischöfe und Bischöfe zu Ottos Zeiten um so stärkere Klammern der Einheit des Reiches im Gegensatz zu den unzuverlässigen Stammesherzögen, als eben das Kaisertum mit dem Papst in Rom sich verband. Ein Gesichtspunkt, den schon Boehm darbot.<sup>12</sup> — Daß das Nationalgefühl in Frankreich und England später sich nachhaltiger als im Deutschland der Römerzüge ausbildete, entkräftigt den Wert der Kaiserpolitik für Deutschlands Werkezeit auch keineswegs. Oder ist etwa die Bemerkung Schneiders: „Als wenn das französische Nationalgefühl nicht aus der nationalen Einheit entstanden wäre“, eine Widerlegung?<sup>13</sup> — Ebenfalls der Umstand, daß, wie Below und Kern hervorhoben, die Fürsten öfteren Römerzügen gegenüber zurückhaltend waren und außerordentliche Belohnungen für ihre Teilnahme verlangten, behebt nicht die gute Seite der völkischen Einigung, zumal in der Frühzeit. Lorenz betonte übrigens, daß sich in 300 Jahren keine einzige mißbilligende Stimme gegen die Römerzüge erhoben habe.<sup>14</sup> Von einem diesbezüglichen nationalen Widerspruch wollten auch Boehm, Dümmler und Günter nichts wissen.<sup>15</sup> Vollzog sich doch nach den besonders großen Anstrengungen Ottos I. und II. in Italien das Aufgebot des jugendlichen Otto III. 996 ohne alle Schwierigkeit, wie Cartellieri eigens zur Beurteilung der italienischen Kaiserpolitik heraushebt. Wirkliche Verluste bringt nach Knussert erst Barbarossas Zeit. Aber nur im Süden! Und man könne sogar noch unter ihm von Begeisterung für die Romzüge reden.<sup>16</sup> Die Herrschaft

---

12. Boehm 18 ff.

13. Schneider, MA. 8.

14. Lorenz, 13 u. 14. Jahrhundert, Bd. 1, 6 f., 30 f. Vgl. aber unten S. 201.

15. Boehm 22; Dümmler in PrJbb. 24 (1869) 311; Günter, Kaisertum 12f.

16. Cartellieri in Festschrift Judeich 178, 192, 202; Cartellieri, Weltstellung 83, 193, 221, 259 f.; Knussert 55 ff.; vgl. oben S. 128.

über Italien wurde eben als Angelegenheit deutscher National-  
ehre betrachtet, so daß unser stolzes deutsches Rittertum, das  
sich selbst durch die Römer- und Kreuzzüge so recht entfaltete,  
in diesen Kämpfen eine nationale Aufgabe sah.<sup>17</sup>

Früher als irgendein anderes der sich herausgestaltenden  
Länder Europas hat Deutschland, wie Schäfer noch geltend  
macht, die überlieferten Stammes- und Sonderbildungen über-  
wunden.<sup>18</sup> Ja, wäre ohne die Kaiserpolitik überhaupt ein selb-  
ständiges deutsches Königtum möglich gewesen, das die nation-  
alen Aufgaben auch nur in gleichem Maße wie das Kaisertum  
hätte erfüllen können? So fragt Hofmeister.<sup>19</sup> Und vor Jahr-  
zehnten unterstrich schon außer dem temperamentvollen  
Treitschke ebenfalls der doch ruhig abwägende G. Waitz, daß  
das Volk durch das Kaisertum ein Gefühl von Macht und Größe  
gewonnen habe und, indem es selbst seine Kraft dafür einsetzte,  
sei auch das Bewußtsein der Gemeinsamkeit nie gewichen.<sup>20</sup>  
Etwas zu sicher und volltönend aber scheint Hofmeisters Wort,  
daß die deutsche Nation nicht denkbar sei, ohne den mächtigen  
und lebensvollen Staat unserer Kaiser im Mittelalter.<sup>21</sup>

In der Richtung, die kräftige nationale Einheit als Nutzen  
geltend zu machen, liegt auch das Rühmen des Wertes der Er-  
innerung an die Kaiserpolitik. Hat dies zweifellos in gewisser  
Weise seine Berechtigung, so nimmt v. Below andererseits nicht  
ganz grundlos m. E. Stellung gegen eine zu starke Betonung die-  
ser Erinnerungswerte.<sup>22</sup> Sicher ist, daß sie unserm Volke in  
Zeiten der Zerrissenheit und Schwäche eine Stütze waren.<sup>23</sup>  
Und nicht minder kann man darin Holtzmann sicherlich folgen,  
daß wir solche Erinnerungen heute nötiger denn je haben.<sup>24</sup>  
Auch Brackmann äußert sich dahin, es sei nichts gefährlicher,

---

17. Bonwetsch in MHL. 17 (1929) 4 f.

18. Schäfer, DG., Bd. 1, 182; vgl. Heimpel 23.

19. Hofmeister, Nationale Bedeutung 17; Bühler 168 f.; vgl. Stege-  
mann 52.

20. Treitschke, Aufsätze, Bd. 2, 179; Waitz, VG., Bd. 5, 125.

21. Hofmeister a. a. O. 6.

22. Below, Kaiserpolitik 38 f.; vgl. Haller, Epochen 96.

23. Schulte, Staat 28.

24. DLZ. 49 (1928) Sp. 584.

als einem Volk klar zu machen, in größten Zeiten seiner Geschichte sei es auf falschen Wegen gewesen.<sup>25</sup>

Im Abschnitt über Ottos I. Politik wurde schon erörtert, wie er die noch recht ungesicherte Einheit seines Staates gegen die von der Südgrenze herkommenden schlechten Einflüsse durch seine italienischen Unternehmungen schützte, wie er dem Übergreifen fremder Macht und nichtdeutschen Einflusses auf Italien und den so möglichen Gefahren für Deutschland zuvorkam. Wohl stimmten wir dabei dem Einwande v. Belows zu, daß Westfranken zu Ottos Zeit kaum für die Kaiserkrone in Frage kam und Deutschland gefährlich werden konnte. Hier in der Folgenbetrachtung aber heischt Hofmeisters Ansicht besonders Beachtung, daß überhaupt das deutsche Übergewicht über die Westfranken auch durch die Angliederung Italiens entschieden worden sei.<sup>26</sup> Ebenfalls Hampe spricht von einer „mitteleuropäischen Kräftezusammenfassung gegenüber Frankreich“.<sup>27</sup> Hat doch Frankreich die Erinnerung an die erhobenen Ansprüche auf Italien und Burgund nie vergessen und sofort vertreten, sobald sich nur eine Aussicht auf Verwirklichung bot. Früh schon hat es die „Ausdehnungspolitik“ betrieben.<sup>28</sup> Was v. Below dagegen vorbringt, trifft höchstens Ottos Zeit.<sup>29</sup> Die Wahrung der Selbständigkeit durch die Erringung eines andauernden deutschen Übergewichtes ist also ein zweiter großer Nutzen der Kaiserpolitik.

Erwähnt werden mag auch hier Hofmeisters Darlegung, daß gegenüber den starken romanischen Einflüssen im Hochadel in den Jahrhunderten nach der Trennung von Ostfranken es seine große Bedeutung gehabt habe, daß das Volk sich infolge der Kaiserpolitik seines eigentümlichen Wertes recht bewußt

---

25. VelhMonh. 43 (1928/29) 449; vgl. Kaufmann in Ullsteins WG., MA. 326.

26. Hofmeister, Nationale Bedeutung 30 Anm. 66.

27. DLZ. 1914, Sp. 2543.

28. Schäfer, Staat 82 f.; Heimpel 26. Vgl. insbesondere das wertvolle Buch Kerns über die Anfänge der französischen Ausdehnungspolitik in seinen drei Teilen.

29. Below, Kaiserpolitik 50 Anm. 30a.



gewesen sei.<sup>30</sup> V. Belows Entgegnung, daß „durch die wesentlich von ihm stammende politische Zersplitterung Deutschlands dem romanischen Wesen eine breite Tür geöffnet“ wurde, beseitigt kaum den für das eigentlich deutsche Empfinden des Volkes förderlichen Wert des Kaisertums in kritischen Jahrzehnten und Jahrhunderten.<sup>31</sup>

Bezüglich dieser verschiedenen die Selbständigkeit Deutschlands bedrohenden Gefahren mag Ficker nicht so unrecht haben mit seinem Gedanken: „Verdanken wir dem einstigen Bestande des Kaiserreichs unsere äußere Unabhängigkeit, so würde die an dasselbe gesetzte nationale Kraft genügend verwertet sein, auch wenn sich nachweisen ließe, daß durch jenen Bestand der innere Zerfall notwendig bedingt war.“<sup>32</sup>

Mit der Steigerung des Selbstbewußtseins und Einheitsgefühls einerseits sowie mit der Abwehr von innen und außen drohender Erschütterung andererseits ist das Dritte fast schon gegeben, daß eine *Machterhöhung* eintrat. Deutschland wurde so vorherrschende Macht.<sup>33</sup> Es mag stimmen, wie Below sagt, daß die deutsche Hegemoniestellung uns schon vor dem ersten italienischen Zuge Ottos entgegentritt.<sup>34</sup> Aber daß sie eine überragende wurde und lange blieb, daran dürfte denn doch das Kaisertum nicht unschuldig sein. Hierzu können die Verteidiger der Kaiserpolitik zunächst hinweisen auf das Vordringen der Deutschen an der Südgrenze selbst, das auch v. Below nicht unterschätzen will.<sup>35</sup> Den Einwand, wegen der vorübergehenden Vormachtstellung sei aber eine uferlose Eroberungspolitik entstanden, weist Bühler damit zurück, daß die Auffassung des Kaisertums als eines Friedenskaisertums und die tatsächliche politische Lage dagegen sprächen.<sup>36</sup> Die Kaiseridee alsdann erhob die Deutschen über alle anderen Nationen.

---

30. Hofmeister, Nationale Bedeutung 9 ff.

31. Below, Kaiserpolitik 50 Anm. 30a.

32. Ficker, Königtum und Kaisertum 54 f.

33. Weber, Bd. 6, 169.

34. Below a. a. O. 31.

35. Below a. a. O. 52 Anm. 38a; vgl. Einschränkungen v. Voltelinis in ZSavStRgGA. 48 (1928) 513.

36. Bühler 153 f.

Daß Below dies bestreitet, wundert Bonwetsch sehr.<sup>37</sup> Wenn Hellmann schon das Reich als eine überlegene Gebietsmasse hinstellt,<sup>38</sup> so wissen Keutgen und Hofmeister aus unserer Unangreifbarkeit in dieser Zeit natürlich ein Argument für die Kaiserpolitik zu machen.<sup>39</sup> Hebt Hampe dazu den durch die Unterordnung des Papsttumes erzielten bedeutenden Gewinn heraus,<sup>40</sup> so will v. Below einen solchen freilich nur zum Teil zugeben.<sup>41</sup> Deutlich spricht dann wieder der Verteidiger Braubach von Machtgewinn: „Zweifelloos wäre das Übergewicht, das Otto tatsächlich Deutschland verschafft hat, nicht erreicht worden, wenn er an den Alpen haltgemacht und die Macht gegen Osten, Norden oder Westen eingesetzt hätte“.<sup>42</sup> War mit dem römischen Kaisertum nicht auch ein stärkerer Einfluß in der Welt der Slaven gegeben? <sup>43</sup>

Nach innen erhielten die Römerzüge dem deutschen König sein Herrenrecht. Das Herkommen der Römerzugsdienstpflicht mehrte die staatliche Wehrpflicht.<sup>43a</sup> Daß hiermit eine Kraftquelle gegeben war, gesteht Kern zu. Aber er hätte sie eben gern anders gerichtet gesehen als nach Süden.<sup>44</sup> Hampe und Meister erblicken, wie wir früher streiften, nach innen eine Machtsteigerung darin, daß in den geschaffenen Beziehungen zum Papsttum die Möglichkeit einer auf die Kirche sich stützenden monarchischen Zentralgewalt auf lange Zeit gesichert wurde.<sup>45</sup> Ähnlich, wie in dem Abschnitt über Otto I. gesagt wurde, andere Verteidiger der Kaiserpolitik.<sup>46</sup> Wenn v. Below meint, das Kaisertum bedeute für das Verhältnis zwischen Staat und Kirche nicht

---

37. MHL. 17 (1929) 5.

38. Hellmann 90; vgl. Muth in Hochland 30 (1932/33), Heft 6, 484.

39. Keutgen 182; Hofmeister, Nationale Bedeutung 17; vgl. Kampers, Kaiseridee 110 ff.

40. MPol., Bd. 1, 311; vgl. auch Boehm 21 f.

41. Below, Kaiserpolitik 33, 70.

42. VgGeg. 15 (1925) 334.

43. Vgl. Schulte, Staat 27 f.

43a. Vgl. Knussert 7 ff.

44. Kern in Gedächtnisschrift 39, 59, 68.

45. Hampe, Salier 5; Meister, VG., 83; vgl. Heusler 84.

46. Vgl. auch Kaindl 5.

viel mehr als das Königtum,<sup>47</sup> so läßt sich schon von vornherein mit Haller bezweifeln, ob die aus der Hand der Kirche empfangene Kaiserkrone nicht das Ansehen des deutschen Herrschers mehrte.<sup>48</sup> Im tatsächlichen Verlauf der Dinge kommt noch dazu die Beherrschung des Papsttums durch das Kaisertum auf lange Zeit.

Anscheinend weiß Schäfer, der Ottos I. Tat verteidigt und neben dem Schaden, den er zugibt, auch gute Folgen kennt, nichts von einer Machtsteigerung durch das Kaisertum. Denn er betont, daß die Kaiserwürde den Glanz erhöht habe, aber nicht die Macht vermehrt und nicht neue internationale Rechtstitel gegeben. Wohl redet er eindringlich von der deutschen Machtentfaltung und von der Machtansammlung, die eine ungewöhnliche, später nicht wieder erreichte Sicherheit nach außen gewährt habe.<sup>49</sup> Ob es denn ein Zufall ist, daß gerade das Reich des Kaisers es war, das sich so entwickelte? Wie faktisch die italienische Krone und die Kaiserkrone miteinander zusammenhängen, mag das juristische Band auch fehlen, so hatte faktisch auch die Kaiserkrone etwas mehr Bedeutung für die Machtstellung des deutschen Königs als nur die der Erhöhung bedeutungslosen Glanzes. In diesem Glanze fühlte sich das deutsche Volk mächtiger und war es auch.<sup>50</sup> Dabei kann man der anderen Schäferschen Behauptung ruhig beipflichten, daß für den deutschen Herrscher sich eine Steigerung der kriegerischen Machtmittel aus dem Besitz der beiden Nebenkronen in deutschen Dingen nicht ergeben habe.<sup>51</sup> Bonwetsch gesteht das allerdings nicht ohne weiteres zu.<sup>52</sup>

Zu den großen politischen Tatsachen der Schaffung und Förderung von Einheit, Selbständigkeit und Macht fügen wir kurz eine Beobachtung von Hirsch. Gerade von Otto dem Großen bis zum Fall der Staufer sei das Gebiet deutscher

---

47. Below, Kaiserpolitik 22.

48. Haller, Epochen 45; vgl. Ehrhard, Katholizismus 26.

49. Schäfer, DG., Bd. 1, 180.

50. Schultheiß, Bd. 1, 187.

51. Schäfer a. a. O. 185.

52. MHL. 17 (1929) 5.

Sprache und deutscher Kultur verdoppelt worden.<sup>53</sup> Wahrlich, beachtenswert für Verteidiger und Kritiker.<sup>54</sup>

Daß selbst die mit der Politik des Kaisertums gegebene Förderung des Partikularismus und die damit entstandene Schwächung der königlichen Zentrale in ihrer Entwicklung vieles Gute, gerade kultureller Art, brachte, wurde schon gezeigt. In kultureller Hinsicht wird überhaupt der Kaiserpolitik von manchen Forschern ein ganz besonderer Nutzen zugeschrieben, während Ficker diese Seite kaum nannte.

Schon Waitz machte darauf aufmerksam, daß auf diesem Wege Elemente mannigfaltiger Bildung und weiterer Entwicklung in *L i t e r a t u r* u n d *K u n s t* in die deutsche Heimat gebracht worden seien.<sup>55</sup> Ähnlich Weber.<sup>56</sup> Und bei Ranke heißt es: „War es nicht selbst für das innerliche Wachstum von hoher Bedeutung, daß man in ununterbrochener Verbindung mit Italien blieb, welches im Besitz aller Rechte der alten Kultur war, von wo man die Formen des Christentums empfangen hatte?“<sup>57</sup>

Aus der neueren Zeit nennen wir zuerst Steinhausen. Er führt nicht nur aus, daß Italien, immer noch der wichtigste Teil der einstigen großen Kulturwelt, durch das Kaisertum vor dem Untergange bewahrt worden sei, sondern auch, daß sich im Verhältnis zum Süden eine fruchtbare Wechselwirkung gezeigt habe. Und an anderer Stelle lenkt er das Augenmerk auf nachweisbare Einflüsse Italiens in Deutschland. Habe das italienische Geistesleben auch daniedergelegen, so habe es doch den nach Süden ziehenden Deutschen noch viel gegeben.<sup>58</sup> Ebenfalls G. Dehio betont in seiner „Geschichte der deutschen Kunst“, die italienischen Kämpfe hätten die deutsche Kultur immer wieder mit ihrer zweiten Mutter, der Antike, in Berührung ge-

---

53. Hirsch in *MIÖG.* 44 (1930) 1.

54. Vgl. auch den Text der 1. Strophe des Deutschlandliedes.

55. Waitz, *VG.*, Bd. 5, 125.

56. Weber, Bd. 6, 170 ff.

57. Ranke, *DG.*, Bd. 1, 16.

58. Steinhausen, *Kultur*, Bd. 1, 130, 224 f.; Steinhausen, *Kulturgeschichte* 55 f.



bracht. Das Kaisertum habe die deutsche Nation vor einer Isolierung, die sie damals noch nicht hätte ertragen können, gerettet, aber auch Italien vor dem Hinübergleiten in die byzantinische Sphäre bewahrt.<sup>59</sup>

Kern gab in seiner Rezension 1912 gegenüber diesen angeblichen kulturellen Vorteilen der Kaiserpolitik zu bedenken, daß der italienische Einfluß auf Deutschland weder stärker noch wohlthätiger als auf das übrige, namentlich westliche Abendland gewesen sei und daß dieser Einfluß erst von größter Bedeutung war zu der Zeit, als die deutsche Herrschaft bereits im Rückgang sich befand.<sup>60</sup> V. Below fügte hinzu, daß die Weiterbildung der Kultur nicht an die politische Verbindung mit Italien geknüpft war und daß Deutschland in seinem geistigen Leben in der Zeit vom 10.—12. Jahrhundert mehr von Frankreich als von Italien beeinflußt worden sei, sowie daß die unbedingte Überlegenheit des Südens über Deutschland für jene Zeit bestritten werden müsse.<sup>61</sup>

Was die Kunst angeht, so lehnt sich Kern jetzt an Leo Bruhns an, der sich darüber wundert, daß Italien in der Frühzeit nicht mehr gab, und der die damalige deutsche Kunst als fortgeschritten ansieht gegenüber der italienischen.<sup>62</sup> Merkwürdig ist, wie sich v. Below in seiner Neuauflage „Der deutsche Staat des Mittelalters“<sup>63</sup> auf ein paar Stellen eines älteren Buches von Dehio beruft, die ähnlich, aber nicht so scharf wie die Auslassungen bei Bruhns sind,<sup>64</sup> ohne der der Kaiserpolitik günstigen Gesamtauffassung des Autors aus seiner schon genannten „Geschichte der deutschen Kunst“ zu gedenken.

Immerhin, die Kritik hat hier wohl nicht ohne Erfolg eingesetzt. Hampe hatte 1914 gegenüber v. Belows Buch in dieser Beziehung die Frage gestellt: „Wer vermöchte z. B. den kulturellen Ertrag der politischen Verbindung mit Italien kurzerhand

---

59. Dehio, Kunst, Bd. 1, 59.

60. DLZ. 1912, Sp. 1871.

61. Below, Staat, Bd. 1, 357 f.; Below, Reichspolitik 16 ff.; Below, Kaiserpolitik 24 f.

62. Kern in Gedächtnisschrift 61.

63. Below, Staat, Bd. 1 (1925), XXXIV.

64. Dehio, Aufsätze 19 ff., 78 f.

abzuschätzen, zumal da noch so gut wie alle kulturgeschichtlichen Voraussetzungen auf diesem Gebiete fehlen?"<sup>65</sup> 1922 in seinem Aufsatz über Otto den Großen lautete die Frage etwas anders. „Was konnte selbst das neu mit Deutschland verbundene Italien in seiner damaligen Verwilderung an Kulturwerten bieten, das nicht im wesentlichen schon in der Karolingerzeit aufgenommen wäre? Es war höchstens noch eine geringe Nachlese zu holen, deren Bedeutung stark überschätzt worden ist.“<sup>66</sup> Delbrück gibt ähnlich zu bedenken, daß die Hauptsache das Fortleben der Ideen und Kräfte sei, die in der karolingischen Epoche auf die germanischen Gebiete übertragen waren und sie durchdrungen hatten.<sup>67</sup> Auch M. Braubach meint zurückhaltend, wenn im ganzen der Ertrag auch schwer zu bestimmen sein werde, so sei eine Einwirkung aus Italien stammender wertvoller Kulturelemente doch sicher an manchen Stellen nachweisbar.<sup>68</sup> Daß die Urteile jetzt vorsichtiger geworden sind, mag Rudolf Falk zu danken sein, der 1920/21 auf Anregung Hampes die „Italienisch-deutschen Kulturbeziehungen in der Zeit von 900—1056“ im einzelnen an Hand der Quellen untersuchte. Er stellte fest, daß die engeren politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Italien nicht sogleich zu einer so starken Vermehrung der wirtschaftlichen und geistigen geführt hätten, daß sie sich in den Quellen niedergeschlagen hätte. Der Zustand der italienischen Kultur erkläre, weshalb Deutschland so wenig aus dem Süden aufnahm, obwohl die politischen Zustände genug Möglichkeiten boten. Italien habe im 10. Jahrhundert kein eigenes Kulturleben mehr besessen. Erst Mitte des 11. Jahrhunderts habe es begonnen, sich dem abendländischen Kulturleben wieder anzuschließen und seitdem gestrebt, seine Kultur auszubreiten.<sup>69</sup>

Hat man, abgesehen von der karolingischen Zeit, für das erste Jahrhundert des deutschen Kaisertums demnach den kulturellen Einfluß Italiens nicht hoch einzuschätzen, so ist damit

---

65. DLZ. 1914, Sp. 2542.

66. MPol., Bd. 1, 320; vgl. von den Steinen, Otto 146.

67. Delbrück, Teil 2, 399.

68. VgGeg. 15 (1925) 328.

69. AKuG. 15 (1923) 161 ff.

natürlich nicht gesagt, daß ein solcher späterhin nicht größer gewesen ist. Es dürfte nicht berechtigt sein, sich auf die Frühzeit zu versteifen.

Neuestens wehrten sich Kern und v. Below gegen die von Haller behaupteten wirtschaftlichen guten Folgen der Kaiserpolitik,<sup>70</sup> die wir früher als Motive für Otto I. ablehnten. V. Below wies in seiner Rezension über Hallers Epochen sofort darauf hin, daß kein deutscher Kaufmann über Venedig hinaus Handel treiben durfte und daß die Italiener den Welthandel zuungunsten der Deutschen in derselben Zeit monopolisierten, in der der deutsche König Italien beherrschte.<sup>71</sup> Bonwetsch ist aber der Meinung, daß sich gegen Belows und Schneiders Ansicht, die Unterwerfung Italiens habe keine wirtschaftlichen Vorteile mit sich gebracht, wenigstens wesentliche Einwände erheben ließen.<sup>72</sup>

Sicher war dann überhaupt das Kaisertum als solches ein bedeutungsvoller Träger der Kultur. Das konnte sich mit der Zeit immer mehr offenbaren. Den allgemeinen Gedanken A. Werminghoffs — er pflichtet dem Sybelschen Endergebnis bei —, daß „die Idee des Kaisertums das deutsche Volk hat teilnehmen lassen an den Gütern einer guten, alten und reichen Kultur“,<sup>73</sup> führte im gleichen Jahre v. Schulte<sup>74</sup> in liberaler Weise aus, wenngleich er in politischer Beziehung wie Steinhausen das Kaisertum als verderblich ansah. Man dürfe darob eben nicht vergessen, was wir ihm in sozialer Beziehung verdanken. Es habe uns vor einseitiger nationaler Ausbildung bewahrt. In rechtlicher Beziehung habe es das römische Recht vermittelt<sup>75</sup> und andererseits die germanischen Einflüsse in das überall geltende Kirchenrecht. So seien die sozialen Verhältnisse im einzelnen stark beeinflusst worden. Die Idee des Kaisertums in Verbindung mit der einheitlichen kirchlichen Gewalt habe auch eine gemeinsame Grundlage der sozialen und

---

70. Kern in Gedächtnisschrift 61, 56; Below, Kaiserpolitik 24.

71. HZ. 130 (1924) 539.

72. MHL. 17 (1929) 5; vgl. auch Stegemann 86, 88.

73. Werminghoff, Geschichte der Kirchenverfassung 151.

74. Deutsche Revue 1905, Bd. 2, 102 ff.

75. Vgl. Weber, Bd. 6, 169.

rechtlichen Bildung geschaffen. Die Völker seien näher in Berührung miteinander gekommen. Der Welthandel sei aufgeblüht. Daß durch das Kaisertum der deutsche Verkehr mit dem Auslande belebt wurde, daß sich so der wirtschaftliche Raum unseres Volkes erweiterte, sagen auch die Wirtschaftshistoriker.<sup>76</sup> Dabei können der Selbständigkeit des Handels in einem großen Teile Italiens natürlich doch Schranken gezogen gewesen sein. Eine gemeinsame geistige Bildung habe, so betont v. Schulte weiter, bestanden, so daß die großen Gegensätze bis zum Ende des 15. Jahrhunderts schlummern konnten. Städtewesen und Bürgertum hätten sich in der Zeit fruchtbar entwickelt. Die slavischen Völker von der Ostsee bis zur Adria seien in diesen Jahrhunderten so durchsetzt worden, daß sie im Kerne deutsch seien. Das germanische Wesen habe überhaupt dem Mittelalter sein Gespräge aufgedrückt. Kein Volk habe mehr zur Bildung der Menschheit beigetragen als das unsere. Es sei eine hochstehende Kultur gewesen.<sup>77</sup>

Auch von finanziellem Ertrage der Kaiserpolitik muß man mit Hampe, Cartellieri, Haller, sowie den Rezensenten Dopsch und Kienast trotz der abweisenden Meinung v. Belows sprechen.<sup>78</sup> Dem Adel hat sich insbesondere durch die Stellung in Italien und Burgund mannigfache Gelegenheit zur Betätigung in weltlichem und geistlichem Amt geboten, wie v. Below und Schäfer zugestehen.<sup>79</sup>

So ist doch wohl mit Schubert zu bekennen: „Sicher ist, daß an der Kaiserwürde zusammen mit dem Besitz Italiens, dem unmittelbaren Eintritt in die große Tradition, eine Fülle idealer Kulturmomente hingen, die ein Königtum der deutschen Stämme nicht aus sich hätte heraussetzen können“.<sup>80</sup>

Kann man etwa auch in religiöser Hinsicht von Vorteil für unser Volk reden? Wird nicht angenommen, gerade

---

76. Vgl. z. B. Kötzschke 102 und Mayer, Wirtschaftsgeschichte 41, 72.

77. Vgl. auch Nickel 315 f.

78. Below, Staat, Bd. 1, 361; vgl. auch Schulte, Staat 35, 58.

79. MPol., Bd. 3, 253; NHeidJbb. 13 (1904) 123; Haller, Epochen 50 f.; ZgesStW. 85 (1928) 596 f.; FBPrG. 40 (1927) 384.

80. Schubert 18 f.



das Kaisertum habe die christliche Mission gefördert?<sup>81</sup> Man könnte hier auch auf die Bereicherung und Vereinheitlichung der Liturgie hinweisen.<sup>82</sup> Wichtiger ist es, nochmals auf die konfessionelle Zerrissenheit zurückzukommen. Nehmen wir einmal die Kaiserpolitik als ihren letzten Grund an, so hat diese zugleich mit der religiösen Spaltung doch auch, wie Holtzmann meint, Errungenschaften gebracht, die Toleranz und eine mit den Gegensätzen gegebene geistige Regsamkeit.<sup>83</sup> Finden nicht auch überzeugte Katholiken wirkliche Werte in der Reformation, und zwar aus philosophischen, theologischen und historischen Gründen?<sup>84</sup> Und ebenso wird auch von katholischer Seite die Aufklärungszeit mit ihrem Toleranzideal, die ja den Protestantismus als eine ihrer Wurzeln hat, keineswegs nur negativ gewertet.<sup>85</sup>

Die letzten Überlegungen führten uns schon von den im nationalen Sinne guten Folgen zu denen mehr universaler Art, die uns nun noch beschäftigen müssen.

Zu Beginn des Streites gab Weber zu bedenken, daß die Erneuerung der byzantinischen Herrschaft die Kirche und die gesamte Bildung des Abendlandes an die hinwelkende Kultur des Morgenlandes geknüpft haben würde. Die römische Kaiserwürde könne man sich also nur in Verbindung mit der italienischen Königskrone denken.<sup>86</sup> Auch nach Nitzsch hat durch das Kaisertum die okzidentale christliche Welt einen feststehenden Mittelpunkt gewonnen.<sup>87</sup> Und nicht weniger geben heutige Gegner derlei Nutzen zu. So äußert sich v. Beolw, unbedenklich werde man der von Otto I. eingeleiteten Politik universalgeschichtliche Verdienste zuschreiben.<sup>88</sup> Übrigens macht der-

81. Vgl. oben S. 68, 88 f., 144; auch E. Jung 97.

82. Baumstark 54 ff., 62 ff., 85 f.

83. Holtzmann 17 ff.; vgl. E. Jung 97 ff.

84. Vgl. Lortz 238 ff.; Muckermann 158.

85. Vgl. Lortz 305 ff.

86. Weber, Bd. 6, 170.

87. Nitzsch, DG., Bd. 1, 351; vgl. Muth in Hochland 30 (1932/33), Heft 6, 486.

88. Below, Staat, Bd. 1, 361.

selbe Verfasser darauf aufmerksam, daß einige Äußerungen Fickers — dieser hatte seinerzeit die Vorteile der Kaiserherrschaft für das Abendland hervorgehoben sowie die Notwendigkeit der deutschen Herrschaft für Italien<sup>89</sup> — in der heutigen Verteidigung der Kaiserpolitik nicht mehr im Vordergrund stehen.<sup>90</sup>

Was stellen denn deren Befürworter in dieser Hinsicht heute fest? A. Hofmeister hält auch heute die damalige deutsche Herrschaft insofern für notwendig, als die Ausbildung einer besonderen romanischen Nationalität auf italienischem Boden nur so denkbar sei.<sup>91</sup> Und Schäfer beleuchtet Italiens Hilflosigkeit zu jener Zeit und versichert, daß die deutsche Herrschaft erheblich zur inneren Beruhigung Italiens beigetragen habe. Besonders das städtische Leben sei so gefördert worden.<sup>92</sup> Braubach und Hofmeister können hier das gewiß unverdächtige Zeugnis des italienischen Historikers Villari aufrufen, daß die italienische Kultur sich gerade unter der Kaiserherrschaft zu ihrer „höchsten Blüte“ erhoben habe.<sup>93</sup> A. Cartellieri weist in seinem Aufsatz über Otto III. auch darauf hin, daß beim Tode Ottos II. Oberitalien ruhig blieb, was für die Güte der deutschen Verwaltung zeuge.<sup>94</sup> Sogar v. Below gibt noch in seinem letzten Buche zu, daß die Kaiser Italien „zeitweilig verhältnismäßige politische Einheit und damit verhältnismäßige Ruhe“ verschafften.<sup>95</sup>

Doch in der Leistung des Kaisertums für die Kirche sieht v. Below die einzige durchführbare Rechtfertigung der mittelalterlichen Kaiserpolitik.<sup>96</sup> Es ist das allerdings ein Abweichen von Sybels liberalem Standpunkt, daß das Allerschlimmste kirchlicher Zustände ohne schädliche Folgen für die Ver-

---

89. Ficker, Kaiserreich 65 ff., 77 ff.

90. Below, Kaiserpolitik 44 Anm. 3a; vgl. aber z. B. Heusler 126 f. und Böhler 152.

91. Hofmeister, Nationale Bedeutung 17.

92. Schäfer, DG., Bd. 1, 164 f.; vgl. 299.

93. VgGeg. 15 (1925) 327; Hofmeister in HZ. 121 (1920) 518.

94. Cartellieri in Festschrift Judeich 176; vgl. noch Cartellieri, Weltstellung 292.

95. Below a. a. O. 26.

96. Ebenda 39.

fassung der abendländischen Kirche und auch für das kirchliche Ansehen der Päpste bleiben konnte.<sup>97</sup> Dem Protestanten Schäfer wie dem Katholiken Braubach ist die Hebung des römischen Stuhles ein wertvoller Gewinn der von ihnen verteidigten Kaiserpolitik.<sup>98</sup> Tiefer noch aus dem Herzen scheint fast das Geständnis dem Gegner v. Below zu kommen, daß er die Befreiung und Erhebung der Kirche durch das Papsttum, an der das Kaisertum mitgewirkt habe, als etwas Großes und Notwendiges ansehe. Wir hätten hier also einen Fall, daß ein Staat sich geopfert hat für ein Ziel, das außerhalb seines Lebensinteresses liegt. Diese günstige Funktion habe mit dem Investiturstreit freilich im wesentlichen ihr Ende erreicht.<sup>99</sup> Bei Belows Mitkämpfer Kern, der auch zugibt, daß der Nutzen unbestreitbar ist, den die Kaiserpolitik für die Kräftigung der römischen Kirche gebracht, findet sich allerdings das andere bezeichnende Werturteil: „Wer von diesem Gesichtspunkt alle Nachteile der Kaiserpolitik in Kauf nehmen will, möge sie offen preisen und ihr nachträglich den Dank abstatten, den der Römische Stuhl dem deutschen Königtum zu erweisen vergessen hat.“<sup>100</sup> Denen, die da trauern und klagen, daß aber Deutschland später für die Förderung der Kirche gebüßt habe, hält von den Steinen entgegen: „Das bedenken nur arme Menschen — die Herren niemals —, daß ihr Same auch die Gegner stärkt.“<sup>101</sup> Man vergesse doch auch nicht, gerade wenn man vom nationalen Standpunkt die Dinge ansieht, daß der Schutz der Kaiser der Kirche galt, die trotz aller Universalität tatsächlich zu den großen nationbildenden Mächten gehört.<sup>102</sup>

In der jüngsten Kulturgeschichte von Günter wurde das Kaisertum überhaupt als universaler Faktor

---

97. Sybel, Die deutsche Nation 45.

98. Schäfer, DG., Bd. 1, 165 f.; VgGeg. 15 (1925) 328; vgl. auch Heusler 126.

99. Below, Kaiserpolitik 40; vgl. auch Ehrhard, Katholizismus 35.

100. Kern in Gedächtnisschrift 68. Sein Motto auf S. 32 ist C. F. Meyer entnommen!

101. Von den Steinen, Otto 146.

102. Salz 81 ff. — Und die christliche Kirche trug germanischem Wesen Rechnung und förderte deutsches Volkstum.

der Kultur gewürdigt, als Förderer der Mission, als Hüter von Friede, Recht und Ordnung, als Kulturvermittler.<sup>103</sup> Wahrlich keine schlechten Früchte dieser bedeutungsvollen Institution.

Schaut man vom Abendland weg auf den christlichen und islamitischen Osten und ihr Zurückbleiben in der Entwicklung überhaupt, dann können die Verteidiger der Kaiserpolitik noch insbesondere in der Mithilfe des Kaisertums zur Aufrichtung einer unabhängigen zweiten großen Macht für das Mittelalter ein ragendes Verdienst erblicken, ohne daß sie die Nachteile zu übersehen brauchten.<sup>104</sup> Daß die europäischen Staaten von einer Theokratie nur durch den Widerstand des Imperiums gegen das Machtstreben der Kurie bewahrt blieben, hebt letzthin noch Kienast heraus.<sup>105</sup> Man darf sein Urteil eben nicht einfach lenken lassen durch die von den Kämpfen zwischen Kaiser und Papst zunächst ausgehenden ungünstigen Eindrücke.

Es ist doch so, wie auch Kaufmann will, daß Arbeit und Leiden nicht bloß als Verlust zu rechnen sind. Er weiß sehr wohl darum, daß es welthistorische Leistungen waren, die unser Volk erfüllten.<sup>106</sup> Und durch unser Volk die christliche Welt. „Das Mittelalter ist Zeuge dafür, daß auch die Nation nicht in der Verkapselung, sondern im Dienst an der Menschheit am stärksten wirkt. Das Mittelalter hatte dabei freilich den christlichen Gedanken als Norm voraus.“<sup>107</sup>

Gewiß, es bleibt trotz aller vorgebrachten Vorteile die Tatsache bestehen, daß unter der Last, die Deutschland, dem Gebote der Stunde folgend, auf sich nahm, sich allerlei Sprünge zeigten<sup>108</sup> und daß das Kaisertum dahingesunken

---

103. Günter, Kultur 101 ff.

104. Schäfer, DG., Bd. 1, 232; vgl. Ficker, Kaiserreich 93 ff. sowie Höfler 2.

105. FBPrG. 40 (1927) 383; vgl. Treitschke, Aufsätze, Bd. 2, 179.

106. Ullsteins WG., MA. 326 f.; vgl. Ehrhard, Katholizismus 28.

107. Günter, Kaisertum 14. Über den Segen des Reiches für Deutschland und die Welt vgl. noch Heimpel 8 ff.

108. Vgl. Heimpel 16 ff.



ist. Ihr stellen aber mit vollem Recht Heusler, Nitzsch, H. Hampe, Haller, Schulze, Braubach, Schnabel, Bonwetsch und Bühler die andere stolz entgegen, daß es nach mehr als einem Vierteljahrtausend erst zusammenbrach und daß dieser Zeitraum Leistungen umschließt, die zu dem Bedeutendsten gehören, was das Deutschtum nicht nur an Machtausübung, sondern auch an Kulturwerten hervorgebracht hat.<sup>109</sup> Und war der Zusammenbruch denn Vernichtung? Hat man nicht dargelegt, daß auch nach der Schwächung der kaiserlichen Gewalt Deutschland noch Großes geleistet habe?<sup>110</sup> Ob die Städte oder die Fürsten dabei das größere Lob verdienen,<sup>111</sup> ist hier nebensächlich. Wenn auch die Kraft sich mehr ins Außerstaatliche ergoß, das deutsche Volk lebte doch fort. Das eigentliche Ergebnis des Kaisertums war gerade „ein Volk von unerschöpflicher Lebenskraft“.<sup>112</sup> Aber auch die Entstehung eines modernen Europa soll nur dadurch möglich gewesen sein, daß Deutschland der Führerstaat des mittelalterlichen Abendlandes wurde.<sup>113</sup>

Ohne Zweifel, die Position der Freunde der Kaiserpolitik erscheint uns nunmehr in noch besserem Licht. Sie brauchten sich ja nicht etwa zu begnügen mit den letztgenannten universalen Vorteilen, die auch nach dem Urteil der Gegner sich aus der Verbindung mit der Kaiserkrone ergeben haben. Nein, es spricht viel für ihre Ansicht von einem ebenfalls großen nationalen Nutzen, der so in politischer und kultureller Hinsicht entstanden sei. Ob sie dabei hin und wieder infolge berechtigter gegnerischer Kritik eine Stellung etwas zurückverlegen mußten, dürfte nicht entscheidend sein.

---

109. Heusler 126; Nitzsch, DG., Bd. 1, 307; MPol., Bd. 1, 316; Haller, Kaisertum 34; Gebhardts Hb., Bd. 1, 234; VgGeg. 15 (1925) 334 f.; Schnabel, Deutschland 4; MHL. 17 (1929) 6 f.; Bühler 188, 212 f.

110. Vgl. noch z. B. Nitzsch a. a. O., Bd. 3, 8 und 157 ff.

111. Gierke, Bd. 1, 296 ff.; Leo, Bd. 4, V ff.

112. Vgl. Büchner 61 ff.; Bühler 218.

113. Crome bei Zach 100.

## Vierter Teil.

### Letzte Gründe der bisherigen verschiedenen Bewertung der mittelalterlichen Kaiserpolitik.

#### Erster Abschnitt.

### Vernachlässigung der Faktoren des mittelalterlichen politischen Geschehens.

Bevor wir im dritten Teil die Bewertung der mittelalterlichen Kaiserpolitik von einem neuen Gesichtspunkt aus an uns vorübergehen ließen, hatten wir uns zu Beginn darauf besonnen, daß die Beurteilung der jeweiligen Beweggründe und Handlungen von der der Folgen getrennt werden muß. Und die Überlegung, daß zur Urteilsgrundlage die damaligen Verhältnisse zu nehmen sind, brachte uns über die allgemeine Frage nach dem Verhältnis von Subjektivität und Objektivität bei der Geschichtsschreibung zu der besonderen nach der Zulässigkeit von politischen Antrieben auf den Historiker.

Nachdem wir nun auch die zweite Art der tatsächlichen Einstellung zur mittelalterlichen Kaiserpolitik, nämlich von den Folgen aus, im einzelnen kennengelernt haben, ist eingehend zu untersuchen: Warum wird das Vorgehen der Kaiser von den einen bejaht und von den anderen ebenso verurteilt? Diese Frage erhebt sich jetzt mit ihrer ganzen Wucht.

Gerade wurde noch an die schon früher herausgestellte Verwechselung und Verquickung der Beurteilung aus den Folgen mit der aus den ehemaligen Beweggründen als Hindernis eines klaren Forschungsergebnisses erinnert. Leider ist die Selbstverständlichkeit, diese Gesichtspunkte zu trennen, von den Historikern wenig beachtet worden. Und dazu wurde dann

noch diese Folgenbetrachtung in ihrer wissenschaftlichen Sicherheit überschätzt. Ebenso selbstverständlich wie das Auseinanderhalten von Motiven und Folgen sollte die ebenfalls oben erwähnte für unsere Frage sehr wichtige Forderung sein, die frühere Zeit in erster Linie mit ihrem eigenen Maßstab zu messen. In Wirklichkeit geht man auch daran gern vorbei. Und gleichfalls an dem damit zusammenhängenden Gebot, gegenüber Einflüssen von der Gegenwartspolitik her ein wenig Vorsicht walten zu lassen. Wir haben nunmehr die Aufgabe, im Zusammenhang ausführlich auf diese der Lösung unseres Problems entgegenstehenden Schwierigkeiten einzugehen.

An den Anfang dieses vierten Teiles stellen wir das Verlangen, an das Mittelalter nicht mit fremdem Maß heranzugehen. Schon oft ist bemerkt worden, daß man bei Beurteilung der Kaiserpolitik gerade darauf wenig Rücksicht nehme, ob die Fragestellung dem mittelalterlichen Denken eigentlich gemäß sei.<sup>1</sup> In der Ansicht, daß Gegenwartstendenzen hier vor und bei Sybel-Ficker führend waren, kann die Lektüre der Abhandlung von Schieblich nur bestärken. Also von den damaligen Verhältnissen ist auszugehen. Darum ist hinzuweisen auf die Faktoren, die für die politische Entscheidung der Menschen von dazumal für unsere Frage beachtenswert sind.

Zunächst welche psychische Faktoren sind für die Welt des Mittelalters, wenn auch seine 10 Jahrhunderte gewaltige Unterschiede und Entwicklungen bergen,<sup>2</sup> gegeben und beeinflussten die Politik? Nicht umsonst berücksichtigt man, wie wir im ersten Teil sahen, in der Literatur der letzten Jahre, stark die ideellen Grundlagen. Darin irrten Sybel und Ficker, daß sie diese nicht in Rechnung stellten.<sup>3</sup> Günter hat wohl recht, wenn er schreibt: „Italien, ein Nebenakt, hat das Kaisertum erschöpft

---

1. Vgl. Schmalenbach 72 ff.

2. Schneider, MA. 5.

3. Schieblich 154.

und so den Eindruck verschuldet, als ob hier das Ziel gelegen hätte."<sup>4</sup>

An erster Stelle sei genannt der Universalismus.

Schon die Germanen waren mit dem Gedanken und der Bedeutung des römischen Imperiums bekanntgeworden und stießen später immer wieder in der Literatur darauf. Die Kirche lehrte sie ja auch durch die Vorstellung des allgemeinen Gottesreiches universal denken und empfinden.<sup>5</sup> „Aufrechterhalten wurde die Idee von dem einen Weltimperium vor allem durch die eine, allgemeine, katholische Kirche.“<sup>6</sup> Seit frühchristlicher Zeit betrachtete man überhaupt als Grundriß der Weltgeschichte jene beim Propheten Daniel geschilderte Abfolge von vier Weltreichen, deren letztes eben das römische war, das im byzantinischen Kaisertum nunmehr seine Spitze zu haben schien.<sup>7</sup> Und nach Schrift und Väterdeutung mußte man die ganze christliche Geschichte äußerlich als imperium Romanum ansehen, wenn auch seine Leitung und sein Schwergewicht nichts mehr mit dem Bestand des antiken Reiches zu tun hatten.<sup>8</sup> Auch die wohl zum Teil aus dem Osten kommende Prophetie half noch, die Kaiseridee vertraut zu machen. Im Osten bestand ja nicht nur das römische Kaisertum tatsächlich noch in Byzanz fort, sondern es lebte auch im Volke die Kaiserprophezeiung. Wie der antike Kaisergedanke in den Jahrhunderten, die zwischen dem Fall des römischen Reiches und der Kaiserkrönung Karls liegen, eine Verchristlichung erfahren hat, glaubt Hirsch aus den liturgischen Gebeten belegen zu können.<sup>9</sup> Gerade die Liturgie helfe, die Erneuerung des Kaisertums im Jahre 800 verständlich zu machen.<sup>10</sup> Dann wäre es also doch nicht so sicher, daß, wie Kern meint, höchstens einzelne fränkische Hoftheologen auf

---

4. Günter, Kultur 99.

5. Vgl. Kampschulte, G. des MA. 27 ff.

6. Hahn 88; vgl. Salz 26; Schmidt 37.

7. Kirn in Goetz, Propyläen WG., Bd. 3, 116; Kern in Gedächtnisschrift 35.

8. Günter a. a. O. 95; Günter, Kaisertum 7; Heimpel 11.

9. MIÖG. 44 (1930) 4, 13.

10. Ebenda 5 ff.; vgl. indes Erdmann in MIÖG. 46 (1932) 130 ff.



praktische Verwirklichung des Kaisergedankens gerechnet hätten.<sup>11</sup>

Bei Besprechung des Kaisertums Karls des Großen wiesen wir schon auf Autoren hin, die sich kritisch einstellten zu Heldmanns These, daß allein der politische Konflikt zwischen Papst und Römern der Grund war, Leo III. zur Kaiserkrönung zu veranlassen.<sup>12</sup> Daß die Idee des alten römischen Imperiums im Frankenreich vor 800 fortgelebt und Einfluß gehabt habe, bestreiten allerdings auch oder schränken ein Forscher wie Hampe, von den Steinen, Dempf und Pfeil. Ihnen steht nahe Günters Behauptung: „Nicht antike Tradition hat Karls und Ottos Kaisertum geschaffen“.<sup>13</sup> Und Brackmanns letzte Feststellung lautet: „Im ganzen frühen Mittelalter bis 1250 und noch darüber hinaus war der Apostel Petrus auch für die kaiserlichen Staatsmänner wichtiger als Cäsar und Augustus.“<sup>14</sup>

Nach Kampers Aufsatz „Rex et sacerdos“ ist näherhin auf die theologisch-humanistische Umgebung Karls nicht der Gedanke, das abendländische Herrschaftsideal zu erneuern, von Einfluß gewesen, sondern diesbezügliche von Byzanz übernommene Vorstellungen, so die der Oikumene und des König-priestertums.<sup>15</sup> Vor allem ist eben die Idee eines christlichen Imperiums ins Auge zu fassen, wie wir sie besonders bei Schramm, Dempf, Pfeil, Faulhaber und Günter beachtet finden. Außerdem die tatsächlichen Verbindungen zwischen den Franken und dem Papste unter Chlodwig, Bonifatius und Pippin, wie sie z. B. von Fedor Schneider herausgehoben werden.<sup>16</sup> Und als dritte Komponente dürfte schließlich, um das Entstehen des Kaisertums unter Karl dem Großen zu erfassen, zu der „ganzen geistlichen von eschatologischen Ideen bewegten Stimmung jener Tage“ und zu der damaligen Weltstellung des fränkischen Königreiches hinzuzunehmen sein der Einfluß gerade der

---

11. Kern in Gedächtnisschrift 36.

12. Vgl. noch Pruckner in HJb. 50 (1930) 263 f.

13. Günter, Kultur 95.

14. Berliner SB. 1932, 374; vgl. Hellmann 115.

15. HJb. 45 (1925) 509.

16. Dabei braucht der von ihm zugegebenen Bewertung natürlich nicht ebenso zugestimmt zu werden. Bonwetsch in MHL. 17 (1929) 6.

augustinischen Gottesstaat-Betrachtungen in den führenden Kreisen.<sup>17</sup>

Karl der Große, der auch die „Dei-gratia“-Formel annahm, faßte sein Amt theokratisch oder in gutem Sinne cäsaropapistisch auf.<sup>18</sup> Der Kaiser ist in jeder Beziehung Oberhaupt des Gottesstaates.<sup>19</sup> Diesen Gedanken läßt wenigstens Karls tatsächliches selbständiges Handeln auch auf kirchlichem Gebiete aufkommen. Ob man aber bei ihm für die Zeit nach seiner Krönung von der Absicht reden kann, sich vom Papstum zu lösen, sich aus dem Bannkreis der päpstlichen Romidee zu retten, wie Pfeil will?<sup>20</sup> Günter hält entgegen: „Es ist selbstverständlich, daß die fränkische unitas . . . . in Karls Politik etwas anderes ist als die päpstlich-christliche Imperiumsidee. Aber es geht nicht an, die eine durch die andere ausschließen zu lassen.“<sup>21</sup> Und nachher heißt es noch bei ihm, man setze oft die päpstliche Universalität zu spät an.<sup>22</sup>

Zu achten ist nämlich auf die schon von Papst Gelasius (492—96) im Anschluß an Augustinus aufgestellte Formel von der ideellen Einheit des Regnum et Sacerdotium in Christo.<sup>23</sup> Das ganze Mittelalter hindurch<sup>24</sup> hielt man daran ziemlich fest.<sup>25</sup> Sowohl Kaiser als Papst sind dabei Vertreter des universalistischen und kirchlichen Prinzips.<sup>26</sup> Zwei Häupter galten als nötig für das Gottesreich. Papst und Kaiser sind wie Vikare

---

17. Kampers, Kaiseridee 26 ff. Vgl. indes Günter, Kaisertum 11.

18. Vgl. Maurenbrecher in Grenzböten 30 (1931) 610; Kampschulte, G.desMA. 30 ff.; Günter a. a. O. 10.

19. Faulhaber 94.

20. Pfeil 153, vgl. 127.

21. Günter, Kultur 95.

22. Ebenda 99. Schon unter Karls ersten Nachfolgern wurde ja gerade diese Anschauung und Geltung denn auch deutlich sichtbar.

23. Bernheim, Zeitanschauungen, Teil 1, 150 ff.; vgl. Höfler 13 ff., 209 f.

24. Schwächer allerdings im Spätmittelalter, wo man auch anfangs Staat und Kirche als Eigenmächte zu sehen. Vgl. Schmitt 24 Anm. 11.

25. Der Gedanke der universellen Einheit der Christenheit, die auch noch die Könige und Kaiser umfasse, wurde schon im 4. Jahrhundert vom Papst Siricius ausgesprochen. Dempf, Imperium 134; vgl. Hirsch in MIOG. 44 (1930) 3.

26. Salz 26.

des Herrn.<sup>27</sup> Beide sind von Gottes Gnaden und haben in dem einen Gottesstaat in Gottes Auftrag zu regieren, der Papst das Innere und der Kaiser das Äußere. Klare Grenzziehung zwischen den zwei Spitzen, den Führern der *sancta ecclesia* und des *sacrum imperium*, gab es nicht. Der theokratische Dualismus war eben eine Einheit, die *civitas Dei*.<sup>28</sup> Auch der König und Kaiser hat in etwa kirchliche Aufgaben und Rechte. Auch er ist ja im Besitze einer Weihe. Und wenn er sich auch keine rein priesterliche Funktion anmaßt, so ist er doch sakral gleichgestellt, *sacerdos* im weiteren Sinn.<sup>29</sup> Infolgedessen wollte der deutsche Herrscher, der in theokratischer Auffassung des Königtums mit und in dem Staat die deutsche Kirche schon beherrschte, darüber hinaus noch als Kaiser eine universale kirchlich-staatliche Regierung führen. Als eine von Gott zugewiesene Aufgabe betrachtete er es, im Gottesstaat für Ordnung zu sorgen; auch, wenn nötig, dem Papsttum gegenüber.<sup>30</sup>

Von früh her war so die ideelle Grundlage für ein universales Kaisertum und seine Politik gelegt. Und als dann die Kaiserkrone nach kurzer Dauer unter den Karolingern gegen Ende des 9. und zu Anfang des 10. Jahrhunderts ihren Glanz mehr und mehr verlor und bald ganz erlosch, war die eben aufgezeigte Kaiseridee keineswegs tot. Auch unter dem neuen universalen durch Otto I. begründeten Kaisertum Deutscher Nation und den bald immer mächtiger werdenden Päpsten galt: ein Kaiser, ein Papst,<sup>31</sup> und beide wieder zur Einheit verbunden. Noch Ende des 13. Jahrhunderts führte der Kölner Kanonikus Alexander von Roes aus, daß das Kaisertum für den Fortbestand der gläubigen Christenheit unbedingt nötig sei.<sup>32</sup> Also damals noch, obwohl schon beinahe 200 Jahre vorher infolge des Investiturstreites das sakrale Amt und das sakrale Wesen des Kaisertums im Bewußtsein der Welt einen argen Stoß er-

---

27. Boehm 14 f.

28. Vgl. Mayer-Pfannholz in Hochland 30 (1932/33), Heft 11, 397, 402.

29. Vgl. ebenda 393 ff.

30. Vgl. ebenda 390 ff. — Welche Rolle die Lehre von den zwei Schwertern hier spielte, berücksichtigt besonders eingehend Höfler.

31. Finke 49 Anm. 19.

32. Schmeidler, Deutschland 7 f.

halten hatte. Damals noch, wo die weltliche Macht immer mehr auf die nur-empirische Grundlage zurückgedrängt war.<sup>33</sup> Der Universalismus war, zuungunsten des Kaisertums, nur verschoben, nicht beseitigt.

Daß die Bedeutung und der Zauber gerade des „ewigen Rom“, der alten Reichshauptstadt, nicht nur für das Papsttum, sondern auch für die andere universale Spitze der mittelalterlichen Welt, ihre Rolle finden mußten, liegt nahe.<sup>34</sup> Daher seitens der Kaiser die Politik des Römerzuges. Werke wie die von Kampers, Burdach, Schramm und Pfeil, weniger das von Fedor Schneider, befaßten sich mit dem in mehrfachem Lichte schillernden Romgedanken. Die deutsche Romidee, die besonders zu beachten ist, faßt Pfeil dahin zusammen, daß neben dem Gedanken eines zweiten Rom, in dem antike Weltherrschaft und Weltkultur sich wieder erheben würden, die Vorstellung vom Doppelimperium stehe, das von der Apostelstadt Rom ausgehe. Und daß man weiter eine Theorie ausgebildet habe von der unmittelbaren Rechtsnachfolge des römischen Imperiums durch das fränkische Reich.<sup>35</sup> „Das romfreie Kaisertum konnte wohl in der Volksauffassung bestehen, nicht aber als beherrschende und verwirklichte Idee des Mittelalters“.<sup>36</sup> Bonwetsch hebt noch mit Recht hervor, daß, selbst wenn die Herrschaft über Rom nicht um der Verbindung geistlicher und weltlicher Macht willen nötig gewesen wäre, die Idee des Universalreiches den Besitz Italiens doch erforderlich machte. Die Vormacht dieser

---

33. War ja auch entsprechend der Entheiligung der Kaiseridee immer stärker der Sakramentscharakter der Königs- und Kaiserkrönung zurückgetreten. Mayer-Pfannholz in *Hochland* 30 (1932/33), Heft 11, 398 ff., 404. — Ganz ging aber der sakrale Charakter des Kaisertums nicht verloren. Kaiser Sigismund z. B. sang auch noch 1415 zu Konstanz in dem vom Papst selbst gehaltenen Hochamt das Evangelium der Weihnachtsmesse. Man denke weiter an Sigismunds Eintreten für die Berufung des Konzils, die Ausschreibung durch ihn sowie seine Stellung während der Kirchenversammlung, wenn auch natürlich zur Erklärung des Vorgehens in der damaligen Notzeit die konziliare Theorie und andere Zeitströmungen miteinzuziehen sind.

34. Vgl. Breysig 88.

35. Pfeil 225, vgl. 96.

36. Ebenda 214; vgl. Schmalenbach 113 ff.



mittelalterlichen Kulturwelt wäre ja ohne diesen Besitz nicht zu behaupten gewesen, solange das Mittelmeer das einzige Meer war, das Kulturvölker miteinander verband.<sup>37</sup> Wie kann man sich da wundern über die dauernde italienische Kaiserpolitik des Mittelalters?

Man denke nun aber nicht, daß der Universalismus dem Kaiser etwa eine eigentliche Oberherrschaft über die christliche Völkerfamilie oder gar über die ganze Welt, beschert habe. Gewiß, sogar nach Fedor Schneider, hat auch nach den Karolingern die Idee des Universalreiches weiterbestanden.<sup>38</sup> Und die damalige Geschichtsphilosophie und Staatslehre hat an eine Vielheit von gleichberechtigten nationalen Staaten gar nicht gedacht.<sup>39</sup> Gab es ja überhaupt im Mittelalter ein abendländisches Gemeinschaftsbewußtsein, wie noch Wallach dargetan hat.<sup>40</sup> Trotzdem ergab sich für das weltliche Reichsoberhaupt nur eine Superiorität, ein Vorrang der Würde und Macht.<sup>41</sup> Das Kaisertum war mehr ein ideeller Begriff, kein geographischer.<sup>42</sup> Gewiß handelte es sich bei ihm um ein Reich, um mehr als einen Staat. Und diese räumliche Vorstellung, die man von der des Nationalstaates trennen muß, ist ja bis heute nicht gestorben.<sup>43</sup> Die eigentliche Idee des mittelalterlichen Imperiums aber mit seinem ausgeprägten Pflichtenbegriff — der mittelalterliche Kaiser hat die augustinische pax und iustitia zu wahren und die

---

37. MHL. 17 (1929) 6.

38. Schneider in „Frankreich und der Rhein“ 35 f. — Daß zu dem Zeitpunkt, da die einzelnen europäischen Länder sich staatlich festigten, sich kulturell hoben, sie auch nach dem Rechte der Deutschen zur Vorherrschaft fragten (Heimpel 13), ist zu verstehen. Insofern war späterhin der Universalismus in seinen Grundlagen geschwächt. Vgl. oben S. 146, 159.

39. HBl. 1 (1921) 42.

40. Auch das Bewußtsein der kulturellen Einheit Europas, das sich vor allem auf den gemeinsamen christlich-katholischen Glauben gründete, ist nach Schmeidler (Deutschland 13) damals vielleicht stärker gewesen als heute.

41. Wernz in StML. 10 (1876) 199 ff.; vgl. Heimpel 12, 25.

42. Schulte, Staat 30 f.; Ullsteins WG., MA. 323.

43. Vgl. Muth in Hochland 30 (1932/33), Heft 6, 481 ff., bes. 481 f., 487; Günter, Kaisertum 4; Müller 44; Büchner 7, 9 ff., 40 ff., 47 ff., 52 ff., 66 ff., 70 ff., 87 ff.; E. Jung 95 ff.

Kirche zu schützen — ist zu unterscheiden von dem des modernen Imperialismus. Wie eben an diesen mit Pflichten verbundenen Vorrang vor allen übrigen Fürsten<sup>44</sup> die Lehre über das imperium mundi und das Streben danach anknüpfte, zeigen die Haller-Dissertationen von J. Hartung und W. Rösen.<sup>45</sup> Von vornherein galt ja auch nicht nur Karls Reich, sondern ebenso die Kaiserschaft der deutschen Könige als Fortsetzung der römischen Universalmonarchie. D. Schäfer meint allerdings, daß irgendein deutscher König im Besitze der Kaiserkrone nach Beherrschung des Abendlandes, von der Welt zu schweigen, gestrebt habe, lasse sich nicht nachweisen.<sup>46</sup> Ähnlich Schneider.<sup>47</sup> Vertritt ja auch eine Schülerin Schäfers und er selbst die Meinung, daß der von Ottos Nachfolgern erhobene Anspruch auf die italienische Königskrone nur auf die Heirat Ottos mit Adelheid zurückgehe und sich nicht auf das römische Kaiserrecht gründe. Genau so liege später, meint Schäfer, die Sache für die burgundischen Königsrechte.<sup>48</sup> Andere von eigentlichen Herrschern gelenkte Staaten standen wohl zeitweilig unter deutscher Oberlehensherrschaft.<sup>49</sup> Bezüglich der Ausdehnung des abendländischen Imperiums ist näher mit Stengel Theorie und Praxis zu unterscheiden. Ist es in der Theorie „das weltliche Seitenstück der geistlichen Weltherrschaft des Papstes“, so habe sich der mittelalterliche Imperialgedanke realpolitisch auf viel engerem Raum ausgewirkt, indem er zunächst zum fränkischen Reich in Beziehung getreten sei, und dann seit dem 10. Jahrhundert zum deutschen Reich.<sup>50</sup> B. Schmeidler jedoch macht energisch Front gegen die seit Ficker „ziemlich verbreitete Anschauungsweise bei den deutschen Historikern, daß das deutsche Impe-

---

44. Vgl. Finke 7 ff., bes. 11; Günter, Kultur 104 f.; Günter, Kaisertum 19 f.

45. Vgl. auch Kampschulte, Zur G. des MA. 37 ff.

46. Schäfer, DG., Bd. 1, 179 f.; Schäfer in DErn. 5 (1921) 130; Schäfer, Vorträge, Bd. 2, 427 ff.; vgl. oben S. 168 f.

47. Schneider, MA. 6.

48. Schäfer, DG., Bd. 1, 184; Schäfer in DErn. 5 (1921) 130; Schäfer in NatErz. 6 (1925) 101; Klippel 140; vgl. Schulte, Staat 35, 36 ff.

49. Schäfer, DG., Bd. 1, 183; Schulte a. a. O. 40 f.

50. Stengel, Regnum 7 f.

rium des Mittelalters... nach Eroberung und Fremdherrschaft um ihrer selbst willen niemals gestrebt habe".<sup>51</sup> Selbst wenn nun wirklich dies Ziel vorgeschwebt hätte, erreicht wurde es nicht.

Die Macht des mittelalterlichen Imperiums war aber noch in anderer Hinsicht begrenzt. Wie jeder Dualismus grundsätzlich gleichgestellter Kräfte nämlich seine Schwierigkeiten hat, so auch der der genannten zwei universalen Gewalten des Mittelalters, der obersten weltlichen und der obersten geistlichen Macht innerhalb des einen Gottesstaates. Nicht zum wenigsten deshalb, weil das christliche Kaisertum „in ganz besonderem Sinne eine Herrschaft von Gottes Gnaden und nach Gottes Willen" sein sollte.<sup>52</sup> Das Verhältnis beider höchsten Gewalten war nicht einmal theoretisch klar geregelt. So war denn von vornherein eine gewisse Differenz über die Auffassung vom Verhältnis zwischen Papst und Kaiser vorhanden.<sup>53</sup>

Zunächst konnte das Kaisertum statt der Nebenordnung eine gewisse Unterordnung des obersten geistlichen Faktors durchführen. Dies gilt nicht nur von Karl dem Großen,<sup>54</sup> sondern auch noch, wenn auch weniger stark, von Otto dem Großen und seinen Nachfolgern. Die Lage änderte sich durch den Investiturstreit, der das Gleichgewicht beider Gewalten herstellen wollte. Daß seit dem Wormser Konkordat das traurige Schicksal des Kaisertums schon entschieden war, kann man mit Brackmann<sup>55</sup> wohl nur sagen, wenn man die weitere Entwicklung als eine notwendige hinstellt, wenn man die möglichen Gegensätze als zwangsläufige Feindschaft auf Leben und Tod ansieht. Die Tatsache, daß die Anschauung der Kluniazenser, Weltliches und Geistliches rational scheiden zu müssen, in Rom siegte, war noch keineswegs der Todesstoß für das Kaisertum. Auch Canossa brauchte keine Wende zum Unheil zu sein, obgleich es eine Wende zu einem mehr laiierten Kaisertum darstellte. Ge-

---

51. Schmeidler, Deutschland 9 f.

52. Schnürer, Bd. 1, 347.

53. VelhMonh. 43 (1928/29) 446 f.

54. Vgl. oben S. 185.

55. HZ. 139 (1928) 46.

weiß ist es richtig, daß die Macht auf die Dauer der Idee erliegt und daß die Idee, die damals einen Fortschritt für die Zukunft bedeutete, die Befreiung von weltlicher Knechtung war.<sup>55a</sup> Aber die Idee mußte doch nicht die gefährliche der Omnipotenz der Kirche werden, und andererseits mußte nicht die Idee des Staates so sehr zurücktreten. Konflikte allerdings waren nach wie vor nicht ganz zu vermeiden, zumal „gerade in dem Lande, das die weltlich-imperiale Idee vertrat, auch die kuriale oder christlich-geistliche eine lebendige Macht war“.<sup>56</sup> Und zumal gerade in Deutschland die enge Verbindung von Geistlichem und Weltlichem bei den hohen Kirchenfürsten fortbestehen blieb.

Im Kampfe gegen übermächtige Kaiser hatten die Päpste nun überall von vornherein geheime Bundesgenossen, die moralischen Kräfte. Und sie waren, weil das Abendland in der religiösen Einheit wurzelte, stärker als die militärischen Machtmittel.<sup>57</sup> So griff denn das Papsttum späterhin seinerseits in die weltliche Sphäre ein und schwächte das Kaisertum tatsächlich immer mehr. Kann man im 13. Jahrhundert geradezu von einer päpstlichen Weltherrschaft sprechen, die ihren Höhepunkt unter Innozenz III. findet, die Ausbildung eines päpstlichen Staatensystems beginnt schon viel früher.<sup>58</sup> Mehr als über die kaiserlichen Versuche, Herr zu sein auch über die Kirche, könnte man erstaunt sein über päpstliche Bestrebungen, die Welt zu regieren. Die einfache Ableitung dieses kirchlichen Strebens nach Weltherrschaft aus dem religiösen Ideal der Askese, wie H. v. Eicken versuchte,<sup>59</sup> ist abzulehnen. Hat ja die Askese niemals, auch im Mittelalter nicht, eine solche zentrale und dominierende Stellung gehabt.<sup>60</sup> „Es war eins der verwirrendsten Mißverständnisse, das Mittelalter mit dem Kloster

---

55a. Schneider in „Frankreich und der Rhein“ 37.

56. Pfeil 193.

57. Vgl. Schnürer, Bd. 2, 122.

58. Vgl. z. B. Finke 18 ff.; Höfler 35 ff.; Sigmüller, Kirchenrecht 51 ff.; auch unten S. 199.

59. Eicken, vgl. bes. III ff., 151 ff., 311 ff.

60. Hertling in HJb. 10 (1889) 128 ff., bes. 138; Troeltsch nach Schmalenbach 140; Günter in HJb. 44 (1924) 1 ff.



und seiner Weltanschauung zu identifizieren.“<sup>61</sup> Erziehung nur zur Weltverneinung, mag sie theoretisch mit einer kirchlichen, vor dem Bösen besser bewahrenden Weltbeherrschung auch vereinbar sein, war wohl kaum für die „Hierarchen“ die rechte Vorschule zur tatsächlichen Weltpolitik.<sup>62</sup>

So geneigt man sein mag, den Kampf nun, der sich unleugbar in heftiger Weise im Verlaufe der dualistischen Gestaltung des Mittelalters zwischen sacerdotium und imperium mit wechselndem Erfolg ergeben hat, zu bedauern, die dem Reiche im Investiturestreit geschlagenen Wunden fingen an zu heilen. Und sie hätten ausheilen können, wenn die Verhältnisse sich nicht zu ungünstig gestaltet hätten. Dazu hat der ganze Kampf den antiken hemmungslosen Imperialismus aufgehoben. Und zwar soll diese Wirkung vermöge der Prinzipien der Nation und des Gleichgewichts schließlich erzielt worden sein.<sup>63</sup> Aus diesem Grunde schon dürfte bei einer genetischen Betrachtung auch ein moderner Historiker eigentlich nicht ein Verdikt fällen über den mittelalterlichen Universalismus.

Ob es gefällt oder nicht, das Kaisertum und das Papsttum hatten, wenn sie auch gegeneinander kämpften, grundsätzlich nebeneinander eine besonders erhabene Stellung in der mittelalterlichen Welt.<sup>64</sup> So ist denn das erste der Merkmale, die A. Ehrhard als für das Mittelalter charakteristisch anführt, die soeben aufgezeigte Verbindung des Papsttums und Kaisertums als der beiden höchsten Vertreter der Christenheit und der dadurch bedingte Universalismus des Mittelalters.<sup>65</sup>

Zum vollen Verständnis mußte wohl einmal zusammen-

---

61. Günter, Kultur 92.

62. Heinrich v. Eicken hätte die Machtansprüche der mittelalterlichen Hierarchie, nicht einfach in der Logik des religiösen Systems gesucht, wenn er, wie es die katholischen Kritiker v. Hertling (HJb. 10 [1889] 156) und Finke (vgl. Finke 27 f. bei Steinberg [1925]), aber auch Bernheim forderten, den vielerlei Faktoren des Mittelalters nachgegangen wäre.

63. Bühler 166 f.; Salz 27.

64. Das ergibt sich schon aus den politischen und kirchenpolitischen Traktaten des Mittelalters, z. B. noch aus der Weltchronik des Gobelinus Person im 15. Jahrhundert. Vgl. Jansen 119 ff., 88 f.

65. Ehrhard, Katholizismus 24 ff.; vgl. R. Schwemer, Vorwort.

hängend der Universalismus in seiner Entstehung, seinem Wesen und in dem Machtumfang für das Kaisertum, aber auch in seiner für die beiden obersten Gewalten kampfreichen Entwicklung kurz dargestellt werden. Man wende gegen die Ausführungen über die Grundlagen des universalen christlichen Reiches nicht ein, Mitwelt und Nachwelt hätten über Sinn und Voraussetzungen des Kaisertums gerade gestritten. Wie Günter in einem Vortrag über die Reichsidee im Wandel der Zeiten jüngst ausführte, ist für sie die Haltung der Verantwortlichen, des Kaisers und des Papstes als der Träger, maßgebend. Von den Tatsachen, nicht von Reflexionen sei auszugehen.

Wenngleich manche einschlägige Ansichten schon gewürdigt werden konnten, das ist jetzt doch noch besonders zu betonen, daß auch die neuen Verurteiler der Kaiserpolitik dem eigentlich universalistischen Moment oft so wenig gerecht werden. So beanstandet Hofmeister an Below, dieser habe nirgends die Grundtatsache gewürdigt, daß die Nationen und Nationalitäten nichts von Anfang an Gegebenes und Unveränderliches seien.<sup>66</sup> Auch Brackmann sieht darin den Grundfehler, daß die Kaiserpolitik nach Maßstäben einer einzelnen Nation gemessen werde.<sup>67</sup> Und nicht weniger wehrt sich Hampe, wenn er auch zugibt, daß durch Ottos Schritt nach Italien die Entwicklung zum geschlossenen Nationalstaat für beide Länder eher gehemmt wurde, dagegen, das historische Urteil über frühere Helden, durch solche Erwägungen bestimmen zu lassen. Die Führer seien an den Maßstäben ihrer Zeit zu messen.<sup>68</sup> Die Meinung des Verteidigers der Kaiserpolitik Hofmeister, daß „der Ausgangspunkt der Kritik, die mit Sybel die nationalen Gesichtspunkte in den Vordergrund stellt“, nicht zu bestreiten sei, dürfte zum mindesten mißverständlich sein.<sup>69</sup> Selbstredend ist auch das Mittelalter nicht rein universal. Und ihm fehlt der nationale Gedanke, selbst in der fränkischen Universalmonarchie,<sup>69a</sup> nicht

---

66. JberDG. 3 (1927) 751.

67. HZ. 139 (1928) 35 und VelhMonh. 43 (1928/29) 443.

68. Hampe, Hochmittelalter 9; vgl. Heuwieser in HJb. 51 (1931) 379 sowie Breysig 154, 112.

69. Hofmeister, Nationale Bedeutung 5.

69a. Vgl. Brunner 27.

ganz und gar, wohl aber unsere heutige Bedeutung und Form. Gesteht man ja auch jetzt, „daß — sehr in Umkehrung zur Art der ersten Wiederentdeckung des Mittelalters — das spezifisch Germanische darin jedenfalls nicht sonderlich betont werden kann“.<sup>70</sup> Daß es überhaupt einen Nationalcharakter des mittelalterlichen deutschen Staates gibt, wies übrigens K. G. Hugelmann 1931 ausdrücklich unter Heranziehung von Chroniken, offiziellen Aktenstücken, Rechtsbüchern und Dichtungen nach.<sup>71</sup> Spielte nicht damals der nationale Gegensatz auch anderswo eine Rolle, z. B. bei den heftigen Kämpfen des Mittelalters zwischen Franzosen und Engländern?

Ebensowenig wie zur primären Beurteilung als Maßstab der Nationalstaat in Frage kommen kann, ebensowenig auch die von Below in seiner diesbezüglichen Untersuchung angegebene bestechende Idee vom Staat, an die er sich nebenbei selbst nicht hält.<sup>72</sup> Denn sie berücksichtigt eben das universale Moment nicht.<sup>73</sup> Es handelt sich darum, was unter Staat verstanden wird, wie Holtzmann in seiner Rezension hervorhebt. Da nach v. Belows Zugeständnis im Mittelalter die Staatsidee mit anderen Dingen vermischt und durch andere Dinge verdunkelt sei, könne das Mittelalter nur nach dieser verdunkelten Staatsidee beurteilt werden.<sup>74</sup> Schon Nietzsche hatte ausdrücklich darauf verzichtet, „die Entwicklung dieser Jahrhunderte nach einem anderen als dem in ihnen selbst liegenden Maßstab zu messen“.<sup>75</sup>

Außer dem Universalismus stellt A. Ehrhard als weitere charakteristische Seiten des Mittelalters heraus die gegenseitige

---

70. Schmalenbach 153.

71. HJb. 51 (1931) 1 ff. und 445 ff. — Unrichtig wäre es gleichfalls, etwa zu sagen, das erste Reich sei „ein Stück Geschichte ohne u. gegen das Volk und gegen Germanentum und gegen die Deutschheit“ gewesen. So Hans Grimm (bei Büchner 14); vgl. aber Bühler 151. Wohl lebte das deutsche Volk ein doppeltes Leben: als raumgebundenes Siedlungsvolk in Mitteleuropa und als Träger der übergreifenden Idee im Heiligen Römischen Reich (v. Srbik bei Büchner 66).

72. Vgl. z. B. oben S. 103 f.

73. Pürschel in HJb. 48 (1928) 494 f.

74. KblGV. 75 (1927) 138.

75. Nietzsche, DG., Bd. 1, 312.

Durchdringung des politischen Staatslebens und des katholischen Kirchenlebens überhaupt, sowie die Alleinherrschaft des christlichen und kirchlichen Geistes auf allen Gebieten des höheren Kulturlebens.<sup>76</sup> Das Mittelalter trägt wirklich einen ethischen, christlichen, kirchlichen Charakter. Die Kaiserherrschaft hat sittliche Grundlagen, jagt nicht der rohen Macht nach, wie auch R. Holtzmann betont.<sup>77</sup> Mehr noch. Das Kaisertum bildete gleichsam den Rahmen, in dem die Kirche des Mittelalters Gestalt gewann.<sup>78</sup> Der unlösbarer Zusammenhang zwischen Politik und Weltanschauung, äußert dann Scholz, sei wohl in keiner geschichtlichen Periode einflussreicher gewesen als im Mittelalter.<sup>79</sup> Und Lorenz beleuchtet die Lage wie folgt. Die Unabhängigkeit beider Gewalten wollte man im Prinzip zugestehen, wodurch das Abendland vor dem Byzantinismus und Sultanismus bewahrt worden sei. Aber, was man prinzipiell festgestellt, habe das mittelalterliche Kirchenregiment mit tiefer Erkenntnis der menschlichen Schwächen in seinen Konsequenzen durch die Lehre von dem Verhältnis der beiden Gewalten glücklich zu beseitigen gewußt.<sup>80</sup> Die Politik konnte sich also sicher nicht so ungebunden betätigen, wie heute. Das ist an der zu scharfen Formulierung F. Kerns, daß „die Politik damals geradezu ein Vollzugsorgan der abstrakten Ethik“<sup>81</sup> gewesen sei, richtig. Man kannte eben ranghöhere Werte als den politischen.

V. Below nennt auch als Ideal eines frühmittelalterlichen Herrschers: „Er wollte ein frommer und gerechter Herrscher sein, Recht und Frieden hüten, das Land verteidigen, die Kirchen stützen.“<sup>82</sup> Darum brauchte aber die Politik nicht bedeutungslos zu sein. Ebenfalls Kern möchte trotz der „Wucht und Enge“ der Weltanschauung des Mittelalters nicht schließen, daß

---

76. Ehrhard, Katholizismus 24, 29 ff.; vgl. Ehrhard, MA. 17 ff. und Schulte, Staat 23 f., 51.

77. HZ. 121 (1920) 138.

78. Kaufmann in Ullsteins WG., MA. 323.

79. ZPol. 7 (1914) 269.

80. Lorenz, 13. u. 14. Jahrhundert, Bd. 1, 8 ff.

81. Kern in Gedächtnisschrift 33.

82. Below, Kaiserpolitik 143 Anm. 17aa; vgl. auch Bühler 143 f.



die Gebundenheit für die praktische Politik immer einen Schaden bedeuten mußte.

In diesem Zusammenhang gibt Kern nun unter Beiseite-lassung der Macht des Herkommens zugunsten seiner der Kaiserpolitik feindlichen Ansicht zu bedenken, daß die theologisch normierte Staatstheorie zwar stark betonte Herrscherpflichten kannte, wie Schutz der Kirchen, der Schwachen, Friedensbewahrung, daß diese aber den Staat gerade zu innerer Erstarkung und auch zur Ausdehnung in anderer Richtung als nach Süden führen konnten und mußten. Der Kaiseridee also habe der deutsche König, da sie in der politischen Weltanschauung des Frühmittelalters gar nicht die zentrale Rolle gespielt habe, sich gut versagen können, ohne eines ernstlichen Vorwurfes sich gewärtigen zu müssen, solange er etwa die genannten Ziele verfolgte.<sup>83</sup> Schmeidler freilich, obwohl er sonst mit den Ausführungen Kerns einverstanden ist, widerspricht ihm hier ausdrücklich. In der nun einmal vorhandenen Kaiseridee sieht er unter Berufung auf Kampers und Burdach „den stärksten Antrieb“ zur Erneuerung des Kaisertums durch Otto den Großen.<sup>84</sup> Ähnlich muß Below sich von Bonwetsch sagen lassen, er übersehe, daß die Überzeugung von der Gottgewolltheit des Kaisertums nach mittelalterlicher Auffassung Führer und Geführte verpflichte, den Willen Gottes zu erfüllen, soweit es in ihren Kräften stand. In diesem entscheidenden Punkte werde auch Fedor Schneider der mittelalterlichen Denkungsart nicht gerecht.<sup>85</sup> Man mag es näherhin bedauern, daß die maßgebende christliche Kirche mehr universalistisch als national war, grundsätzlich gegen sie und ohne sie war bei der damaligen geistigen und sittlichen Grundrichtung nicht voranzukommen.<sup>86</sup>

So gewiß die Politiker sich nach der christlichen Art des Mittelalters richten mußten, so sicher mußten alle Gegner der Kaiserpolitik auch mit den Antrieben rechnen, die von der tatsächlich vorhandenen christlichen Kaiseridee für die Politik

---

83. Kern in Gedächtnisschrift 35 ff.

84. Schmeidler, Deutschland 8 f.

85. MHL. 17 (1929) 5; vgl. Schubert 16.

86. Bühler 154 f.

ausgingen. Nehmen wir jedoch einmal an, die Kaiseridee habe nach Karl dem Großen wirklich wenig Einfluß gehabt, so war damit die Möglichkeit der Entscheidung des deutschen Königs in dem Sinne der modernen Nationalpolitik auch nur abstrakt gegeben. Ob aber in dem konkreten Fall, wo noch andere Momente zum Faktor der Kaiseridee ausschlaggebend und zwingend hinzutraten, dem Romzug auszuweichen war? Ist es z. B. gut denkbar, daß die Macht, die sich als Vormacht fühlte, etwa ihren Ruhm sich weit in Ländern suchte, von deren Bedeutung sie nichts wußte? Doch dahin brauchen wir gar nicht abzuschweifen. Mußte nicht schon die als pflichtmäßig gefaßte Sorge für den Glauben und die Reinheit der Kirche wie den gottgewollten Zustand der Welt gerade den mächtigsten König nach Rom zur Kaiserkrönung führen? Den König übrigens, dessen Staat als einziger an Heiden grenzte und darum Roms Unterstützung für die christliche Mission wohl gebrauchen konnte. Gedanken, die Heimpel noch hierzu vorlegt.<sup>87</sup>

Wie für das Mittelalter mit dem Universalismus im allgemeinen und mit seinem christlichen Charakter als Tatsachen zu rechnen ist, so auch mit der Anschauung von einem ganz besonderen kirchlichen Charakter des Kaisertums und dieser Tatsache selbst. Schon dem Verteidiger der Kaiserpolitik Ficker hat man mit Recht den Vorwurf gemacht, er gehe von einem Kaisertum aus, das nicht von kirchlicher Bedeutung sei. Das ist auch heute bisweilen der Fall. Haller z. B. verkennt etwas das kirchliche Moment in dem aus der Hand des Papstes empfangenen Kaisertum. Bei seiner Entstehung sei von religiös kirchlicher Romantik nichts zu spüren.<sup>88</sup> Das sei eine erst viel spätere Konstruktion. Indessen sei an die in die Jahrhunderte fortwirkende Gelasianische Vorstellung und an die Verbreitung der religiös fundierten Kaiseridee überhaupt erinnert. Dazu kommen dann noch die religiösen Feierlichkeiten bei der Kaiserkrönung durch den nur zuständigen höchsten Bischof, den Papst.<sup>89</sup> Daß das Kaisertum in besonderer Weise ein

---

87. Heimpel 26, 31, 25.

88. Haller, Epochen 40 f., 44 f.

89. Vgl. Wernz in StML. 10 (1876) 264 f. sowie Aegidi in Staatswörterbuch, Bd. 8, 714.

kirchliches wurde, daß die Kaiserkrönung ein ausschließliches Vorrecht des Papstes ward, hing in gewisser Weise, was von den Neueren bereits Mühlbacher betonte,<sup>90</sup> mit der karolingischen Reichsteilung zusammen. Hatten Salbung und Krönung bei Karl mehr akzessorischen Charakter, so waren sie in der Folgezeit doch konstitutiv und wurden zum guten Teil die Ursache für die Römerzüge. Delbrück kann denn bei der Besprechung des ottonischen Kaisertums hervorheben, daß die Vorstellung sich bereits durchgesetzt hatte, ein Herrscher müsse, um Kaiser zu sein, vom Papst gekrönt werden.<sup>91</sup> Die Versuche, das Kaiserkrönungsrecht des Papstes zu beseitigen, mußten an dessen Autorität scheitern.<sup>92</sup>

Es stimmt mit der Wirklichkeit demnach überein, wenn A. Ehrhard unter den drei Eigenschaften des mittelalterlichen Kaisertums neben dessen Auffassung als Schutzherrschaft über die römische Kirche und dem moralischen Vorrang seines Trägers über die übrigen christlichen Fürsten des Abendlandes noch seine religiöse Weihe aufzählt.<sup>93</sup> Auch R. Holtzmann berücksichtigt sie wohl nicht genügend.<sup>94</sup> Daß diese Art von Kaisertum manchen von vornherein ein Stein des Anstoßes wurde und ist, muß gesagt werden. Sieht man z. B. mit Lorenz hier „abergläubische Vorstellungen“, so sollte man ihm aber auch darin folgen, daß der Historiker für damalige Zeiten mit ihnen als einer Wirklichkeit zu rechnen habe.<sup>95</sup> Wie es Kugler tat, der meinte, daß wir von mittelalterlichen Fürsten kein klares Urteil über den Wert oder Unwert des Kaisertums fordern dürften, ebensowenig wie man von den Kreuzfahrern bei ihrer tiefen religiösen Erregung tiefe Einsicht in die politischen Vorbedingungen und Folgen ihrer Züge fordern könne.<sup>96</sup>

Gewiß waren mit einem kirchlichen Kaisertum bestimmte

---

90. Mühlbacher 474, 581, 659.

91. Delbrück, Teil 2, 393.

92. Schneider, MA. 103.

93. Ehrhard, MA. 43 f.

94. HZ. 121 (1920) 138.

95. Lorenz, 13. u. 14. Jahrhundert, Bd. 1, 6.

96. Kugler 17.

Gefahren gegeben, die wir schon in etwa kennen lernten.<sup>97</sup> Aber hieraus dürften am wenigsten das Recht zur Ablehnung herleiten diejenigen, die immer wieder den Kampf als lebensweckend hinstellen. Mußte nicht einmal in einem kirchlichen Zeitalter der Versuch gewagt werden, die Welt so zusammen zu fassen? Ohne Zweifel steigerte noch das Kaiserkrönungsrecht, das hinzutrat zu den übrigen Machtmitteln, welche die höchste geistliche Stelle gegenüber allen Gläubigen besaß, die Befugnisse des Papstes gegenüber dem Kaiser um ein Bedeutendes. Aber standen ihnen auf Seiten des Kaisers als besondere Machtmittel gegenüber dem Stuhl Petri nicht die Einmischung in die Papstwahl und das Richteramt über den Pontifex entgegen, überhaupt eine ebenfalls sakral begründete Amtsgewalt innerhalb der *civitas Dei*? Allerdings erschien alles das seit der Abdrängung des Kaisers ins mehr Weltliche nur noch wenig innerlich berechtigt. Von der im geistlichen Bezirke sich selbständig fühlenden Kirche mußte es abgelehnt werden, wie Fedor Schneider richtig durchblicken läßt.<sup>98</sup>

Darüber hinaus sollte dann der Vorrang des Geistlichen der siegreich vordringenden Kirche in einer Zeit hoher Kirchlichkeit sogar das Recht geben, die weltliche Macht, wenn nicht an sich zu nehmen, so zum wenigsten sich unterzuordnen. Es beginnt so die große Konkurrenz durch die Kirche im Gebiet des Kaisertums selbst.<sup>99</sup> Und je mehr diese Vorstellung von ihr als *imperium Romanum* philosophisch und theologisch unterbaut wurde, um so mehr setzte sie sich durch. Je höher aber dieses Kaisertum der Kirche stieg, um so mehr erblaßte natürlich der Glanz des weltlichen. Die hierokratische Monarchie war da. Sägmüller hält es für selbstverständlich, daß man solcher Zeitanschauungen wegen nicht etwa einfach auf die Begründung des Römischen Reiches Deutscher Nation Steine werfe, noch auf

---

97. Ohen S. 158 f. und 191 f.; vgl. noch Bühler 214 ff. und Heimpel 14.

98. Schneider, MA. 186 ff.

99. Für die Machtverteilung ist schließlich ja auch zu berücksichtigen, daß die Kirche zum Unterschied vom Kaisertum das ganze Europa umspannte.



diejenigen, die die Idee der Kirche damals so realisieren wollten.<sup>100</sup>

Nach dem Universalismus, der ethisch-christlichen Art des Mittelalters und dem kirchlichen Charakter des Kaisertums bleibt als psychischer Faktor noch zu berücksichtigen das Herkommen überhaupt, die Tradition, in jenen Zeiten natürlich bedeutungsvoller als heute. Bei Hampe ist ausdrücklich gesagt, daß die Überlieferung der Vergangenheit im frühen Mittelalter stärker als die Sicht auf die Zukunft Recht und Politik der jeweiligen Gegenwart bestimmt habe.<sup>101</sup> Und bei Schneider heißt es bezüglich des Staatenlebens im virtuellen Mittelalter, das universale Imperium, das in bestimmte Abhängigkeit von der universalen Kirche gebracht wird, sei durch Weltordnung und Tradition gegeben.<sup>102</sup> Auch v. Below führt zustimmend das Urteil Baethgens an, daß damals der eigene Anteil an der theoretischen Grundlegung des politischen Handelns im Verhältnis zu den durch die Tradition überkommenen Elementen ein vergleichsweise ziemlich geringer zu sein pflegte.<sup>103</sup> Dieses Moment, das durch die Dissertation von A. Schulze „Kaiserpolitik und Einheitsgedanke“ neuestens für die Frühzeit und dann von Brackmann in seinem Akademievortrag über den Römischen Erneuerungsgedanken für die folgenden Jahrhunderte beleuchtet wurde, wird von Freund und Feind der mittelalterlichen deutschen Kaiser beachtet, wenn auch nicht in gleichem Maße, wie wir bei der Beurteilung der Politik der einzelnen Kaiser sahen. Die Gegner neigen allerdings dazu, einen eigentlichen Zwang dieser karolingischen Tradition zu bestreiten. Wohl mit Recht, besonders für Otto I.<sup>104</sup> Eine zu starke Betonung der Tradition würde auch dem damaligen Bejahen der Kaiserpolitik aus der germanischen Kraft und Ursprünglichkeit, sowie aus dem Mangel an Erfahrung heraus nicht entsprechen.<sup>105</sup> In viel höherem Maße als auf Otto, den Begründer des neuen

---

100. Sägmüller in ThQ. 80 (1898) 50ff., bes. 69 ff. u. 78f.; vgl. Schmalenbach 116, 119 ff.

101. Hampe, Hochmittelalter 9.

102. Schneider, MA. 5.

103. Below, Kaiserpolitik 96.

104. Ebenda 7; Kern in Gedächtnisschrift 53, 59.

105. Heimpel 27.

Kaiserreiches, wirkte die Tradition selbstredend auf seine Nachfolger. Nicht nur in dem Sinne, daß sie nicht gern etwas von dem von ihren Vorgängern ererbten Besitz preisgaben, sondern auch in dem anderen, daß das Kaisertum immer mehr im mittelalterlichen Weltbild ein vertrauter und notwendiger Bestandteil wurde. Natürlich beweist dagegen nichts die Tatsache, daß vereinzelt einmal kritische Stimmen laut werden gegenüber den beschwerlichen Zügen über die Alpen.<sup>106</sup> Muß man ja auch von dem einen Romzug zum Erwerb der Kaiserkrone, wie v. Below und Kern hervorheben,<sup>107</sup> die späteren unterscheiden.

Besser wohl als die wichtigen ideellen Faktoren des Mittelalters werden im allgemeinen die mehr materiellen und realpolitischen verstanden und berücksichtigt.

Zu ihnen führt uns schon eine von Kern<sup>108</sup> erwähnte, aus dem weltlichen Rechtskreis des Gewohnheitsrechtes stammende Komponente zur damaligen politischen Begriffswelt, nämlich die Spannung zwischen Genossenschafts- und Herrenrecht. Das aus den Zeiten der Eroberung stammende Herrenrecht wäre nach ihm untergegangen, wenn der Herr es nicht wachgehalten hätte durch die Forderung der Waffendienstpflicht und der Beamtenleistung der Großen. So sei denn daraus schon zu verstehen, daß die deutschen Könige zur Eroberung nach Italien gestrebt hätten. Wenn Kern dann aber gegen diesen Schluß selbst einwendet, man hätte nicht gerade zu dieser Grenze sich wenden müssen und auch innerhalb des Landes hätte es genug Aufgaben gegeben, so ist — davon einmal abgesehen, daß die einzelnen Stämme sich ja nicht ohne weiteres überall verwenden ließen<sup>109</sup> — auch hiermit wiederum nicht mehr als die abstrakte Möglichkeit einer nichtitalienischen Politik dargetan. Nahe hätte eine solche Entscheidung offenbar nur dann gelegen, wenn damals schon der moderne

---

106. Schmeidler in PrJbb. 208 (1927) 287; Cartellieri in KblGV. 69 (1921) Sp. 62; Below, Kaiserpolitik 9; Knussert 54 f.; Hellmann 285.

107. Below a. a. O. 21; Kern in Gedächtnisschrift 67.

108. Kern a. a. O. 38 ff.

109. Heimpel 24; vgl. Knussert 16 f.

Nationalitätsgedanke die Ziele der Staatskunst festgesetzt hätte. Das aber ist, wie Kern an anderer Stelle auch zugibt, erst im 19. Jahrhundert eingetreten.

Unter den eigentlichen Realfaktoren für damalige politische Entscheidungen sei zunächst genannt der mittelalterliche deutsche Staat. Daher bezeichnet es H. Preuß als den „ärgsten Anachronismus, den Maßstab des Staatsgedankens, vollends gar des nationalen Staates an die Gestalt der feudalen Welt des Mittelalters legen zu wollen, der doch Begriff und Wesen dieser Dinge fremd war“.<sup>110</sup> Ähnlich spricht Heimpel.<sup>111</sup> Stellt man sich ja schon, angeregt durch Dempsfs *Sacrum Imperium*, auch die Frage, ob sich das von der Analyse des Individuellen oder vom modernen Staatsbegriff beherrschte geschichtliche Verständnis nicht wesentlich wenden müsse.<sup>112</sup>

Es sei hier zunächst wieder daran erinnert, daß der deutsche Gesamtstaat nicht durch eine absolute Gewalt besitzende Eroberung geschaffen wurde. Nein, er entstand aus freiwilligem Zusammenschluß. Eine scharfe Zentralgewalt in Deutschland konnte demnach von vornherein nicht das Ziel sein.<sup>113</sup> Die Feudalisierung der Staatenwelt trieb weiter allenthalben die Herrscher, die ihre Truppenführer und Soldaten mit Grundbesitz ausstatten mußten, an, gegen die machtleeren Gebiete der Nachbarn sich zu wenden, um selbst nicht zu verarmen. Für eine Überwindung solcher feudalistischer Gegebenheiten und eine Ausbildung des modernen Beamtenstaates haben im frühen Mittelalter, zumal im ostfränkischen Reichsteil, wo das Lehenband die auseinanderstrebenden Stämme doch auch verknüpfte, alle wirtschaftlichen Voraussetzungen gefehlt, wie Hampe betont.<sup>114</sup> Damit ist aber die vom Gegner Kern<sup>115</sup> erhobene Forderung, zunächst die feudale Selbstherrlichkeit zu brechen, möglichst ein geldlich besoldetes Beamtentum zu schaffen und die Kronlehen einzuziehen, getroffen. Und der schon früher von

---

110. Preuß 4 f.

111. Heimpel 8, 19.

112. HZ. 145 (1932) 156.

113. Vgl. oben S. 86; auch Hellmann 380.

114. Hampe, Hochmittelalter 9 f.

115. Kern in *Gedächtnisschrift* 40.

Kern gemachte Vorwurf,<sup>116</sup> daß die deutsche Kaiserzeit leider ohne eine vorausgehende monarchische Beamtenorganisation Länder angehäuft habe, ist seiner Durchschlagskraft beraubt. War ja auch, wenn wir von der schon erwähnten schicksalhaften Aufbüdung des Imperialismus,<sup>117</sup> der nicht auszuweichen war, einmal ganz absehen, einem weiteren Vordringen damals die extensive Wirtschaftsweise wirklich günstig.

Während nun nach Kern die Verhältnisse im Osten Europas eine weiträumige Zusammenfassung ermöglichten, ja herausforderten, wie die Staaten Polen und Rußland zeigten, soll allerdings das deutsche Imperium, obwohl es tatsächlich viel engere Grenzen hatte als das karolingische Reich, nach Fedor Schneider ohne weiteres etwas in sich Unmögliches darstellen. Schreibt er doch: „Gerade die praktische Unmöglichkeit, mit den Macht- und Verkehrsmitteln eines ganz überwiegend naturalwirtschaftlichen Staatswesens Universalpolitik zu treiben und die Zentralregierung eines universalen Reiches zu organisieren, erscheint als ausschlaggebendes Moment dafür, daß die Kaiserpolitik eine Pseudomorphose war“.<sup>118</sup> Man wird schon nicht überzeugt, wenn Kern a priori bezüglich der Möglichkeit einer weit ausgreifenden Herrschaft der Deutschen deutlich sich für einen solch grundlegenden Unterschied zwischen der Richtung nach Süden und nach Osten ausspricht.<sup>119</sup> Die von Schneider gegen jede Universalpolitik ins Feld geführten Gründe dürften nach Kern für den Osten also nicht unbedingt gelten, wenn er sie auch früher Schäfer gegenüber, der nur Verkehrsschwierigkeiten berührte, selbst stark heraushob<sup>120</sup> und ihm jetzt noch, wie oben gesagt, die Geldwirtschaft wenigstens als wünschenswert erscheint. Macht die Naturalwirtschaft überhaupt irgendein Imperium von vornherein wirklich unmöglich? Die Überwindung großer Räume mit den Mitteln einer unentwickelten Zivilisation und eines mangelhaften Verkehrs ohne die rationa-

---

116. DLZ. 1912, Sp. 1871 f.

117. Oben S. 92.

118. Schneider, MA. 8, 184, 247.

119. Kern in Gedächtnisschrift 47, 60; vgl. DLZ. a. a. O.

120. DLZ. a. a. O.



len Einrichtungen eines modernen Staates bedeuten gewiß, wie auch Hintze betont,<sup>121</sup> eine Schwierigkeit. Fehlten aber diese Hilfsmittel — Kern lehnte freilich diesen Hinweis schon früher ab<sup>122</sup> — in gewissem Maße nicht auch dem alten römischen Weltreich, das dennoch Jahrhunderte bestand? Wenn Schneider in dem Universalismus einen theoretisch-utopischen Versuch in einem naturwirtschaftlichen Zeitalter sieht, so weist Bonwetsch überdies darauf hin, daß Schneider vernachlässige, daß die Leitidee des Mittelalters theologisch, nicht wirtschaftlich war.<sup>123</sup>

Daß für politische Entscheidungen die jeweilige innere und äußere staatliche Lage mitspricht, hat das Mittelalter mit anderen Zeiten gemeinsam. Innerhalb des Staates war, wie wir erkannten, besonders das Verhältnis zu der schon seit Konstantin politisch einflußreichen<sup>124</sup> Kirche mit ihrer überragenden kulturellen Wirksamkeit und mit ihren Führern zu berücksichtigen. Schließlich auch die schon berührte Bedeutung Roms und die reale Lage der abendländischen Kirche überhaupt und ihres Oberhauptes, die weder damals noch heute nur zu außenpolitischer Erwägung aufruft. Alles Dinge, die mehr als einmal beim Kampf um die Kaiserpolitik von den Gegnern gar nicht oder zu wenig beachtet erscheinen.

Will v. Below, daß die Politik des Staates in seinen Lebensnotwendigkeiten eine Schranke zu sehen habe,<sup>125</sup> daß der Staatsmann suchen müsse, den Staat lebensfähig und kräftig zu erhalten,<sup>126</sup> so ist mit dieser allgemeinen, zu allgemeinen Formel und Forderung nichts gewonnen. Gegen die Kaiserpolitik lassen sie sich kaum verwenden. Haben denn die deutschen Könige den Staat etwa nicht stärken wollen? Holtzmann nennt es deshalb in seiner Rezension erstaunlich, daß Below, der so vielen Sinn für Macht habe, den grundlegenden Faktor der machtpolitischen Stellung des jungen deutschen Reiches zu wenig ge-

---

121. Berliner SB. 1929, 333 f. Vgl. auch Heimpel 14.

122. DLZ. 1912, Sp. 1871 f.

123. MHL. 17 (1929) 5 f.

124. Vgl. noch Böhler 155 ff.

125. Below, Kaiserpolitik 5.

126. Ebenda 14.

wertet habe. Diese an den karolingischen Kaisergedanken anknüpfende Politik habe nicht nur Kräfte fordern, sondern auch geben wollen. Und von solcher Erhöhung der Macht hätte man weiterhin auch eine Stärkung der Krone, eine Festigung der Reichsgewalt, eine Belebung des nationalen Gedankens erwarten können.<sup>127</sup> Die Stärke und Lebenskräftigkeit eines Staates sind überhaupt für den Herrscher keine eindeutige Maxime, wenn er vor dem Kreuzweg von Entscheidungen steht. Mußte Barbarossa z. B. wirklich, was Below in seiner Verteidigung nahelegt,<sup>128</sup> ebenso handeln, wie es der französische König gegenüber dem Engländer Johann (ohne Land) ohne ersten Widerspruch fertigbrachte? Mußte er wirklich im Interesse des deutschen Staates, der anders aufgebaut war als die genannten Länder und größere Aufgaben hatte als sie, nach dem Prozeß gegen Heinrich den Löwen dessen Besitz unmittelbar für die Krone einziehen? Und wenn nun vom Herrscher die politische Entscheidung objektiv richtig gefällt wird, ist es dann ausgemacht, daß auf der ganzen Linie und dauernd politischer Vorteil eintritt? Soll fernerhin das genannte Prinzip die ethisch-kulturellen Belange ausschließen, so ist es für das Mittelalter recht unangebracht — Machiavell stellte es erst auf — und auch in der Neuzeit von den Politikern nicht ganz durchzuführen.

Wie wichtig ist es, alle diese im Mittelalter vorhandenen psychischen und materiellen Hauptfaktoren des Geschehens zu kennen und sich ihrer recht bewußt zu sein, um ein gerechtes Urteil über die mittelalterliche Kaiserpolitik fällen zu können! Diese Notwendigkeit ist von ihren Verteidigern wohl gefühlt und gegenüber den von moderner Warte aus urteilenden Gegnern auch oft genug ausgesprochen worden. Wenn man sich danach richtete, würden manche Klippen, wie wir sahen, vermieden. Ebenfalls ist es aber fehlerhaft, sich in die mittelalterlichen Verhältnisse zwar hineinzudenken, dann aber Schwierigkeiten der Kaiserpolitik gleich als Unmöglichkeiten auszugeben.

---

127. DLZ. 49 (1928) Sp. 581.

128. VSozWG. 20 (1928) 453.

Es ist schließlich auch kaum methodisch richtig, wie es Below zu liegen scheint,<sup>129</sup> aus der strittigen Kaiserpolitik, doch nur einer, wenn auch bedeutungsvollen Frage des Mittelalters, die Komponenten für die damalige Welt erst gewinnen zu wollen.

Erfreulicherweise ist festzustellen, daß man sich neuestens wieder mehr von den wichtigen ideellen Grundlagen aus den Weg zum Verständnis der mittelalterlichen Kaiserpolitik bahnt.

## Zweiter Abschnitt.

### Vorliebe für die schwierige Beurteilung aus den Folgen.

Zu der nicht immer beachteten Notwendigkeit, bei der Lösung der Frage der mittelalterlichen Kaiserpolitik die damalige Zeit mit wirklich ihren Maßen zu messen, treten bei der beliebten Betrachtungsweise aus den Folgen nun noch besondere gern übersehene innere Schwierigkeiten.

Wir stellten bei der Erörterung im dritten Teil neben die beigebrachten Nachteile die dem Vorgehen der Kaiser zugeschriebenen Vorteile. Man kann wohl verstehen, wenn auch nicht billigen, daß manche die heute weniger greifbaren Vorteile übersehen, gegenüber der tatsächlich eingetretenen Katastrophe und den besonders in neuerer Zeit als Schwächen empfundenen Nebenerscheinungen der Kaiserpolitik. Vorzüglich wird der allein mit dem nationalen Maßstab der Gegenwart — wenn auch nur unbewußt — an die Beurteilung Herangehende die jeweilig im Laufe der Entwicklung tatsächlich erreichten Vorteile aus der Kaiserpolitik vernachlässigen. So wissen Kern und v. Below ja nur, in verschiedenem Tone allerdings, von einem großen Nutzen zu berichten, dem für die Kirche. Auch der auf das Machtargument sich zurückziehende Verteidiger M. Braubach entscheidet sich dahin, daß das positive Ergebnis der Kaiserzeit das negative in keiner Weise ausgleiche.<sup>1</sup>

---

129. VSozWG. 20 (1928) 456.

1. VgGeg. 15 (1925) 329.

Legt man jedoch die entsprechenden Maßstäbe an, so muß man wohl Meister zum mindesten darin recht geben, daß den Nachteilen, die im späteren Gefolge eintraten, große Vorteile gegenüberstanden.<sup>2</sup> In der Betrachtung der Folgen der Kaiserpolitik dürfte übrigens etwas mehr auf die sozialen und kulturellen Wirkungen geachtet werden. Politische Handlungen haben eben auch andere Folgen als staatliche.

Grundlegender Art ist die Frage, ob die Beurteilung aus anscheinenden Folgen der Kaiserpolitik überhaupt die maßgebende sein kann.

Schauen wir zunächst auf das Verhältnis von Ursache und Wirkung.

Inwieweit sind die angeblichen Wirkungen als solche sicher feststellbar? Es liegt allgemein die Gefahr vor, bei der geschichtlichen Betrachtung aus der zeitlichen Folge zu leicht eine innere, notwendige Abfolge zu machen. Die Philosophie und die Methodenlehre warnen vor dieser Gleichstellung des *post hoc* mit dem *propter hoc*.<sup>3</sup>

Selbst wenn aber die Kaiserpolitik als sichere oder gar alleinige Ursache vorläufiger Teilschäden zu erweisen ist, darf man für die weiteren und endgültigen Schäden und die endgültige Katastrophe die anderen möglicherweise hinzutretenden Faktoren nicht vergessen. Die weitere Frage also lautet: War die Kaiserpolitik die *causa efficiens* des Zusammenbruchs oder nur, nachdem andere Ursachen hinzutraten, eine der *causae efficientes*? Welche Ursachen kämen da etwa mit in Frage?

D. Schäfer nennt als Gründe für Deutschlands schlimmes Geschick drei:

1. Die Kurzlebigkeit der früheren deutschen Herrscher und der daraus sich ergebende häufige Wechsel der Dynastien nebst der Häufigkeit der Minderjährigkeitsregierungen.
2. Die zerrüttende Wirkung des Investiturstreites.
3. Die mittelalterliche Lage unserer Wohnsitze.<sup>4</sup>

---

2. Meister, VG. 88 Anm. 3.

3. Vgl. Bernheim, Methode 617.

4. NatErz. 6 (1925) 99 f.



Die Behauptung einer besonderen Neigung zu Uneinigkeit aber lehnt Schäfer hier wie in einem früheren Aufsatz<sup>5</sup> als unzutreffend ab.

Zum ersten Punkte sei erinnert an Ottos II. frühen Tod, die Minderjährigkeit seines Sohnes und das Aussterben der Ottonen; weiter an Heinrichs III. allzufrühen Tod, die Minderjährigkeit seines Sohnes und wiederum das Aussterben der Dynastie; schließlich an Heinrichs VI. überraschenden Tod, die Minderjährigkeit seines Sohnes und abermals das baldige Aussterben seiner Familie. Schäfer macht besonders wirksam darauf aufmerksam, daß Deutschland in der Zeit, wo Frankreich neun Könige aus einem Hause hatte, deren 21 aus 11 verschiedenen Familien brauchte.<sup>6</sup> Nicht nur v. Below, Kern und Schmeidler, auch Ficker sowie Kemmerich in seiner Spezialstudie bringen allerdings das frühe Aussterben mit dem Klima Italiens, also mit der Kaiserpolitik, in Verbindung.<sup>7</sup> Man vergesse aber nicht, daß die Könige auch bei ihrem Aufenthalt in Deutschland „zu beschwerlichen und langsamen Reisen von Ort zu Ort“ genötigt waren.<sup>8</sup> Und erst recht, wenn das Reich weit in den unwirtlichen Osten vorgeschoben worden wäre. V. Below und Kern wenden weiter ein, daß ohne die italienische Kaiserpolitik die Kurzlebigkeit der Dynastien und die häufigen Minderjährigkeitsregierungen sowie der Dynastienwechsel nicht so verhängnisvoll gewesen wären.<sup>9</sup> Das mag in etwa stimmen. Es stimmt aber umgekehrt noch viel mehr, daß die einmal angefangene Politik so sehr erschwert wurde. Wenn v. Below schließlich in der Kurzlebigkeit der Herrscher mehr ein Moment des Zufalls

---

5. PrJbb. 196 (1924) 240.

6. Schäfer, DG., Bd. 1, 327 f.; Schulte, Staat 22.

7. Below, Kaiserpolitik 35; Kern in Gedächtnisschrift 71; Schmeidler, Deutschland 15 f.; Böhmer-Ficker-Winkelmann, RI Vs, XI; Kemmerich 15, 17, 19, 21, 27.

8. Schultheiß, Bd. 1, 156. — Heute wird die nachlassende Kraft der Herrscherfamilien noch durch die Rassen- und Bluteinheit sprengenden Eheverbindungen erklärt. So von Isenburg 14 f., der auch in einem umfangreichen Werk die Ahnen der deutschen Kaiser, Könige und ihrer Gemahlinnen behandelt.

9. Below a. a. O. 34; Kern a. a. O. 71 f.

sieht, so sagt Dopsch gut, daß die bedeutende Tatsache dadurch nicht entkräftet sei.<sup>10</sup>

Für die von Schäfer an zweiter Stelle genannte zerrüttende Wirkung des Investiturstreites macht v. Below wieder die italienische Kaiserpolitik haftbar.<sup>11</sup> Es ist früher schon gesagt worden,<sup>12</sup> daß die zerrüttenden Folgen des Investiturstreites nicht vornehmlich aus der italienischen Politik abzuleiten sind, sondern aus der ottonischen Verfassung. Die von dieser Zeit an hervortretenden Königswahlen spielen für die Verfassungsentwicklung allerdings eine ziemliche Rolle. Auch Schäfer betont in seinem Aufsatz „Deutschland als Wahlreich“, daß gerade unter der Regierung Heinrichs IV. das Wahlrecht der Fürsten zu verstärkter Bedeutung kam. Ohne den Investiturstreit dagegen hätte der Kampf zwischen Königtum und Fürstentum in Deutschland wohl, wie überall sonst, mit einer Festlegung der Thronrechte geendet. Das Königtum sei damals um so mehr geschwächt worden, als seine frühere glänzende Machtentwicklung wesentlich mitbegründet war auf umfassender Verleihung von Regalien an kirchliche Würdenträger. Es folgten nach Heinrichs V. Tod nacheinander zwei Wahlen unter kirchlichem Einfluß. Und nach Heinrichs VI. frühem Tod sei dann eine scharfe Wendung zum Wahlreich gekommen.<sup>13</sup> Die ersten Königswahlen nach Abschluß des Wormser Konkordates erregen und verdienen besonderes Interesse. Jedoch ist man sich in ihrer Beurteilung nicht ganz einig. Während Hofmeister die Wahl von 1125 als eigentlich verderblich ansieht,<sup>14</sup> erblicken Ranke, Schäfer, Hampe, Haller, Braubach und früher auch v. Below in der von 1138 das entscheidende Ereignis.<sup>15</sup> Neuerdings heißt es bei ihm, daß er die ganze Frage nicht als entscheidend ansehe. Das deutsche Reich sei nicht an dem Zufall

---

10. Below, Kaiserpolitik 37; Dopsch in ZgesStW. 85 (1928) 593.

11. Below a. a. O. 35.

12. Vgl. oben S. 110 ff., 147, 153.

13. PrJbb. 196 (1924) 231 ff.

14. HZ. 192 (1920) 114.

15. Ranke, WG., Bd. 8, 140; Schäfer, DG., Bd. 1, 267, 274 f.; Hampe, Salier 109; Haller, Kaisertum 135; VgGeg. 15 (1925) 335 f.; Below, Staat, Bd. 1, (351 und) 366.

einiger unzweckmäßiger Wahlen zugrunde gegangen, die übrigens indirekte Folge der verfehlten italienischen Politik gewesen seien.<sup>16</sup>

Die von Schäfer an dritter Stelle genannte mitteleuropäische Lage Deutschlands soll nach v. Below als Hemmnis in den für unser Verfassungsschicksal entscheidenden Jahrhunderten noch wenig hervorgetreten sein. Jedoch nicht nur Hofmeister und Holtzmann, besonders nachdrücklich macht sie auch A. Schulte geltend als „die Ursache der endlosen kriegerischen Unternehmungen von oft kurzer Wirkung“.<sup>17</sup> Schubert meint kategorisch, die einzigartig schwierige Lage verbiete es ein für allemal, englische oder französische oder gar amerikanische Verhältnisse und Entwicklungen einfach als Vorbild zu nehmen.<sup>18</sup> Und nicht weniger betont letzthin Schmeidler, daß „ein Hauptproblem, vielleicht das Kernproblem der deutschen Geschichte, hier aufgedeckt“ sei. Vor allem hat natürlich Stegemann in seinem Werk „Deutschland und Europa“ dafür einen Blick.<sup>19</sup>

Daß tatsächlich auch partikularistische Tendenzen ungünstig mitwirken, scheint mir Schäfer nicht zu leugnen, wenn er auch kein deutsches Erblast darinnen sehen möchte. Dem Vorwurf, der Deutsche sei überhaupt darin übertrieben, tritt auch Schmeidler mit dem Hinweis auf Leistungen der Organisation und der Massentätigkeit entgegen.<sup>20</sup> Andere betonen diesen Faktor schärfer. War der Sondergeist nach Schnabel und Stegemann eine nationale Eigenschaft und recht eigentlich das deutsche Schicksal, so hebt Steinacker — wie ehemals Höfler — hervor, daß der Sieg des Papsttums nie ein so vollkommener geworden wäre, hätte es sich nicht der Bundesgenossenschaft der deutschen Fürsten erfreut.<sup>21</sup> Nach Hofmeister sind es namentlich zwei Männer, die, soweit den einzelnen eine solche Verant-

---

16. Below, Kaiserpolitik 78; vgl. Bühler 195.

17. Below a. a. O. 35; Hofmeister, Nationale Bedeutung 16; Holtzmann in HZ. 121 (1920) 138; Schulte, Fürstentum 10 f.

18. Schubert 6.

19. Schmeidler, Deutschland 6; Stegemann, z. B. 75, 77, 86.

20. Ebenda 5.

21. Schnabel, Deutschland 4; Stegemann 102; Höfler 79; Steinacker in HBl. 1 (1921) 36.

wortung aufgebürdet werden könne, an ihrem Teil an der Zertrümmerung des Deutschen Reiches gearbeitet hätten, Adalbert I. von Mainz und Adolf I. von Köln.<sup>22</sup> Für die Stauferzeit insbesondere betonen Hampe, Haller und namentlich scharf Cartellieri die Verderblichkeit der deutschen Zwietracht. V. Below sogar muß Hampe die Tatsache zugestehen, daß für den Ausgang der lombardischen Kämpfe und damit des großen kirchenpolitischen Ringens das Hineinwirken des deutschen Partikularismus von entscheidender Bedeutung war.<sup>23</sup> Wenn neuestens Schmeidler den Partikularismus der Fürsten überhaupt als nichtreichsfeindlich zu verstehen sucht, so bleibt ihr tatsächlicher Anteil an dem Zerfall der Reichsgewalt darum doch bestehen.

Man weist noch auf andere Faktoren des Niedergangs hin. Dem Kaisertum habe ein an Macht ebenbürtiger Gegner, und zwar ein politischer Gegner, gefehlt. Ihm sei die lothringische Reformbewegung mit ihren für das Papsttum weltgeschichtlichen Wirkungen so gefährlich geworden. Das deutsche Lehnrecht sei ungenügend ausgebildet worden. Infolge der ihm innewohnenden Tendenz zur Verdinglichung sei leider das vasallistische persönliche Moment der Treue zurückgetreten. Auch der stärkere Individualismus der Deutschen habe verderblich gewirkt. Kienast macht, um von anderen zu schweigen, auf alle diese meist früher schon berührten Punkte aufmerksam.<sup>24</sup> Daß die Entwicklung des Lehnrechtes und der Individualismus ihrerseits auf die verderbliche Kaiserpolitik zurückgehen sollen, also keine selbständigen Faktoren neben ihr darstellen, wurde früher schon als Ansicht der Gegner mittelalterlicher Kaiserpolitik erkannt und gewürdigt. Als Faktoren des Zerfalls empfindet man dann noch, daß gerade zu den für das Kaisertum ungünstigsten Zeiten kraftvolle Päpste wie Gregor VII. und Innocenz III. die Herrschaft führten; weiterhin, daß Heinrich IV. von seiner eigenen Familie so viele Nachstellungen erfuhr; auch, daß Barba-

---

22. Hofmeister, Nationale Bedeutung 20 f.

23. Hampe, Salier 202; Haller, Epochen 87; KblGV. 69 (1921) Sp. 57. 63; vgl. auch Bonwetsch in MHL. 17 (1929) 7; Below, Kaiserpolitik 99.

24. FBPrG. 40 (1927) 382.



rossas Erfolge 1167 jäh durch das furchtbare Naturereignis der Seuche zuschanden wurden.

Das Unglück häuft sich so, daß von Hampe besonders der Tod Heinrichs VI. in einer Zeit, die für das Kaisertum entscheidungsvoll war, als ein augenfälliges und den Gang der Weltgeschichte beherrschendes Eingreifen gefaßt wird.<sup>25</sup> Haller urteilt hier, daß ein blindes Schicksal das Kaisertum in dem Augenblick, da es die Schwelle der Vollendung zu überschreiten im Begriffe war, in den Abgrund hinabgestürzt habe, aus dem es sich nicht mehr zu erheben vermochte. Und an anderer Stelle meint er hierzu, daß die Dinge ganz anders hätten laufen können, hätte Heinrich VI. nur 20, ja nur 10 Jahre länger gelebt.<sup>26</sup>

Wie Schäfer einmal allgemein von der „ungünstigen Verkettung der äußeren Geschehnisse“ als Grund für das Sinken des Königtums redet, so Hampe von „den großen, der Vernunft rätselhaften Katastrophen, an denen die deutsche Geschichte so reich“ sei.<sup>27</sup> Auch Cartellieri spricht von unerklärbaren Ereignissen, die oft in den Lauf unserer Geschichte verhängnisvoll eingegriffen hätten. Nach ihm muß der Historiker „hier und da vor Zufällen haltmachen und bekennen, daß er nicht imstande ist, die Ursachenforschung fortzusetzen“.<sup>28</sup> Mag sein, wie v. Below annimmt, daß das Moment des Zufalls bei der Beurteilung der mittelalterlichen Kaiserpolitik übertrieben worden ist, so erklärt doch auch er, dem Zufall seine Rolle in der geschichtlichen Entwicklung zuzumessen.<sup>29</sup>

Die Politik des mittelalterlichen Kaisertums läßt sich demnach, wo auch außer ihr noch eine Reihe von Umständen zu beachten sind, nicht einfach als die *causa efficiens* des Zusammenbruchs hinstellen.

Nimmt man zu allem hinzu, daß man sich in der Verknüpfung der in der langen Zeit von mehreren hundert Jah-

---

25. MPol., Bd. 3, 286.

26. Haller, Kaisertum 252; Haller, Epochen 84; Haller in HZ. 113 (1914) 494.

27. Schäfer, DG., Bd. 1, 328; MPol., Bd. 3, 249; Hellmann 379.

28. NHeidJbb. 13 (1904) 129; vgl. noch Heimpel, z. B. 5, 48, 55.

29. Below, Kaiserpolitik 37, 150 Anm. 39; Below, Reichspolitik 29; vgl. Bernheim, Methode 129.

ren vorhandenen ineinandergreifenden Glieder gar nicht einig ist,<sup>30</sup> daß die Dinge sich nach v. Below selbst überall im geschichtlichen Leben verschlingen,<sup>31</sup> so erhellt, wie vorsichtig man in der Erforschung von Folge und Ursache vorgehen muß. Recht gewagt ist es also, nein unmöglich, die Kaiserpolitik allein einfach als Sündenbock für alles Unheil zu bezeichnen. Nicht umsonst betont z. B. auch Schubert, daß man die drei Hauptaufgaben der deutschen Herrscher, die zugleich die Gefahrzonen Deutschlands darstellten, nämlich die Berücksichtigung der geographischen Lage mit der offenen Ostseite, die Eindämmung des Lehnswesens und die Regelung des Verhältnisses zur Kirche nur in steter Bezogenheit aufeinander darstellen dürfe.<sup>32</sup>

Man kann es allerdings verstehen, wenn Historiker unter dem starken Eindruck des Zusammenbruchs der Kaiserpolitik diese von der schließlichen Katastrophe her zunächst sehen und beleuchten. Dieser Eindruck wird vielleicht, selbst wenn die kritische Betrachtung einsetzt, nicht immer ganz auszuschalten sein und das Urteil beeinflussen. Daß die italienische Politik der Kaiser mit dem späteren Verfall des Reiches einen gewissen Zusammenhang hat, leugnete nicht einmal Ficker. Und das streitet auch Brackmann für die spätere Zeit nicht ab, wenn er den durch die kluniazensische Bewegung ausgestalteten inneren Gegensatz zwischen Kaisertum und Papsttum für so verhängnisvoll erachtet und damit die Wendung zum Unheil beginnen läßt. Hält er alle anderen Momente für sekundärer Natur,<sup>33</sup> so wird er es freilich nicht zugeben brauchen, daß die Katastrophe zu tiefst in der nun einmal notwendigen und auch Aufstieg bringenden Italienpolitik begründet sei. Und darin liegt der springende Punkt, was Kern in seiner Würdigung der Brackmannschen These über die Bedeutung der Kluniazenser m. E. nicht klar herausstellt.<sup>34</sup> Mit der Südpolitik müssen sich erst manche Momente, wie der von Brackmann genannte

---

30. Below, Kaiserpolitik 134 f.; vgl. auch die verschieden aufgefaßte Kausalbeziehung beim Investiturstreit.

31. Below a. a. O. 94.

32. Schubert, z. B. 6.

33. HZ. 139 (1929) 36.

34. Forschungen und Fortschritte 5 (1929) 63.

Gegensatz, das Festhalten an der ottonischen Kirchenpolitik usw. verbinden, um das schlechte Endergebnis zu zeitigen.

Der Blick auf den Ausgang darf überhaupt nicht ohne weiteres das Urteil bestimmen.

Wie wenig kann man doch im Leben aus den anscheinenden Folgen eine Person oder eine Sache beurteilen. Deshalb eben schon, weil neben den offen sichtbaren noch andere Faktoren mitspielen und die Verknüpfung nicht durchsichtig ist. Gewiß kann man sagen: „In der Politik entscheidet der Erfolg“.<sup>35</sup> Ja, ein wirklicher Erfolg kann dauernd die Politik festlegen.<sup>36</sup> Aber damit soll nicht gesagt sein, daß er eine Lehre dafür ist, was in grauer Vorzeit hätte getan werden müssen oder zur Fernwirkung in weite Zukunft noch zu tun ist. Man denke an das scharfe Wort: „Eventus magister stultorum“.<sup>37</sup>

Diese Livius-Sentenz gilt aber zumal, wenn die eingetretenen Folgen benutzt werden, um auf sittliche und geistige Eigenschaften der ursprünglich Handelnden zu schließen. So sah Ficker sich veranlaßt, gegenüber seinem Gegner sich zu wehren gegen ein unbefugtes, aus der sittlichen Ordnung begründetes Schließen aus den Folgen.<sup>38</sup> Auch Waitz machte gegen v. Sybel, der sich später diesbezüglich zu rechtfertigen suchte,<sup>39</sup> geltend, „daß der Erfolg doch keineswegs das sittliche und auch nicht allein das politische Urteil bestimmen kann“.<sup>40</sup> Selbstverständlich war es, daß ein Onno Klopp sich eine solch große Schwäche des Gegners für seine Schrift von 1862 nicht entgehen ließ. Und sogar Kugler richtete sich im Hauptteil seines Tübinger Vortrages gegen diese

---

35. Ziekursch, Bd. 1, 187.

36. Damit ist über das Ethos des Erfolg suchenden Politikers noch nicht geurteilt. Nach Max Weber wird von ihm kein Hang zur Wahrfähigkeit, sondern eine unbedingt den Erfolg anstrebende Verantwortungsethik verlangt. Vgl. dazu Jaspers 27.

37. Livius 22<sup>39</sup>.

38. Ficker, Königtum und Kaisertum 22 ff.

39. Varrentrapp 107.

40. Waitz, Abhandlungen, Bd. 1, 534; vgl. Grotenfelt 109 ff.

These Sybels. Ebenfalls Hauck hat wohl Bedenken bezüglich der Beurteilung der Entschlüsse der Menschen aus den Folgen.<sup>41</sup>

Wenn es also auch möglich wäre, schlechte Endfolgen und den Zusammenbruch mit Sicherheit auf die Kaiserpolitik allein geschichtlich zurückzuführen oder auch umgekehrt an dem Verlauf der Dinge klar zu verfolgen, wie schließlich die Katastrophe hereinbrach, bleibt zu bedenken, daß es sich hier um eine Frage der Politik handelt. Politische Entscheidungen ohne vorläufige oder möglicherweise auch endgültige schlechte Nebenwirkungen zur betreffenden Zeit oder in Zukunft dürften gar manchmal nicht zu umgehen sein. Politik ist doch die Kunst, unter den konkreten Verhältnissen das relativ Beste zu schaffen.<sup>42</sup> Und die konkreten Verhältnisse brauchen nicht immer angenehm gewesen zu sein und waren es unter mehreren Kaisern sicher nicht. Wurden die Verhältnisse immer verwickelter, die Politik immer zwangsläufiger, wer dürfte die damals nur als möglich erscheinenden eintretenden schweren Folgen heute zum Maßstab seines Urteils über die eingegangene Politik nehmen? Selbst wenn man zugeben würde, daß das mittelalterliche Reich durch seine italienische Politik zerbrochen sei, so würde das nichts über Recht oder Unrecht der Kaiserpolitik sagen, falls nicht ein anderer besonderer Weg unter den gegebenen Verhältnissen, unter denen zu handeln war, aufgewiesen würde.<sup>43</sup>

Mit Recht stellte Hofmeister, der dies Below entgegenhält, übrigens früher einmal die klare Frage, ob die Nachteile die notwendige Folge der Kaiserpolitik gewesen sind.<sup>44</sup> Mit anderen Worten: Mußte und konnte der Politiker damals sie überhaupt als sicher eintretend in einiger Zukunft in seine Berechnungen einstellen? Und was die weitere Zukunft angeht, wie weit konnte er überhaupt hineinsehen? Pfllegt darum nicht jeder Politiker in erster Linie die Gegenwart zu meistern? Scheut sich doch selbst Kern, „den ersten Kaiser für alle die Übel haftbar zu machen, die späterhin noch der römischen Pan-

---

41. Hauck, Teil 3, 216.

42. Vgl. dazu indes Hitler 230 f., 295.

43. JberDG. 3 (1927) 751; Goetz, Propyläen WG., Bd. 3, XXXII.

44. Hofmeister, Nationale Bedeutung 7.



dorabüchse entstiegen und die er zum Teil wirklich nicht vorhersehen konnte".<sup>45</sup> Und für späterhin gilt: „Der Staatsmann kann den Gang der Entwicklung nur innerhalb enger Grenzen ändern“ (Hofmeister).<sup>46</sup> Wie falsch also, aus den mittelbaren Folgen und gar dem endgültigen Zusammenbruch allein die Richtigkeit des politischen Handelns unserer Kaiser beurteilen zu wollen!

Braubach sieht sich veranlaßt zu bemerken, ebenso wie Otto den Großen für das tragische Ende des mittelalterlichen würde man schließlich Bismarck für die Katastrophe des neuen Kaiserreichs verantwortlich machen können.<sup>47</sup> Vergeblich versucht v. Below, sich diesem Einwand zu entziehen.<sup>48</sup> Haben die Historiker nach seinen eigenen Worten doch vor allem festzustellen „die Wirkung, die die Taten der Völker gehabt haben“.<sup>49</sup> So kann denn Dopsch fragen, ob v. Below wegen der Wirkungen, die der Weltkrieg hervorgebracht habe, auch die ganze deutsche Politik seit 1870 ganz verworfen hätte.<sup>50</sup> Hampes interessante Auslassung hierzu greift noch weiter zurück.<sup>51</sup>

Ebenfalls beachtenswert ist der Gedanke Schuberts, man solle nicht von Schuld, sondern von einem Verhängnis, von einer zwangsläufigen Verkettung, oder noch besser von einem notwendigen Übergang zu gesunderen Formationen reden.<sup>52</sup> Er glaubt ja dartun zu können, daß, nachdem jahrhundertlang wenigstens das nationale Gefühl sich erhalten hätte, im 19. Jahrhundert ein neues Reich geboren werden konnte, das die drei früher schon erwähnten Probleme des alten löste.<sup>53</sup> Und dann kam doch auch hier ein Zusammenbruch. Dieselbe These, daß es sich in unserem Mittelalter nicht um Schuld, sondern um Schicksal handele, sucht neuerdings Heimpel näher zu belegen.

---

45. Kern in Gedächtnisschrift 59.

46. Hofmeister, Nationale Bedeutung 20.

47. VgGeg. 15 (1925) 335.

48. Below, Kaiserpolitik 53 Anm. 44.

49. Ebenda 25, 40.

50. ZgesStW. 85 (1928) 592.

51. MPol., Bd. 3, 323.

52. Schubert 20 f.

53. Ebenda 25 ff.

Ahnlich will Schieblich nichts davon wissen, daß man die Mächte mißachte, die das Kaisertum zwangsläufig aus der Bahn einer reindeutschen Politik trieben.<sup>54</sup> Und die Stimmen, die da sagten, daß man an die großen jahrhundertelangen Leistungen der Kaiser denken müsse, daß nicht für die Ewigkeit geschaffen werden könne, klangen ja schon am Ende der Betrachtung der guten Folgen an unser Ohr.

Wir haben also von den Folgen allein aus keine geeignete Handhabe, die damals getriebene Politik als solche treffend zu beurteilen, die Politiker sicher zu verurteilen. Um so weniger, als es sich uns schon als zweifelhaft ergab, ob der Zusammenbruch und alle vorgebrachten Folgen sich nur als Tatsachen eindeutig und mit Sicherheit auf das italienische Interesse der Kaiser als die Hauptursache zurückführen ließen. Wohl kann man das als ziemlich feststehend ansehen, daß gewisse Nachteile, die sich besonders uns heute als solche erweisen, mit auf die Kaiserpolitik, oder genauer gesagt, als endgültig erst auf das nicht notwendige Scheitern der mittelalterlichen Politik zurückgehen. Erinnern wir uns insbesondere an den Partikularismus und in etwa auch an die Vernachlässigung des Ostens. Moderne Begriffe dürfen dabei aber nicht einfach in das mittelalterliche Geistesleben projiziert und dann über Wert und Unwert mittelalterlicher Handlungen gerichtet werden, wie Burdach einmal mahnt.<sup>55</sup> Und in unserem Falle handelt es sich eben mit um Schäden, die in unserem Zeitalter der Zentralisation und des Nationalismus anders wiegen als im Mittelalter. Daß die Vorteile nicht übersehen werden dürfen, ist schon eingangs dieses Abschnittes gesagt worden.<sup>56</sup>

Es könnte nun aber jemand aus wirklich erwiesenen schlechten Folgen der Kaiserpolitik urteilen wollen, ohne sich anzumaßen, von hier aus über die politischen Entscheidungen ein Verdikt zu fällen. Er hat wohl den Wunsch des durch die

---

54. Schieblich 159. Vgl. auch oben S. 92.

55. Burdach II, 174.

56. Vielleicht ist das mit Heusler (126) noch dahin zu ergänzen, daß auch nichtgeahnte Wirkungen die Welt mit neuen Lebenselementen befruchten.

Erfahrung der späteren Jahrhunderte Belehrten: Wäre doch nur eine andere Politik getrieben worden. Allein auch dieser Wunsch würde gewagt sein. Gewiß, man kann sich einmal fragen, was hätte werden können. Aber wer will entscheiden, ob die Folgen bei anderem Geschehen bessere und nicht etwa schlechtere geworden wären für die Welt, das Abendland, das eigene Volk? Wäre nicht ohne die Beherrschung Italiens das deutsche Königtum in einen Zustand viel größerer Schwäche versunken? Hätten sich ohne sie die deutschen Stämme überhaupt auf die Dauer im Rahmen des Reiches zusammenschließen lassen? Bildet sich nicht, wie die Geschichte lehrt, gerade im Kampfe eine kräftige Staatsgewalt? Das sind die Fragen, die Kienast hier z. B. entgegenstellt.<sup>57</sup> Kombinationen möglicher Entwicklungen sind eben noch schwieriger als die aus dem tatsächlichen Ablauf der Dinge, der schon gerade genügend Dunkel birgt. Man könnte sich in der Rückschau von heute aus ganz nüchtern eine cisalpine Politik gewiß ausmalen. Aber eine derartige Ausmalung bliebe bei der Fülle unberechenbarer Entwicklungsfaktoren ein Wunschbild (Hampe).<sup>58</sup> Man vergesse nicht, daß die Geschichte überhaupt im günstigsten Fall zum Unterschied von der mit gesetzmäßigen Zusammenhängen arbeitenden Naturwissenschaft nur zu zeigen vermag, daß „nach den Gesetzen der Psychologie ein bestimmter Gang der Entwicklung mit Wahrscheinlichkeit zu erwarten war, weil starke Kräfte in dieser Richtung wirkten“.<sup>59</sup> Auch Fedor Schneider möchte nicht sagen, was im Einzelfall hätte geschehen sollen. Er wolle nur zeigen, durch welche zwingenden Gründe unsere Geschichte auf den gefährvollen Weg gedrängt wurde, den sie später nicht mehr habe verlassen können.<sup>60</sup> Und selbst v. Below betont, daß die Aufgabe des Geschichtschreibers nicht verlange, die Welt noch einmal und besser zu machen.<sup>61</sup>

---

57. FBPrG. 40 (1927) 381.

58. Hampe, Hochmittelalter 19.

59. Sawicki 276.

60. Schneider, MA. 8.

61. Below, Kaiserpolitik 40.

Unsere Kritik an dem bei der Frage der Kaiserpolitik besonders beliebten Schlußverfahren aus den Folgen, und speziell den schlechten Folgen, trifft auch wohl v. Below. Denn er schaut immer wieder gerade auf den Ausgang. Freilich betont er zum Unterschied von Sybel, für den die Geschichte durch und durch beweisbar ist,<sup>62</sup> des öfteren als seine Ansicht, daß die kausale Erklärung abzulehnen sei,<sup>63</sup> daß er die Vergangenheit nur verstehen und Beobachtungen ablesen wolle.<sup>64</sup> Um so näher liegt ihm dabei ein Werten.

Was ist zunächst grundsätzlich zu dieser allgemeinen geschichtswissenschaftlichen Einstellung v. Belows zu bemerken?

Diese Auffassung, schon von Droysen verfochten, hat auch heute ihre Vertreter.<sup>65</sup> Man mag ruhig, wozu immer mehr aufgerufen wird,<sup>66</sup> die Werte betonen. Soll nicht gerade das Erfassen und Erstreben der Werte durch die Person das Eigenartige des geschichtlichen Geschehens ausmachen!<sup>67</sup> Dopsch hebt ja auch hervor, daß v. Below in seinen Ausführungen hierüber die Problemstellung einfach verschiebe. Denn die Gegner hätten gar nicht die Enthaltung vom Werturteil gefordert, sondern daß man nicht nur die späteren Folgewirkungen für die deutsche Zentralgewalt allein zum Maßstabe der Beurteilung der Vorgänge vom 10.—13. Jahrhundert verwende.<sup>68</sup> Auch Fr. Meinecke verkündete das Programm: Keine Kausalitäten ohne Werte, keine Werte ohne Kausalitäten.<sup>69</sup> Eine kausalfreie Geschichtswissenschaft allerdings scheint grundsätzlich mit dem Charakter der Wissenschaft als Erklärung aus Gründen unvereinbar. Und tatsächlich dürfte die Geschichte ohne kausale Erklärungen überhaupt nicht durchführbar sein.<sup>70</sup>

---

62. Dove 121.

63. Below, Kaiserpolitik, z. B. 150 Anm. 39.

64. Below, Reichspolitik 40; Below, Kaiserpolitik a. a. O.

65. Vgl. z. B. Haas in VgGeg. 16 (1926) 257 ff.

66. Vgl. z. B. Sawicki 37 f., 54, 278 ff.

67. Vgl. Simon 12 ff., bes. 22 f.

68. ZgesStW. 85 (1928) 592.

69. HZ. 137 (1928) 12.

70. Vgl. Grotenfelt 36 ff.



Und wie steht es nun um das tatsächliche geschichtswissenschaftliche Vorgehen v. Belows in unserer besonderen Frage der Kaiserpolitik?

Auch v. Below muß wohl, wenn er bei seinem historischen Forschen so sehr auf die Wirkungen in der Geschichte ausgeht,<sup>71</sup> bei den Taten der Herrscher so viel von Folgen spricht, einen Grund oder eine Ursache (causa) für diese Wirkungen ansetzen. Eben die von den einzelnen Herrschern ausgeübte mittelalterliche Kaiserpolitik. V. Below stellt also gleichfalls, wenn er auch nicht die Absicht hat zu erklären, sondern zu beobachten und zu verstehen, Ursachen und Wirkungen fest. Da das kaum ohne ein gewisses diskursives, mit Schlüssen operierendes Denken geht, ist er also vom Schließen nicht freizusprechen. Und dann treffen ihn, da er ja die Folgen so betont, schon die Ausstellungen, die wir an dem alleinigen oder primären Schließen aus den eintretenden oder eingetretenen angeblichen oder wirklichen Folgen der Kaiserpolitik vornehmen mußten, ganz gleich, wie er diese Bemühungen um historisches Erkennen nennt. Es ist dabei auch kaum entscheidend, ob als Ausgangspunkt seiner Untersuchungen die in die Augen fallenden „Folgen“ oder umgekehrt die Ursachen, die ursprünglich vorhandenen und geschaffenen Verhältnisse, angenommen werden. Das für die Beurteilung Maßgebende sind ihm ohne Zweifel die Wirkungen, ob er von ihnen ausgeht, wie Kienast annimmt, oder zu ihnen gelangt.<sup>72</sup>

Nehmen wir aber einmal an, v. Below wäre tatsächlich in seinen Forschungen in keiner Weise den Wirkungen und Ursachen näher nachgegangen. Dann würden aber seine Behauptungen nicht als Aufstellungen anzusehen sein, die alle Faktoren des Geschehens vorsichtig berücksichtigen, sondern als das Ergebnis einer in ihrem endgültigen wissenschaftlichen Wert fragwürdigen Intuition. Denn so wichtig die Intuition als heuristisches Prinzip und als Prinzip der Darstellung sein mag, so ist sie doch nur ein möglicher Weg, die Wahrheit zu finden und zu

---

71. Below, Kaiserpolitik, vgl. z. B. 25.

72. FBPrG. 40 (1927) 380.

vermitteln, nicht der einzige und allein für sich nicht genügend, um das Objekt ganz und sicher zu erfassen. So anregend die Bücher der Intuitionisten sind, so viel Geist sie verraten, so viel Vorsicht verlangen sie von dem Leser, dem es wirklich um die Wahrheit oder wenigstens um möglichste Annäherung an sie geht. Daher auch wohl trotz allem Interesse die Reserve gegenüber viel genannten Werken, die die letzten Jahre uns für den Bereich der Geschichte schenkten.<sup>73</sup> Und ein v. Below selbst, der exakte Forscher, möchte die Intuition allein als wissenschaftliche Methode wohl kaum gelten lassen, wenngleich er nicht ganz frei sein mag von ihr.

Auch v. Below gehört demnach zu der Reihe der Gegner, die bei der Kontroverse über die Politik unserer mittelalterlichen Herrscher aus den Folgen schließen, den Weg einer wirklichen Beurteilung aus den Folgen gehen. Und diesen Weg eben haben wir als fragwürdig und allein kaum entscheidend erwiesen.

Man kann bei der Behandlung der mittelalterlichen Kaiserpolitik von der Betrachtung der unmittelbaren und frühen oder der Feststellung mittelbarer und später Folgen ausgehen. Immer läßt sich nach allem oben Ausgeführten die Ansicht vertreten, daß die Fragestellung, ob die Politik unserer Kaiser gute oder schlechte Folgen brachte, nicht die primäre und insofern wenig historisch ist. Darauf aber ist in der Forschung wieder am wenigsten von den dem Kaisertum feindlichen Historikern, die eine solche Vorliebe für die Folgenbetrachtung zeigten, geachtet worden.

### Dritter Abschnitt.

#### **Verquickung von jeweiliger politischer Strömung mit der Geschichtschreibung.**

Zu Beginn des dritten Teils wurde schon in Verbindung mit der allgemeinen Forderung, für die mittelalterliche Kaiserpolitik

---

73. Vgl. Kende 19 ff.

die damaligen Verhältnisse in Rechnung zu stellen, grundsätzlich verlangt, das rechte Verhältnis zwischen Geschichtsschreibung und Politik nicht zu verschieben. Auf dies besondere Erfordernis, dessen Nichtachtung keineswegs der geringste Grund für die lange Dauer unseres Streites sein mag, ist hier nun näher einzugehen.

Gewiß liegt in der Vernachlässigung dieses Postulates nicht der einzige Grund dafür, daß die einigende Lösungsformel in unserm Streit noch nicht gefunden ist. Gewiß sind schon infolge der an sich in der Frage gelegenen Kompliziertheit manches Mal die Hauptgesichtspunkte vermengt worden. Und das sind materiell die Entstehung und Weiterführung sowie andererseits die früheren oder späteren Folgen der Kaiserpolitik. Als formell bedeutungsvoll aber erkannten wir die mittelalterliche und die davon verschiedene moderne Einstellung, worin der Gegensatz von Universalem und Nationalem eingeschlossen ist, sowie die Eindrucksstärke der Folgen und die damit wenig übereinstimmende Beweiskraft für unsere Frage. Aber der tiefste Grund für die erbitterte Bearbeitung unseres Problems liegt doch vielleicht darin, daß das Herz manchmal Gründe hat, von denen der Verstand nichts weiß. So glaubt der Protestant bei den Katholiken auch heute noch eine Sympathie für Mittelalter und großdeutsche Gedanken feststellen zu können,<sup>1</sup> während er selbst mehr in anderen Zeiten sich heimisch weiß und bisweilen bedenklich einer Mehrung der katholischen Süddeutschen gegenübersteht. Und zu den von uns öfter gestreiften religiös-konfessionellen Einflüssen, von denen schon ein Sybel und Maurenbrecher nicht frei waren,<sup>2</sup> treten leicht und deutlicher die politischen Antriebe, die hier zur Erörterung stehen.<sup>3</sup>

Wir ließen uns schon von Fr. Schneider sagen, daß die

---

1. Pfennigsdorf 275 f. Für die 60er Jahre vgl. indes oben S. 10.

2. Vgl. z. B. Finke 9 sowie Goetz 3 in Steinberg (1925); vgl. auch oben S. 198.

3. Stärker allerdings als parteipolitische Beeinflussung scheint bisweilen bis in die letzten Jahre hinein die bewußte oder mehr unbewußte Antipathie gegen ein mit der römischen Kirche verbundenes Kaisertum und seine Politik zu sein. Sie kann Gegner aus beiden politischen Lagern, dem konservativen und liberalen, verbinden.

Forscherpersönlichkeiten mit ihrem Urteil ein gutes Stück ihrer politischen Weltanschauung verknüpfen.<sup>4</sup> Offenbarte uns nicht die Betrachtung der Behandlung unserer Frage in den verschiedenen Zeiträumen von Sybel-Ficker bis heute eine starke Bezogenheit auf die jeweilige politische Lage! Wie leicht wird der Historiker, wenn er temperamentvoller aktiver Politiker ist, bei einem Gegenstand, der mit Gegenwartsinteressen stark verbunden erscheint, sich nicht nur durch sie anregen lassen, sondern ihn maßgebend unter diesem Gesichtswinkel betrachten. So werden dann unzweckmäßig erscheinende Lösungen anderer als falsch bekämpft. Die wissenschaftliche Arbeit ist hineingezogen in den Strudel der Politik. Daß man da geneigt ist, wenn auch unbewußt, die Faktoren des mittelalterlichen politischen Geschehens zu vernachlässigen und andererseits rasche Schlüsse aus den Folgen zu ziehen, ist zu verstehen. Ganz deutlich ist doch gleich bei Beginn unseres wissenschaftlichen Streites — viele haben das zugegeben — die Frage mit der Tagespolitik eng verbunden worden. Bailleu nennt ja auch den immer wieder politisch tätigen v. Sybel den „rechten Historiker des liberalen deutschen Bürgertums“.<sup>5</sup> Erst später sei er maßvoller und milder geworden, während er vordem Rankes Streben „zu begreifen“ verurteilt und abgelehnt habe.<sup>6</sup> Schärfer klingt es 1910 anonym aus den Historisch-politischen Blättern. Dem preußischen Historiker Sybel sei Tendenz nachgewiesen. Mit Ehren sei er überhäuft worden, aber des höchsten Verdienstes, der unparteiischen Gerechtigkeit, des echten Patriotismus, habe er sich selbst beraubt.<sup>7</sup>

Wie stark die politische Seite bei dem Urteil über die mittelalterliche Kaiserpolitik bisweilen mitspricht, mag uns noch klarer werden, wenn wir etwa auf ihren so rührigen modernen Gegner, dem der Tod nun die Feder entrissen hat, schauen. Ich meine

---

4. HZ. 129 (1924) 347.

5. Bailleu in ADB., Bd. 54, 666.

6. Ebenda 665.

7. HpBl. 145 (1910) 962.



den gerade als maßgebend angesehenen Hauptgegner v. Below, für dessen Beurteilung denn auch manche Unterlagen schon vorhanden sind. Immer wieder in Artikeln und Büchern streifte oder behandelte er unsere Frage. War er der berufene Führer, sie dem mehr oder weniger deutlichen Pateigezänk zu entziehen?

V. Below, der Feind der republikanischen Staatsform,<sup>8</sup> mußte, nachdem er schon früher von Liebe zur Politik beseelt gewesen und seit 1907 politische Aufgaben auf sich genommen hatte,<sup>9</sup> gegen Ende des Weltkrieges und späterhin sich in der politischen Arena betätigen. Selbst seine Frau wirft hierzu die Frage auf, ob sein Temperament sich für den politischen Kampf geeignet habe.<sup>10</sup> Und seine diesbezügliche Schriftstellerei war so intensiv, daß es ihn selbst schmerzte, wie die politische Tätigkeit ihn häufig an wissenschaftlichen Arbeiten hindere. Begreiflich, wenn man das von Klaiber gefertigte Verzeichnis seiner Schriften sich ansieht. Gewiß ist, wenngleich seine Frau in ihm einen echten Romantiker sieht,<sup>11</sup> wenngleich ihm schon früh eine Broschüre gegen einen wissenschaftlichen Widersacher eine Duellforderung eintrug,<sup>12</sup> wenngleich es ihn stark zum Eingreifen in die Politik trieb, ausdrücklich von seiner Objektivität in der von seiner Gattin gegebenen Biographie die Rede.<sup>13</sup> Sie berichtet auch von Finkes Urteil über ihn als den Konzilienten, nie etwas Nachtragenden<sup>14</sup> und von seinen Bemühungen, Differenzen anderer zu schlichten.<sup>15</sup> Daß aber, wie seine ihn verstehende Frau meint, seine ernstliche Sachlichkeit von allen denen, die guten Willens sind, anerkannt worden sei, dürfte nicht stimmen. Sie selbst redet an dieser Stelle ja auch von seinem leidenschaftlich starken Temperament, ohne welches er

---

8. M. Below 38.

9. Ebenda 120.

10. Ebenda 127 f.

11. Ebenda 64.

12. Ebenda 60.

13. Ebenda 89.

14. Ebenda 108.

15. Ebenda 117.

allerdings nicht zu der Vielseitigkeit und Dynamik seines Lebens und seiner Leistungen hätte kommen können.<sup>16</sup>

Wie sehen ihn andere als die liebenden Augen seiner Frau? Alfred Schultze hebt bei ihm, der aus dem preußischen Osten nicht nur gebürtig war, sondern mit ihm fest verwurzelt blieb, das Vaterhaus mit dem religiösen Zug und den aristokratischen konservativen Anschauungen hervor. Below ist ihm eine ausgesprochene Kämpfernote.<sup>17</sup> Auch H. Aubin betrachtet als Fundament seiner geschlossenen Persönlichkeit die Religiosität. Seine vielen Fehden hätten, wie Finke es am Grabe bezeugt habe, stets nur der Sache und niemals der Person gegolten.<sup>18</sup> Sein ehemaliger Freiburger Kollege Meinecke charakterisiert ihn nach seinem Tode auch als Kämpfernote — diese Bezeichnung hat ebenfalls Bonwetsch<sup>19</sup> — und berührt die zwischen ihnen eingetretene tiefe politische Spaltung.<sup>20</sup> Gleichfalls für W. Schotte, den Herausgeber der Below sicher nicht fernstehenden Preußischen Jahrbücher, ist dieser ein Feuerkopf.<sup>21</sup> Bei dem Urteil A. Berneys über ihn ist bemerkenswert, daß eben die Ablehnung der italienischen Kaiserpolitik des Mittelalters von der politischen Anschauung mit bestimmt werde, die durch das Erleben der beiden letzten Jahrzehnte Bismarckscher Politik v. Below zuteil geworden sei.<sup>22</sup> Daß sein ausgesprochener preußischer Monarchismus und sein Widerwille gegen die Demokratie auf seine Schriften Einfluß gewonnen hätten,<sup>23</sup> liest man dann in dem Nachruf der Wiener Akademie von Dopsch. Und vorher ist da die Rede von seiner scharfen, oft mehr negativen Polemik, die mitunter auch persönlich geworden sei und ihm in seiner Fehde mit Sombart den Vergleich mit dem „Merker“ (Beckmesser) eingetragen habe.<sup>24</sup> Ja, mehr als einmal geriet

---

16. M. Below 169 f.

17. ZSavStRgGA. 48 (1928) XIV.

18. VSozWG. 21 (1928) 14.

19. MHL. 17 (1929) 1.

20. HZ. 137 (1928) 418.

21. PrJbb. 185 (1921) 134.

22. HV. 24 (1929) 526.

23. Wiener Almanach 78 (1928) 263.

24. Ebenda 261.

v. Below in peinlichen wissenschaftlichen Streit. Recht instruktiv ist die mit Walter Goetz über dessen gedruckten Vortrag „Die deutsche Geschichtschreibung des letzten Jahrhunderts und die Nation“ geführte, stark parteipolitisch zugespitzte Kontroverse. Mochte er, wenn auch selbst nicht angegriffen und genannt, seine grundsätzliche Einstellung verteidigen, die Formen der Abwehr mußten doch sicher andere sein.<sup>25</sup> In dieser Beziehung scheute er einmal selbst den Abdruck von Privatbriefen mit geringschätzigem Urteil über einen verstorbenen ehemaligen wissenschaftlichen Gegner nicht, wie Ulrich Stutz als Herausgeber der Zeitschrift der Savigny-Stiftung unwillig feststellte.<sup>26</sup>

Hören wir noch R. Holtzmann, der mehrmals zu Belows Schrifttum Stellung nahm. Schon in der Besprechung des Werkes „Der deutsche Staat des Mittelalters“ äußerte er sich, daß Belows die mittelalterliche Kaiserpolitik betreffenden Urteile nicht an einem zeitgenössischen Maßstab, sondern aus Interesse und Stimmungen späterer Jahrhunderte gewonnen seien. Insbesondere stellte er Ausfälle gegen Liberalismus und Rationalismus seitens des Konservativen fest.<sup>27</sup> 1928 nennt er ihn anläßlich der Besprechung des letztveröffentlichten Buches einen streitbaren Verfasser und erwähnt, daß sein Leben in Wissenschaft und Politik voller Kämpfe war. In seinem 1922 erschienenen Büchlein über die Reichspolitik sei „das Verdikt über die mittelalterliche Kaiserpolitik mit Belows Kampfstellung gegen die Demokratie der Gegenwart eine unharmonische Ehe eingegangen“.<sup>28</sup>

Bei der genauen Würdigung des letzten Buches von Below, der Spezialschrift gegen die Kaiserpolitik, stoßen wir nicht weniger auf die engste Verbindung von parteimäßiger Politik und Historie und die dadurch geförderte scharfe Art des Autors.

---

25. Below, Geschichtsauffassung; Goetz in AKuG. 15 (1923) 158 f.; 283 ff.; Below in PrJbb. 193 (1923) 291 ff., und in VSozWG. 17 (1924) 351 f.

26. ZSavStRgGA. 46 (1926) 566 f.

27. ThLZ. 1915 Sp. 177 f.; vgl. Belows Antwort ebenda Sp. 286.

28. DLZ. 1928 Sp. 579.

Das Werk behandle, so glaubt seine Frau, letzten Grundes eine Weltanschauungsfrage, für ihn wiederum in Beziehung und Anknüpfung zu seiner staatspolitischen Einstellung. Ein endgültiger Abschluß des Streites sei nicht erzielt worden. Zu bezweifeln ist, daß die Wissenschaft, wie die Gattin nahelegt, vor dem toten Gelehrten die Waffen senken müsse. Zu bezweifeln ist ebenso — wenigstens für die Hauptpunkte —, daß infolge subjektiver Einstellung ein endgültiger Abschluß des Streites der Kaiserpolitik gar nicht zu erzielen sei.<sup>29</sup> Bonwetsch äußert sich denn auch in seiner Besprechung des Buches v. Belows dahin, es würde dem streng wissenschaftlichen Geist des Verstorbenen wenig entsprechen, wenn menschliche Rücksichtnahme auf die Dauer die Gegenkritik verstummen ließe. Und er verzichtet selbst nicht darauf. Er stellt auch in dieser Schrift des toten Verfassers eine einseitige Einstätzung eigener Erlebnisse fest und „Ausdrucksformen der Kritik, die wir in einem wissenschaftlichen Werke ungern finden“. Below sei, sichtlich nicht unbeeinflußt von politischen Gegenwartsfragen, gegen die geltende Beurteilung der mittelalterlichen Geschichte gegangen.<sup>30</sup> Bei ihm fehle zum Unterschied von Fedor Schneider, der auch die italienische Kaiserpolitik kritisiere, von vornherein die richtige Zielsetzung. Sein methodischer Grundfehler sei, daß er von den schwachen Ansätzen positiver Würdigung immer wieder zur Kritik des nicht Erreichten abgleite.<sup>31</sup> Hängt es nicht eben zum guten Teil mit der einseitigen politischen und parteipolitischen Einstellung Belows zusammen, wenn er „ein Opfer gar zu scharfer Einzelkritik und einseitiger verfassungsgeschichtlicher Betrachtungsweise geworden“ ist.<sup>32</sup>

R. Holtzmann zeigt ähnlich, daß das neue Buch wieder von Ausfällen gegen die heutige Tagespolitik durchsetzt sei.<sup>33</sup> Es sei „mehr das Plaidoyer eines Advokaten als die Untersuchung eines Historikers“. <sup>34</sup> Sei doch auch Th. Maver trotz seines wür-

---

29. M. Below 172.

30. MHL. 17 (1929) 1 f.

31. Ebenda 3.

32. Ebenda 7.

33. DLZ. 1928 Sp. 580.

34. Ebenda Sp. 583.



digen Nachrufs deutlich von diesem Werk abgerückt.<sup>35</sup> In einer weiteren Besprechung ist die Rede von dialektischem Vorgehen und davon, daß er von Arbeiten anderer nur das ihm Passende übernommen habe.<sup>36</sup>

Entsprechend vermißt in den Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte Kienast bei Below, dem großen Führer in Erforschung politischer und sozialer Institutionen, das Organ für den stillen Fluß geistiger Tendenzen und Strömungen, für das Zusammenklingen von Persönlichkeit und Schicksal. Dafür glaubt er in dem Buche eine naturburschenhafte Robustheit feststellen zu können. Hart und hölzern würden die Dinge nebeneinander gestellt und Unvereinbares auf einen Nenner gebracht. Ein betrübender Mangel an historischem Takt offenbare sich von der ersten bis zur letzten Seite.<sup>37</sup> Und wieder hören wir von Hofmeister, das Buch sei letzten Endes nicht historisch gedacht. Der Verfasser blicke lediglich auf die innere Verfassungsentwicklung. Die Frage nach den internationalen Zusammenhängen werde nirgendwo ausdrücklich gestellt.<sup>38</sup>

Wie denkt ein Mann wie Dopsch, der gleich Below sein besonderes Interesse der Verfassungs- und Wirtschaftsgeschichte zuwandte, über das Werk? In der Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft hat er uns eine Besprechung gerade des letzten Below-Buches geschenkt. Darin heißt es, dieser habe die Vorgänge des Mittelalters vom Standpunkt der Gegenwart aus beurteilt, wobei die Anschauungen seiner preußisch-konservativen Richtung sichtlich führend seien, sehr zum Nachteil wissenschaftlicher Objektivität.<sup>39</sup> Auch methodisch sei das Werk kein glücklicher Wurf. Es sei zum mindesten einseitig in der Betrachtungsweise und vermöchte auch dann nicht zu überzeugen, wenn man gerne zugebe, daß die italienische Kaiserpolitik Deutschland manchen Nachteil eingebracht habe.<sup>40</sup> —

---

35. DLZ. 1928 Sp. 584.

36. Holtzmann in KblGV. 75 (1927) 138.

37. FBPrG. 40 (1927) 379 f.

38. JberDG. 3 (1927) 751.

39. ZgesStW. 85 (1928) 592.

40. Ebenda 598.

Dazu paßt es, wenn v. Voltolini eine selbst bei Below ungewöhnliche Schärfe auffällt. Er meint allerdings, darin wirke sich bereits die herannahende Todeskrankheit aus.<sup>41</sup>

Auch das vorsichtige Urteil des Rezensenten in der von evangelischer Seite herausgegebenen Zeitschrift für Kirchengeschichte gibt zu denken. Das Buch liefere eine ungemein reiche Charakteristik der modernen deutschen politischen Geschichtsschreibung über das Mittelalter und wertvolle Gesichtspunkte zum Verständnis unserer gegenwärtigen politischen Lage.<sup>42</sup>

Aus dem Rahmen aller genannten Besprechungen fällt die von Schmeidler, der die Rezensionen von Holtzmann und Kienast unter keinen Umständen gelten lassen will. Sie verdient daher eingehende Berücksichtigung. Er gibt zu überlegen, daß auch die Gegner „auf einem sachlich vorherbestimmten, weltanschaulich bedingten und keineswegs unanfechtbaren Standpunkt“ stehen. Ehe das als gewichtige Entschuldigung für Below anzuerkennen ist, müßte man allerdings wissen, ob der Grad der Gebundenheit nicht doch ein wesentlich verschiedener ist. Daß die Bindung bei dem Freiburger Ordinarius in hohem Maße vorlag, ist begründete *communis opinio*. Mit Recht hebt Schmeidler dann hervor, daß, um Below gerecht zu werden, nicht nur sein streitbares Temperament, die Einseitigkeit der politischen Anschauungen und die Schroffheit gegen politische und wissenschaftliche Gegner zu sehen seien, sondern daß die polemisch unruhige Form sich auch mit der Entstehung der Schriften erkläre.<sup>43</sup> Daß die Art, wie er vorgehe, weder anstößig noch philosophisch falsch sei, ist zu bezweifeln. Hatte Schmeidler ja selbst gemeint, es lasse sich gegen Belows persönliche Art schon etwas sagen. Und er gab selbst vereinzelte Entgleisungen und später unerfreuliche Spitzen zu.<sup>44</sup> Ähnlich ist es auch in urkenntnistheoretischer Hinsicht. Gewiß tritt Schmeidler für Below damit ein, es sei doch ehrlicher und

---

41. ZSavStRgGA. 48 (1928) 510.

42. ZKG. 46 (1928) 318.

43. HZ. 140 (1929) 387 f.

44. Ebenda 389.

wissenschaftlich förderlicher, das Element der persönlichen Beurteilung in der historischen Erkenntnis überhaupt herauszuarbeiten, um es einzuengen, als sich darüber hinwegzutäuschen. Aber er kann nicht umhin einzugestehen, Below habe es freilich meist nur bei anderen herausgestellt. Muß der echte Wissenschaftler nicht auch über die Voraussetzungen und Bedingungen seines eigenen Forschens im klaren sein? Muß er die aus nichtwissenschaftlicher Sphäre kommenden Einflüsse nicht gerade dann ausschalten, wenn sie ihm ein Stein des Anstoßes bei anderen sind? Wie stark Below innerlich gebunden ist, wird deutlich aus der Selbstverständlichkeit, mit der er seinen Parteistandpunkt zur Norm gibt. Auch Schmeidler muß immer wieder in der verhältnismäßig kurzen Rezension die Schwächen betonen. Belows Buch sei nicht in allem richtig und sogar in der Hauptrichtung der Nachprüfung sehr bedürftig. Zweifellos sei er einseitig und nicht frei von Voreingenommenheit. Dazu viel zu kurz und häufig zu apodiktisch. Vom Stande der Literatur liefere er im ganzen ein schiefes, einseitiges Bild. Vieles habe er nicht genügend und in der rechten Weise gewertet und sich viel zu einseitig der vorhandenen wissenschaftlichen Literatur gegenübergestellt.<sup>45</sup> Dabei hatte Schmeidler schon in der am 18. Januar 1929 gehaltenen Rede „Deutschland und Europa im Mittelalter“ die politischen Anschauungen Belows weit von sich gewiesen; und das wiederholt er nunmehr.<sup>46</sup> Beachtenswert ist, worin Schmeidler sich denn wirklich einig fühlt mit ihm. V. Below habe in weitgehendem Maße mit der Forderung recht, daß die Literatur schärfer rationalen, argumentierenden Charakter annehme. Daran ist ohne Zweifel Wahres. Der Hauptthese dann, daß die Kaiserpolitik ein Unheil für den deutschen Staat und in der Auswirkung davon überwiegend auch für das deutsche Volk gewesen sei, will er auch gegen alle neuen und neuesten Ausführungen zustimmen.<sup>47</sup> Daß Schmeidler von dem Spezialgebiet der Verfassungsgeschichte aus, näherhin dem Verhältnis von König und Fürsten,

---

45. HZ. 140 (1929) 390 f.

46. Ebenda 391; Schmeidler, Deutschland 5.

47. HZ. a. a. O. 391.

die italienische Kaiserpolitik als verderblich ansieht, erinnert nur daran, daß man auch rein sachliche Gründe haben und in wissenschaftlicher Weise vorbringen kann. Das tut ebenfalls Fedor Schneider<sup>48</sup> in seinem Buch über das Mittelalter bis 1250, dessen Korrekturen übrigens Schmeidler mitlas. Der beschränkte Wert des Urteils aus den Folgen ist uns schon früher aufgegangen. So weiß ich denn wirklich nicht, ob die — gewundene — Verteidigung des Hauptwerkes gegen die Kaiserpolitik seitens Schmeidlers noch eine Verteidigung ist. Daran ändert sich auch kaum etwas durch den Schlußsatz, Below werde als bedeutender Anreger in der Geschichte der politischen Geschichtschreibung des Mittelalters fortleben.<sup>49</sup> Daß Kern, der sich zu der Schrift seines Lehrers bekennt,<sup>50</sup> dessen Standpunkt befreit von unnötigen Schärfen und Spitzen wiedergebe, ist ebenfalls etwas optimistisch geurteilt,<sup>51</sup> wenn auch zweifellos die Belowsche Hemmungslosigkeit nicht vorhanden ist.

Mehr oder weniger deutlich ist bei allen Kritikern ausgesprochen, daß Belows wissenschaftliches Vorgehen und seine Stellungnahme mit seiner einseitigen politischen Einstellung zusammenhängt. Es ist, wie sich im Laufe unserer Untersuchung mehrmals nahelegte, nicht bei ihm allein der Fall, wenn der Zusammenhang auch nicht immer so offen ist und sich so belegen läßt. Nicht umsonst stellten wir uns schon zu Beginn des dritten Teils kurz auch die Frage nach dem Verhältnis von Geschichte und Politik, die nur ein Ausschnitt aus der allgemeinen von Wissenschaft und Leben ist.

Doch da hören wir v. Below: „Ein unpolitischer Mensch, d. h. einer, der politisch nicht interessiert ist, kann niemals ein brauchbarer Historiker sein“.<sup>52</sup> Dieser Satz ist sicher richtig,

---

48. Vgl. indessen HJb. 51 (1931) 379 f.

49. HZ. 140 (1929) 392.

50. Kern in Gedächtnisschrift 74.

51. HZ. a. a. O. 391.

52. Below, Geschichtsauffassung 28.



wenn damit ein theoretisches Interesse gemeint ist. Und auch das beherrschte praktische soll ja nicht abgelehnt werden. Ebenso ist es zu verstehen, wenn es Below, wie wohl den meisten Historikern, nicht liegt, die Begebenheiten der Vergangenheit schlicht zu reproduzieren.<sup>53</sup> Es darf sogar u. a. vom heutigen Standpunkt ein politisches Werturteil mit abgegeben werden. Was aber nicht zu billigen ist, ist dies, daß die Vergangenheit einfach ganz in das Prokrustesbett politischer Gegenwartsanschauungen gespannt werde. Below hat seine Lieblingsthese vom Primat der politischen Historiker<sup>54</sup> zum mindesten zu stark in die Tat umgesetzt. Und mit ihm manche andere, wenn auch weniger deutlich und nachweisbar. Gerade der praktische Politiker, der sich gewiß mancher Anregungen erfreut, muß sich andererseits der von dieser seiner Tätigkeit kommenden Gefahr wohl bewußt sein, daß sein Urteil getrübt werden kann. Das ist nötig im Interesse der Wissenschaft und der Frucht, die man von ihr erwartet, der Wahrheit. Verlangt man denn nicht auch ähnlich, daß der religiöse Mensch mit den Glaubensüberzeugungen nicht ohne weiteres als mit philosophisch und historisch, also rein natürlich und rational fundierten Sätzen in der profanen Wissenschaft arbeitet, auf ihnen aufbaut und nach ihnen alles normiert. Die Wissenschaft soll gewiß nicht lebensfremd sein, darf sich aber nicht vom Leben jeder Art ohne weiteres führen lassen.<sup>55</sup>

Wie man auch dann, wenn man unbedingt für die Schulung des politischen Urteils eintritt,<sup>56</sup> gerecht abwägen kann, zeigt D. Schäfers „Deutsche Geschichte“ bei der kurzen treffenden Auslassung über unsere Frage. Und die Forschung kann nur erwarten, hier eine befriedigende Lösung zu bringen, wenn Geschichte und Politik in Zukunft mehr in diesem Geist verbunden werden.

Abschließend darf überhaupt allgemein noch daran erinnert werden, daß, besonders in normalen Verhältnissen, weiter

---

53. Below 47 in Steinberg (1925).

54. HZ. 134 (1926) 370.

55. Vgl. Rademacher 34 ff.

56. Hofmeister, Nationale Bedeutung 4.

als der politische Bereich der des geschichtlichen Lebens ist und daß darum ein rein politisches Urteil nur einen Ausschnitt der Wirklichkeit treffen würde. Sprach das ja Schieblich letzthin bezüglich des mittelalterlichen Kaisertums offen aus: „Selbst als Werturteil dürfte Sybels These illusorisch werden, sobald man sie nicht bloß auf den Bereich der Politik, sondern auch auf die Totalität des geschichtlichen Lebens bezieht“.<sup>57</sup>

---

57. Schieblich 159; vgl. Bonwetsch in MHL. 17 (1929) 7.

## Schluß.

### Rückblick über den Gang der Untersuchung, Stand der Forschung, Ausblick.

Fassen wir zunächst den Gedankengang unserer Untersuchung über die neuere Beurteilung der mittelalterlichen Kaiserpolitik zusammen.

Im ersten Teil lernten wir nach einer Darlegung der Ansichten der Urheber der Kontroverse die Vertreter der Wissenschaft kennen, die seitdem in den Zeiträumen bis zum Kriege 1870/71, bis zum Weltkrieg und schließlich bis auf die Gegenwart der Frage ihre Aufmerksamkeit schenkten. Gar manches sprach hier schon dafür, daß die jeweilige Lage Deutschlands in diesen drei deutlich geschiedenen Perioden die Lösungsversuche der verwickelten mittelalterlichen Frage seitens der Forscher wenigstens mitbestimmte. Auch derer, die in immer größerer Anzahl sich seit den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts für Ficker entschieden.

Der zweite und dritte Teil führten hinein in die Einzelfragen des Komplexes Kaiserpolitik.

Der zweite Teil stellte nämlich die einzelnen mittelalterlichen Herrscher vor uns mit ihren politischen Entschlüssen. Wir sahen, wie sich schon bei der Beurteilung des von dem Frankenkönig Karl errichteten Universalreiches — allerdings zu Zeiten Sybels und Fickers noch nicht — die Geister schieden. Er stärkte vor allem die alte imperiale Tradition, an deren Bedeutung für die späteren deutschen Könige niemand zweifelt. Allerdings lehnten wir mit Kern ab, daß es sich von hier aus für sie um einen Zwang, nach Italien zu gehen, gehandelt habe. Andererseits glaubten wir den Verteidigern der

Kaiserpolitik darin zustimmen zu können, daß Otto I., als der Ruf an ihn erging, sich die Lombarden- und Kaiserkrone aufzusetzen, aus seiner Lage heraus der Tradition folgen durfte, ja vernünftigerweise mußte. Schien die Lage für die Nachfolger Ottos dann realpolitisch keineswegs immer rosig, so zeigte sie sich ihnen, trotz der mannigfachen Kritik der Gegner der Kaiserpolitik, doch wohl nie so, daß sie die von ihrem Vorfahr gewonnene Krone fahren lassen mußten oder besser hätten fahren lassen. Der groß angelegte, aber wohl zu weit ausgreifende Versuch Barbarossas, die deutsche Herrschaft in Italien auf feste Füße zu stellen, war den Verteidigern mit Recht nicht von vornherein verdammenswert. Handelte es sich so bei keinem der Könige um ein unverständliches Wagen, sondern um politische Zweckmäßigkeit oder Notwendigkeit, so waren wir eben nicht imstande, mit den Gegnern ihre Politik zu verurteilen. Eher war hier „eine zwar kühne, und groß angelegte, aber zugleich doch natürliche, wohl überlegte und nüchterne Politik der Wirklichkeit“<sup>1</sup> zu erkennen.

Die Überlegung, daß man außer auf diese Weise noch auf eine zweite Art, also auf zwei Wegen, freilich meistens nicht reinlich geschieden, dem Problem der mittelalterlichen Kaiserpolitik nachgegangen ist, leitete dann den dritten Teil ein. Dabei besannen wir uns zugleich schon hier kurz darauf, daß beide Male nur zu einem gerechten Urteil zu gelangen wäre, wenn man die damaligen Verhältnisse als primären Maßstab nimmt, daß also auch die moderne Politik hier nur mit einer gewissen Vorsicht zu verwenden ist. In der Folgenbetrachtung selbst stimmten die beschränkte Wendung zum Osten und die deutsche Verfassungsentwicklung gewiß nachdenklich. Aber manche Übertreibung der schlechten Folgen war abzulehnen und der gern vergessenen Lichtseiten zu gedenken. Und alsdann waren den schlechten Folgen ansehnliche gute gegenüberzustellen, und zwar solche im Staats- und Kulturleben für die eigene Nation und solche universaler Art für Welt und Kirche.

Im vierten Teil der Arbeit blieb die Frage nach den letzten Gründen der verschiedenen Beurteilung der mittelalter-

---

1. Haller, Kaisertum 7.



lichen Kaiserpolitik zu beantworten. Die für die richtige Erfassung des mittelalterlichen Lebens zu wenig beachteten Faktoren mußten nun einmal eingehend als Kernpunkt zum Bewußtsein gebracht werden. Und zwar erschienen für die damalige Geistesrichtung als wichtig der Universalismus, der ethisch-christliche Charakter der Zeit, der kirchliche Zug im Kaisertum, schließlich die Traditionsgebundenheit. Als Real-faktoren sodann die Spannung zwischen Genossenschafts- und Herrenrecht und der mittelalterliche deutsche Staat in seiner besonderen Lage. Wer darauf nicht achtete, mußte natürlich zu einem schiefen Urteil kommen. Der Umstand, daß manche Forscher einseitig der von uns als fragwürdig erkannten Folgenbetrachtung huldigten, deckte uns einen weiteren Grund dafür auf, daß die Beurteilung der Kaiserpolitik so verschieden wurde und ist. Eine letzte, aber nicht die geringste Wurzel dafür wiesen wir dann nach in einem allzu lebhaften politischen oder besser parteipolitischen Interesse mit seinen bereits früher ange-deuteten Hemmungen.

Und nun nach diesem auf die Grundlinien sich beschränken-den Rückblick die wichtige Frage: Was ist das Ergebnis aller Forschungen auf unserem Gebiete?

Gegenüber früheren Zeiten ist in der wissenschaftlichen Be-handlung unserer Frage eine gewisse Klärung eingetreten. Zu-nächst ist die Haltung im Streit durchweg etwas maß-voller geworden.

Die ausgesprochene volle Verteidigung des Sybelschen und Fickerschen Standpunktes ist im allgemeinen fallen gelassen worden.

Sie einen vermeiden es, sich in dem Streite ganz auf die bestimmte Seite der ersten Kämpfer zu stellen. So sagte Dopsch 1915: „Objektive Betrachtung wird weder Sybel noch Ficker ganz beipflichten können“. Ähnlich ja auch in etwa früher W. Goetz und jetzt Heimpel.<sup>2</sup>

---

2. MIOG. 36 (1915) 29; Goetz, Geschichtschreibung 15; Heimpel 8.

Bei anderen Freunden der Kaiserzeit findet sich eine ausdrücklich eingeschränkte Anerkennung. Sie machen der Gegenseite Zugeständnisse. So sprechen z. B. Schäfer, Hofmeister, Braubach ausdrücklich von schwerem Schaden der Kaiserpolitik.<sup>3</sup> Bei den beiden letzteren scheint ja v. Below fast schon eine Einigung nahegerückt.<sup>4</sup> Hofmeister sucht auch insofern zu vermitteln, als er ausdrücklich mit Worten von Waitz sagt, die Kaiserpolitik sei in ihrem Wesen zu erfassen und zu erklären, ohne sie damit für alle Zeiten als passend hinzustellen.<sup>5</sup>

Auf der Gegenseite ist es v. Below, der einräumt, daß v. Sybel die üblen Folgen des Tuns unserer Kaiser übertrieb.<sup>6</sup> Dazu spricht er Ficker ausdrücklich „wissenschaftlichen Ernst und wissenschaftliche Gründlichkeit“<sup>7</sup> zu und gesteht einmal offen ein, daß Fickers Forschungen unbedingt Verdienste behielten.<sup>8</sup> Er ist auch bereit, „gute und schlechte Wirkungen der Kaiserpolitik sorgenlos nebeneinander zu stellen“. Von den guten kennt er ja allerdings im wesentlichen nur die Leistung des Kaisertums für die Kirche.<sup>9</sup> Und seinem Lehrer steht Kern darin in keiner Weise nach, die mittelalterliche Kaiserpolitik für fast alles Unheil verantwortlich zu machen. Ja, Holtzmann sieht in ihm einen in der Sache noch über v. Below hinausgehenden Nachfolger.<sup>10</sup> Nur in der Form sei er gehaltener, wie wir oben schon von Schmeidler hörten.<sup>11</sup> Sicher ruhig und sachlich ist die von Kern in „Forschungen und Fortschritte“ erschienene und durch eine Auseinandersetzung mit Brackmann bereicherte Anzeige seines Beitrages zur Gedächtnisschrift für Below. Hier schlägt auch er insofern eine Brücke zum Gegner, als er neben

---

3. Schäfer, DG., Bd. 1, 164; Hofmeister, Nationale Bedeutung 7; VgGeg. 15 (1925) 329; vgl. auch Schulte, Staat 28 ff.

4. Below, Kaiserpolitik 3.

5. Hofmeister a. a. O. 4, 18; Waitz, Abhandlungen, Bd. 1, 533 f.; vgl. auch Schmeidler in PrJbb. 188 (1922) 188.

6. Below, Staat, Bd. 1, 363.

7. Below, Kaiserpolitik 140.

8. Ebenda 148 Anm. 22d.

9. Ebenda 39 f.

10. Holtzmann 13.

11. Oben S. 231.

dem Gesichtspunkt, die Kaiser nach den Folgen zu beurteilen, eine andere Seite, die die Sache habe, ausdrücklich gelten läßt. Doch muß man beide, Below wie Kern, nach ihren Schriften als führende heutige Gegner des mittelalterlichen Kaisertums, denen Fedor Schneider und Schmeidler sich anschließen, bezeichnen.

Noch immer müssen wir Freunde und Gegner der Kaiserpolitik unterscheiden. Auf welche der beiden Seiten neigt sich der wissenschaftliche Sieg? 1920 gab R. Holtzmann gelegentlich einer Buchbesprechung dem Wunsche Ausdruck, das Problem neu in Angriff zu nehmen. Und er fügte hinzu, er zweifle nicht, daß die Forschung sich nach der Seite zurückwenden werde, auf der vor 60 Jahren Julius Ficker gestanden habe.<sup>12</sup> Krabbo glaubte dann 1924 in seiner kurzen Besprechung von Hofmeisters Rede schon sagen zu können, daß die Politik unserer mittelalterlichen Kaiser heute als zugunsten des Innsbruckers entschieden gelte.<sup>13</sup> Für den Kern von dessen These spricht sich denn heute wohl die Mehrzahl der Forscher aus. Auch Schieblich muß neuestens, obgleich ihm die Argumentation Fickers nicht gefällt, diesem doch den tieferen historischen Sinn zusprechen, während er es bei Sybel als peinlichen Mangel empfindet, daß er die positiven Werte im Kaisertum, die die Verfolgung einer ausschließlich nationalen Politik hinderten, gar nicht zu würdigen versuchte.<sup>14</sup>

Gewiß, nach einem fast 75jährigen Streit werden nicht alle Einzelansichten von ehemals noch verteidigt. Merkwürdig, wenn es anders wäre. Konnte sich doch auch in der langen Zeit die Art, das Thema zu behandeln, mehr und mehr klären.<sup>15</sup>

Inhaltlich waren in den verflossenen Jahrzehnten zu der Fickerschen politischen Behandlung des mittelalterlichen Kaisertums Ergänzungen zu bringen. Für den politischen Bereich glaubte man die Bedeutung der Macht noch mehr herausstellen zu sollen. Der kirchliche Faktor und die mittelalterlichen Anschauungen überhaupt wurden miteinbezogen. Und

---

12. HZ. 121 (1920) 139.

13. FBPrG. 36 (1924) 228.

14. Schieblich 150, 154, 158.

15. Vgl. oben S. 58 f.

bei den Folgen wurden die kulturellen Auswirkungen, darunter auch die wirtschaftlichen Vorteile, mehr und mehr mitberücksichtigt. Stärker wurden hier auch die allmählich entstandenen Verfassungsschäden zugegeben, ohne damit den Blick etwa nur auf die Folgen zu richten. Die bedeutungsvolle Rolle, die die ottonische Kirchenpolitik in unserem Fragenkomplex spielte, wurde insbesondere besser erkannt. Wenigstens ein gewisser Einfluß der offenen deutschen Frage<sup>16</sup> auf die Darlegungen Fickers schien ebenfalls nicht bezweifelt werden zu können.

Selbstverständlich ist auch, daß sich der Wechsel der geistigen Einstellung und speziell der historischen Richtungen in den letzten 75 Jahren in der Art, unser Problem anzufassen, etwas geltend machte. Einer mehr kritisch-analytischen Methode gesellte sich die vergleichende und auch die intuitionistische zu. Der Blick für die verschiedenen Faktoren der äußeren, der realen Welt forderte als Ergänzung dann den für die Idee. Statt des reinen Wissens suchen Neuere schließlich noch die Berührung mit dem kraftvoll pulsierenden Leben der mittelalterlichen Geschichte. Fickers Grundeinstellung wurde auch durch diese methodischen Verschiebungen nicht gefährdet. Eher die Sybels.

Kern verlangt nach dem von ihm scharf geforderten Auseinanderhalten der politischen Entschließungen der Kaiser und der Folgen, also der beiden im zweiten und dritten Teil gewürdigten Fragestellungen zur Kaiserpolitik, mit Recht ihr schließliches Verknüpfen.<sup>17</sup> Fassen wir die dort auf dem doppelten Wege gewonnenen Forschungsergebnisse und die im vierten Teil gegebene Vertiefung kurz zusammen.

Zunächst in einigen Sätzen, die weder den notwendigen Realismus noch den idealen ethischen Schwung verleugnen. Etwa in der folgenden Weise. Das mittelalterliche universale Kaisertum ist eine im Altertum und dann besonders in der christlichen Ideenwelt so stark verankerte Institution, daß sein Besitz für ein mittelalterliches Volk das Höchste darstellte. So fordert es auch von uns Heutigen schon aus diesem Umstand

---

16. Vgl. dazu auch oben S. 7f.

17. Kern in Gedächtnisschrift 32.



Ehrfurcht, zumal es deutscher Nation war. Dazu ist, von der realen Seite im einzelnen betrachtet, die Politik der damaligen Kaiser als notwendig, bzw. als angemessen anzusehen. Allerdings sind ihr — ein Gesichtspunkt, der aber für Geschichte und Politik nicht allein entscheidend sein kann —, wohl neben bedeutsamen guten Folgen mehr oder weniger schlechte Wirkungen, die wir in neuerer Zeit schmerzlich empfinden, mit zuzuschreiben. Das dürfte etwa der Kern des Urteils über die mittelalterliche Kaiserpolitik sein, wozu alle Forscher nach langem Streit endgültig sich bekennen könnten.

Heute fragt man noch einfach und kürzer nach dem „Sinn“ des Kaisertums, also der Bedeutung und dem Zweck der Kaiserpolitik. So hauptsächlich ihre Freunde Pfeil und Günter. Das war allerdings wohl auch u. a. Belows Zielsetzung, den Sinn, die Bedeutung der historischen Erscheinungen darzulegen, zu „verstehen“.<sup>18</sup>

Hier zeigt sich mehr als das Verlangen nach der lebensfreundlichen Synthese, die in der Forschung der Analyse folgen soll.<sup>19</sup> Es ist das Streben nach einer positiven Gesamtschau, das Auspähen nach einer geheimen Teleologie, worum es geht. Gewiß führt uns die Frage nach dem Sinn streng genommen in den Bereich der problematischen Erörterungen der Logik und Metaphysik der Geschichte. Und der Geschichtsphilosoph wird keineswegs die Möglichkeit ihrer wissenschaftlichen Erledigung ohne weiteres zugeben.<sup>20</sup> Nach der Besorgung der Kleinarbeit entspricht allerdings die vorsichtige zusammenfassende Deutung des Geschehens, zum mindesten einer Einzelperiode, unserem Bedürfnis,<sup>21</sup> aber schließlich auch, trotz aller Schwierigkeiten,<sup>22</sup>

---

18. Oben S. 219; vgl. noch Below, Kaiserpolitik 25.

19. Vgl. Rademacher 19 ff.

20. Bernhart, Tragik 17 ff.; Bernhart in G. der führenden Völker, Bd. 1, 31 f.; Simon 38 ff.

21. Bernhart in G. der führenden Völker, Bd. 1, 6 ff., 8 ff., 33 ff., 55 ff. — Breysig (153) macht gegenüber einem starren Versenken in die Einzel-tatsachen seinerseits noch geltend, ein durch Jahrhunderte sich erstreckendes Gesamtgeschehen dürfe, ja müsse man als das Handeln des einen Volkes, „als eine aus der Tiefe brechende Bezeugung seiner Wesenheit ansehen und auslegen“.

22. Ebenda 2 ff., 88 ff., 140 ff.

dem der Wissenschaft.<sup>23</sup> Freilich erst nach umfassender Forschung und nur ganz gewissenhaft — wir betonten schon gegenüber Below die Bedeutung des diskursiven und kausalen Erklärens<sup>24</sup> — kann die Frage nach dem Sinn mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit beantwortet werden. An die dazu notwendige Methode, die einzelnen Ergebnisse mit dem Maßstab ihrer eigenen Entwicklung aufzufassen und zu messen,<sup>25</sup> ließen wir uns bereits von Bernheim erinnern.

Pfeil sieht den Sinn der Kaiserpolitik nun darin, daß der imperiale Drang des Mittelalters auf staatlichem Gebiete verwirklicht und daß außerdem die kirchliche Idee gefördert wurde.<sup>26</sup> Und Brackmann betonte es letzthin auch stolz, daß das Kaisertum mehr sei als Macht, daß ihm damit ein tieferer Sinn innewohne, daß der Missionsgedanke an seiner Wiege stehe.<sup>27</sup> Breysig bekannte wenigstens: „Das aus dem Streben ins Weite wachsende Handeln war stark, schön und oft in seinen Maßen, seinen Plänen groß.“<sup>28</sup> Gewiß weiß man von ungünstigen Folgen, sieht darin aber noch keine Gefährdung des Sinnes der Kaiserpolitik. Man bedenkt eben, daß eine Lebensmöglichkeit die andere in den Hintergrund drängt.<sup>29</sup> Den Sinn will man begreifen, nicht die Wirkung, die historisch nicht das Vordringliche sein könne.<sup>30</sup> Die Kaiser selbst und ihr großes Wirken will man in erster Linie ins Auge fassen. Die tragischen Verflechtungen und der tragische Ausgang, wovon immer wieder gesprochen wird,<sup>31</sup> sollen nicht das Urteil bestimmen. Ist die

---

23. Vgl. Sawicki 211 ff.; insbesondere auch Eibl 1 ff.

24. Oben S. 220 f.

25. Oben S. 134 f.; vgl. Rickerts Stellung bei Kaufmann, Geschichtsphilosophie 10 f.

26. Pfeil 225 f.

27. Berliner SB. 1931, 87.

28. Breysig 155.

29. Pfeil 225.

30. Günter, Kultur 94.

31. Brackmann in *VelhMonh.* 43 (1928/29) 449; Bonwetsch in *MHL.* 17 (1929) 6 f.; Muth in *Hochland* 30 (1932/33), Heft 6, 487; vgl.: Schneider, *MA.* 8; Breysig 151 ff.; oben S. 216 f., 179 f.; Bernhart, *Tragik* 1 ff. sowie Bernhart in *G. der führenden Völker*, Bd. 1, 43 ff.; Heimpel 14 f., 47; Büchner 52 f.

Tragik nicht so oft bei geschichtlichem Geschehen zu treffen? Betonte man überhaupt mehr den Begriff der Entwicklung im Geist der genetischen Geschichtschreibung, so würde man sich in seinem Urteil weniger von den Folgen und dem Vergehen der Kaiserherrlichkeit nach 300jährigen Bestand leiten lassen.

So hat die bisherige deutsche Geschichtschreibung die Frage der mittelalterlichen Kaiserpolitik unermüdlich gefördert. Auch über eine endgültige Bearbeitung läßt sich wenigstens schon etwas sagen.

Von welcher Art müßte eine solche neue Abhandlung sein? In der Historischen Zeitschrift erschien von Gisbert Beyerhaus eine Rezension über das Buch meines heimgegangenen hochverehrten Lehrers H. Schrörs „Die Kölner Wirren (1837), Studien zu ihrer Geschichte“. Ihm wurde nachgerühmt: „Wenn es ein Kriterium für die wissenschaftliche Güte einer historischen Darstellung ist, wieweit sie einen von Konfessionshaß und Parteilidenschaft belasteten Stoff zu entgiften vermag, so gehört dies Werk zu den großen Leistungen der deutschen Geschichtswissenschaft“.<sup>32</sup> In dieser Art müßte wohl noch einmal von einem Berufenen eingehend die große Frage der mittelalterlichen Kaiserpolitik angefaßt werden, damit eine Einigung in größere Nähe gerückt würde. Die durchaus zu bejahende methodische Forderung Kerns, „daß jeder berechnete Einzelgesichtspunkt sich der Berechtigung auch anderer Gesichtskunkte bewußt bleibe“,<sup>33</sup> würde in einem solchen Werke schon nicht übersehen werden.

Eine neue Untersuchung stände jetzt unter keinem so schlechten Stern. Das legen schon die Richtlinien für den Geschichtsunterricht von 1933, die über die Schule hinaus bedeutsam sind, nahe. Diejenigen, die vermuteten, daß der Wirklichkeitsblick gegenüber dem Mittelalter unter der neuen politischen Einstellung ganz getrübt sei, hatten unrecht. Die Zeitereignisse haben in gewisser Weise die Sicht des

---

32. HZ. 139 (1928) 138.

33. Forschungen und Fortschritte 5 (1929) 63.

mittelalterlichen Kaisertums doch geklärt und störende Einflüsse beseitigt. Der Nationalsozialismus weiß sich ja nicht nur frei von einem beengenden kleindeutschen Denken und kann nicht nur einen Sinn für Machtentfaltung mit geopolitischer Einstellung sein eigen nennen. Durch die Schöpfung der nationalen Regierung ist jetzt auch der Gegensatz von einem mehr kleindeutschen Unitarismus und einem mehr großdeutschen Föderalismus stark beschnitten, wie überhaupt die Parteien mit ihren Bestrebungen verschwunden sind. Und wenn Kerns Ansicht stimmt, daß es gerade und nur zwischen liberaler und klerikaler Geschichtsauffassung keine Einigkeit über das mittelalterliche Kaisertum geben könne,<sup>34</sup> dann müßte es heute, wo der ganze Kampf dem Liberalismus gelten soll, ohne daß man trotz der Betonung des Christlichen gerade geneigt wäre, klerikal zu sein, um die Lösungsmöglichkeit unseres mittelalterlichen Problems günstig stehen. Manche widrige Einflüsse, die auf die bisherige Erforschung störend eingewirkt haben oder haben sollen, sind also behoben oder stark gemindert.<sup>35</sup> — Darin liegt auch ein Prinzip des Ausgleichs zu bisherigen „nationalen“ Gegnern des mittelalterlichen Kaisertums, daß gegenüber den Verteidigern ausgesprochen nationalsozialistischer Einstellung der Vorwurf mangelnder nationaler Gesinnung gar nicht erhoben werden kann. Zugleich bieten sie eine Gewähr, daß die Schattenseiten mittelalterlicher universaler Kaiserpolitik nicht übersehen werden. Wie man nach 1870, als man an das erwünschte Gegenwartsziel gelangt war, unbefangener die Vergangenheit wenigstens beurteilen konnte, so könnte schließlich noch die größere Annäherung an den Einheitsstaat auch jetzt davor bewahren, die von den „nationalen“ Gegnern so scharf betonten Verfassungsmängel des Mittelalters in ihrer Bedeutung zu übertreiben. — Man sage auch nicht, weil der Nationalsozialismus eine Weltanschauung, und zwar nationaler Art, mit schärfster Betonung von Blut und Boden, sein wolle, könne er der mittelalterlichen Kaiserpolitik, die zugleich universal war, von vornherein nicht gerecht werden. Aber wenn er von seinem Pro-

---

34. Kern in Gedächtnisschrift 72 Anm. 20.

35. Vgl. auch oben S. 54 ff.



gramm aus sie heute auch nicht betreiben würde, dann muß er doch dafür Verständnis haben, daß die Großen unserer Geschichte aus der ihnen damals gegebenen Weltsicht und den ihnen gestellten Aufgaben heraus so gehandelt haben, wie es der Fall ist. Für uns Heutige gilt: „Indem wir unser Mittelalter überwinden, werden wir unseres Mittelalters würdig sein!“<sup>36</sup>

Immerhin möglich wäre es aber, daß die nationalsozialistische Bewegung trotz aller genannten Gesichtspunkte, die für eine allseitige und keineswegs feindliche Beurteilung der Kaiserpolitik sprechen, sich geschlossen — es braucht kein dauerndes und unabänderliches Urteil zu sein — gegen sie wenden würde. Alle werden wenigstens das nationale Ethos achten, aus dem diese Einstellung, wozu Ansätze ja vorliegen, geboren werden kann. Der Historiker wird dazu dankbar sein für neue beigebrachte Momente, die das Problem weiter klären, und für jede Anregung überhaupt. So läßt sich schon jetzt sagen, daß Heinrichs des Löwen heute besonders stark betonte geschichtliche Bedeutung zu vertieften Studium der deutschen Ostpolitik aufruft.

Unsere Streitfrage werde einmal zu Ende gehen, glaubt Fritz Kern.<sup>37</sup> Diese seine Meinung können alle wenigstens zu ihrem Wunsche machen, auch wenn sie nicht mit ihm übereinstimmen in seinen Ansichten über das mittelalterliche Streben zum Süden und zur Kaiserkrone. Die Beendigung der Forschung in unserer Frage wäre nach Schubert insofern dringend zu wünschen, weil durch den ewigen Streit von dem, was wirklich zu lernen ist, abgelenkt wird.<sup>38</sup> Gut und nötig wäre sie überhaupt im Interesse der Wissenschaft der Geschichte, ihres Ideals und ihrer Praxis. Den Weg zur Lösung zu bahnen, wollte auch diese Arbeit helfen.

---

36. Heimpel 34; vgl. Büchner 23, 97 f.

37. Kern in Gedächtnisschrift 74.

38. Schubert 4.

## Nachwort.

Gegen Ende der Drucklegung dieser bis Ende 1933 reichenden Studie erscheint ein Heft „Neuere Anschauungen der deutschen Historiker zur Beurteilung der deutschen Kaiserpolitik des Mittelalters“ (Verlag Hermann Böhlau Nachfolger, Weimar) von dem mehrmals erwähnten Friedrich Schneider, Professor in Jena. Es will nur „einen kurzen Überblick“ vermitteln und läßt dabei „die Historiker möglichst selbst zu Worte kommen“. Somit hat die vorliegende Schrift ihre Berechtigung keineswegs eingebüßt. Weil Schneider die Neuerscheinungen der ersten Monate von 1934 berücksichtigen konnte, sind dort in den Anmerkungen noch ein paar neue Arbeiten angeführt, und zwar von den Verteidigern der Kaiserpolitik Brackmann<sup>1</sup> und Haller,<sup>2</sup> sowie die 2. Auflage von Hampes Buch „Der Zug nach dem Osten“. Auch wird von Schneider schon hingewiesen auf das im Verlage von Gustav Fischer in Jena demnächst erscheinende Werk von Alfred Doren, Wirtschaftsgeschichte im Mittelalter (mit besonderer Berücksichtigung Italiens).

---

1. Brackmann, A.: Die Ursachen der geistigen und politischen Wandlung im 11. und 12. Jahrhundert = HZ. 149 (1934) 229 ff.

2. Haller, J.: Von den Karolingern zu den Staufern (900—1250), Leipzig 1934 (Sammlung Göschen).

Haller, J.: Reden und Aufsätze zur Geschichte und Politik, Stuttgart 1934.

## Exkurse.

### 1. Exkurs.

#### *Die Beurteilung der Vereinigung Siziliens mit dem Kaiserreich.*<sup>1</sup>

Ficker, freilich nicht als erster,<sup>2</sup> hatte vorzugsweise die Vereinigung Siziliens mit dem staufischen Kaiserhaus als das große störende Moment für den Weiterbestand des Kaiserreiches in alter Weise hingestellt. Er wies begründend hin auf die dadurch gegebene gefährliche Umklammerung des Kirchenstaates, auf die Weigerung des Lehnseides durch Heinrich VI., auf dessen Beherrschung des Kirchenstaates, auf die Weltpläne und die mit ihnen verbundene Änderung des Kaiserreiches, schließlich auf Friedrichs II. Streben, das Kaiserreich überhaupt nach sizilianischen Anschauungen zu regieren.<sup>3</sup>

V. Sybels wenig tiefes Eingehen auf diese Frage<sup>4</sup> gab Ficker in seiner Entgegnung keinen Anlaß, seine These aufzugeben.<sup>5</sup> Auch späterhin trat er ausdrücklich für sie ein.<sup>6</sup>

Die heutigen Gegner der Kaiserpolitik verwerfen meist mit v. Sybel die Ansicht von der Verderblichkeit der Vereinigung Siziliens mit dem Reich. Die Verbindung habe sich als Konsequenz der allerdings falschen Kaiserpolitik ergeben. Hätten sich die Kaiser ja auch von Anfang an um Sizilien gekümmert.<sup>7</sup> Das betonte v. Sybel schon, und es stimmt auch. Aber für die tatsächliche Reichsgestaltung besagt es nichts.

Besonders beachtenswert ist die ganze Einstellung Schneiders. Wie Haller<sup>8</sup> hält er dafür, daß der Ehevertrag mit Sizilien sich gar nicht gegen den Papst gerichtet habe, sondern eine Versöhnung mit Sizilien bezweckte. An eine Erbfolge sei dabei tatsächlich kaum zu denken gewesen. Die Auffassung Fickers, wenigstens insofern dieser behauptet habe, erst in der *unio regni ad imperium* habe die Katastrophe der an sich vernünftigen

---

1. Exkurs zu S. 124, 127.

2. Vgl. Schieblich 157.

3. Ficker, *Kaiserreich* 103 ff.

4. Sybel, *Die deutsche Nation* 69 ff.

5. Ficker, *Königtum und Kaisertum* 57 ff.

6. Ficker, *Italien*, Bd. 1, XXV ff.

7. Below, *Kaiserpolitik* 7, 113; vgl. Rörig bei Harms, Bd. 1, 57 f.

8. *MIÖG.* 35 (1914) 385 ff.

Universalpolitik gelegen, ist ihm einseitig und willkürlich. Von Anfang an habe die Italienpolitik der Kaiser offenbar die Neigung, das Streben des Langobardenreiches, dessen Rechtsnachfolger sie ja gewesen seien, auf Einigung Italiens aufzunehmen.<sup>9</sup>

Hinsichtlich der Vereinigung Siziliens mit dem Kaiserreich rücken auch die Verteidiger der Kaiser heute wohl meistens von der Fickerschen Ansicht ab.<sup>10</sup> So weisen Hofmeister, Cartellieri, Haller, Holtzmann und Brackmann darauf hin, daß Sizilien zur Sicherung Reichsitaliens einfach eine politische Notwendigkeit gewesen sei. Im Süden habe jetzt eine sizilische Großmacht existiert. Die Annexion Siziliens habe, als die Möglichkeit sich dazu bot, ganz in der Natur der Dinge gelegen.<sup>11</sup> Damit war die gefährliche Koalition zwischen Papsttum und Normannen gehindert. Ja, mit Rücksicht auf die von der Normandie und England nach Sizilien laufenden Fäden hätte auch ohne Erbsanspruch Heinrich ein Eingreifen in sizilische Verhältnisse kaum meiden können. Davidsohn nimmt außerdem noch an, daß durch die Ehe Heinrichs mit der sizilischen Prinzessin zugleich ein Mittel gewonnen werden sollte, die Kaiserkrone dem im Königreich Sizilien herrschenden schwäbischen Hause zu sichern.<sup>12</sup> M. Braubach behauptet somit schlechthin: „Wir sehen heute nicht mehr mit Ficker die Ursache des Scheiterns der Kaiserpolitik in der durch die Vereinigung mit Sizilien eintretenden angeblichen Überspannung.“<sup>13</sup> Folgerichtig erblicken die Genannten die eigentliche Ursache des Zusammenbruchs in anderen Umständen, sei es in Mangel an Zeit, den Erfolg auszubauen;<sup>14</sup> oder in der deutschen Zwietracht wie Hofmeister, Cartellieri, Haller, wobei aber letzterer noch stark auf die damalige Umwandlung der Reichsverfassung hinweist;<sup>15</sup> oder in dem Investiturstreit wie M. Braubach.<sup>16</sup> Lorenz schließlich meint: „Es war eine Reihe von ungünstigen Zufälligkeiten, welche den ungeheueren Plan erschütterten“. „Wollte man danach die Erwerbung der sizilischen Krone beurteilen, so heißt das, nur aus dem Zufälligen eine konstruierte Notwendigkeit machen.“<sup>17</sup>

Nun kann aber doch die Erwerbung Siziliens nach einer Seite hin recht wünschenswert, ja nötig erschienen und andererseits gefährlich gewesen sein. Scheiterte die gefährliche Unternehmung, so war eben die Katastrophe da. Und in diesem Sinne darf man im Erwerb Siziliens einen wichtigen Faktor des tatsächlich erfolgten Zusammenbruchs sehen. So

9. Schneider, MA. 383; vgl. HZ. 147 (1932) 389.

10. Vgl. J. Jung 344 Anm. 4.

11. Hofmeister, Nationale Bedeutung 18; KblGV. 69 (1921) Sp. 62 und NHeidJbb. 13 (1904) 126 ff.; Haller, Epochen 82 ff.; DLZ. 49 (1928) Sp. 583; Berliner SB. 1932, 371. Vgl. schon Nitzsch, DG., Bd. 2, 329 f.

12. Davidsohn 29.

13. VgGeg. 15 (1925) 335.

14. Holtzmann in DLZ. 49 (1928) Sp. 584.

15. Hofmeister a. a. O. 20 f.; KblGV. a. a. O. Sp. 63; Haller a. a. O. 86 ff.

16. VgGeg. a. a. O. 335.

17. Lorenz, 13. u. 14. Jahrhundert, Bd. 1, 23.



stimmt denn Hampe „unbedenklich der namentlich von Ficker energisch verfochtenen Ansicht bei, daß zum mindesten die tatsächlichen Folgen des Hinausgreifens über die jahrhundertlang innegehaltenen Grenzen des Imperiums im höchsten Grade verhängnisvoll gewesen sind“. Dabei weiß er sich sehr wohl in die Lage Friedrichs I. hineinzusetzen, als der Erwerb Siziliens mit seinen Vorteilen ihm winkte, während die Gefahren viel schwerer erkennbar waren. „Den Politiker hätte man erst finden müssen, der solche Vorteile um unsicherer Zukunftsbefürchtungen willen in den Wind geschlagen hätte!“ Wie Ficker nur vorzugsweise die *unio regni ad imperium* als das verderbliche Moment angesehen hatte, so gibt auch Hampe zu bedenken, daß die Entwicklung sehr wesentlich durch eine Reihe schwerer Unglücksfälle bestimmt worden sei.<sup>18</sup> Schäfer verteidigt ebenfalls die These von der Schädlichkeit des Erwerbes Siziliens.<sup>19</sup> Klingt es nicht auch wie eine gewisse Rechtfertigung Fickers, wenn man heute in der Forschung neben dem erwachten Papsttum gerade den Ausbau des *Renovatio-imperii*-Gedankens als die schwere Gefahr, die aus der Verbindung mit Rom erwuchs, ansieht! So eben sei ein antiker Mittelmeer-imperialismus und ein sizilisches Kaisertum entstanden, so habe man zur deutschen, italienischen und normannischen Krone die von Jerusalem gefügt.<sup>20</sup>

## 2. Exkurs.

### *Die Ansichten über die imperiale Idee in der Stauferzeit.*<sup>21</sup>

Gewiß hatten die Staufer infolge der Wende von Canossa zum mindesten nicht mehr so deutlich ein sakrales und darum auch nicht ein innerlich begründetes universales Imperium. Und doch ihre weitgespannte Politik. Vor allem ihr auf alle Weise gefördertes Streben, fest in Italien Fuß zu fassen und das Kaisertum auf neuen Grundlagen aufzubauen.<sup>22</sup> Sie schauten eben einmal bewußt auf Karl den Großen als Vorbild, und andererseits knüpften sie an das altrömische Kaisertum und Recht an. Friedrich I. verbündete sich dazu die idealen Kräfte der öffentlichen Meinung, indem er eine eigentliche Kaiseridee auch in Deutschland schuf.<sup>23</sup> „Aus der Mischung von Restitution und römischem Recht erwuchs jener Vorstellungskreis, den man neuerdings wohl als den des staufischen Kaisergedankens bezeichnet hat.“<sup>24</sup> Der Erneuerungsgedanke wird der Kaiseridee dienstbar gemacht.<sup>25</sup> Nicht nur in dem Antichristenspiel aus Tegernsee,

18. Hampe, *Salier* 175 f.; vgl. Hampe, *Herrschergestalten* 237 f.

19. Schäfer, *DG.*, Bd. 1, 296, 299; ebenso Rüsen 76 und Heimpel 29.

20. Schubert 19; vgl. auch Rösig bei Harms, Bd. 1, 57 f.

21. Exkurs zu S. 127.

22. Vgl. Bühler 200 ff.

23. Schneider, *MA.* 386.

24. *MPol.*, Bd. 3, 228; Pfeil 219.

25. Schramm 291.

überhaupt in der damaligen Literatur erhebt sich das „deutschnationale Königsideal in seiner Verbindung mit der imperialistischen Idee zu stolzer Höhe“.<sup>26</sup>

Freilich hat Mario Krammer innerhalb des deutschen Fürstentums eine ältere, national betonte, fränkisch-deutsche Oppositionsstellung gegen den über das deutsche Königtum weit hinausgehenden jüngeren, an römisch-antike Ideen der Legisten anknüpfenden staufischen Kaisergedanken festzustellen gemeint. Wäre der Gedanke des deutschen Königtums niemals verlassen worden, so hätte Deutschland nach ihm gegenüber der Kurie eine unangreifbare Position erhalten. Die Stauer aber hätten es gewagt, auf das Grenzgebiet des römischen Kaisertums überzugehen, auf das auch die Kurie alte Rechte besaß. Sie wären eifrig bestrebt gewesen, dem Reich einen imperialen Charakter zu geben. Ihre Bemühungen aber seien der Kurie zugute gekommen.<sup>27</sup> Diese in einem späteren Werke „Das Kurfürstenkolleg von den Anfängen bis zur goldenen Bulle“ 1913 noch ausgebauten Gedanken über die politischen Gegensätze im Stauferreich sind ein Gegensatz der Ideen, der sich auf die Formel der Sybel-Fickerschen Kontroverse „Kleindeutsch und Großdeutsch“ bringen ließe.<sup>28</sup> Hermann Bloch sah indes den Gegensatz innerhalb des universalen Gedankenkreises selbst. Das staufische Imperium sei ohne Zweifel das politische Ideal der Deutschen gewesen. Der Kampf sei nun aber entstanden zwischen kirchlicher und weltlicher Anschauung vom Wesen des Reiches. Ja, der Konflikt zwischen dem weltlichen Staat und der hierarchischen Idee wurde nach ihm unvermeidlich.<sup>29</sup> Blochs Absicht dabei war es, noch über Ficker hinaus dem mittelalterlichen Kaisertum gerecht zu werden und sein universales Streben zu verstehen.<sup>30</sup>

Beide Auffassungen, die in den Mittelpunkt die Bedeutung der sogenannten Kaiserwahlen der Stauferzeit stellen, sind von der Kritik beanstandet worden. Sieht K. G. Hugelmann, in der Meinung, daß der staufische Reichsgedanke sich mit dem nationalen Staatsgedanken gar nicht berühre, bei Bloch eine völlige Verkennung der Geistesrichtung, von der Friedrich II. und seine Vorgänger getragen sind, so bezweifelt er Krammer gegenüber, ob es überhaupt einen einheitlichen staufischen Staatsgedanken oder Reichsgedanken gegeben habe.<sup>31</sup> Die Stauferzeit sei erst voll zu verstehen, wenn neben dem Kampf zwischen Staat und Weltkirche die verschiedenen Kräfte innerhalb der staufischen Partei, nämlich der römische und der deutsche Staatsgedanke, ganz erfaßt würden. R. Scholz spricht Bloch insofern ein besonderes Verdienst zu, als er auf die durch die Kämpfe des 13. Jahrhunderts geförderten juristisch-kanonistischen Theorien und ihren politischen Einfluß hinwies. Allerdings die rechts- und

---

26. Vogt 15 ff.

27. Krammer 83; vgl. Fehr 84 f.

28. Scholz in ZPol. 7 (1914) 273.

29. Bloch 4.

30. Ebenda 15 Anm. 1.

31. MIOG. 34 (1913) 363 f.

staatswissenschaftliche Bedeutung dieser Ideen scheint ihm von beiden Forschern überschätzt, denn die äußeren Machtverhältnisse sprächen das entscheidende Wort. Für die Geschichte der politischen Anschauungen wie der Institutionen in der Stauferzeit bedeuteten diese Arbeiten eine sehr wertvolle Förderung, so sehr auch im einzelnen die Forschung an den Ergebnissen noch zu ändern haben werde.<sup>32</sup> Wenn Krammer und Bloch die Vermischung von regnum und imperium als bewußtes Kampfmittel der päpstlichen und kaiserlichen Partei zur Stärkung ihrer Standpunkte nachweisen wollten, so glaubt Stengel wenigstens, daß einiges von diesen Forschungen wahr bleibe.<sup>33</sup>

Neuestens wies B. Schmeidler gerade wieder hin auf Krammers These vom nationalbeschränkten deutschen Fürstentum, die noch viel eingehender Erwägung und Untersuchung bedürfe. Schmeidler, der das Verhältnis zwischen Königtum und Fürstentum im 10.—12. Jahrhundert klären möchte, forderte nämlich dazu u. a., daß die Fragen der auswärtigen Politik, besonders der Italienpolitik, durchforscht würden. Es komme hier vorzüglich darauf an, wieweit und in welchem Sinne die Südpolitik auf die Beziehungen zwischen deutschen Fürsten und Königen eingewirkt habe.<sup>34</sup> Er neigt, wie das auch sein Aufsatz über Niedersachsen und das deutsche Königtum zeigt, der Meinung zu, daß die Fürsten als Führer ihrer Stämme keineswegs ob der mangelnden Einheit im Reich, wie man es gewöhnlich tue, zu beschuldigen sind.<sup>35</sup>

### 3. Exkurs.

#### *Die Anschauungen über das Verhältnis von Germanentum und Zentralismus.*<sup>36</sup>

Seit Ficker hat man den Gegnern der Kaiserpolitik, die als ihre besonders schlimme Folge den Partikularismus hervorhoben, wohl noch geantwortet, das germanische Rechtsbewußtsein, die Art unserer Nation habe nun einmal im Gegensatz zu den Romanen gar keinen Sinn für den Zentralismus. Es ist bekannt, wie immer wieder von den Großdeutschen mit Beruf auf die germanische Eigenart der Föderalismus als eine Selbstverständlichkeit hingestellt wurde.<sup>37</sup> Bereits G. Waitz bemerkte, daß manches, was Ficker als Produkt des romanischen Staatsgedankens hingestellt habe, allgemein als Wesen und Bedingung wahrer staatlicher Ordnung überhaupt angesehen werden müsse. Wohl wohne den Germanen ein Trieb nach Ausbildung kleiner, selbständiger Kreise ein, aber auch nach Aus-

32. ZPol. 7 (1914) 276, 278.

33. Stengel, Regnum 35.

34. PrJbb. 208 (1927) 287.

35. Schmeidler, Deutschland 15; Kern in Gedächtnisschrift 43 Anm. 4.

36. Exkurs zu S. 156.

37. Bergsträßer, Bd. 1, 260 ff.; Dankworth 26, 58.

gestaltung nationaler Reiche.<sup>38</sup> Daß Roth, der Selbstregierung und Zentralisation als wesentliche Unterschiede des Germanischen und Romanischen erkennt, in etwa von Ficker, bei dem er eine Vermischung der Selbstregierung mit der Selbstauflösung behauptet, unterschieden sein will, mag dabei angemerkt sein.<sup>39</sup> Und daß Ficker später in ausführlicher Auseinandersetzung dartut, wie beide wohl das Streben nach Autonomie für spezifisch deutsch ansähen. Der Feudalismus freilich sei zum Unterschied von dem Föderalismus, der Selständigkeit der Teile, nur zeitweise berechtigt gewesen. In ihm und seiner Dauer nur liege die Quelle des Verfalls.<sup>40</sup>

In neuerer Zeit äußerte sich Dopsch dahin, daß man „heute kaum mehr die These Roths und Fickers zu halten vermöge, als ob der romanischen Zentralisation die germanische Vielgestaltigkeit gegenüberstehe“,<sup>41</sup> Auch Fr. Meinecke trat in dem 1916 gehaltenen Festvortrage „Germanischer und romanischer Geist im Wandel der deutschen Geschichtsauffassung“ ein für eine elastische Auffassung über den germanischen und romanischen Geist im Sinne von Waitz und Ranke.<sup>42</sup>

Kaum zu bestreiten ist, daß gerade in Deutschland eine Abneigung gegen Zentralismus besteht,<sup>43</sup> wenn auch Rörig es wiederum leugnet und auch Heimpel weniger von germanischer Art als germanischem Schicksal hier wissen will.<sup>44</sup> Breysig ist näherhin der Anschauung, daß, wenn auch die Neigung zum Auseinanderbrechen der großen Einheiten staatlicher Bildung im frühen Mittelalter und darüber hinaus in Europa allgemein sei, gerade das deutsche Wesen sich tatsächlich später der Ausbildung vieler einzelner und kleiner Staatsgewalten mit immer stärkerer Vorliebe zuwandte.<sup>45</sup> Die Frage, ob man zur vollen Rechtfertigung unserer einer Zentralgewalt ungünstigen Entwicklung so sehr die germanische Art anrufen kann, ist jedoch damit noch nicht bejaht.

#### 4. Exkurs.

##### *Erörterung zur politischen Begabung der Deutschen.<sup>46</sup>*

Die Gegner der Kaiserpolitik behaupten bisweilen, auch die politische Begabung der Deutschen habe durch die nach Italien gewandte Politik des Mittelalters gelitten.<sup>47</sup> Man möchte da freilich gleich fragen: „Waren

---

38. Waitz, Abhandlungen, Bd. 1, 535 f.

39. Roth 15 f.

40. Ficker, Italien, Bd. 1, XXIV ff.

41. MIOG. 36 (1915) 25.

42. HZ. 115 (1916) 516 ff.

43. Rapp, Kampf 16 f.; Mayer, Verfassung 4 f., 20 ff.

44. Rörig 12; Heimpel 43 ff., 54.

45. Breysig 110, 112; vgl. Schnabel, Zehn Jahre 11 f.

46. Exkurs zu S. 162.

47. Z. B. Kern in Gedächtnisschrift 73.



Franzosen und Engländer damals etwa nicht imperialistisch?“<sup>48</sup> Nach v. Below näherhin sind die durch das Kaisertum geförderte Stärkung der lokalen Gewalten und die daraus resultierende konfessionelle Spaltung nicht nur immerwährende Hindernisse der Herstellung einer starken Zentralgewalt gewesen, sondern sind zugleich Ursachen einer unpolitischen Haltung der Deutschen im allgemeinen. Der Partikularismus und die konfessionelle Zerrissenheit gäben ihrerseits den Rückhalt für die beiden weiteren fermenta decompositionis, die Emanzipation des in Deutschland sehr zahlreich vorhandenen Judentums und den hier stark entwickelten Lohnarbeiterstand.<sup>49</sup> So dürfe man gut  $\frac{2}{3}$  der deutschen Bevölkerung auf jene Parteien der nationalen Dekomposition aufrechnen. Man müsse sich darum wundern, daß Deutschland politisch noch so viel fertig gebracht habe.<sup>50</sup> Im Grunde ist aber seine Meinung, daß „das deutsche Volk in Wahrheit hohe politische Fähigkeiten besitzt, daß es sogar zu denjenigen Völkern gehört, die eine besondere politische Begabung besitzen“.<sup>51</sup> Schmeidler und Rörig stimmen darin zu, daß der Deutsche politisch nicht unbegabt sei.<sup>52</sup> Erich Jung gegenüber, der ebenfalls für politische Begabung bei den Deutschen eintrat, aber zugleich in dieser Beziehung Schranken aus dem Wesen des Deutschen heraus annahm, legte Below in einem späteren Aufsatz seine eigene Ansicht genauer auseinander. Die großen politischen Mißgeschicke Deutschlands hätten keineswegs jedesmal darin ihren Ursprung, daß es deutsche Art sei, den Dingen auf den Grund zu gehen.<sup>53</sup> O. Hintze, der Below in der Frage der politischen Begabung auch nahe steht, sieht ebenfalls wie dieser einen Zusammenhang mit der mittelalterlichen Kaiserpolitik als gegeben an. Die Ideologie des Kaisertums mit seiner Aufgabe der Schirmvogtei für die römische Kirche und für die ganze Kulturgemeinschaft des christlichen Abendlandes habe dem deutschen Volksgeist eine Richtung auf das Universale und Geistig-Religiöse gebracht, die einer gesunden politischen Ausbildung nicht günstig gewesen sei und in diesem Sinne bis in die Gegenwart fortwirke.<sup>54</sup> War danach mit dem mittelalterlichen Kaisertum eine ungeheure Vernachlässigung des Realen gegeben, so dürfen wir andererseits nicht vergessen, daß der deutsche Nationalcharakter gleichzeitig ausgezeichnet wurde, durch hohen Aufschwung, weiten Umblick und innige Vertiefung. Das ist die Mahnung von W. Volkmar.<sup>55</sup>

48. Vgl. Heimpel 26.

49. PrJbb. 185 (1921) 1 ff.; selbständig erschienen Langensalza 1924.

50. Ebenda 9.

51. Ebenda 1.

52. Schmeidler, Deutschland 4 f.; Rörig in Harms, Bd. 1, 59.

53. VgGeg. 15 (1925) 270.

54. ZPol. 13 (1924) 129. — Auch Krieck, der davon redet, daß die zeitweilige politische Instinkt- und Richtungslosigkeit durch die verschiedenen Rasselagerungen im deutschen Volkstum bedingt sei, mag hier beachtet werden (Krieck 25 f.).

55. Volkmar in Programm Blankenburg 30.

Wenn aber nun trotz der genannten Historiker dem Deutschen eine eigentliche politische Befähigung überhaupt von Haus aus schon fehlte, wenn der politische Wille ihnen von vornherein in etwa abging! A. Volkmar z. B. glaubt darauf hinweisen zu sollen, daß bei den Deutschen Gewissen und Gemüt, das Vertrauen anderen gegenüber, der Drang in die Ferne, das Weltbürgertum und massenhafte Neigung zu den Bewegungen des Liberalismus, Sozialismus, Kommunismus, Ultramontanismus, Pazifismus eine zu starke Rolle spielten. Sie seien oft zu sehr Theoretiker und Idealisten als Tatsachenmenschen.<sup>56</sup> Damit hätten wir doch Wurzeln für die Einstellung zur Politik, die vielleicht tiefer wären als die konkreten Römerzüge und jedenfalls die politische Seite der Deutschen nicht als stark erscheinen lassen. Sprechen nicht auch Philosophen und Psychologen wie Hurwicz, Keyserling, anscheinend auch Spranger,<sup>57</sup> die Deutschen als im Wesen unpolitisch an? Und Hindenburg hat nicht nur sich selbst als unpolitische Natur bezeichnet, sondern auch das Empfinden gehabt, als ob wenigstens die diplomatische Beschäftigung wesensfremde Anforderungen an uns Deutsche stelle.<sup>58</sup> Auch ein Treitschke nannte unter den Faktoren, die „unserem Volke von früh auf einen Zug vielseitiger weltbürgerlicher Weitherzigkeit“ gegeben hätten, die angeborene Eigenart.<sup>59</sup> Ist dem so, dann wäre die Kaiserpolitik sicher nicht allein oder in erster Sinie zur Erklärung der nicht gerade sehr politischen Haltung der Deutschen heranzuziehen. Seiner Veranlagung nach hätte dann also unser Volk vielleicht mehr die weltgeschichtliche Aufgabe der Kultur. Die historische Entwicklung gab ihm tatsächlich eine Mittlerrolle in den geistigen Kämpfen Europas. Und seine Leistungen zeigen, was es in Kunst und Literatur, in den Geistes- und Naturwissenschaften, in Technik und Wirtschaft vermag. Die eine Gefahr der rein politischen Seelenstruktur, daß „das Organ für Objektivität und Wahrheit überhaupt abstirbt“,<sup>60</sup> kennt es vielleicht ebenfalls weniger als andere Völker. Damit soll und darf unter keinen Umständen gesagt sein, daß ihm das Politische ruhig fernbleiben dürfe. Noch wird damit die parteipolitische Ansicht eines v. Below gutgeheißen, daß  $\frac{2}{3}$  unseres Volkes zur nationalen Dekomposition gehören.

---

56. VgGeg. 19 (1929) 410 ff.; Breysig passim.

57. Hurwicz 105; Keyserling 58; Spranger, Jugendalter 210 f., 216; vgl. auch Büchner 51.

58. Zitiert bei Ziekursch, Bd. 3, 369 f.

59. Treitschke, 19. Jahrhundert, Teil 1, 22.

60. Spranger, Lebensformen 218.

### Berichtigungen.

Seite XI Zeile 9 lies: Philosophisch — S. XVII Z. 3: Interregnum — S. 1 Z. 3: v. Sybel — S. 32 Z. 18: berücksichtigte — S. 65 Z. 25: augusteisch — S. 96 Z. 15: trennen — S. 115 Z. 23: hatte *statt* habe — S. 119 A. 122 Z. 2 *streiche die Zahl 266 f. und füge sie zu Anm. 123 Z. 2* — S. 123 Z. 11 lies: habe *statt* haben — S. 153 Z. 16: seien *statt* sei — S. 165 Z. 10: verband! — S. 176 Z. 26: v. Below — S. 182 Z. 23: Zunächst, — S. 185 Z. 9: Papsttum — S. 211 Z. 5: v. Be- — S. 227 Z. 15: Einschätzung — S. 229 Z. 32: erkenntnistheoretischer — S. 240 Z. 20: Auspähen — S. 242 Z. 25: Gesichtspunkte.





